

VON DEM VORMÄRZ BIS ZUM 20. JAHRHUNDERT

Tradition und Erneuerung in der ungarischen Rechtsentwicklung

Studien zu den Reformen in den 19-20. Jahrhunderten

Herausgeber

DR. GÁBOR MÁTHÉ
DR. BARNA MEZEY

Würzburg-Budapest 2002.

Eötvös Loránd-Universität
Juristische Fakultät
Budapest

*

Ungarische Akademie der Wissenschaften
Rechtshistorische Unterkommission



Az ELTE Állam- és Jogtudományi Kar
tudományos kiadványa
Bibliotheca Iuridica
Acta Congressuum 8.

ISSN 1587-8821

© Barna Mezey, Gábor Máthé (Hrsg.)

© Elemér Balogh, István Kajtár, Gábor Máthé, Barna Mezey, Katalin Szegvári Nagy, Mihály
T. Révész, József Ruzsoly, István Stipta

INHALT

Empfehlung	7
BALOGH, ELEMÉR: Ein wenig bekannter Strafgesetzentwurf von 1829/30	9
KAJTÁR, ISTVÁN: Tradition und Reform (Politische Argumentation in den Jahrzehnten des ungarischen Reformzeitalters)	12
MÁTHÉ, GÁBOR: Die Fragen der Kompetenzregelung zwischen der Verwaltung und dem Justizwesen in den ersten Jahren des Dualismus	29
MEZEY, BARNA: Eine spezielle Regierungsform in der ungarischen Rechtsgeschichte	42
NAGY SZEGVÁRI, KATALIN: Feministische und Antifeministische Traditionen in Ungarn. Der Kampf um das Wahlrecht der Frauen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhundert	52
RÉVÉSZ, T. MIHÁLY: Erläuterungen zur ungarischen Geschichte der Preßpolizei	63
RUSZOLY, JÓZSEF: Verfassung und Volksvertretung Lajos Kossuth über die öffentlich-rechtlichen Reformen auf den Kolumnen der Pesti Hírlap (1841–1843)	76
STIPTA, ISTVÁN: Der Kampf von Lajos Kossuth für das Selbstverwaltungssystem Im Jahre 1848	100

Empfehlung

Vor zwei Jahren ehrten die ungarischen Rechtshistoriker den 33. Deutschen Rechtshistorikertag – das rechtshistorische Forum von höchstem Rang in Europa – mit einem Band von Studien über die tausend Jahre nach der ungarischen Staatsgründung. Nun empfehlen wir den gelehrten Teilnehmern des von der Julius-Maximilians-Universität Würzburg im Jahre 2002 organisierten

34. Deutschen Rechtshistorikertags

die neuesten Studien über die ungarische bürgerliche Umwälzung und den Prozess der Entstehung der modernen bürgerlichen Verfassung. Der 200. Geburtstag von Lajos Kossuth, dem bedeutendsten Juristen und Politiker der Revolution 1848 und der Freiheitskämpfe 1849, war der Anlass für die ungarischen Rechtshistoriker, ihre Analysen über einzelne Fragen der Revolution und des Ausgleichs zu veröffentlichen.

Ungarn, dieses bedeutende Staatsgebilde am östlichen Rand des geschichtlichen Europa, dieses im 19. Jahrhundert zusammen mit den Erbländern der Habsburger mit einem gemeinsamen Zepter regierte Königreich, erhielt erneut die Möglichkeit, sein politisches System aufzufrischen. Die große Wende des Jahrhunderts, die Schaffung des in einem jahrzehntelangen Prozess entstandenen bürgerlichen Staates, fand gleichzeitig mit der Modernisierung des Habsburgischen Reichs, mit der Verbreitung des Liberalismus in Ostmitteleuropa, mit dem Ausbau der parlamentarischen Institutionen und der verfassungsmäßigen Klärung der Beziehungen zwischen den Habsburgern und Ungarn statt. Der Erneuerungsprozess, der von der Reformzeit bis zum österreich-ungarischen Ausgleich führte, brachte für Ungarn die Möglichkeit der Erneuerung. Tradition und Revolution umschlangen sich im Verfassungsleben, in der Gesetzgebung wie auch in der rechtlichen Praxis. In der verfassungsmäßigen Revolution fand die neunhundert Jahre alte Verbundenheit der Ungarn mit Europa und den europäischen Werten ihren Ausdruck. Das große öffentlichrechtliche Werk der Politiker jener Zeit war zugleich eine Ehrerbietung gegenüber den einheimischen Traditionen. Die gekonnte Adaptation der politischen und rechtlichen Institutionen war einer der erfolgreichsten Momente der ungarischen Staatsgeschichte, und gleichzeitig ein Zeugnis vom schaffenden Beitrag zum gemeinsamen Europa. Es ist des Gedenkens würdig.

Budapest, am 15. August 2002

Ein wenig bekannter Strafgesetzentwurf von 1829/30 (Miszelle)

Es gab früher eine heftige Debatte in der ungarischen rechtshistorischen Literatur darüber, welcher Strafgesetzentwurf gilt in der heimischen Kodifikationsgeschichte als erster. Zu den allerersten Versuchen gehören besonders die folgenden Rechtsquellen: der Landesorganisationsvorschlag von Lipót Kollonics (1689), ein selbständiger Entwurf über Verbrechen und Sanktionen (1712),¹ sowie das sog. *Novum Tripartitum* (1719). Die ungarische Fachliteratur bewertet aber überwiegend erst den Kommissionsvorschlag von 1795 als wirklich moderner Strafgesetzentwurf, d.h. die früheren aufgezählten werden nur als Versuche betrachtet und so die eigentliche Kodifikation ab dem Jahre 1795 gerechnet.² Zwei bedeutende ungarische Rechtshistoriker behaupteten und polemisierten miteinander über die Problematik, welcher Entwurf sei der erste. Nach der Meinung Bónis war dieser der Gesetzesvorschlag von 1712, der alle wesentliche Merkmale eines damaligen Strafgesetzes beinhaltete (das war der ungarische *Praxis Criminalis*); demgegenüber Hajdu's Erachtens war es, dass erst das *operatum* von 1795 die Kriterien eines modernen Stragesetzbuches aufzeigte. Es ist nicht die Aufgabe dieses Aufsatzes zu entscheiden, welcher Entwurf verdiente besser die Bezeichnung Nummer 1. Man weiss, dass die Genesis eines Rechtsinstitutes immer uncharakteristisch, weil die prägnanten Merkmale bilden sich immer erst im Laufe der Zeit, folglich die Anfangsphase im allgemeinen unsicher ist, nur sehr wenig plastisch.

Der Zeitalter der napoleonischen Ära war gar nicht geeignet, rechtswissenschaftliche, sogar legislatorische Reformen durchzuführen. Der ungarische Reichstag, der vom Mittelalter her das Recht hatte, zusammen mit dem König Gesetze zu verabschieden, war zu dieser Zeit überhaupt nicht herbeigerufen worden. Ein ständischer Vertretersammlung hatte damals natürlich keine Möglichkeit, Tagungen selbst zu halten. Der erste Reichstag Ungarns im 19. Jh. wurde in den Jahren 1825/27 in Pressburg (heute: Bratislava) gehalten. Diese Tagung trägt in der heimischen historischen Literatur als erster Reformreichstag bezeichnet. Die Deputaten hatten sich mit sehr vielen Sachen beschäftigt, und es war am Ende auch ein kurzes Gesetz über die Aufstellung einer kodifikatorischen Kommission verabschiedet.³ Diese Deputation hatte den Auftrag, für den nächsten Reichstag die kodifikatorischen *elaborata* eines früheren Kommission zu überprüfen und zu verbessern, um mit möglichst modernisiertem Inhalt

¹ Bónis György: A magyar büntetőtörvénykönyv első javaslatja 1712-ben. [Der erste Entwurf zu einem ungarischen Strafgesetzbuch im Jahre 1712] Budapest, 1934.

² Hajdu Lajos: Az első (1795-ös) magyar büntetőkódex-tervezet. [Der erste ungarische Strafgesetzentwurf von 1795] Budapest, 1971. [Hajdu]

³ Francisci decr. a. 1827. Art. 8. Systematicorum operatorum deputationum ulterior pertractatio ad proximam dietam prorogatur. In: Corpus Juris Hungarici. Tomus 1740-1835. Budapest, 1901.

neue Gesetze schaffen zu können.⁴ Die einzelnen Rechtsmaterien bearbeiteten verschiedene Subdeputationen. Die *subdeputatio juridica criminalis* hatte ihre Arbeit zum Jahreswende 1829/30 fertiggestellt. Das Schicksal dieses Entwurfes war ähnlich wie die anderen: Der ungarische Reichstag hatte nicht gehandelt und so selbstverständlich auch nicht verabschiedet.

Der „Grundstoff“, der Entwurf vom Reichstag des Jahres 1792 entsandten *deputatio juridica* ist ein sehr gründlicher und detaillierter Gesetzentwurf, der völlig im Zeichen der Aufklärung steht. Sein wichtigster Zug besteht darin, dass er von den ständischen Unterschieden im Grunde absieht, also auf die theoretischen Grundlagen der abstrakten staatsbürgerlichen Rechtsgleichheit baut. Das *elaboratum* enthält in materiellrechtlicher Hinsicht auch noch keinen methodisch behandelten allgemeinen Teil, legt in seiner Einleitung aber in 23 Punkten sog. Grundprinzipien fest. Noch davon legt es eine markante strafrechtliche Maxime der Aufklärung fest, die Bindung des Richters an das Gesetz.⁵ Man kann auch das Prinzip *nullum crimen sine lege* wahrnehmen: „Das Verbrechen ist die aus freiem Willen begangene Verletzung des Strafgesetzes.“ Dass es sich hier um das erwähnte berühmte Prinzip handelt, darüber lässt der Entwurf keinen Zweifel, denn die Inkraftsetzungsverfügung besagt eindeutig, dass mit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes jede frühere Strafrechtsregel ihre Gültigkeit verliert — die Beziehung der Rechtsquellenlehre ist also eindeutig, ja es wird sogar bezüglich des Verbotes der rückwirkenden Geltung verfügt. Der Entwurf beschäftigt sich in seinen Grundprinzipien u.a. mit der Frage der Zurechnung, mit dem Rückfall, mit der Problematik des Vorsatzes und der Fahrlässigkeit, mit dem Versuch, der Mittäterschaft und dem Zweck der Strafe.⁶

Die kodifikatorische Kommission hatte also nicht den Auftrag, einen „nagelneuen“ Gesetzentwurf zu schaffen, sondern ausdrücklich die Anpassung des vorherigen Entwurfes (1795) an die „fortschrittlichen“ Zeitanforderungen. Ja, inzwischen sind gut dreissig Jahre abgelaufen. Die *subdeputatio juridica criminalis* hatte seinen Aufgabe ernst genommen. Ähnlich dem Muster, auch der neue Entwurf bestand aus zwei Teilen: der erste behandelte das Verfahrensrecht, der zweite den materiellen Recht. Die Grundprinzipien sind weggelassen worden, weil sie zu dem normativen Text nicht kohärent anschliessen. Die Kodifikatoren waren der Meinung, dass die Prinzipien in

⁴ So der originaltext: „Pertractatione elaboratum, in sequelam articuli 67. 1791 systematicorum operum, velut negotio summi momenti, et gravium consecratorum, longiorem deposcente deliberationem: status et ordines accedente benigno annutu Suae majestatis sacratissimae, numerosiorem deputationem exmittendam decreverunt, quae semet in subdeputationes partiendo, memorata opera expendat - juxta principia praecitata articuli 67. 1790/91. pertractet -, opinionemque suam, tum relate ad ipsa deputationalia elaborata, tum vero projectandos articulos, motivis suffultam, affuturis comitiis exhibeat.“

⁵ Die Richter werden gemäss den in diesem Kodex enthaltenen Gesetzen wortwörtlich verpflichtet: „Judices verbis legum in codice hoc contentarum ad literam obstringuntur; neque eas arbitrarie interpretari, earundemque sensum sic extendere, sive restringere liberum erit. Hajdu, S. 389.“

⁶ Der Entwurf regelt die Institutionen der allgemeinen und speziellen Prävention und verurteilt klar die Rache: „Poenae cuiuslibet finis quoad delinquentem est: ut aut idem emendetur, aut si emendari nequit, ulterior nocendi facultas ipsi adimatur. Quoad vero publicum, poenarum finis exemplum est, ut videlicet metu poenae a delinquendo alii absterrenatur. Vindicta igitur in nullo casu poenae objectum esse potest, semperque legum sanctitatem dedecet.“

den Gesetzestext hineinkorporiert werden sollen, weil es nicht zu erlauben, dass die einzelnen Paragraphen sich auf aussergesetzliche Gründe beziehen.⁷

Der Strafgesetzentwurf von 1829/30 bestand aus drei Teilen: *De forma procedurae*, *De delictis eorumque poenis*, *De delictis politicis*. Der erste behandelte das Verfahrensrecht, der zweite das Materiellrecht, der dritte aber ein ganz neues, man kann sagen: bahnbrechendes Werk ist. Es handelt sich um Rechtsverletzungen, derer Beurteilung nicht zur Kompetenz der vorherigen beiden Gesetzesteilen gehören. Es geht hier im Grunde genommen um die Tatbestände der Ordnungswidrigkeit. Das sind also gesetzwidrige Handlungen, deren Begehung nicht als Verbrechen, sondern bloss als Ordnungswidrigkeit angenommen wird. Es ist auffallend, dass in diesem Teil mehrheitlich vernachlässigte Tatbestände zu lesen sind. Die Regelung ist zeimlich oberflächlich und sehr kasuistisch. Das Sanktionsystem ist — gemäss den milden Tatbeständen — ist nicht hart: praktisch Geldstrafen und kürzerer Freiheitsentzug.

Auch die Benennung dieser Vergehen ist sehr merkwürdig: *delictum politicum*. Wie bekannt, die Amtssprache in Ungarn seit dem Mittelalter bis 1844 hinein das Latein gewesen war. Das bezog sich vor allem auf die juristischen Akten. Die Kodifikatoren waren Ungarn, und sprachen untereinander überwiegend ungarisch, die offiziellen Dokumente, so natürlich ein Gesetzentwurf aber, lateinisch formuliert wurde. Das Latein war damals an sich eine „tote“ Sprache, der klassische Wortschatz musste folglich Zeit für Zeit modernisiert werden. Ja manchmal ganz neue Begriffe zu schaffen. *Delictum politicum* — das ist ein künstlicher Fachausdruck zeitgenössischer ungarischer Juristen für die Rechtsverletzungen, die nicht so schwer waren als die kodifizierten Verbrechen, aber noch pönalisierenden Handlungen schienen.

Die Legislatoren hatten endlich als Anhang zum Gesetzestext einen sehr bemerkenswerten Teil gegeben, der das gerichtliche ärztliche Verfahren regelte (= *Instructio circa ordinandas et peragendas medico-legales investigationes et cadaverum sectiones, exaranda item visa reperta et depromenda judicia medico-forensia, quatenus haec ad delicta et causas criminales referuntur*). Da bis dahin die Regelung der Teilnahme, Rechte und Pflichten der Ärzte sowie Chirurgen gar nicht festgelegt wurde, müssen wir diesem Teil einen sehr wichtigen und hohen Wert zumuten. Die Formulierung der Normen war ausführlich und präzise. Es ist zu erwähnen, dass dieser Text so gut zusammengestellt und formuliert wurde, dass das erste Anfangsexemplar im Laufe der Handlungen der Kommission gar nicht geändert wurde. Der Verfasser des Dokuments war der damalige Landeshauptarzt.

⁷ „Tam praefationem, quae alioquin ad essentiam codicis criminalis referri nequit, quam et principia articulis praemissa censemus esse exmittenda, tum ideo, quod illa in ipsis articulis enunciari debeant, et effective etiam passim in iisdem, signanter in projecto articulo de poenis contineantur, tum quod plura ex iis ad doctrinalem traditionem juris criminalis potius quam ad codicem criminalem pertineant, et aecus etiam incongruum esse videatur ut articuli ad principia tamquam fundamenta extra legem posita semet provocent [...] Ungarisches Staatsarchiv, Archivum Regni N 117. 1. p.

Tradition und Reform

(Politische Argumentation in den Jahrzehnten des ungarischen Reformzeitalters)

1. Die Ausgestaltung des modernen, bürgerlichen ungarischen Staats- und Rechtssystems war im XIX. Jahrhundert ein langer und auf verschiedene Abschnitte teilbarer Prozeß. Die Jahre 1848-1849 bedeuteten den strategischen Durchbruch, der in seinen Grundlagen auf die Bestrebungen und politischen Ideen des Reformzeitalters zwischen 1825-1848, das heißt des letzten Abschnittes des „ungarischen Vormärzes“ aufgebaut wurde, aber keine Einzelheiten regeln konnte. Während der Jahre des österreichischen Neoabsolutismus setzte sich die bürgerliche Umwandlung in den Rahmen des Reiches fort, und nach 1867 entfaltete sie sich völlig. Diese Studie erstreckt sich auf die Periode des Reformzeitalters, und sie analysiert die Zusammenhänge des Argumentationssystems der Vertreter der Traditionen, sowie der Reformen.¹

¹ Neben den Arbeiten der Gestalten der Epoche, den offiziellen Unterlagen, den allgemeinen historischen Werken wird das Thema von Rechtshistorikern mit Vorliebe studiert, so können außer der späteren Beispiele erwähnt werden: die folgenden Studien im Band von *Csizmádia A.* mit dem Titel: *Jogi emlékek és hagyományok* [Rechtliche Erinnerungen und Traditionen]. Budapest, 1981.; Széchenyi István törekvései a feudális jogrend átalakítására (S. 291-305) [Die Bestrebungen von István Széchenyi nach der Umgestaltung des feudalen Rechtssystems] und A polgári államépítés Deák Ferenc politikai nézeteiben. (S. 307-359) [Der Aufbau des bürgerlichen Staates in den politischen Anschauungen von Ferenc Deák], sowie *Csizmádia A.*: A jogi hagyományok, mint a jogi reformok korlátjai Magyarországon a XIX. században. [Die juristischen Traditionen, wie die Schranken der juristischen Reformen in Ungarn im XIX. Jahrhundert.] In: *Jogtudományi Közlöny*, 1979. S. 30-40 [Zeitschrift für Rechtswissenschaft] Siehe noch: *Urbán A.*: A nyugat-európai államrendszerek és a reformkor nemzedéke. [Die westeuropäischen Staatssysteme und die Generation des Reformzeitalters In: A magyarországi polgári államrendszerek. [Die bürgerlichen Staatssysteme in Ungarn] Budapest, 1981. S. 9-49. - *Mezey B.*: A büntetőhatalom és a magyar liberalizmus. [Die Strafgewalt und der ungarische Liberalismus.] A büntetőhatalom és a büntető kodifikáció az első liberális nemzedék gondolkodásában. [Die Strafgewalt und die Strafkodifizierung im Denken der ersten liberalen Generation.] In: *Hatalommegosztás* 1998. S. 27-35 [Gewaltenteilung.] - *Ruszoly J.*: Három Borsodi örökhangyó [Drei Erblasser in Borsod.] Palóczy László, Szemere Bertalan, Zsedényi Béla, Miskolc 1992. - *Rácz L.*: Széchenyi a magyar politikai- jogi gondolkodás történetében. *Jogtudományi Közlöny*, [Széchenyi in der Geschichte des ungarischen politischen- rechtlichen Denkens] [Zeitschrift für Rechtswissenschaft] 1991. 1-2., S. 28-33 - *Kajtár I.*: Modernizációnk és Európa Adalékok a politikai vitakultúrához az 1843-44-es rendi országgyűlésen. [Unsere Modernisierung und Europa. Beiträge zur politischen Diskussionskultur in der Ständeversammlung der Jahre 1843-44.] In: *Degré Alajos emlékkönyv*. [Festschrift für Alajos Degré] Budapest, 1995. S. 121-130 - *Kajtár I.*: A „konzervatív“ és a „modern“ a XIX. századi magyar jogtörténetben. [Das „konservative“ und das „moderne“ in der ungarischen Rechtsgeschichte des XIX. Jahrhunderts] In: *Györi tanulmányok*, [Studien von Győr], 1998. XX. S. 52-58 - *Kajtár I.*: 1848-49 és a XIX. századi modernizáció [1848-49 und die Modernisierung des XIX. Jahrhunderts] In: *Jogtudományi Közlöny* [Zeitschrift für Rechtswissenschaft], 1999 Nr. 5 S. 193-199 - *Kajtár I.*: Az állam- és jogfejlődés Magyarországon a XIX. században. [Die Staats- und Rechtsentwicklung in Ungarn im XIX. Jahrhundert.] In: *A magyar államiség első ezer éve*. [Die ersten Tausend Jahre der ungarischen Staatlichkeit.] Pécs, 2000. Red. Font Márta - Kajtár István, S.

2. Die wichtigsten Schauplätze der Politisierung des Reformzeitalters waren die Komitatsversammlungen, die zwei Tafeln der Ständeversammlung, aber besonders die Sitzungen der Untertafel (inklusive auch die Bezirkssitzungen).

Der Bau der Komitatshäuser wurde vom Gesetzartikel 1723:73 verordnet, damit es dort neben der Bewachung der Gefangenen, der Haltung der Gerichtshöfe, der Unterbringung des Komitatsarchivs auch zu Versammlungen kommen kann. Für diese traditionelle Selbstverwaltungsarchitektur soll das Beispiel von Pest und von Sátoraljaújhely sein. „Das Komitat Pest bildete oft eine kleine Diät in seinen Versammlungen und infolge dessen wurde das Komitatshaus von Pest eine Landesinstitution, die Sprechbühne der nationalen öffentlichen Meinung“², der Zentralsitz von Zemplén spielte eine Rolle in der Tätigkeit des öffentlichen Lebens von Kossuth Lajos.³ In den Sälen der Generalversammlung ging die Erörterung der Munizipal- und Landesfragen, so das Instruieren der Deputierten der Nationalversammlung bei oft stürmischen Szenen vonstatten.⁴

Die Ständeversammlung gliederte sich auf die Obertafel und auf die Untertafel. In der vorigen erschienen die katholischen Erzbischöfe und Bischöfe, die Magnaten, die Obergespane, später die zu den Mitgliedern der Obertafel aufgenommenen königlichen Räte persönlich. Im Jahre 1792 bekamen auch die griechisch-katholischen, und orthodoxen hohen Geistlichen eine Stelle. Der Schauplatz der Untertafel war das in Preßburg befindliche Gebäude der Nationalversammlung in der Mihály Straße, das im Jahre 1753 gebaut wurde.⁵ Die Einrichtung des Sitzungssaales wird von *Ferenc Pulszky*⁶ im Zusammenhang mit der Nationalversammlung der Jahre 1839/40 folgendermaßen beschrieben:

„Die kk. und rr. Tafel, das war ihr offizieller Name, hatte ihren Sitz in einem äußerst langen, hohen, weiß getünchten Saal. Von beiden Langseiten dienten Fenster, hier auf die Straße, dort auf den Hof, von der Seite der Straße zog sich eine ungeschickte,

177-196 Die internationale Hintergrundliteratur beträgt auch eine Bibliothek. hervorgehoben: *Hattenhauer*, H.: Europäische Rechtsgeschichte. Heidelberg, 1992. S. 517-583 und *Stolleis*, M.: Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland. Bd. 2. 1800-1917, München, 1999. S. 121-139, 156-183

² *Tóth A.*: A pesti vármegyeháza. [Das Komitatshaus von Pest] Budapest, 1990

³ *Zemplén vármegye és Sátoraljaújhely RT város.* [Das Komitat Zemplén und Sátoraljaújhely RT Stadt.] In: Magyarország vármegyéi és városai. [Komitate und Städte von Ungarn.] Budapest, 1905. S. 145 Am 5. September 1832 hielt er seine erste öffentliche Rede, deren Text geblieben ist. Hier dementiert er nach Punkten die für die Zensur angebrachten Argumente: „man soll uns alles nehmen, nur eine freie Presse geben, und nicht gesondert eine Klasse der Freiheit, wenn nicht, gerate ich nicht in Verzweiflung über die meine ganze liebe Nation beglückende Entwicklung, ...“ *Kossuth Lajos beszédei és írásai* [Reden und Schriften von Lajos Kossuth] Bd. I red. von Ferencz Kossuth, Budapest é. n. S. 2

⁴ *Bodnár I.*: Zemplén vármegye követi utasításai a reformkorban 1825-48. [Anweisungen der Gesandten des Komitates Zemplén im Reformzeitalter 1825-48] Debrecen, 1940 – *Záhony B.*: Borsod vármegye országgyűlési utasításai a reformkorban. [Anweisungen der Gesandten des Komitates Borsod im Reformzeitalter] Miskolc, 1929.

⁵ *Ortvay T.*: Pozsony város utcái és terei. [Die Straßen und Plätze der Stadt Preßburg.] Preßburg, 1905. Reprint, Budapest, 1991.

⁶ Er stammte aus einer Familie von mittleren Grundbesitzern eines Komitat Sáros. (1818-1897). Er ist Rechtsanwalt, Komitatsbeamter, Schriftsteller. Er bekleidet Ämter in der bürgerlichen Regierung und er wird Deputierter im ersten Parlament der Volksvertretung. In der Emigration übt er eine aktive Tätigkeit aus und in seiner Abwesenheit wird er auch zum Tode verurteilt. Nach dem Ausgleich übte er neben der politischen Rolle auch eine wissenschaftliche Tätigkeit aus.

bauffällige Galerie den Saal entlang, ein Drittel deren einen gehobenen Bodenbelag hatte, vom ersten Teil mit einem Holzgeländer getrennt. Oben saß der Personalis an einem Tischlein; von rechts und von links war je ein längerer mit grünem Tuch überzogener Tisch aufgestellt, an dem einen saßen die Deputierten der Kapitel, an dem anderen die Mitglieder der königlichen Tafel, vorne die Protonotare, wie die Notare der Landesversammlungen; die Richter am königlichen Tafelgericht, die ... verpflichtet waren, das Tagebuch zu führen. ... Im unteren Teil des Saales standen drei lange Tafeln aus Weichholz, überzogen mit einem der Länge nach mit Tintenfleck verschmutzten grünen Tuch; von der Seite der Straße saßen die Deputierten der Komitate diesseits und jenseits der Theiß, am mittleren Tisch der größte Teil der Bewohner des Donaugebietes und die Gesandten der drei slawonischen Komitate, am dritten die Bewohner des Gebietes der Donau und der Theiß gemischt, die Kroaten, Fiume, Buccari, die Kumanen aus Jazygien, die Haiducken und der Graf von Turopolja. Am Ende der Tafeln nahmen die Städte und einige ältere Gesandten der Abwesenden [ablegatus absentium] Platz; die ganze Jugend der Nationalversammlung drängte sich zwischen dem ersten und dritten Tisch und Fenstern hinter den Rücken der Gesandten zusammen; ein Teil von ihnen hat sich auf der Galerie herumgetrieben, ... Die Bezirkssitzungen waren immer lebhafter, als die des Landes; die jungen, der größte Teil deren Deputierte der abwesenden Magnaten und Witwen und demnach Mitglieder der Nationalversammlung war, haben die Reden, sogar das Erscheinen der Gesandten mal mit Lebehoch, mal mit Säbelrasseln, Gemurre und Gezische empfangen, ..."⁷

Im Reformzeitalter sind die Parlamentsperioden 1825-1827, 1832-1836, 1839-1840, 1843-1844 und schließlich 1847-1848. Die Selbstachtung der Ständeversammlung wurzelte in der traditionellen Anschauung, daß es mit dem *Regnum*⁸ identisch ist. Die zu erörternden Angelegenheiten standen im königlichen Einladungsbrief (Propositionen), die Mitglieder der Nationalversammlung teilten ihre Beschwerden und Wünsche (gravamina et postulata) mit, und im XVIII. Jahrhundert wurde die die Gesandten bindende detaillierte Anweisung allgemein. Die Verhandlungsweise war unglaublich langsam und kompliziert.

Programme entstanden verhältnismäßig spät. So übte das Gesetz XII⁹ des Stadiums von István Széchenyi¹⁰ (erschieden wegen der Zensur in Leipzig) eine initiierende

⁷ Pulszky F.: Életem és korom. [Mein Leben und mein Zeitalter] Budapest, 1884. Bd. I S. 124-125

⁸ Bónis Gy.: A rendi képviseletől a népképviseletig. [Von der Ständevertretung bis zur Volksvertretung.] In: Csizmadia emlékkönyv [Festschrift für Csizmadia] Studia iuridica 95. Pécs, 1980. S. 75-84. - L. Révész: Die Anfänge des ungarischen Parlamentarismus. München, 1968. Das wurde vom Gesetzartikel 10 vom Jahre 1791 ergänzt, nach dem Ungarn ein von seinen Königen nach seinen eigenen Gesetzen und Gewohnheiten, nicht aber auf die Weise von anderen Ländern zu verwaltendes und zu regierendes Land ist. Nach dem Artikel 12 steht die Macht der Schaffung, der Außerkraftsetzung, der Auslegung der Gesetze dem König und der Nationalversammlung gemeinsam zu.

⁹ Diese Gesetze wünschten den Kredit zu gewährleisten, sie verlangten die ewige Abschaffung des Rechts der Avitizität (ius aviticitatis) und der aus dem Ableben ohne Hinterlassen von Nachkommen stammenden Devolutionen auf den Fiskus. Sie beanspruchten, daß alle bewegliche Sachen und Immobiliargüter (ius proprietatis) haben können, eine Forderung ist die Gleichheit vor dem Gesetz, der Rechtsschutz der nicht Adelligen, die Teilnahme an den öffentlichen Lasten und daß die Regelung der Gewässer, der Straßen, der Zölle mit Teilnahme an den öffentlichen Lasten Gegenstände der Nationalversammlung werden. Széchenyi wünscht die Monopole, Zünfte und verbindliche Preislimiten aufzuheben, verlangt die Gesetzgebung, die Verwaltung und die Rechtsprechung in ungarischer Sprache,

Wirkung aus. Die 12 Punkte von Szatmár vom Jahre 1841 gehen viel weiter. 1) die Abschaffung der Avitizität, 2) Ergänzung des Kreditgesetzes, Grund- und Schuldbuch [Grundbuch], Aufstellung einer Bodenkreditanstalt, 3) die Zwangsablösung des Urbarialwesens mit den von den abgelösten Besitztümern gedeckten Obligationen, 4) Abschaffung der Zünfte und Monopole, die Verpflichtung der Wegzölle, die Erteilung des Rechts des Eigentumserwerbs und der Bekleidung von Ämtern für alle, 6) die Wiederbelebung des Gesetzartikels LXIV von Mátyás vom Jahre 1486 über die Steuerzahlung des Hochadels und des hohen Klerus und der Adligen, 7) die Entwicklung der Volkserziehung durch die aus den zu säkularisierenden Kirchengütern aufgestellten Volksschulen, 8) Pressefreiheit, 9) Befreiung der Städte vom Einfluß und von der Leitung der Kammer, und die Regelung ihrer inneren Struktur in erster Linie durch die Erstreckung des Wahlrechts der Städte auf alle Bürger, 10) die neue Struktur des Zivil- und Straßgesetzes (das bedeutete die Einführung der Gleichheit vor dem Gesetz und der Geschworenengerichtbarkeit), 11) die Trennung der Verwaltung und der Justizpflege auch auf der Komitatsebene, 12) die Einführung der Volksvertretung.¹¹ In der Nationalversammlung der Jahre 1843-44 stellte sich klar heraus, daß sich die Opposition zu einer Partei organisieren soll. Darüber informierte Bertalan Szemere¹² in seinem Bericht als Gesandter die Generalversammlung von Borsod im Januar 1845. „... die Zeit ist gekommen, daß sich diese Partei überall im Lande organisiert, und das soll die Grundlage sein, auf der sich alle ihre Mitglieder, alle ihre Zeitungen und alle zu ihr gehörende Munizipien bewegen sollen. Die Losung soll also sein: Parteiorganisation, aber offen und im Bereich der Verfassung, weil ich glaube, bis die Partei der Freiheit und des Fortschritts nicht organisiert werde, solange sie auch nicht, ...“¹³

Ein Programm wurde zuerst am 12-ten November 1846 von den Konservativen ausgegeben. Sie faßten als gesetzlich und heilbringend das auf, was die Opposition als gesetzwidrig und schädlich betrachtete. „... Sie finden in den bisherigen Verfahren der Regierung die Verletzung der Verfassung auf, ... wir stimmen den bisherigen Schritten der Regierung zu, wir bezweifeln ihre Verfassungsmäßigkeit nicht, und wir schenken ihrem Charakter Vertrauen; sie verurteilen die Summe unserer Prinzipien: wir halten uns daran fest; ...“ Da die hier anwesenden Konservativen, über die Entscheidung der Regierung, nach der sie bereit wäre, die Veranlassung von zahlreichen wesentlichen Korrekturen in der Gesetzgebung durch die Vorlage von Gesetzesanträgen in ihre

beansprucht, daß die Munizipien nur durch den Statthalter mit dem Herrscher Umgang pflegen. Der Schlußstein ist die Öffentlichkeit der Rechtsprechung.

¹⁰ Graf István Széchenyi (1791-1860), der mit dem Namen „der größte Ungar“ ausgezeichnet wurde, war der Veranlasser der Reformumwandlung, der Gründer der Ungarischen Akademie der Wissenschaften, im Jahre 1848 der Minister der bürgerlichen Regierung. Mit der Serie seiner Werke übte er eine bedeutende Wirkung auf die Wirtschaft und die Gesellschaft seiner Epoche aus. In der Politik ist er mit dem von Kossuth vertretenen radikaleren Reformflügel immer mehr in Konflikt geraten.

¹¹ Geschichte von Ungarn 1790-1848, Budapest, 1980. 858. Es ist eigenartig, daß die Einführung der Teilnahme an den öffentlichen Lasten und der Volksvertretung mit Bezug auf Werbőczy geschehen ist.

¹² Er ist der Sprößling einer uralten adeligen Familie von Borsod (1812-1869). Er ist Jurist, Komitatsbeamter, Deputierter der Ständeversammlung, Innenminister im bürgerlichen Ministerium in den Jahren 1848-49, später Ministerpräsident. In der Emigration spielte er eine aktive Rolle, obwohl er sich gegen Kossuth wendete.

¹³ Szemere B.: Összegyűjtött munkái [Gesammelte Werke] Bd. VI. Szépirodalmi dolgozatok és szónoklatok. [Belletristische Arbeiten und Ansprachen]. Pest, 1870, S. 239-240

eigene Hände zu nehmen, völlig überzeugt sind, ... sagen sie hier ihre Überzeugung aus, wonach die Angelegenheiten des Landes auf jenem Punkt stehen, auf dem es eine unvermeidliche Verpflichtung geworden ist, daß alle Conservativen in ihrem eigenen Bereich darauf wirken, wonach die notwendigen Gesetzgebungsmaßnahmen in der nächst folgenden Nationalversammlung unbedingt zustande kommen.“¹⁴

Die Erklärung der Opposition wurde am 7-ten Juni 1847 formuliert, ihren endgültigen Text gestaltete Ferenc Deák¹⁵ aus: „a) Die Teilnahme an den öffentlichen Lasten. In Anbetracht dessen wir die Erleichterung der Lasten des bis jetzt allein besteuerten Volkes als eine unserer Hauptverpflichtungen betrachten; wir bemühen uns, die konstitutionellen Garantien auch darauf für uns alle zu vermehren; aber wir machen bei der bis jetzt nicht befriedigten öffentlichen Bedürfnissen des Landes die Bestimmung der Ziele der Nationalversammlung, die Berichterstattung und die Verantwortung unbedingt obligatorisch. – b) Die wirkliche Erteilung sowohl der Gesetzgebungsrechte als auch der ortsbehördlichen Rechte den nicht adeligen Ständen der Landesbürger, vor allem aber den königlichen Städten und den freien Bezirken aufgrund der Vertretung. – c) Die Gleichheit vor dem Gesetz. – d) Die Abschaffung der Urbarmittelverhältnisse durch verbindliches Gesetz bei Entschädigung; angesichts dessen wir als meist wünschenswert betrachten, daß Fortschritte geschehen, wonach die Erblösung mit der Einmischung des Staates im ganzen Land durchgesetzt wird. – e) Mit der Abschaffung der Avitizität die Gewährleistung des Kredits und des Besitzerwerbs.“¹⁶

3. Die Quellen der politischen Argumentation waren vielfältig. In der Auffassung des Reformzeitalters wurde die juristische Ausbildung als grundlegend betrachtet. „in den alten Zeiten gehörte das zur Ergänzung der guten Erziehung; wenn jemand die Prüfung nicht abgelegt hat, wurde er für einen unbeholfenen Menschen gehalten. Übrigens die anderthalb Jahre, die der junge Mann in Pest und in Preßburg verbrachte, waren sogar sehr ähnlich den Universitätsjahren der deutschen Studenten. Bei den Jurastudenten gab es einen Zusammenhalt, sie bummelten zusammen, ... ab und zu arbeiteten und studierten sie, auf jeden Fall haben sie miteinander Bekanntschaften gemacht, sie gewannen einen breiteren Horizont, und sie wurden auch durch die Diskussionen untereinander gebildet.“¹⁷

¹⁴ Horváth M.: Huszonöt év Magyarországi történetéből [Fünfundzwanzig Jahre aus der Geschichte von Ungarn]. 1823-1848. 3. Auflage Bd. III, Budapest, 1886, S. 188, 196

¹⁵ Er ist der Sprößling einer angesehenen wohlhabenden Familie aus dem Mitteladel des Komitates Zala. Außer seinen rechtlichen Fachkenntnissen war seine Belesenheit hervorragend. Da er Ämter des Komitates bekleidete, wurde er Deputierter in der Ständeversammlung. In der bürgerlichen Regierung des Jahres 1848 ist er Justizminister. In den Jahren 1860-61 hatte er wieder eine entscheidende Rolle in der Nationalversammlung und vom Frühling des Jahres 1865 leitete er das Zustandekommen des Ausgleiches, später hat er sich aus der führenden politischen Rolle zurückgezogen und er lehnte alle Auszeichnungen und Belohnungen ab. Seine Nation zeichnete ihn mit dem Titel „der Weise der Heimat“ aus.

¹⁶ Kossuth L.: Kossuth Lajos összes munkái XI. [Gesamte Werke von Lajos Kossuth] Kossuth Lajos 1848/49-ben. I. Kossuth Lajos az utolsó rendi országgyűlésen 1847/48. [Lajos Kossuth in den Jahren 1848/49] I. [Lajos Kossuth in der letzten Ständeversammlung 1848/49] Budapest 1951. S. 155-156

¹⁷ Pulszky F.: 57. Siehe: Korsós Delacasse K.: Reformügyvédek és ügyvédreformok. [Reformrechtsanwälte und Rechtsanwaltsreformen. In. 150 év.] A magyar polgári átalakulás alkotmányos forradalma. Jogtörténetek 1848-ról. [Die verfassungsmäßige Revolution der ungarischen bürgerlichen Umwandlung] In. 150 Jahre Rechtshistoriker über 1848. S. 291-292

In den Komitaten konnte man in den mit sich allmählich erweiternden Aufgaben und Kompetenzen verbundenen gewählten Ämtern eine Übung erwerben. Um nur einige Beispiele anzuführen, trat *László Palóczy* (1783-1861) im Alter von 23 Jahren im Jahre 1806 neben dem Oberfiskal des Komitates Borsod als Vizefiskal in den amtlichen Dienst. 5 Jahre lang war er Vizenotär, 24 Jahre lang Magistratsnotär, 5 Jahre lang Sekundärvizegespan, und 4 Jahre lang Vizegespan, mehrere Male wurde er zum Tafelrichter gewählt, er wurde auch Präsident der Tafel. Auch die Nachbarkomitate erwiesen ihm eine Ehre: im Jahre 1837 Bars, Somogy, Tolna, Szatmár, Vas, im Jahre 1838 Komárom, im Jahre 1840 Csongrád und Veszprém, im Jahre 1841 wurde er vom Komitat Arad zum Tafelrichter, im Jahre 1840 von der Stadt Sopron zum ehrenamtlichen Bürger, im Jahre 1844 zum Ehrenbürger der freien königlichen Stadt Szatmár gewählt.¹⁸

4. Für den Adel bedeuteten die Ständeversammlungen die echte politische Schule. Die Komitate schickten die zuverlässigen Gesandten wieder nach Preßburg, so zum Beispiel nahm *János Balogh* (1796-1872) als berühmter Hauptredner der Gesandten der Opposition an 8 Ständeversammlungen teil, eine natürliche Folge dessen scheint zu sein, daß sein Sohn *János Balogh junior* (1796-1872) zwischen 1825-1832 in mehreren Ständeversammlungen vorkommt und ein Mitglied der ersten Nationalversammlung der Volksvertretung ist, und auch im Jahre 1861 ein Deputierter ist.¹⁹ *Szemere* ist in den Jahren 1843-1844, 1847-1848 ein Gesandter, *László Palóczy* aber vertrat das Komitat Borsod in den Jahren 1826-1827, 1839-1840 und 1843-1844.

5. Die Belesenheit der Politiker der Epoche war überdurchschnittlich, die in den Kurien der Provinz befindlichen Werke von Montesquieu, Rousseau und Helvetius. Auf die neue Generation wirkte jedoch in großem Maße das Buch von Lamartine,²⁰ die Geschichte der Girondisten. Als eine echte Bibel wurde das Werk von Karl v. Rotteck das Staats-Lexikon oder die Encyclopädie der Staatswissenschaften angesehen.²¹ Lamennais zuliebe lernen die Jungen der Nationalversammlung französisch, denn sie können solche lesen: „*Wenn ihr ein Volk mit Ketten belastet, und dem Henker restlos*

¹⁸ Az 1848-1849. évi első népképviselési országgyűlés történeti almanachja. [Der historische Almanach des ersten Parlaments der Volksvertretung der Jahre 1848-1849]. Budapest, 2002. S. 639

¹⁹ Történeti Almanach. S. 62-63 [Historischer Almanach]

²⁰ Charakteristisch ist jedoch der Tadel von Ferenc Deák im Zusammenhang mit dem Werk von Lamartine: „Ihr lebt euch in jene Zeiten ein, jeder von euch wählt sich einen Lieblingsheld unter den Gestalten des Trauerspiels der französischen Revolution aus, und hofft, diese Rolle auch zu spielen. Das Buch von Lamartine ist eine gefährliche Lektüre, es ist weder eine Geschichte noch ein Roman, aber am allerwenigsten eine Bibel, die ihr daraus macht.“ *Hóman B., Szekfű Gy.: Magyar történet. [Ungarische Geschichte] Bd. V (geschrieben: von Szekfű Gy.) Budapest. 1936. S. 310-311*

²¹ Nagy Szegvári K. Az 1848-as magyar forradalom és az európai jogi kultúra. [Die ungarische Revolution vom Jahre 1848 und die europäische Rechtskultur. In.: A magyar polgári átalakulás alkotmányos forradalma. Jogtörténészek 1848-ról. [Die konstitutionelle Revolution der ungarischen bürgerlichen Umwandlung. Rechtshistoriker über das Jahr 1848] S. 53-54. Dasselbe ist im Bestand der bischöflichen Bibliothek von Pécs zu beobachten, wo zum Beispiel das große Werk von Beccaria neben den Kodexen von Napoleon in einer deutschen Übersetzung vom Jahre 1776 und in einer ungarischen Übersetzung vom Jahre 1834 vorkommt. *Kajtar I.: Az újkori német jogi kultúra szakirodalmá a Pécsi Püspöki Könyvtárban (Kitekintéssel a XIX. század közepéig). [Die Fachliteratur der deutschen rechtlichen Kultur des neuen Zeitalters in der bischöflichen Bibliothek von Pécs (Mit einem Ausblick bis zur Mitte des XIX. Jahrhunderts)] In.: A Pécsi Egyetemi Könyvtár kiadványai... A Klimó-könyvtár a tudományos kutatások szolgálatában. [Publikationen der Universitätsbibliothek von Pécs ... Die Klimó-Bibliothek im Dienst der wissenschaftlichen Forschungen.]. Pécs, 2001. S. 19.*

geworfen seht, sollt ihr nicht gleich sagen, daß es ein gewalttätiges Volk sei, das den Frieden der Welt stören wollte. Denn es kann sein, daß es ein Volk der Märtyrer ist, das für das Wohl der Menschheit sterben wird.“²²

6. Die Politiker der Epoche kannten die europäische Presse überraschend gut, so zum Beispiel die Augsburger Allgemeine Zeitung und auch während ihres Aufenthaltes im Ausland war das Studieren der lokalen leitenden Zeitungen natürlich.²³

Neben der Zensur ist die politische Publizistik des Reformzeitalters schwer in Gang gekommen. Wer darin eine echte Explosion brachte, und das politische zündende Material ansammelte, war *Lajos Kossuth*.²⁴ Zwischen dem Dezember des Jahres 1832 und dem Mai des Jahres 1836 veröffentlichte er die *Landtagsberichte*, später die *Munizipalberichte*. Dieses letztere brachte ihn mit der Anklage des Hochverrates ins Gefängnis, aber es übte im Land eine sehr große Wirkung aus. Im Zusammenhang damit bemerkt *Ferenc Pulszky*: „...nach dem Abschluß der Ständelversammlung brachte Kossuth die Munizipalberichte in Gang, in denen er über die Komitatssitzungen umfangreiche Berichte mitteilte; die liberalen Tafelrichter mochten diese gern lesen, weil sie ihre eigenen Reden und die Reden ihrer Bekannten dort fanden, aber die Konservativen und die Regierung waren wütend, weil die Munizipalberichte das Feuer nicht auslöschen ließen, sie stifteten sogar die Anreizung, weil alle Komitate wußten, daß die Reden öffentlich bekanntgemacht werden, wollten sie ihren Mann stellen“ ...²⁵

Das Presseorgan mit großer Wirkung wurde jedoch die *Pesti Hírlap* (Zeitung von Pest), deren Redakteur vom 2-ten Januar 1841 bis zum Juni 1844 *Lajos Kossuth* ist. Die erste im modernen Sinne genommene ungarische Zeitung hat den Leitartikel geschaffen, teilte Berichte aus der Hauptstadt, aus dem Lande und aus dem Ausland mit, im Rahmen ihres „abhandelnden“ Teils erörterten Experten die theoretischen Fragen der bürgerlichen Umwandlung auf einem sehr hohen Niveau. Das Blatt stellte eine sehr breite Skala der ungarischen Wirklichkeit dar, auch seine ausländischen Berichte gaben einen sehr breiten Horizont. Wie der Chefredakteur die Wirklichkeit darstellte, schaltete er sie auch in den Gedankenkreis der bürgerlichen Umwandlung ein. Das Mosaik der scheinbar umherflatternden Themen zeigte, daß ein beunruhigendes schlechtes gesellschaftliches Allgemeinbefinden dahinter ist, das schon über die Rahmen der Ständerversammlung hinausging. Wegen der politischen

²² L. ist ein sich der Kirche entgegensetzender Politiker (1782-1854). Sein Hauptwerk: „Paroles d'un croyant (Paris 1834)“ Zitiert: von *Hóman-Szekfü*: V S. 307-308

²³ All das zeigt sich aus der Argumentation der Bezirkssitzungen. Pulszky sucht in Stuttgart den Redakteur des Literatur Blattes wegen der Ausgabe von Manuskripten auf. Er kommt in Augsburg bei der Allgemeinen vorbei. Während seines Aufenthaltes in London wird er aufgrund des Times und eines deutschen Blattes darüber informiert, daß der Führer der Jungen der Ständerversammlung verhaftet worden ist. *Pulszky F.*: 83., 86. 91.

²⁴ Er ist ein Kleinadeliger aus dem Komitat Zemplén (1802-1894), Rechtsanwalt, bekleidet Ämter im Komitat, seine journalistische Tätigkeit und seine führende Rolle als Gesandter der letzten Ständerversammlung ist epochal. Er ist der Finanzminister der bürgerlichen Regierung des Jahres 1848 und danach steht er an der Spitze des die nationale Selbstverteidigung organisierenden Komitees für Landesverteidigung. Vom April 1849 ist er nach der Unabhängigkeitsdeklaration regierender Präsident. Nach der Niederschlagung des Freiheitskampfes ließ er in der Emigration als das lebende Gewissen der Nation bis zu seinem Tode seine Stimme hören.

²⁵ *Pulszky F.*: S. 101

Meinungsverschiedenheiten attackierten Széchenyi und Aurél Dessewffy²⁶ heftig die Zeitung von Pest, aber die Liberalen, so Eötvös verteidigten sie.²⁷ Da die Regierungskreise die Gefährlichkeit des Chefredakteurs fühlten, beseitigten sie ihn von der Spitze des Blattes. Danach kam die Redaktion in die Hände der Zentralisten, die Popularität des Blattes verminderte sich rapid, die Artikel wurden nämlich prinzipiell begründet, wissenschaftlich (und ziemlich trocken) geschrieben, in ihrem Stil von der Richtung von Kossuth in einem großen Maße abweichend.

7. Die Politiker der Epoche lasen hastig die politische Literatur, die Zeitungen und Zeitschriften der Epoche, sie korrespondierten eifrig mit ihren ausländischen Freunden, zugleich reisten sie sehr viel in Europa, aber auch in Nordamerika. Bertalan Szemere war zwischen 1836-1838 in Österreich, in der Tschechei, in Deutschland, in Frankreich, in England, in Irland, später in Niederlanden, in Belgien, er besuchte wieder Deutschland und die Schweiz. Im Jahre 1840 wurde sein Reisetagebuch mit dem Titel *Reise im Ausland* ausgegeben.²⁸

Die Möglichkeiten der Magnaten waren natürlich viel breiter. Graf István Széchenyi war nach 1815 in Neapel, in England, er fuhr in den Jahren 1818-1819 durch Italien nach Konstantinopel, später kommt er durch Smyrna, Athen, Malta und Sizilien und später wieder durch Italien und Triest nach Wien zurück. Vom Frühling 1822 fuhren sie auf einer mit Wesselényi gemeinsamen westeuropäischen Reise durch München, Straßburg nach Paris, später fuhren sie von dort nach England und der Graf kam durch Paris nach Wien zurück. Er erweiterte seine Erfahrungen außerdem auch mit zahlreichen Reisen (z.B. 1825, 1829, 1832, 1834).²⁹

8. Das Zeitalter der bürgerlichen Modernisierung von mehreren Generationen schöpfte aus der europäischen rechtlichen Kultur und der gemeinsame Zug der Revolutionen von 1848 ist besonders die Übernahme der dem liberalen Ideensystem entsprechenden Reformen des Staatsmechanismus und des Rechts. Von den Losungen war die Gleichheit vor dem Gesetz leicht zu formulieren. Einen noch früheren Ursprung hat die große Erfindung der Aufklärung der gesellschaftliche Vertrag zwischen den grundlegend freien Menschen. Die Gleichheitsidee des Vernunftrechts leugnete die

²⁶ Graf Aurél Dessewffy (1808-1842) hat eine hervorragende Bildung, erwarb eine Praxis im Komitat und in der Hofkanzlei, im Statthalterrat, er nahm am künstlerischen, wissenschaftlichen öffentlichen Leben teil, da er Mitte 1841 das Blatt Welt erworben hatte, widersetzte er sich den Bestrebungen von Kossuth. Charakteristisch für ihn ist seine Erklärung nach dem Tode seines Vaters, des Grafen József Dessewffy „Was für ein wunderschöner majestätischer Teil ist in einer Arbeit unseres Auréls, wo er erklärt, in was für einem Sinne er ein Royalist ist. Diese Stelle verdient goldene Buchstaben... Wenn er lebt, flößt, atmet er der Regierung Energie ein, stellt er das Vertrauen zwischen der Regierung und der Nation wieder her und fest und er kann einen unberechenbaren Nutzen und Ruhm für den Landesherrn und für die Heimat bringen und bewirken. „Dessewffy Aurél összes művei“ [Gesamte Werke von Aurél Dessewffy] S. XLIV

²⁷ Magyarország története 1790-1848. V/2 S. 861-863 [Die Geschichte von Ungarn] – Graf Aurél Dessewffy: Összes művei. Sajtó alá rendezte: József Ferenczy. Budapest, 1887. XLIII. [Gesamte Werke] red.: von József Ferenczy

²⁸ Történelmi Almanach. [Historischer Almanach] S. 844, Both Ö.: Az ifjú Szemere Bertalan főbb politikai és alkotmányjogi nézetei [in seiner Studie mit dem Titel Die wichtigsten politischen und verfassungsrechtlichen Ansichten des jungen Bertalan Szemere] In: Jogtörténeti tanulmányok [Rechtshistorische Studien] Bd. VI Budapest, 1986. S. 39-70. Er analysiert mit beispielhafter Gründlichkeit jene Wirkung, die seine Reise in Europa auf den auf den späteren politischen Kampfplatz tretenden Jungen ausübte.

²⁹ Történelmi Almanach [Historischer Almanach.] S. 830-832

früher bestehende Ordnung, sie war ein grundrechtlicher Katalog, eine Antithese der Verhältnisse des XVIII. Jahrhunderts. Weitere Forderungen waren die Kodifizierung, die Volksvertretung und auf das XVII. Jahrhundert zurückführbar die Verantwortung des Ministers.³⁰ Die europäische rechtliche Kultur äußerte sich in verschiedenen Fachgebieten, so auch auf dem Gebiet des Strafrechts.³¹

9. Bei den politischen (gesellschaftlichen-staatlichen-rechtlichen) Umwandlungen zeigt sich das im Titel unserer Studie angegebene Begriffspaar in vielfältigen Gestalten. Die Tradition, Reform, konservativ- liberal- der traditionelle, moderne, der alte- neue treten vielfarbig auf.³² In der untersuchten Epoche wurden diese mit den Gegensätzen der Regierungspartei und der Opposition ergänzt.

10. In bezug auf die Tradition und auf die Reform können zwei extreme Polen gezeichnet werden. Der erste ist *Pál Nagy* von Felsőbük, der der Verteidiger vom ritterlichen Geist der uralten Verfassung war. Er ließ in seinem politischen System der natürlichen Entwicklung keinen Platz zu, er betrachtete die uralte Verfassung nicht als eine sich ständig gestaltende Organisation, sondern er betrachtete das außerhalb der Änderungen des Lebens gesetzte Werk, als eine geschlossene Tatsache. Nach seinem Glauben kann Ungarn nur unbeschadet der uralten Verfassung eine Art und Weise der politischen Tätigkeit finden.³³

*Miklós Wesselényi*³⁴ Über Fehltritte. Der Abschnitt seiner im Jahre 1833 in Bukarest ausgegebenen Arbeit mit dem Titel „*Vorurteile für und gegen das alte und das neue*“ neigt sich nach einer Erwägung eher zum neuen. „*Wie gern wir das alte haben, wie sehr wir auf dem schon gewohnten bestehen, in welchem Maße wir uns unsere Existenz damit verweben vorstellen, was wir schon seit lange her fühlen, üben, sehen und erleben: - jedoch, wie sehr wir nach allem neuen, ungewohnten eine*

³⁰ Die begründende Studie der obigen Nagy Szegvári K.: S. 47-56 Seinen Gedankengang schließt Eötvös J. mit derjenigen Grübeleien seines Werkes mit dem Titel *Der Einfluß der herrschenden Ideen des XIX. Jahrhunderts auf den Staat*, mit der der ausgezeichnete Zentralist über das Verhältnis der drei Grundprinzipien zu einander meditiert.

³¹ *Kajtár I.*: Europäische Rechtskultur im ungarischen Parlament des XIX. Jahrhunderts. István Kajtár – In: Von den Ständeversammlungen bis zum parlamentarischen Regierungssystem in Ungarn. hrsg. von G. Máté, B. Mezey. – Budapest; Graz, 2001. – S. 17-24 – *Európai jogi kultúra – magyar modernizáció a XIX. században (büntetőjogi példákkal)* [Europäische Rechtskultur – ungarische Modernisierung im XIX. Jahrhundert (mit strafrechtlichen Beispielen)] In.: *Tanulmányok dr. Földvári József professzor 75. születésnapja tiszteletére*. Pécs, 2001. S. 128-138 [Studien anlässlich des 75. Geburtstages des Professors dr. József Földvári]

³² Siehe: R. Nisbet: *Konzervativizmus: álom és valóság* [Konservativismus: Traum und Wirklichkeit]. Pécs, 1996. – Mannheim K.: *A konzervativizmus* [Der Konservativismus]. 1994. – P. Manent: *A liberális gondolat története*. [Die Geschichte des liberalen Gedankens]. Pécs, 1994

³³ *Csengeri A.*: Magyar szónokok és statusférjak. (politikai jellemrajzok), Pesten [Ungarische Redner und Staatsmänner (politische Charakterzeichnungen) in Pest, 1851. S. 3., 5 – Nagy Pál (1777-1857). Er zeichnete sich mit seiner Soldatentapferkeit aus. Im Jahre 1807 wurde er zuerst Gesandter, als er wegen seiner leidenschaftlichen Reden vor den Herrscher zitiert wurde. Im Jahre 1825 und 1833 ist er wieder Gesandter, aber weil er immer mehr in der konservativen Richtung getrieben wird, verliert er seine Popularität in den Ständeversammlungen vom Jahre 1832-36, 1839-40 völlig. *Szinnyei J.*: *Magyar írók élete és munkái*. [Leben und Werke ungarischer Schriftsteller] Bd. IX Budapest, 1903. S. 732. 734

³⁴ Br. Miklós Wesselényi (1796-1850) begründete seine im Magnatenhaus des Parlaments ausgeübte führende Rolle auf seine Erfahrungen im Komitat und in der Ständeversammlung. Wegen seiner politischen Tätigkeit wurde gegen ihn ein Prozeß anhängig gemacht, seine Verteidigung besorgte Kölcsény. Seine Berühmtheit nahm während des großen Hochwassers in Pest im Jahre 1838 nur zu. Nach seiner Verurteilung wurde er blind.

Sehnsucht haben, wie viel Veranlassung und Schönheit es in der Änderung und im neuen gibt!

Ihre Wirkung ist auch auf die Handlung des Menschen in vielen Hinsichten nützlich. – Die Liebe der Änderung hält uns in der Arbeit, erzeugt Erfindungen; Die Liebe des alten rettet das schon Vorhandene, sorgfältig Erworbene vom schnellen Verschwinden. So verdoppeln diese zwei gegensätzlichen Bruchteile, jeder von deren auf seinem eigenen Platz und in ihren Grenzen ihn korrigiert, bildet, seine Existenz glücklicher, seine Leiden erträglicher macht, ihn destruiert, dumm macht, seine Freuden beeinträchtigt, seine Qualen verdoppelt, wenn er nicht richtig angewendet wird.

Die Liebe des alten, die Anhänglichkeit an dem Gewohnten sind dort, wo man verbessern, fortschreiten, das heißt sich bewegen sollte, ein hartes Hindernis jeder nützlichen Tätigkeit. Aber die Sehnsucht nach der Neuerung löst auf, vernichtet zertrümmernd, wenn sie über diejenigen Gegenstände herrscht, deren Fortbestehen nützlich, notwendig ist.

..., aber ich glaube, daß uns die an dem alten festhaltenden und alles neue und jede Neuerung abstoßenden Vorurteile viel mehr zuleide tun. Deshalb spreche ich hier nur darüber.

... Der menschlichen Gesellschaft und dem bürgerlichen Leben aller Nationen haucht die Kraft der Wirkung auf die Vervollkommenung Lebendigkeit ein. Das Lebenswerk dieser Kraft ist die Bewegung. Wenn das durch das Gewicht vom Bestehen und Steckenbleiben verhindert wird, das nur die zu schnelle Bewegung ermäßigen soll, so gerät das Kraftwerk in Stockung, oder zerbricht die große bewegende Kraft das Ganze zusammen mit dem ihm im Wege stehenden Hindernis.

Viele geben die Ursache an, warum sie so sehr an dem alten hängen: „sie sagen, daß es eine Verpflichtung ist, das alte zu ehren, - wir sind verpflichtet, das, was wir von unseren Vorfahren etwa in Vermächtnis bekamen, zu schätzen, zu pflegen.“

... Wenn viele Gegenstände mit dem Vorwärtstommen der Zeit und der Vernunft gleicherweise fortgeschritten wären, gäbe es jetzt nichts veraltetes und im ganzen eine Änderung wünschendes; wären wir nicht gezwungen, das aus unseren Händen auszugeben, oder von den Angriffen der Epoche zu schützen.

... Was sich langsam aber ständig erneuert, bleibt in einer ewigen Jugend; deshalb, wenn das Vorhandene für uns lieb ist, sollen wir es nicht vergreisen lassen, sondern wir sollen in Verbindung mit der jung vorwärtstommenden Zeit seine Jugend erhalten, ...

Die Befürworter des alten pflegen im Ton des Triumphes damit herauszurücken: „daß das alte das Geschöpf der vergangenen weisen Epoche sei, das neue aber die Frucht der jetzigen, also jungen, das heißt unreifen Epoche sei -“.

... Nicht die alte Zeit ist der an Erfahrungen reiche und im Lernen grau gewordene weise Alte – sogar gerade der noch wenig gesehene und erfahrene Junge ist sie: aber der jetzige, der an derjenigen Zeit reif geworden ist, der Beispiele von Jahrhunderten und Tausenden und Selbsterfahrungen zum Beweis diene; er kann sein Wissen dort beginnen, wo die alte Zeit ein Ende nimmt, und alle seine Kenntnisse liegen ihr zugrunde, worauf er bauen kann.“

11. Aus der Periode der Nationalversammlung der Jahre 1832-1836 können wir die folgenden Beispiele anführen:

Ferenc Kölcsey.³⁵

a) Rede in der Angelegenheit des Komitates Heves am 19. Februar 1833 „In unserer Heimat, ich lehne es nicht ab, wurden unsere Gesetze und Rechte in einem großen Teil auf Gewohnheiten aufgebaut; aber mir scheint es keine sehr erfreuliche Geschichte zu sein. Als wir geschriebene Gesetze schaffen, sollen wir uns bemühen, sie mit der bestmöglichen Bestimmtheit umzuschreiben; wir sollen uns bemühen, jede Unklarheit auf solche Weise zu beseitigen, damit sich der Zweck der Gesetzgebung auch mit der Zeit klar auszeichnet. Die Sitte beginnt sehr oft unbemerkt, sie ändert sich ab und zu auf andere Gestalten, bis schließlich so etwas erzeugt wird, worüber im voraus niemand träumte. ...“³⁶

b) XV. Rede: In der Angelegenheit der ungarischen Sprache „Der Hochadel sagt im weiteren, wir sollten langsam fortschreiten: man dürfe diesen Schritt nicht forcieren. Ist es jedoch keine genügende Langsamkeit, seit 43 Jahren um die Sprache zu kämpfen und wir wären nicht einmal jetzt dort, wo wir sein sollten, und wo wir sein wollten? Wir gewannen wenig in allen Ständerversammlungen; wir machten jeden Fortschritt mit langem Besinnen; leider! es gab gerade keine Eile, nichts, was in der so heiß erwünschten Langsamkeit, in der stufenweisen Überzeugung der Hindernisse besser weggeblieben wäre. Aber der Hochadel knüpft vielleicht die Idee der Langsamkeit an Jahrhunderte?“³⁷

c) XVII. Rede. Betreffs des priesterlichen Zehnten. „Und es ist wirklich eine besondere Sache, Wohlgeborene (löbliche) Stände! wenn wir zu welcher Zeit auch immer einen neuen Antrag stellen, wenn wir unsere alten Gewohnheiten korrigierend zu ändern, oder abschaffen zu lassen, oder mit einer anderen zu wechseln wünschen, zu jeder Zeit wird das Gesetzbuch genommen, und daraus wird uns wie aus einem seelenbezwingenden Buch eines Magiers ein veralteter Artikel auf den Kopf gelesen; und sie haben die Absicht, uns zusammen mit unseren Anträgen mit dessen Zauber zu vernichten. „... Unsere Vorfahren erließen Gesetze, die in ihrer Zeit gut, notwendig, und vielleicht gerade unumgänglich waren: aber die Zeit und die Umstände änderten sich auf Tausend Art und Weise; und jetzt ist es schon viel, was je notwendig war, wurde unnötig, oder sogar schädlich.“³⁸

d) Abschied von den Ständen des Landes. 9. Februar 1835. „Unsere Losungen waren: Heimat und Fortschritt. Diejenigen, die statt des Fortschrittes das Bleiben wollen, sollen es sich überlegen: da das Wort Bleiben mehrere Bedeutungen hat. Der

³⁵ Er ist der Sprößling einer uralten adeligen Familie aus dem Komitat Szatmár, in seinem Zeitalter ist er ein bestimmendes Mitglied der ungarischen Literatur, ein Gedicht dessen auch heute noch die Nationalhymne von Ungarn ist. Im Komitat und in der Ständerversammlung zeichnete er sich mit seinen liberalen Ideen aus, er wurde allgemein verehrt, er hob die Parlamentsrede auf literarisches und künstlerisches Niveau. Von ihm lernten Deák, Kossuth, Eötvös und Szemere. Die Nation ließ ihm zahlreiche Anerkennungen zuteil werden.

³⁶ Kölcsey Ferencz minden munkái. Harmadik bővített kiadás. Alle Werke von Ferencz Kölcsey. Dritte erweiterte Auflage. Bd. IV, Budapest, 1886 S. 97-98

³⁷ Ebenda S. 102

³⁸ Ebenda S. 156

der Epoche entsprechende Fortschritt bringt gerade das Bleiben mit sich; die Folge des ruhig Bleibens ist aber das Siechtum.“³⁹

Ferenc Deák:

a) Über den Mut [die Sicherheit] der Leibeigenen in bezug auf die Person und das Vermögen. 17. Juni 1833 Bezirkssitzung. „Viele von der Unveränderlichkeit des oft auch mehr als sein Verdienst gelobten, oft aber auch unbilligerweise geschimpften 9. Artikels des I. Abschnittes [von Werbőczy] hörend, nehmen jenes Gesetz auf und untersuchen, welche Änderungen seit seinem Erlassen daran geschehen sind“ ... „Wenn also unsere Vorfahren diejenigen Teile des 9. Artikels des I. Abschnittes ändern, einschränken, abschaffen durften, die in Anbetracht des Zweckes des Staates als schädlich beurteilt wurden, warum sollten wir keine solchen Maßnahme treffen dürfen, die den 9. Artikel des I. Abschnittes nicht einmal einschränkt?“⁴⁰

b) Über die Besitzfähigkeit [die Fähigkeit des Eigentumserwerbs] der Leibeigenen 4. September 1833 „Ich könnte darüber eine Frage stellen, welches klare Gesetz gerade die nicht Adeligen ihres Rechtes auf den Eigentumserwerb beraubt, und es wäre wirklich nicht leicht, ein klares Gesetz vorzulegen, ... Aber ich rühre daran nicht, weil ich die Antwort im voraus sehe, daß die Gesetze von der das Gesetz vorschreibenden mächtigen Sitte so erstreckt wurden, und daß diese Sitte im Geiste der ehemaligen Epoche entstand, und das Brandmal des Alters auf seiner Stirne tragend, Respekt einflößt.“⁴¹

c) Über die Wahl der Mitglieder der oberen Richterstühle durch die Ständelversammlung. 3. April 1834 „Es will also die ehemalige nützliche Gewohnheit unserer Vorfahren wiederbeleben und erstrecken und wenn wir bei den ersten Gerichten in allen Punkten das Vertrauen und die Wahl erwähnten, sollen wir noch mehr bei unseren obersten Richtersthühlen darauf achten,“...⁴²

12. Auch die Ständeversammlung der Jahre 1839-40 kann erwähnt werden.

Graf Aurél Dessewffy. Die mit der freien Presse verbundene Angelegenheit. 21. September 1839 „Es ist vielleicht die wichtigste Frage der ganzen zivilisierten Welt. Hier will ich nur bemerken, daß auch dieser Zweig der Gesetzgebung zweifellos fortschreitend und zwar stufenweise fortschreitend sein soll, damit er auf diese Weise mit den Umständen, ab und zu mit der Entwicklung und Änderungen des Bestandes immer in Übereinstimmung bleibt. Das, daß die Gesetzgebung fortschrittlich ist, bedeutet jedoch nicht nur: daß sie fortschreitet, sondern zugleich auch das: daß sie stufenweise fortschreitet, das heißt: daß sie mit den Institutionen vom leichteren Ausbau beginnt, und sie auf solche Weise auf das Zustandebringen der anderen mit mehreren Schwierigkeiten verbundenen Institutionen übergeht. Das gilt für die Öffentlichkeit ebenso, wie auf andere übrigen Angelegenheiten.“⁴³

³⁹ Ebenda S. 207

⁴⁰ Deák Ferenc beszédei [Die Reden von Ferencz Deák] Bd. I. Zusammengestellt: von Kónyi Manó, Budapest, 1882. S. 16

⁴¹ Ebenda: S. 29-30

⁴² Ebenda: S. 52

⁴³ Dessewffy Aurél összes művei. [Gesamte Werke von Aurél Dessewffy] S. 227

13. In der Ständeversammlung der Jahre 1843-44⁴⁴ entsteht auch die Frage der Traditionen und der Reformen verknüpft. Die Reformpolitiker betreiben mit Nachdruck die Änderungen, sie weisen darauf hin, daß Revolutionen im politischen System von Europa zu erwarten sind.⁴⁵

Wir können aus den Reden des Barons József Eötvös⁴⁶ im Magnatenhaus ein konkretes Beispiel für die Argumentation für den Fortschritt anführen. Am 12-ten März 1844 über die Rechte der Adeligen sprechend sagte er die folgenden: „mit unserer Übereinstimmung werden die Gesetze geschaffen, denen wir folgen, und weil diese Gesetze die Folgen keiner tyrannischen Macht, sondern unseres eigenen Willens und unserer Überzeugung sind, denen wir uns unterwerfen; aber das wird von niemandem bereut, von niemandem angegriffen. Aber solche einzelnen gesetzlichen Bestimmungen, die nicht geändert werden können, gibt es nach meiner Auffassung in unserem ganzen Corpus Iuris nicht; und wie unsere Vorfahren, als sie Gesetze erließen, nur ihre eigenen Umstände betrachteten, und sie weder an die Vergangenheit noch an die Zukunft dachten: so ist es unsere Verpflichtung, Gesetze nicht zurückblickend zu schaffen, sondern Gesetze für den gegenwärtigen Augenblick zu schaffen, weil nur das, das die Folge des gegenwärtigen Augenblickes der Gesetzgebung ist, das zum gegenwärtigen Augenblick geeignet ist, kann leben; alle anderen Gesetze sind tote Buchstaben, die wir zwar schaffen wollten, aber die wir zu erhalten auf keinen Fall fähig sind.“⁴⁷ Eötvös äußerte sich mit prinzipieller Schärfe über die Wahl der Gesandten sprechend: „Hochgeborener Herr Graf Antal Szécsen sagte, daß es gefährlich ist, das Wort »niemals« in der Politik anzuwenden, so ist das Wort »gleich« vielleicht noch gefährlicher. Ich gestehe, ... völlig überzeugt, daß dort, wo es nach der Vernichtung eines vorhandenen großen Schlechten oder nach dem Einbringen irgendeines notwendigen Guten gefragt wird, ist die Improvisation, das heißt die schnelle Einführung solcher Maßnahmen, ...“⁴⁸

Die in der Untertafel einen Platz einnehmenden Gesandten des Kapitels verpflichteten sich eindeutig für ihre traditionellen Rechte. Bei den mit Religionsfragen verbundenen Gesetzesentwürfen, bei der Frage über das Kirchenvermögen, bei der Beurteilung der Position der Kapitel in der Ständeversammlung und bei der Zahl ihrer

⁴⁴ Grundquelle: Das Tagebuch der Bezirkssitzungen der Untertafel der ungarischen Nationalversammlung der Jahre 1843/44 hrsg. von Ferenc Kovács Bd. I.-VI. Budapest 1894, im weiteren Bd. K und S. Das Tagebuch der bei den hochgeborenen Magnaten gehaltenen Landessitzungen in der am 14. Mai 1843 bestimmten ungarischen Ständeversammlung. Bd. I-VII Preßburg, 1843-1844, im weiteren Bd. F und S.

⁴⁵ K. IV. S. 284-285, F. IV./231., K. IV./343., K. III./241., K. II./595.

⁴⁶ Br. József Eötvös (1813-1871) wurde in einer dem Hof nahestehenden ermäßig wohlhabenden freiherrlichen Familie geboren. Nach seiner Rechtsanwaltsprüfung diente er nur eine kurze Zeit in der Hofkanzlei. Nach seinen Reisen im Ausland widmete er sich der literarischen Tätigkeit, später nach der Ständeversammlung der Jahre 1839-40 schaltete er sich in die Politik ein. Er gehörte zu der Gruppe der sich gegen das Komitat aussprechenden, eine zentralisierte bürgerliche Verwaltung beanspruchenden, „Zentralisten“ genannten Politiker. In der bürgerlichen Regierung des Jahres 1848 ist er Minister für Religion und öffentliches Unterrichtswesen und Mitglied der Nationalversammlung der Volksvertretung. Nach September 1848 entfernte er sich ins Ausland, er übte eine bedeutende literarische Tätigkeit aus. Seit 1867 bekleidete er wieder ein Ministeramt. Während seiner Karriere bekleidete er immer bedeutendere Ämter in der Ungarischen Akademie der Wissenschaften.

⁴⁷ Báró Eötvös József összes munkái. IX. Beszédek Bd. II. Politikai beszédek [Gesamte Werke des Barons József Eötvös] IX. Reden Bd. II Politische Reden Bd. I. Budapest, 1902. S. 173-174

⁴⁸ Ebenda: S. 175 (XXI.)

Stimmen beriefen sie sich immer auf die 800-jährigen Gewohnheiten.⁴⁹ Der Schutz der Tradition ging aber manchmal in die Offensive über. Das Komitat Borsod stellte am 9-ten August 1841 den Antrag, daß man aus dem Einkommen der priesterlichen Güter die den Gottesdiensten und ihrer prachtvollen Erhaltung dienende Summe abziehen soll und den Rest zur Aufstellung von Schulen, zur Bildung der Lehrer, das heißt zu gemeinnützigen Zwecken anwenden soll.⁵⁰ Die Gesandten des Kapitels überschütteten einen mit einem wirklichen Salvenfeuer wegen der Verletzung der Heiligkeit des Eigentums und in Anbetracht dessen zog Antal Liphay, der Gesandte des Kapitels von Preßburg weitgehende Schlußfolgerungen: „unsere Nation ... lebt in der Epoche des Ideenaufbruchs; in der Epoche des Aufbruchs aber mögen sich alle Neuerungen Fortschritt, alle Umstürzungen Verbesserung, Weiterkommen nennen. Der gegenwärtige Antrag von Borsod ist - meiner Meinung nach - nicht berechtigt, den Titel der Verbesserung, des Fortschrittes zu tragen, weil es nicht in einer neuentdeckten Wahrheit, sondern in den in der alles zerstörenden und demolierenden revolutionären Werkstatt des vergangenen Jahrhunderts zustande gekommenen Irrlehren wurzelt.“⁵¹

Auch István Széchenyi äußerte sich einmal für die Traditionen. „Wenn wir so von heute auf morgen unter den alten Institutionen Experimente und ganz neue Bauten aufstellen wollten, als ob unsere Verfassung eine tabula rasa wäre: geht das nicht, - Hier sind wir unter anderen Umständen - vor uns stehen die Mauern eines 800-jährigen Gebäudes, die auf einmal nicht gestürzt werden können, das soll man stufenweise machen. ...“⁵²

Natürlich existierte auch eine solche politische Rhetorik, die die Traditionen und die Änderung (aufrichtig oder vielleicht nur in Worten) gleicherweise anerkannte. „Ich kenne die sich nach der Förderung des Allgemeinwohles des Landes strebende reine Bemühung der hochgeborenen Hochadeligen zu Gunsten der Heimat nach unseren uralten Institutionen in der zur Seele der Zeit gemessenen Proportion“ (Palatin József), die Rede des Personalis die Fragen der Epoche erwähnend schützt vor der unvorbereiteten, vorzeitigen Erstreckung der Freiheit.“⁵³

Nach einer gründlichen Vorbereitung zeigte die Tätigkeit der Ständeversammlung der Jahre 1847-48 teilweise mit den schon gekannten Gestalten qualitativ nur dann über den Gang der alten hinaus, als die europäischen Revolutionen auf den Kontinent einbrauten. Die bisherigen Argumente wurden von der rechtlichen Revolution verstärkt, oder weggefeßt, aber mehrere Elemente der Tradition sind geblieben, so können wir darauf hinweisen, daß die Munizipalisten erreichten, daß die Komitate vom Gesetzartikel 1848:16 als das Bollwerk der ungarischen Verfassungsmäßigkeit deklariert wurden.⁵⁴

⁴⁹ K/I. S. 194, Hier sagt der Gesandte des Kapitels von Veszprém im Zusammenhang mit ihrem Platz in der Ständeversammlung aus, daß man bei dessen Beurteilung „das Gesetz achtend und nicht die Mode von 1-2 Wochen, sondern die Gewohnheit von Jahrhunderten und die gesetzlichen Rechte berücksichtigend ihnen recht gibt. K. I./ S. 296-310, K. II./ S. 51, K. II./ S. 131

⁵⁰ K.V./ S. 315

⁵¹ K.V. S. 338

⁵² F.III./ S. 343

⁵³ K/I. S. 141, 130

⁵⁴ Csizmadia A.: (1979) S. 32 und *Stipta I.*: Törekvések a vármegyék polgári átalakítására. [Bestrebungen nach der bürgerlichen Umgestaltung der Komitate]. Budapest, 1995. S. 7-35

14. Die Argumentation konnte durch den Habitus des Redners verstärkt oder geschwächt werden. *Ödön Beöthy*⁵⁵ war zwar in der Diskussion unbezahlbar, er sprühte brillante Geistesblitze in seiner Rede, aber er war nicht geeignet Parteiführer zu sein und er sehnte auch nicht danach. Er war einer der größten Volksredner seiner Epoche. Er ist neben den herzerhebenden, ergreifenden Ideen die Schachtel vieler grotesken Gestalten, der Ironie, des Scherzes, des Humors. Nur er von den ungarischen Rednern erbte die Aufschreie von *Danton*, die Zwischenreden von *Mirabeau*.⁵⁶ Die raffinierte und doktrinäre Auffassung und das weltabgewandte Verhalten von *Bertalan Szemere* entfremdeten von ihm beinahe die Gesandten-Kameraden. Sie erkannten sein Talent an, sein manchmal prahlerisch geäußelter Liberalismus machte ihn nicht populär. Er fand vielleicht deshalb kein Vertrauen, weil man ihn für einen zu klugen Menschen hielt.⁵⁷ Das Urteil von *Csengeri* ist nuancierter: „*Er erklärte öfter die Sache, worüber er sprach. In seiner Rede waren die meisten Bilder nur ein teurer Edelstein, eine Fassung seiner Ideen. Er glänzte öfter, als er erwärmte. ... (diese Rede) ist keine solche lange sich in Kreis bewegende Schreibweise, die unsere Redner von Cicero lernten. Und sie sind auch nicht die kurzen Punkte des revolutionären Stils. Sie sind einfache Gliedersätze, die manchmal über den Punkt hinausgehen, wo sich der Schriftsteller beruhigen könnte. Die Sprache des Redners ist vollständiger, überschwenglicher ... (bei ihm) zugleich ist sie eine inhaltsreichere, eher eine Künstler-, Schriftstellersprache, als die aller unserer anderer Redner ... Es wurde etwa ein akademisches Niveau gezeigt, aber die Leidenschaften der politischen Rednerbühne duldeten so viel Schliff nicht.*“⁵⁸

Die Rhetorik von *Ferenc Deák* paßte zu seiner körperlichen Beschaffenheit. „*...seine Ansprache ist nicht so ergreifend und elektrisierend, wie überzeugend und erwärmend, nicht so geistreich, glänzend und poetisch, wie deutlich, klar, bündig, voll mit Ursachen und Argumenten, seine Sprache ist klar, glatt aber nicht geputzt, ... natürlich, aber nicht nachlässig, seinen Ideen völlig entsprechend, und sie ausschöpfend. Auf seinem Ganzen wird Regelmäßigkeit, Kraft und Zierde vereinigt. Seine Stimme ist kräftig genug, aber nicht so klangvoll. Er ist kein solcher Redner, wie Kossuth oder O'Connel, den hörend das Publikum seine Nerven hüpfen fühlt, von Leidenschaft entflammt, dessen Worte die Aufschreie des Erstaunens, des Entzückens aus den Busen herausreißen. Aber er ist derjenige Redner, den du lesen kannst, auch mit kalter Vernunft analysieren kannst, als die dramatische Wirkung nachgelassen hat, den du zu welcher Zeit auch immer inhaltsreich, überzeugend, sogar schön findest, in dem es ewig eine Logik, Ordnung und Methode, Kraft und Kern gibt. Aber außerdem kann er auch erwärmen „und es gibt auch solche Fälle, in denen er seinem Publikum Tränen entlockte.*“⁵⁹ Unserer Ansicht nach sieht man die Politik und den Charakter auch in der Rhetorik von *Széchenyi* und *Kossuth*. Die Genie des vorigen als Politiker ist in einem kleineren Bereich und an seinem Schreibtisch kräftiger, die Rhetorik von *Kossuth*

⁵⁵ *Ödön Beöthy* (1796-1854) nahm am Krieg von Napoleon teil, er übte eine Tätigkeit als liberaler Politiker im öffentlichen Leben seines Komitates aus und er erwies sich als ein furchterregender Redner in den Ständeversammlungen. Im Jahre 1848 ist er Obergespan, Nationalkommissar. Nach der Niederlage des Freiheitskampfes war er gezwungen, in die Emigration zu fahren und er starb in Hamburg.

⁵⁶ *Pulsky F.*: S. 163, *Csengeri A.*: S. 22-23

⁵⁷ *Pulsky F.*: S. 163

⁵⁸ *Csengeri A.*: S. 62-63. Es ist charakteristisch, daß er in der Ständeversammlung der Jahre 1843-1844 mehr als siebenzig Mal das Wort ergriff.

⁵⁹ *Csengeri A.*: S. 32-33 Wir kennen seine 92 Reden und Berichte zwischen 1834-1836.

organisiert, schickt einen in den Kampf von einer pragmatischeren Publizistik vorbereitet.⁶⁰

Die Bausteine der Argumente wölbten sich von der Bibel, der antiken Weltgeschichte bis zu den zeitgenössischen Ereignissen, sie berufen sich auf die historische und zeitgenössische rechtliche und politische Kultur, und sie lassen die ganze Palette der einheimischen Historie aufmarschieren, nicht einmal die aktuelle Praxis des Staats- und Rechtslebens außer acht gelassen.⁶¹

15. Die bürgerliche Umwandlung von Ungarn, den echten Ausgangspunkt seines modernen staatlichen und rechtlichen Lebens bedeuteten die Gesetze von April: Die Gründung des unabhängigen ungarischen verantwortlichen Ministeriums (3. Gesetzartikel). Die aufgrund der Volksvertretung jährlich in Pest tagende Nationalversammlung (4., 5. Gesetzartikel). Die Union mit Siebenbürgen (7. Gesetzartikel). Die Teilnahme an den öffentlichen Lasten (8. Gesetzartikel). Das Pressegesetz (18. Gesetzartikel). Die Abschaffung des Urbarmesswesens, des priesterlichen Zehnten und der Aviatizität (9., 13., 15. Gesetzartikel). Unter den anderen Unterlagen der Justiz kam auch die Regelung der Städte und anderer Munizipien mit provisorischem Charakter vor. (24., 25., 26., 27. Gesetzartikel)

Die Politiker der Epoche und später die Historiker „*sprachen von einer gesetzlichen Revolution*“ und wir finden bei ihnen nicht wenig Illusionen. Das stellt sich auch aus dem letzten an die Generalversammlung des Komitates Pest geschickten Gesandtenbericht von Szentkirályi⁶² und Kossuth aus. „*Wenn es wahr ist, daß Nationen manchmal Jahrhunderte erleben, so zeigt die Historie keinen klareren Beweis dieser Wahrheit, als diejenigen einige Wochen, die in der nächsten Vergangenheit reich an Ereignissen über unserem Kopf flogen. ... Die Freiheit machte die Völker zu Brüdern, weil sie nicht mit der blutroten Fahne des vergangenen Jahrhunderts über die Grenzen hinaus rannte, sondern sie den Ölzweig des Friedens mit ihrer einfachen Hand bot. Diese Ereignisse erschütterten auch in unserer Heimat das Gebäude der uralten Verfassung, die schon eng war, die neue im Anspruch und an der Zahl vermehrte Generation zu empfangen.*“⁶³

16. Die Errungenschaften der Gesetze von April machten aber die Kreise des Hofes mit ihren Bestrebungen fraglich, das gegenrevolutionäre Intrigieren überschlug in Südland, später mit dem kroatischen Angriff in einen offenen bürgerlichen Krieg. Am 23-ten September 1848 richtete Lajos Kossuth eine Proklamation an seine Landsleute, an seine Stammesbrüder, an seine Mitbürger. Vielleicht ist das die wahre Stimme von Kossuth.

⁶⁰ Csengeri A.: S. 448-450, *Hóman-Szekfü*: V. S. 312, 315, 317 und die Ereignisse des Freiheitskampfes!

⁶¹ *Kajtár* I.: (1995): S. 121-130

⁶² Er ist der Sprößling einer wohlhabenden aus dem Mitteladel stammenden Familie des Komitates Pest (1809-1882). Neben der Verwaltung des Komitates war er an der Septemviraltafel tätig. Mehrmals nahm er an den Ständeversammlungen teil. Während des Freiheitskampfes zeigte er ein schwankendes Verhalten, und eine Ärztediplom erwerbend übte er auch eine Praxis aus. Im Jahre 1865 kehrte er in die Politik zurück und bald wurde er Oberbürgermeister der Hauptstadt, er bekam eine Rolle auch in der Welt des Geldes.

⁶³ Kossuth Lajos összes munkái XI. Kossuth Lajos 1848/49-ben. I. Kossuth Lajos az utolsó rendi országgyűlésen 1847/48. [Gesamte Werke von Lajos Kossuth. Bd. XI. Lajos Kossuth in den Jahren 1848/49. Bd. I. Lajos Kossuth in der letzten Ständeversammlung 1847/48. Budapest, 1951. S. 739-529]

„Das Volk bezahlte die lästige Steuer, alimentierte den fremden Soldat, wegen dessen das arme Volk im eigenen Haus nie einen Augenblick Ruhe hatte...“ „Ihr habt Frone geleistet, Zehnte gegeben, ihr wart den Patrimonialgerichten unterworfen, ihr wart aus allen Segen der bürgerlichen Freiheit ausgeschlossen, das Feld, das ihr mit blutigem Schweiß gebaut habt, hat den Gewinn nicht euch eingebracht; ihr wart Knechte,“ ... „Der großmütige Adel entschied, alle seine Freiheit mit dem Volk zu teilen und an allen Lasten des Volkes teilzunehmen“ ... Frone und Zehnte haben wir abgeschafft. An den Lasten der Steuerzahlung haben wir teilgenommen. Und wir machten das Volk zum Beteiligten an aller konstitutionellen Freiheit.

Damit diese Freiheit des Volkes und des Landes von den sehr böswilligen Tyrannen nicht zugrunde gerichtet werden kann, haben wir ein verantwortliches Ministerium, eine echte nationale Regierung geschaffen, Und wir haben diese nationale Regierung verantwortlich gemacht, die Freiheit des Volkes und Landes heilig aufzubewahren; die Steuer des Volkes zu Gunsten des Volkes anzuwenden, darüber der Nation Rechenschaft abzulegen, und das Blut der Nation nicht für anderes, als für die Verteidigung des Landes anzuwenden. Und damit diese verantwortliche Regierung ihrer patriotischen Verpflichtung ehrlich nachkommt, haben wir dem Volk die Macht gegeben, Deputierte zu wählen, die von der Regierung Rechenschaft verlangen, und zu Gunsten des Volkes Gesetze schaffen, nach denen das Ministerium das Land zu regieren schuldig sein sollte.“

Die Aufforderung zum erbarmungslosen Kampf wird mit biblischen Bildern abgeschlossen. „Verteidige dich selbst also, armes verratenes ungarisches Volk... Greift Sense, Hacke, wer was hat. Das ungarische Volk stehe in einer Masse auf; dadurch wird es selbst gerettet und dadurch wird diese verwaiste Heimat gerettet. ... Aber wenn es nicht aufsteht ... der Gott wird dieses Volk verfluchen, damit die Luft Gift wird, wenn es sie einatmet; daß der Nährboden unter seinen Händen nichts anderes trägt, wie erbärmliche Distel; daß das Quellwasser stinkend wird, als es es zu seinen Lippen bringt; daß es heimatlos auf dem ganzen Erdenrund wandert; daß es umsonst um das trockene Brot der Almosen bittet“ ...⁶⁴

⁶⁴ Kossuth Hirlapja [Die Zeitung von Kossuth] 1848, Nr. 74 In. Kossuth Lajos beszédei és írásai [Reden und Schriften von Lajos Kossuth] Bd. III S. 527-529

Die Fragen der Kompetenzregelung zwischen der Verwaltung und dem Justizwesen in den ersten Jahren des Dualismus

I.

1. Die Grundlagen des ungarischen bürgerlichen Staatssystems wurden durch die Gesetzgebung des Jahres 1848 geschaffen. Die stufenweise Auflösung der Institutionen der feudalen Gesellschaft, bzw. ihre Abschaffung, ferner der Ausbau der bürgerlichen Staatsorganisation erfolgte nach dem Neoabsolutismus im Zeitalter des Dualismus.

Die durch den Ausgleich entstandene öffentlich-rechtliche Lage widerspiegelte die Interdependenz der Interessen der ungarischen und österreichischen herrschenden Klasse.¹ Die Schaffung des die Interessengemeinschaft realisierenden Modells der Staatsorganisation ist von beiden Seiten das Ergebnis eines widerspruchsvollen politischen Prozesses. Auch die 1867 gebildete Andrassy-Regierung, die das Bündnis zwischen dem ungarischen Grossgrundbesitz und dem Grosskapital vertrat, begann im Kampf mit den konservativen Kraefen und denjenigen, die liberale Grundsätze zu verwirklichen wünschten, die neue Regierung und jene Mitglieder der parlamentarische Mehrheit sichernden Deák-Partei, die ihre Ideale im bürgerlichen Parlamentarismus erkannten /so z.B. der Kultusminister József Eötvös, der aus einer bürgerlichen Familie stammende Justizminister Boldizsár Horváth, Zsigmond Kemény, der die Zeitung Pesti Napló in den Dienst dieser Prinzipien stellte, der hervorragende Publizist Antal Csengery /suchten auch für sich in den zeitgemässen Reformen den Beweis dafür, dass der Ausgleich den Sieg ihrer liberalen Ideen ermöglicht Obwohl sie sich oft tauschten und ihre Reformbestrebungen nicht konsequent durchführen konnten, sichern ihnen die Resultate, die sie durch die Schaffung der bürgerlichen Staats- und Rechtsinstitutionen und die Kodifizierung eines Teiles der bürgerlichen Grundprinzipien erzielt hatten, bedeutende Verdienste. Von ihnen können wegen ihrer praktischen Tätigkeit besonders der Justizminister Boldizsár Horváth, der mit viel Energie und grossem Anwand an Wissen die Justizreform begann und der ihn in Theorie und Praxis unterstützende Károly Csemegi hervorgehoben werden, von denen der letztere bedeutender Rechtswissenschaftler und Kodifikator seines Zeitalters war.²

¹ Vergl. Hanák Péter, Magyarország az Osztrák-Magyar Monarchiában. Túlsúly vagy függőség? [Ungarn in der Österreichischen-Ungarischen Monarchie. Übergewicht oder Abhängigkeit?] Századok, Nr. 5 vom Jahre 1971. P. 903-931.

² Den hohen Wert von Csemegis Tätigkeit beweisen seine Schöpfungen: die im Jahre 1868 ausgearbeitete Gesetzesvorlage über die Gerichtsorganisation, aus deren erstem Kapitel der Gesetzartikel IV vom Jahre 1869 entstanden ist, die Mehrzahl der Gesetzesvorlagen über die Abänderung des Gerichtsverfahren und des Apparates der Staatsanwaltschaft, weiterhin das nach ihm benannte Strafgesetzbuch, wie auch der Entwurf zur Kodifikation des Strafverfahrens.

2. Es ist zweifellos, dass am Anfang nach dem Ausgleich der Liberalismus die herrschende und in Gesetzen und Institutionen festgelegte Idee des Staatssystems war. Da aber der Gross- und Mittelgrundbesitz, der seine Macht festigte, die Interessen des Staates unterstützte, wurde der antifeudale und gegen den Absolutismus gerichtete Charakter seiner Rolle notwendigerweise beschränkt und schliesslich spielte diese Motivierung keine Rolle mehr. Der ungarische Liberalismus mündete endlich in die Richtungen des „Neokonservatismus“ und der Unabhängigkeitsnationalismus, die dem Parlamentarismus, der den Interessen der herrschenden Klasse entsprach, ferner dem wirtschaftlichen Liberalismus und der beschränkten Geltung der Freiheitsrechte dienten.³

Über die Reformprogramme der 60- er, bzw. 70- er Jahre des XIX. Jahrhunderts kann in der gegenwärtigen Rechtsliteratur jene Feststellung, dass die Praxis des Liberalismus der Theorie nirgends entsprochen hat, als fast allgemein gültig betrachtet werden. Zu dieser Feststellung gelangte unter anderem der polnische Forscher B. Lesnodorski in seinem vor kurzem erschienenen Werk: „Rechts- und Staatsverwaltungselemente bei den modernen Staatsumbildungen“, in dem er die Staatstypen im Lichte der Veränderung der Regierungsformen untersucht. Auch der liberale Staat hat aus der Vergangenheit geerbte Institutionen beibehalten und weiterentwickelt. Besonders in Mittel- und Osteuropa blieben die feudalen und absolutistischen Elemente, die von den Institutionen der monarchistischen Staatsmacht zusammengefasst wurden, neben den bürgerlichen Elementen noch lange aufrechterhalten, aber der Verfasser wünscht ihre Bedeutung nicht als bestimmend zu betrachten. Seit Mitte des XIX. Jh.- s versuchten konservative und liberale Politiker und Juristen der verschiedenen Richtungen, den bürgerlichen Rechtsverhältnissen eine sichere Grundlage zu bereiten und sie gegen Angriffe der extremen Rechte und Linke zu sichern. Als Resultat dieser Bestrebung kam der Rechtsstaat oder anders „der Staat als eine Konstruktion zur Bewahrung der Gesetzlichkeit“ zustande - betont Professor Lesnodorski.⁴

3. Die Vertreter der ungarischen bürgerlichen Staatswissenschaft des XIX. Jh.-s beschäftigten sich schon am Anfang der 60- er Jahre ausführlich mit der Untersuchung und Verwirklichung von Montesquieus „dreier Politik“. In erster Linie werden die Fragen der Justizgewalt untersucht. Der Ausbau der selbstständigen richterlichen Organisation, viele Probleme der Wahl, bzw. der Ernennung, ferner der Unabhängigkeit der Richter bilden das Thema zahlreicher Monographien, Studien, Gesetzvorlagen⁵ Der

³ Vergl. Vita Magyarország kapitalizmuskori fejlődéséről - Értekezések a Történeti Tudományok köréből [Diskussion über die Entwicklung Ungarns im Kapitalismus - Dissertationen aus dem Kreise der Geschichtswissenschaften] Redakt. Spira György, Akad. Kiadó, Budapest 1971, p. 24, p. 41.

⁴ Boguslaw Lesnodorski: Elémentes juridiques et administratifs dans les transformations de l'Etat moderne [Juristische und administrative Elemente in der Umgestaltung des modernen Staates] Edition „Naouka“ Leitung der orientalischen Literatur, Moskau 1970, p. 49.

⁵ Edvi-Ilés Károly-Gyomai Zsigmond: Csemegi Károly művei I. [Die Werke Károly Csemegis I.] Budapest 1904, p. 72, 82, 98, 100. Csemegi Károly: A bírósági szervezet [Die Gerichtsorganisation] Jogtudományi Szemle, Heft 1, Jahrgang 1, 1869, Pest. Pósfai Károly: A bíróságok szervezéséről különös tekintettel a bírósági választási rendszerre [Die Organisation der Gerichtshöfe mit besonderer Hinsicht auf das richterliche Wahlsystem] 1868, Pest. Halmosy Endre: Tervezet törvénykezésünk rendezéséhez [Entwurf zur Regelung unserer Rechtspflege] 1867 zu Pest. Trávník Antal: Bírósági szervezés hazánkban [Gerichtsorganisation in unsere Vaterland], Jogtudományi Közlöny Nr VI und die folgenden Nummern, 1868.

komprehensive Charakter dieser Arbeiten und Entwürfe ist zweifellos, aber es ist auffallend, dass die allgemeinen theoretischen Fragen der neuen Justizorganisation nicht behandelt werden und besonders die Klärung des Verhältnisses zur Verwaltung ausser acht gelassen wird. Das waere jedoch eine Grundfrage, da die Justizorganisation ein entwickeltes Verwaltungssystem mit klar umrissenen Kompetenzen und Organisationen beansprucht. Csemegi wies darauf hin, dass der primitive Zustand der Verwaltungsorganisation und die damit zusammenhaengende „theoretische Begründung“ zur Bestimmung der einzelnen Machtbereiche der Gerichte und der Verwaltung nicht als Grundlage dienen können.

4. Die ungarische Variante des Rechtsstaates als einer Konstruktion zur Bewahrung der Gesetzlichkeit enthält folgendes: „Die wichtigsten Garantien der Gesetzlichkeit sind: die gerechte Teilung der Staatsgewalt, die gut organisierte besonnene Opposition, die Öffentlichkeit, eine starke und die Einhaltung der Gesetze streng kontrollierende öffentliche Meinung, die Unabhängigkeit der Richter und die Verantwortung.“⁶

Nach dem Ausgleich stiess die Verwirklichung des politischen Programms der „gerechten Teilung“ der Staatsmacht auf mehrere Schwierigkeiten. Probleme bildeten das Verhältnis der zentralen Regierung zu den Munizipien und die Abgrenzung der Wirkungsbereiche, ausserdem mussten die Rechtsregeln bezüglich der Bildung der individuellen und Körperschaftsorgane der Komitate ausgearbeitet werden. Diese Fragen wurden von der Gesetzgebung des Jahres 1848 nicht geregelt.⁷

Die Konfrontation der zentralistischen und munizipalistischen Prinzipien zeigt, dass die wichtigste Frage die Eingliederung der Komitate ins neue bürgerliche Regierungssystem war. Das Problem bestand darin, wie die Komitate, die sich für die Schutzmauer der verfassungsmässigen Freiheit hielten, mit dem parlamentarischen Regierungssystem in Einklang gebracht werden können.

In der jahrhundertelangen Praxis der Munizipien dominierte der politische Wirkungskreis der Autonomen, aber der Wirkungsbereich der Verwaltung und Rechtssprechung hatte auch eine bestimmte Funktion. Die in die Verwaltung eingebauten allgemeinen Gerichte /Gerichtshöfe der Komitate, Gerichte der königlichen Staedte/ zeigten im Zeitalter des Neoabsolutismus durch ihre Heraushebung aus dieser Organisation eine nach vorne weisende Aenderung dadurch, dass sie eine der bürgerlichen Organisationsprinzipien entsprechende Form ins Leben riefen. Die Beschlüsse der Judexkurialkonferenz im Jahre 1861 haben aber diese Organisationsreform ausser Kraft gesetzt, die diesbezügliche Regelung des Jahres 1848 ausser acht gelassen und die feudale Gerichtsorganisation der vorangehenden Zeitperiode restituiert.⁸

⁶ Vergl. *Jakabfalvy* Gyula: Igazságszolgálatának reformkérdésekhez [Zur Frage der Reform unserer Justizpflege] Jogtudományi Szemle, Pest 1869, P. 340.

⁷ Mit diesem Thema befasst sich Andor Csizmadia in seiner jetzt erscheinenden Monographie über die Synthese der Geschichte der bürgerlichen Verwaltung: *A Magyar közigazgatás fejlődése* [Die Entwicklung der ungarischen Verwaltung] /1867-1949/, Kapitel IV. *A Közigazgatás megalapozása az osztrák-magyar kiegyezéskor* [Die Grundlegung zur Verwaltung in der Zeit des österreichisch-ungarischen Ausgleichs] Manuskript.

⁸ Az Országbírói Értekezlet a törvénykezés tárgyában [Die Judexkurialkonferenz bezüglich der Rechtspflege] Mitteilung von Ráth György, Pest 1861, P. 213-214. /Dorfsrichter, königliche Freistädte und Städte mit regeltem Magistrat, Bezirke von Jászku- Hajdu und Szepes, in den Komitaten:

5. Der Reichstag der Jahre 1865-68 hat bezüglich der umfassenden Justizreform eigentlich nur eine provisorisch betrachtete und den Anforderungen des Zeitalters schon zur Zeit der Entstehung nicht entsprechende Gerichtsordnung geschaffen.⁹ In dieser Legislaturperiode gelangte die Regelung der Kompetenzfragen der zentralen Regierung und der Autonomie im wesentlichen nicht weiter, der Standpunkt der Munizipien hat seine bevorzugte Rolle auch weiterhin beibehalten. Für die Präponderanz der Munizipien der Regierung gegenüber ist die an das Publikum der königlichen Freistädte gerichtete Bekanntmachung der Regierung vom 10. April 1867 charakteristisch. Danach ist es notwendig, dass neben der Autonomie der Munizipien auch die Landesautonomie bestehen könne und die Regierung verspreche einerseits die Rechte der Munizipien zu achten, andererseits erwarte sie, dass die Komitate durch ihre Zusammenarbeit das Ansehen der nationalen Regierung unterstützen.¹⁰

In der Legislaturperiode des Reichstags der Jahre 1869-72 wurden die in der vorigen Periode begonnenen Arbeiten fortgesetzt aber entscheidend auf neuen Grundlagen im Sinne der Tronrede, welche die wichtigsten Aufgaben der Gesetzgebung bestimmt hat. Mit der Vorbereitung des für April 1869 einberufenen Reichstags und der Konzipierung der die Aufgaben der Gesetzgebung umfassenden Tronrede beschäftigten sich vier Ministerratssitzungen.¹¹ Neben der Schaffung der bürgerlichen Staatsorganisation, die an die Stelle der feudalen Institutionen trat, sicherte die Gesetzgebung in erster Linie der Regelung der theoretischen und praktischen Fragen bezüglich der Gerichte Supermatie. Es trat die Vermögenssicherheit bedeutende „gute, schnelle und unparteiliche Rechtsprechung“ in den Vordergrund. Die Gesetzesvorlagen über die Ausübung der richterlichen Gewalt, über die Verantwortung der Richter und im Zusammenhang damit über die Organisierung der Gerichte erster Instanz und der königlichen Staatsanwaltschaften können besonders hervorgehoben werden.¹² Vor allem hat der Ministerrat bezüglich dieser Vorlagen jene Regierungstaktik ausgearbeitet, die er während der Debatte im Reichstag zu befolgen wünschte. Im Programm der Justizreform berührte die Tronrede - der Vereinbarung des Ministerrates entsprechend - die Angelegenheit der Munizipien nur im allgemeinen und überliess den Abgeordneten und Magnaten die Verwirklichung jener Änderungen, die infolge der Neugestaltung der öffentlich-rechtlichen und Regierungsverhältnisse als notwendig erschienen und die dem Zweck dienten, dass die Autonomien mit den Prinzipien der Regierung in Einklang gebracht werden.

Gerichtshöfe der Stuhlrichter und des Vizegespans, Komitatsgerichtshöfe, Wechselgerichtshof, Bezirkstafel, Kurie/

⁹ Fodor Ármin-Márkus Dezső: A polgári törvényszéki rendtartás kézikönyve [Handbuch des bürgerlichen Gerichtsverfahrens] Budapest, 1894

¹⁰ Magyarországi Rendeletek Tára [Ungarisches Verordnungsblatt] 1867, p. 61-62 rgl. Harrer Ferenc: Közigazgatásunk múltja és jövője [Vergangenheit und Zukunft unserer Verwaltung] Jogi dolgozatok, Budapest, 1916, p. 295; Sik Ferenc, A vármegyei önkormányzat szerepe a dualizmus idején, [Die Rolle der Komitatsautonomie zur Zeit des Dualismus] Jogtörténeti Tanulmányok, Bd II, Budapest 1968, p. 144-145 „Die Regierung hat noch im Jahre 1867 die Sedrien neuorganisiert und beide Häuser des Reichstags haben die diesbezügliche Vorlage zum Beschluss erhoben

¹¹ Landesarchiv (im weiteren OL) Filmarchiv 3746-3747, Protokolle des Ministerrates aus den Jahren 1869-1870, Nr MT 10, 17, 20, 27. OL Filmarchiv 3747, Protokolle des Ministerrates 1869-1870, MT 24, 29

¹² OL Filmarchiv 3747, Protokolle des Ministerrates 1869-1870, MT 24, 29

So wurde also die Gesetzesvorlage über die Ausübung der richterlichen Gewalt /Gesetzartikel IV vom Jahre 1869/, die auf die Deklaration der funktionellen Teilung der „Machtzweige“ gerichtet war, anlässlich der Reichstagsdebatte im politischen Kampf eine grosse Kraftprobe für Regierung, die die Konstruktion des feudalen Komitats den bürgerlich-liberalen Grundsätzen entsprechen zu reformieren wünschte.

Die Gesetzesvorlage enthielt Bestimmungen über Trennung der Verwaltung und der Rechtsprechung, die Ernennung und Festsetzung der Qualifizierung der Richter, über die Bedingungen der Ausübung der richterlichen Gewalt, die Deklaration der Unabhängigkeit und Inkompatibilität der Richter, ferner über die Erledigung der Kompetenzkonflikte zwischen den Gerichten und den Verwaltungsbehörden.

Die Vorlage brachte jene bürgerliche Forderung zum Ausdruck, dass die Aufgaben, die mit dem Gerichtswesen im Zusammenhang stehen, im Wirkungskreis der ordentlichen Gerichte konzentriert werden. Sie formulierte durch die Erklärung der These, dass „niemand seines zuständigen Richters entzogen werden kann“ die Liquidierung der feudalen Privilegien, das Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz und sicherte dadurch formell, dass jeder Staatsbürger nach demselben Verfahren, vor denselben Richtern Prozess führen kann.¹³

6. Die Anhänger der alten feudalen Form der Autonomie traten gegen die Vorlage auf. Die Angriffe begannen mit der Ankündigung des „Junktim“ und wurden mit dem Auftreten gegen die Ernennung der Richter fortgesetzt. Sie betonten, dass die Umänderung der Justiz von der Regelung der Minizipien nicht zu trennen sei, ferner sei die Abschaffung der Rechtsprechungsaufgaben der Beamten der Munizipien undurchführbar, ebenso dürfe das für kardinal gehaltene Recht der Richterwahl von den Autonomien nicht weggenommen werden.¹⁴

Die sehr umfangreiche Reichstagsdebatte /das Abgeordnetenhaus beschäftigte sich mit der Vorlage in 20 Sitzungen, das Magnatenhaus in 2 Sitzungen/, die mehr als ein Drittel der Abgeordneten zur aktiven Mitarbeit bewegte, kann in ihren Details im Rahmen dieser Arbeit nicht bearbeitet werden.¹⁵

Im weiteren wünschen wir bloss die untersuchte Kompetenzregelung und ihre politischen Zusammenhänge zu berühren. Die geregelten Fragen haben bei den Komitaten begreiflicherweise ein grosses Echo gefunden. Die Aktivität in Zahlen ausgedrückt, können wir erwähnen, dass während der allgemeinen Debatte 55, bei der ausführlichen Debatte 24 und nach Annahme der Vorlage bis zur Sanktionierung 8 - insgesamt 87 Gesuche dem Reichstag eingerichtet wurden. Diese stammten hauptsächlich aus den erzwungenen „Sturmpetitionen“ der Opposition, die dem wirksamen Auftreten gegen die Regierung einen grösseren Nachdruck verliehen.

¹³ Neben dem die Grundprinzipien der Ausübung der richterlichen Macht festlegenden Gesetz versahen, daran fest angeschlossen, eine bestimmende Rolle: der Gesetzartikel VIII vom Jahre 1871 über die Verantwortlichkeit der Richter und Gerichtsbeamten, ferner der Gesetzartikel IX vom Jahre 1871 über die Regelung des Verfahrens bezüglich der Versetzung und der Pensionierung der Richter und Gerichtsbeamten. Siehe die Gesetze: Gesetzartikel von den Jahren 1869, 1870 und 1871 über die bürgerlichen Gerichte /Amtliche Ausgabe/ Pest, Herausgegeben von Mór Ráth 1871/

¹⁴ Protokoll des Abgeordnetenhauses II. 1869, p.56.

¹⁵ Die Analyse der Gesetzesvorlage siehe Máthé Gábor: A bírósági hatalom gyakorlásáról szóló 1869:IV.tc. létrejötte és jelentősége a dualizmus jogrendszerében [Zustandekommen des Gesetzartikels IV vom Jahre 1869 über die Ausübung der richterlichen Macht und seine Bedeutung im dualistischen Rechtssystem] Gazdaság és Jogtudomány, Mitteilung der Abteilung MTA IX. Bd. III. 1969, p. 133-159.

Aus den Oppositionsgruppen wurde die Vorlage besonders von dem Leiter der linken Mitte, Kálmán Tisza, heftig opponiert. Seinem Standpunkt nach ist es nötig, dass in den „untersten Stufen“ der Staatsverwaltung und Rechtssprechung der Wirkungsbereich der Komitate auch weiterhin aufrechterhalten werde, weil auf dieser Ebene die völlige Abtrennung unmöglich sei. Tisza, der die Komitatsomnipotenz verkündete, vertrat schon in seinem, im Jahre 1865 geschriebenen Werk dieselbe Ansicht, namentlich, dass „die Beamten der Komitate in allen solchen ordentlichen Prozessen, die ein formales Verfahren nicht beanspruchen, Recht sprechen und mit denselben Rechten ausgestattet sein sollen, wie die englischen Friedensrichter.“¹⁶

Die Anhänger der Justizreform wünschten nicht nur auf politischen Foren, sondern auch durch die juristische Literatur der Opposition gegenüber ihre Ansichten zu verteidigen. Ihr Auftreten wird durch die folgende Kritik des Schriftleiters des *Jogtudományi Közlöny* gekennzeichnet, welche Zeitschrift das Programm der liberalen Umstellung stets getreu beobachtete und unterstützte: „...der beschränkte Komitats-Liberalismus der Opposition erschien noch niemals so kleinlich, wie bei der Erörterung dieser Frage. Den grössten Fehler beging die Opposition, die sich par excellence eine öffentlich-rechtliche Opposition nannte, damals, als sie aus der Justizfrage eine Parteifrage machte.“¹⁷

Wenn wir die ungarische Variante der Konstruktion des Rechtsstaates betrachten und von den bereits oben erwähnten Hauptgarantien für das Herrschen des Gesetzes: die gerechte Aufteilung der Staatsmacht, die gut organisierte vernünftige Opposition erwähnen, wird die scharfe Beurteilung der Opposition durch die Regierung offensichtlich. Die Anhängerschaft der Municipalisten wird zur „Vernunft ermahnt“, was zugleich letztes Argument in Deáks prägnanter Parlamentsrede war...“ die Komitate sind keine koordinierten Körperschaften hinsichtlich der Staatsgewalt, sondern solche Körperschaften, die Bestandteile sämtlicher Staatsorgane sind, denen der Staat aus Gründen der Zweckmässigkeit Autonomie gewährt hat, weiters sind die Komitate keine föderativen Teile der Gesamtheit des Staates und können keine vom Staate abgesonderten, oder gegensätzlichen Rechte besitzen...solange das Justizwesen von der politischen Verwaltung nicht getrennt wird, ist in Ungarn eine gute Verwaltung unmöglich.“¹⁸

7. Die bei bürgerliche Gesetzmässigkeit sichernden Grundprinzipien waren aber im Gesetzartikel IV des Jahres 1869 konsequent nicht enthalten. Zur Erledigung der zwischen dem Richter und den Verwaltungsbehörden auftauchenden Zuständigkeitsstreitigkeiten wurde bis zu weiterer Anordnung der Gesetzgebung das Ministerium betraut. Gegen diese Lösung wurden von der Opposition mit Recht Einwendungen erhoben, aber ihr Vorschlag, dass die Regelung der Streitigkeit dem bereits bestehenden richterlichen Forum, dem Kassationshof zugewiesen werden sollte, wurde vom Justizminister abgewiesen. Bei diesem Abschnitt konnte also der hinsichtlich mehrerer kardinaler Prinzipien befolgte belgische Einfluss nicht zur

¹⁶ Vergl. *Csizmadia* Andor, obzitiertes Werk, *Tisza Kálmán, Parlamenti felelős kormány és megyei rendszér* [Dem Parlament gegenüber verantwortliche Regierung und das Komitatssystem] Pest, 1865. *Erekly István, Jogtörténelmi és közigazgatási tanulmányok* [Studien aus der Rechtsgeschichte und der Verwaltung] Eperjes, 1914, p. 141

¹⁷ *Jogtudományi Közlöny*, Nr. 27, 1869, p. 195

¹⁸ Protokoll des Abgeordnetenhauses 1869, II. p. 249. Vergl. Ferenc Deáks *Redens /1868-1873/* gesammelt von Kónyi Manó, Bd VI, Budapest 1903, p. 208-218

Geltung kommen. § 106 der belgischen Verfassung: „Der Kassationshof urteilt in Fragen der Zuständigkeit nach dem im Gesetz vorgeschriebenen Verfahren“¹⁹ wurde nicht befolgt.

Das gleiche Schicksal wurde vollkommen grundlos dem Vorschlag der Opposition, den Gábor Váradi eingereicht hatte, zuteil. Váradi beantragte, dass derjenige, der sich in seinem Recht verletzt fühlt, gegen den Verwaltungsbeschluss im normalen Gerichtsverfahren von dem zuständigen Richter Rechtshilfe fordern kann. Der in seinen Rechten durch die Verwaltungsbehörde verletzte Bürger kann gegen diesen Beschluss, gegen die betreffende Munizipal- oder Gemeindebehörde oder den Beamten den richterlichen Schutz in Anspruch nehmen. Der Innenminister war damit einverstanden, dass auch bei Missbräuchen in der Verwaltung ein Richter das Urteil fälle, fand es aber überflüssig, dies als allgemeines Prinzip zu deklarieren, da die Angelegenheit in diesem Gesetz ohnehin nicht konkret geregelt werde. Die Unhaltbarkeit einer solchen Argumentation bedarf keiner weiteren Beweisführung, besonders wenn man auf § 3, Wendung 5 des Gesetzartikels III vom Jahre 1869 über die Volkszählung hinweist, wo der Vorschlag von Váradi eine fast wörtliche Formulierung gefunden hat.²⁰

8. Gleicher Empfang wurde der mit der Gesetzesvorlage über die Ausübung der richterlichen Macht gleichzeitig eingebrachten Verantwortungsvorlage²¹ auf den Reichstagsdebatten bereitet. Ein wesentlicher Unterschied besteht aber darin, dass während das vorherige Gesetz innerhalb dreier Monate geschaffen wurde, letzteres zusammen mit der damit organisch zusammenhängenden, später unterbreiteten, den Pensionsvorschlag für die Richter enthaltenden Vorlage, eine Arbeit von nahezu 8 Monaten benötigte. Beachtenswert ist weiter, dass der Justizminister die beiden durch das Parlament im Monat Mai 1870 angenommenen Vorschläge erst mit dem 1. März 1871 dem Ministerpräsidenten zuschickte, indem er ihnen eine Zusammenfassung der Vorlagen beifügte.²² Die Auffassung der Justizverwaltung, den Widerspruch, der sich zwischen der ererbten feudalen Konstruktion und der den neuen Verhältnissen sich anpassenden notwendigen schnellen Regelung stets bemerkbarer machte, durch die Deklaration der allgemeinen prinzipiellen Thesen der Richterorganisation aufzulösen, erwies sich nicht als vollkommen erfolgreich. Obwohl die Gesetzgebung zur selben Zeit mit der Schaffung der neuen richterlichen Organisation und des neuen richterlichen Verfahrens begonnen hat, hat sie von vornherein aus dem Gebiet der prozessualen Regelung Provisorisches geschaffen, während sie in der richterlichen Struktur ständige Formen zu verwirklichen gewünscht hat. Eine gesetzmässige Regelung der Grundprinzipien des bürgerlichen Justizwesens führte offensichtlich dazu, dass die zu regelnden Fragen auch Anordnungen für später aufzustellende Rechtsinstitutionen enthielten. So wurde z.B. bei der Schaffung des Gesetzartikels IV vom Jahre 1869, als der Absatz, der sich auf die Notare bezog, untersucht wurde, /gesetzmässig wurde er erst 1874 geregelt/, aber besonders im Verantwortungsgesetz /Gesetzartikel VIII vom Jahre 1871/ der Wirkungskreis der später aufzustellenden Staatsanwaltschaft formuliert, und mangels eines einheitlichen richterlichen Systems wurden bereits der Aufbau und die Aufgaben der über Disziplinarvergehen urteilfällenden Gerichtsbarkeit bestimmt.

¹⁹ Jánosi Ferenc: Alkotmányok gyűjteménye [Sammlung der Verfassungen] Pest 1867, p. 246

²⁰ Magyar Törvénytár [Ungarische Gesetzsammlung] 1869, p. 4.

²¹ Protokoll des Abgeordnetenhauses 1869, Bd I (Sitzung vom 29. V. 1869)

²² OL K. 26 1481/IME/1870, 302 M. E. sz. 1870

Das Gesetz, das die Trennung des Verwaltungs- und des Justizwesens aussprach und das die Organisationsfrage nur wenig berührte, konnte die Regierung nicht ohne Schwierigkeiten, aber in verhältnismässig kurzer Zeit durchführen, das Verantwortungsgesetz aber nicht, dies gelang ihr erst nach dem Gesetzartikel XLII vom Jahre 1870 über die unaufschiebbare Regelung der Komitate, und vor den Gesetzen über die Organisation der Gerichte erster Instanz, über deren Inkrafttreten, weiter über die königlichen Anwälte /Gesetzartikel XXXI, XXXII, XXXIII vom Jahre 1871./

Obiger chronologischer Überblick wünscht der Auffassung gegenüber, die diesen Fragenkreis berührt, aber in anderer Richtung aufarbeitet, zu betonen, dass die Reform der Gerichtsorganisation der Reform der örtlichen Verwaltung nicht zuvorgekommen ist, sondern dass diese beiden in engem Zusammenhang miteinander entstanden sind. Die Behörden besaßen letzten Endes auch weiterhin bedeutsame Privilegien über die von ihnen getrennt zu organisierenden Gerichtshöfe, dies bezieht sich besonders auf ihren Einfluss bezüglich der Ernennung der Richter.²³ Justizminister Boldizsár Horváth, der an die Möglichkeit der Verwirklichung der liberalen Prinzipie und Praxis aufrichtig glaubte und daran unentwegt arbeitete, fiel in diesem Kampfe, weil bei Durchführung der richterlichen Organisation die Organisation der königlichen Gerichtshöfe durch munizipale Gebietsregelung die Form einer „Landesrestauration“ ausgenommen hatte, und seine „naive, reine“ Absicht, dass die Organisation dieser Gerichtshöfe - bei vorheriger Ernennung der Gerichtspräsidenten - nur mit ihrer Mithilfe geschehe, sich als unasführbar erwiesen hatte. Dadurch eröffnete sich die Möglichkeit für eine Ernennung von István Bittó, der stets ein bereitwilliger Diener der neuen Bestrebungen der Regierungspartei war, zum Justizminister.

II.

1. Die Gesetze über die Ausübung der richterlichen Macht und der richterlichen Verantwortlichkeit - worauf wir oben schon hingewiesen haben - riefen eine sehr kräftige Aktivität in den Komitaten hervor. Die Komitate urgierten eine weitere Ausbreitung ihres „politischen Wirkungskreises“. Und wenn auch das Recht der feudalen Epoche, die Gesandten anzuweisen, womit die gesetzgeberische Arbeit bedeutsam beeinflusst werden konnte, bereits der Vergangenheit angehörte, blieb ihnen noch immer das System der Adresse, das mit dem Parlament eine Verbindung herstellte. Dieser Möglichkeit bediente man sich auch fast schrankenlos und, um auf die Landespolitik grössere Wirkung auszuüben, belebten sich die einander übersandten Zuschriften, Gesuche, vertrauliche Mitteilungen zwecks Gewinnung der gegenseitigen Unterstützung und erlebten ihre zweite Blütezeit. Obwohl die anregende Rolle, die sie spielten - infolge der Aenderung der regierungsform - keine unmittelbaren Resultate ergab, wurden sie zu Mitteln für die Durchsetzung der Parteipolitik /siehe Sturmpetitionen!/

²³ OL Filmarchiv 3748 Protokolle des Ministerrates 1869-1870:37 MT Archiv des Komitates Tolna (In weiterem TML) Schriften des praesidierenden Vizegespans 32/1871.

Die Ungeklärtheit des Rechtskreises der Munizipien von feudalem Charakter, bzw. die gesetzliche Ausgestaltung der den liberalen Prinzipien entsprechenden Organisationsformen löste einen Strom von Einschreitungen der Komitate aus. Was die Regierung verzögerte, wünschten sie selbst zu erledigen, und so schufen sie unter Berufung auf ihr geschichtliches Recht Abänderungsvorschläge.²⁴ Im Laufe der Umbildung wünschte man bei Regelung des Munizipalrechtes nur so viel vom Wirkungskreis aufzuopfern, wieviel die parlamentarische Regierung als unumgänglich notwendig forderte.²⁵

2. Im Zusammenhang mit den Gerichtsreformen können die gemässigten, die radikalen, bzw. die die reformen einstimmig billigenden Ausserung in folgendem zusammengefasst werden:

a./ Bei der Ernennung des Gerichtspersonals erster Instanz sollen die Munizipien nicht bloss ein Beratungs-, sondern ein Nominierungsrecht besitzen;

b./ Bei Prozessen, die ein systematisches formelles Verfahren erfordern, sollen ernannte Richter das Urteil fällen, aber bei Angelegenheiten, die ein solches Verfahren nicht beanspruchen, bei „polizeilichen, kleineren Delikten und ähnlichen Fragen bleibe das gerichtliche Recht

bei den gewählten Beamten der Munizipien.“;

c./ Die Institution eines Friedenrichters soll je eher in Kraft treten;

d./ Bei Aufstellung der Geschworenengerichte sollen die Obliegenheiten von Munizipalbeamten versehen werden, die unabhängig von der Regierung sind;

e./ Das Gesetz der richterlichen Verantwortung möge so abgefasst werden, dass jedem Bürger im Falle einer Rechtsverletzung, die sein Vermögen oder seine Person betrifft, von dem ordentlichen Gericht Rechtshilfe gewahrt werde, ohne dass die Gültigkeit der Schadenklage an eine vorherige Admission gebunden wäre;

f./ Das Inkrafttreten der bürgerlichen Gerichtsordnung /Gesetzartikel LIV vom Jahre 1868/ muss bis zur Regelung der Gerichte erster Instanz verschoben werden;

g./ Die Regierung möge die Gerichtsbezirke nach Befragung der Munizipien formen.²⁶

Obige in einer Adresse angeführten Vorschläge der Komitate zeigen klar, dass die Erledigung von Justizfragen auch weiterhin - wenn auch beschränkt - auszuüben beanspruchen; sie wünschen zwischen formellen und solchen Angelegenheiten zu unterscheiden, die kein formelles Verfahren erfordern, indem sie bei ersteren die Mitwirkung eines ernannten Richters, bei letzteren die eines Verwaltungsbeamten vorschreiben. Zusammenfassend kann gesagt werden, die Komitate überlassen der zentralen Regierung auch weiterhin gewisse Wirkungsbereiche nicht, die infolge der Trennung „der zwei Machtzweige“ und der teilung der Funktionen entstanden sind. Nur ein einziges Komitat, die Einwohnerschaft von Zólyom, war in ihrer Adresse an den Justizminister anderer Ansicht. Darin betonte sie, dass die Rechtsprechung Angelegenheit des Staates sei, und demzufolge nicht in den Wirkungskreis der

²⁴ OL K. 150 BM Általános iratok [Allgemeine Schriften des IM] 1869, Bd II, 1, 103

²⁵ TML Schriften der Vizegespons 1054/1869

²⁶ Ebendort

Munizipien gehöre, weshalb die Richter von der zur Durchführung des Staatswillens berufenen verantwortlichen Regierung ernannt werden mögen.²⁷

3. Zur gleichen Zeit, als die Komitate selbstständig ihre Wirkungskreise zu formen begannen, betraute die Regierung mit dem auf dem Ministerrat vom 17. Oktober 1869 gefassten Beschluss den Innenminister, im Zusammenhang mit der Organisation der Verwaltung einen Entwurf zu unterbreiten. Der Ministerrat vom 10. Januar 1870 nahm den Organisationsentwurf an, der auf das Prinzip der Komitatsverwaltung und der Gemeindeorganisation aufgebaut war.²⁸ Die Justizverwaltung aber beginnt - neben Umänderung der Verwaltung - ihre Arbeit im Zusammenhang mit der Aufstellung von Gerichtshöfen erster Instanz. Sie stellt die Liste der zum Gebiete der beiden königlichen Tafeln /der Pester und der von Marosvásárhely/ gehörenden Gerichtshöfe erster Instanz zusammen, und bittet den Innenminister, die inzwischen etwa erfolgten Aenderungen der Sitze der Stuhlricheraemter in den Entwurf eingetragen zu lassen.²⁹ Die Tatsache, dass die Komitate über die Gebietsveränderungen in den Stuhlrichterbezirken keine Meldung geschickt haben, bezeichnet treffend die Beziehungen des Innenministeriums zu den Munizipien; und so kam es zu dem Runderlass an die ungarischen Komitate, an die Einwohnerschaft der Kővárer gegend, an die Komitate von Siebenbürgen, Fogaras und Naszód, der eine frist von 8 Tagen für den Nachtrag dieses Mangels vorschreibt.³⁰

Aber die Regierung konnte - trotz aller Mühe - bei den Organisationsvorarbeiten nicht schnell weiterkommen. Eine ganze Reihe von Zwischenverordnungen ging dem Inkrafttreten von Gesetzartikel XLII vom Jahre 1870 voraus, der betonte, dass die Munizipien die Selbstverwaltung und Vermittlung der Verwaltung auch in Zukunft ausüben können. So z.B. die Verordnung des Innenministers Nr. 14103/1870 vom 14. August, die bis zum Inkrafttreten der neuen Organisation, sowohl im Verwaltungs- wie im Justizbereich, und zur Deckung der materiellen Bedürfnisse das bisherige Verfahren aufrechterhielt. Bei Zusammenstellung des Kostenvoranschlages für das Jahr 1871 ordnete der Innenminister die allerstrengsten Sparmassnahmen und die Uterbreitung mit kurzem Termin für die beiden Zweige in getrennten Vorschlaegen an. Da die Angelegenheiten der Waisen- und Vormundschaftsbehörde vom 1871 an einen Teil der Munizipalkompetenz bildete, war es notwendig, den Kostenaufwand in die ergänzungsrubriken der Verwaltungsausgaben zu planen. Die Komitate führten die strengen Sparmassnahmen meistens durch, aber die Meldungen der Vizegespane widerspiegeln unzufriedene Stimmung. Man beanstandete, dass die Gehälter der Munizipalbeamten schon vorher stark voneinander abgewichen seien, und dass es unrichtig sei, diesen zustand zu konservieren. Weiter brachten sie zum Ausdruck, dass - obwohl sie jährlich einen beträchtlichen Betrag der Staatskasse zuführen, davon für ihren bescheiden geführten Haushalt immer weniger bleibt.³¹

Gleichzeitig mit den Verordnungen des Innenministers wendete auch das Justizministerium den Komitate gesteigertes Interesse zu. Es wünschte durch seine zahlreichen Verordnungen einerseits die im Laufe der Prozessverfahren entstandene

²⁷ Archiv des Komitates Pest, Protokolle der Munizipalversammlungen 3033/1869. Die Vertrauensadresse wurde auch von dem sich meist diplomatisch verhaltenden Pester Komitat abgewiesen.

²⁸ OL Filmarchiv 3747 Protokolle des Ministerrates 1869-1870, 3, MT

²⁹ OL K. 150 BM Általános iratok [Allgemeine Schriften] 1869 Bd. II. 25394

³⁰ Ebendort

³¹ TML Schirften des praes. Vizegespan [Alispári elnöki iratok] 47/1870.

einander abweichende Praxis zu vereinheitlichen, anderseits wünschte es von den Komitaten solche Meldungen, aus denen es über die Lage der Gerichtshöfe erster Instanz, der Einzelgerichte und sonstiger Gerichte Überblick gewinnen konnte.

Bei den Munizipien wurde es bei gerichtlichen Verfahren Sitte, dass - im Falle der Interessiertheit des Stuhlrichters - anstelle des zuständigen Stuhlrichters ein Kollege aus einem anderen Kreis ihn vertrat. Um diese Praxis einzustellen, erschien die Anweisung Nr. 3426/1870 vom 11. November, die im Sinne der bezüglichen Paragraphen der Gerichtsordnung /§§ 56,57/ ermahnte, sich nicht in die Delegation des Richters einzumischen, und dies zwar umso weniger, als durch dieses unbefugte Verfahren, im Falle einer Nichtigkeitsklage, die Parteien Zeitverlust und weitere Spesen erlitten.³² Dem Justizministerium machte der Umstand ernstliche Sorge, dass die Disziplinargerichte der Komitate die Freilassungsgesuche nicht vorschriftsmässig besorgten: sie legten die bezüglichen Beschlüsse den Prozessakten nicht bei. Deshalb konnte man zumeist in den der königlichen Tafel unterbreiteten Strafprozessen die Angaben über die Untersuchungshaft des Angeklagten nicht feststellen, wodurch ein Urteil unmöglich wurde.

Eine sofortige Aenderung dieses Zustandes forderte die Anweisung IM Nr. 19921/1870 vom 11. November.

Die Anordnung Nr. 20567/1870 vom 22. November, über die Zusammenstellung der Bildungsstufe des Personalstandes im Konzipistenkorps der Richter und Anwälte wünschte getrennte statistische Angaben über das Personal der Disziplinar- und der bürgerlichen Abteilung; sie verordnete, dass auch über die Kreisgerichtshöfe, die summarischen Gerichte und die Marktgerichte eine Zusammenstellung gemacht werde; weiterhin wünschte sie sich über die Verwaltungsaufgaben der Beamten der Rechtssprechung, wie auch über die Anzahl ihrer Dienstjahre zu orientieren. Einen für die Rechtssprechung im Komitate kennzeichnenden Zustand widerspiegelt die als Beispiel angeführte Munizipaleingabe: „die Gerichtspräsidenten und die Personen an den bürgerliche, Disziplinar- und Grundbuchbehörden arbeiteten nicht nur gesondert bei den einzelnen Gerichtsabteilungen, sondern sie wirkten an verschiedenen Amtstellen mit, weshalb die Angaben bezüglich des ganzen Komitates in einer Zusammenstellung erhalten sind.“³³

4. Die entscheidenden Organisationsarbeiten in der Verwaltung und im Justizwesen wurden in den Jahren 1871-72 beendet. Die Beratungen der Vorlagen über die Feststellung der Anzahl und Amtssitze der königlichen Gerichtshöfe erster Instanz im Ministerrat, wie auch im Parlament, und nicht zuletzt auch die Äusserungen sämtlichen Munizipien im Lande schufen bei zahlreichen Gelegenheiten innerhalb der Regierungspartei schien unüberwindlich scheidende Hindernisse. Ein Resultat erbrachte endlich der Ministerratsbeschluss vom 4. Juli 1871. Der Entwurf des gemischten Ministerausschusses wurde mit wenig Veränderung angenommen, der Justizminister wurde bevollmächtigt „nach den Amtssitzen der Gerichtshöfe und Kreisgericht sofort die Stellen für die Gerichtspräsidenten und königlichen Anwälte auszuschreiben.“³⁴

³² TML Alispáni iratok [Schriften des Vizegespons] 346/1870

³³ TML Alispáni iratok [Schriften des Vizegespons] 945/1870

³⁴ OL Filmarchiv 3747-3748, Protokolle des Ministerrates 1869-1871, 84, 13, 17, 27 MT

Mit der festsetzung der Amtssitze der königlichen Gerichtshöfe und Kreisgerichte, wie auch mit der Einteilung der Kreise in Gerichtsbezirke schloss die erste grosse Periode der minizipalen Gebietsabsteckung. Die Schaffung der neuen Struktur, auch im Zusammenhang mit den Munizipien, sicherte die weitere Durchsetzung der parteipolitischen Interessen. Im Verhaeltnis der zentralen und der lokalen Leitung erhielt der Obergespan eine bestimmende Rolle; er vertritt allein die Regierung bei den Munizipien und höchstes erfordernis seiner Verantwortung liegt darin, dass seine Tätigkeit in volligem Einklang mit den politishcen Intentionen der Regierung stehe.³⁵ Die im Gesetzartikel XVII vom Jahre 1870 betonte Wirksamkeitsbefugnis, laut der das Munizipium die Autonomie vertreten und die Intervention der Verwaltung auch in der Zukunft versehen kann, bedeutet in Wirklichkeit nur so viel, dass das Wort „Munizipium“ fest gleichbedeutend mit dem Wort „Obergespan“ ist, der in seiner alleinigen Person die Zentralverwaltung vermittelt. Den Anordnungen des betreffenden Gesetzes zufolge sorgt er dafür, dass das neuorganisierte Komitat und sein Beamtenkorps das Bestehen dieser Konstruktion garantiere. Im Interesse der Verwirklichung dieses Zieles, instruierte der Innenminister in einem vertraulichen Schreiben den Obergespan „er solle mit Vertrauenspersonen die Verhandlungen beginnen, sich ständig im Komitat aufhalten und durch eine im vorhinein organisierte kompakte Parteibildung die Mittel zum Erfolg feststellen.“³⁶

Der Obergespan ist aber nicht nur der mit Höchstvollmacht ausgestattete Vollstrecker der Neuorganisation der Verwaltung, sondern auch ein aktiver Teilhaber der mit der Tätigkeit der neuorganisierten und getrennten Gerichtshöfe zusammenhaengenden Obliegenheiten. Wenn nämlich der erste Mann des Munizipiums das volle Vertrauen der Regierung besitzt, dann kann auch der Justizminister - der Übrigens ein getreuer Diener der Parteiinteressen ist - sein Mitwirken mit Recht beanspruchen. Dies geschah durch die vertrauliche Verordnung IME Nr 2104/1871 vom 17. Juli. Der Justizminister wünschte sich bei den Ernennungen nicht nur auf die Stellenausschreibungen zu stützen: deshalb ersuchte er den Obergespan, in einem zu eignen Händen des Ministers gerichteten Schreiben, jene Personen zu bezeichnen, die er in den - auf dem ihm anvertrauten Munizipiumsgebiet - zu organisierenden Gerichtshöfen als Gerichtspräsidenten und königliche Staatsanwälte am allermeisten empfehle.³⁷ In Kenntnis des Obigen erscheint es nicht als Zufall, dass z.B. im Komitat Tolna der zweite Vizegespan vorgeschlagen wurde, den der Minister nicht viel späer zum Präsidenten des zu bildenden königlichen Gerichtshofes ernannt hat.³⁸

Das gute Einvernehmen der Verwaltungs- und Justizorganisation kann durch die folgenden Regierungsverfügungen vollkommen veranschaulicht werden. Da sowohl die neuen Munizipien, wie auch die neue Justizorganisation zum gleichen Zeitpunkt, d.i. am 1. Januar 1872 in Kraft getreten sind, verordnete der Innenminister, die Beamtenneuwahl bis Ende Dezember vorzunehmen. Um die Interessen der Regierungspartei zur Geltung kommen zu helfen und um dem Obergespan die mit der Organisation dieser Arbeiten zusammenhaengenden Aufgaben zu erleichtern, schickte

³⁵ TML Alispáni elnöki iratok [Schriften des praes. Vizegespan] 20/1871.

³⁶ Ebendort

³⁷ TML Alispáni elnöki iratok [Schriften des praes. Vizegespan] 32/1871

³⁸ TML Protokolle der Munizipalversammlungen 3168/1871, Alispáni elnöki iratok [Schriften des praes. Vizegespan] 46/1871

der Justizminister im ersten Drittel des Monats Dezember die Liste der zu den Gerichtshöfen zu ernennenden Personen: „Zweck Verwendung bei der Besetzung der Amtstellen mit der Aufforderung, dass diese Kombination ein strenges Geheimnis bleiben soll.“³⁹

Die erste Zeitperiode der Ausgestaltung der neuen Organisation vom bürgerlichen Typ und ihr System in Verwaltung und Justizwesen ging mit den 70-er Jahren des XX. Jahrhunderts zu Ende. Die Bestrebungen zur Bildung eines liberalen Staates führten in Mitteleuropa, so auch in Ungarn, zu bedeutenden, aber nicht ganz konsequenten, und bezüglich der lokalen Verwaltung mit Kompromissen verbundenen Veränderungen, in erster Linie durch die Schaffung der die Interessen der herrschenden Klasse widerspiegelnden „Konstruktion des Rechtsstaates“ und durch Kodifizierung eines Teiles der bürgerlichen Prinzipien.⁴⁰

³⁹ TML Alispáni elnöki iratok [Schriften des praes. Vizegespan] 58/1871

⁴⁰ TML Alispáni elnöki iratok [Schriften des praes. Vizegespan] 58/1871

Eine spezielle Regierungsform in der ungarischen Rechtsgeschichte

(Lajos Kossuth als Regierungschef im Jahr 1848)

In den letzten Augusttagen 1848 versuchten der ungarische Ministerpräsident, Graf Lajos Batthyány, und der Justizminister Ferenc Deák, erfolglos, die Unstimmigkeiten zwischen der österreichischen und der ungarischen Regierung in Wien auszuräumen. Die Delegation der ungarischen Landesversammlung stattete am 9. September einen Besuch in der Kaiserstadt ebenfalls ohne Erfolg ab. Nachdem Jelacic, der mit Regimenten gegen die ungarische Regierung aufmarschiert war, in die Würde des kroatischen Banus provokativ wiedereingesetzt war, entschied sich die Mehrheit der ungarischen Regierungsmitglieder für den Rücktritt. Am 11. September 1848 erklärte Graf Lajos Batthyány im Abgeordnetenhaus die Abdankung des ersten verantwortlichen Ministeriums der ungarischen bürgerlichen Verfassungsgeschichte. Damit endete die Historie der Batthyány-Regierung, und damit schienen auch die Hoffnungen und Vorstellungen über den Ausbau einer konstitutionellen Monarchie in der ungarischen Rechtsgeschichte zu schwinden. In der ziemlich unsicheren, mit politischen Spannungen beladenen Situation zeichnete der Palatin, Erzherzog Stephan, zwar erneut Batthyány mit seinem Vertrauen aus und ermächtigte ihn zur Regierungsbildung, aber der Versuch wurde zu einem Fiasko. Der königliche Erlass vom 22. September machte offensichtlich, dass die Bedingungen von Batthyány seitens Wien nicht erfüllt werden können. Am fünfundzwanzigsten wurde der Auftrag von Batthyány zum Ministerpräsidenten durch einen offenen Befehl für ungültig erklärt, und zum zweiten Oktober vergewisserte sich selbst der Graf über die Unmöglichkeit der konstitutionellen Regierungsbildung. Deshalb gab in Wien auch er sein Mandat zurück. Das Abgeordnetenhaus erfuhr am siebenundzwanzigsten, dass der Hof die erneute Ernennung von Batthyány verweigerte.

Das Land blieb ohne Regierung.

Am vierten wurde das kaiserliche Patent verkündet, das die ungarische Landesversammlung auflöste und Ungarn unter Kriegsgesetze stellte. Der Hof deklarierte nunmehr offen, dass er auf eine Lösung mit Waffen vertraut. Die Krone wandte sich gegen das Land.

Das Staatsleben blieb ohne aktiven Herrscher.

Mit der Ernennung des Barons Jelacic zum Oberbefehlshaber der ungarischen kaiserlichen Streitkräfte begann der Krieg gegen die ungarische Unabhängigkeit und der Freiheitskampf der Nation. Die ungarische Landesversammlung stand am Scheideweg. Entweder gibt sie dem Druck des Hofes nach, oder sie leistet der Wiener politischen Gewalt Widerstand. Hätte sie das Ultimatum des Hofes akzeptiert, wäre ein friedlicher Abschluss des Konflikts möglich gewesen, aber die Ergebnisse der bürgerlichen Umwälzung und die ausgebauten Rahmen der ungarischen Unabhängigkeit und der

konstitutionellen Monarchie wären in Gefahr geraten. Das Parlament, das sich für den Widerstand entschied, versuchte dabei bis zum Äußersten, den Anschein der Verfassungsmäßigkeit aufrecht zu erhalten und die im April verabschiedeten (und auch vom Herrscher sanktionierten) Bestimmungen der ungarischen bürgerlichen Verfassung einzuhalten. Der liberale Adel, der die Basis der bürgerlichen Umwälzung darstellte, war nicht unbedingt dynastiefeindlich: Das Konzept der gerechten Versöhnung war bis zur Unabhängigkeitserklärung der entscheidende Faktor der Verhandlungen in der Landesversammlung. Die verfassungsgeschichtliche Tatsache, dass der für seine Freiheit kämpfende Staat wenigstens gewisse Reste der Verfassungsmäßigkeit, die mit dem Rücktritt der Regierung und dem Entgegenreten des Herrschers scheiterte, bewahren konnte, ist größtenteils den entschlossenen Machtambitionen von Lajos Kossuth und dem dies symbolisierenden Landesverteidigungskomitees zu verdanken.

Entstehung des Landesverteidigungskomitees

Die Entstehung des Landesverteidigungskomitees, die später eine Regierungsrolle übernahm, kam nicht unerwartet. Kossuth machte in seiner Rede vom 4. September die Abgeordneten darauf aufmerksam, dass "wenn das Ministerium gezwungen ist, die Mittel zu seinem eigenen Verfahren dem Gesetz, innerhalb dessen Schranken und nicht der Gefahr der Heimat zu entnehmen, dann kann es die Heimat nicht retten".¹ Er formulierte klar, dass die durch konstitutionelle Garantien gefesselte Regierung in Krisensituationen des Kriegs hilflos sei. In diesem Gedanken verbarg sich unausgesprochen der Gedanke der Aufstellung einer eventuellen "revolutionären Regierung". Die Argumentation von Kossuth diente zwar zu dieser Zeit noch der Verstärkung der Batthyány-Regierung, es ist jedoch schwer zu glauben, dass in seinen Plänen der Gedanke des paar Tage später vorgeschlagenen Komitees nicht enthalten war.² Am 15. September wurde nämlich "die Entsendung eines Komitees als Vorschlag eingebracht, das vom Zustand der Streitkräfte und aller Kräfte, über die man verfügen könnte, eingehender erfahren könnte, wonach das Haus schneller als die Erfahrungen beschließen könne."³ Also – wie auch Győző Ember die Bestrebung wertete – die Hauptaufgabe des Komitees wäre gewesen: "Vom Ministerpräsidenten Informationen einzuholen und das Haus zu informieren, ohne dass der Ministerpräsident diese – ihrer Natur nach vertraulichen – Informationen als Antwort auf öffentliche Interpellationen zu geben hätte". Es war aber offensichtlich, dass das Komitee nicht nur das Geben und Nehmen von Informationen, sondern auch Kontrolle und bei Bedarf Ergreifen von Maßnahmen zur Aufgabe gehabt hätte. Obwohl Kossuth und die Linken aus taktischen Gründen auf Batthyány als Sicherheit der Gesetzmäßigkeit bestanden, vertrauten sie

¹ Die repräsentative Landesversammlung von 1848/49. (im Weiteren: RLV) Hrsg. Beér, J., Budapest 1954. 213 S., Protokoll 349

² Vgl.: Ember Gy.: Kossuth an der Spitze des Landesverteidigungskomitees, In: Gedenkbuch zum 150. Geburtstag von Lajos Kossuth, Hrsg.: I. Tóth, Z., Budapest, 1952., I. S. 178

³ RLV S. 233 Protokoll 416

ihm genau so nicht, wie sie auch zum Palatin kein Vertrauen hatten".⁴ Es war also kein Zufall, dass der Regierungschef sowohl gegen die mit dem Komitee gleichzeitig einzusetzenden Feldkommissare als auch gegen die Wahl des Komitees protestierte. "Mit der Bitte um freie Hand"⁵ musste Kossuth den Minister Batthyány über sein Vertrauen vergewissern und ihn beruhigen, dass "er das Komitee zu entsenden vorschlug, nicht damit es Verfügungen trifft, sondern damit es Informationen über den Zustand der Streitkräfte einholt und über seine Erfahrungen dem Hause Berichte erstattet."⁶ Das Abgeordnetenhaus spürte die Ablehnung des Ministerpräsidenten und verschob deshalb die Einsetzung von Feldkommissaren, und es verlegte die Feststellung der Zusammensetzung des sechsköpfigen Komitees auf den nächsten Tag.⁷ Die Ereignisse des nächsten Tages fegten die Wahl weg: Batthyány erklärte seinen Rücktritt und der Tag verging mit der Diskussion über die bevorstehenden Aufgaben. Das Schicksal des Komitees wurde erst am 21-ten entschieden: Es wurden Lajos Kossuth, Pál Nyáry, László Madarász, János Pálffy, József Patay und Imre Zsembery gewählt.⁸ Die Zusammensetzung zeugt vom Vordringen der Radikalen, die der Meinung waren, dass "jetzt, in den Minuten der Gefahr, Männer im Komitee notwendig sind, die vom Minister unabhängig sind".⁹

Dem ersten Schritt folgten bald die nächsten. Kossuth schlug schon am nächsten Tag vor, dass das Haus "dem Ministerpräsidenten ein comite beordnet, denn es ist für einen Menschen unmöglich, alles zu erledigen. Wir können dieser Unmöglichkeit, die alle menschliche Kraft übersteigt, das Schicksal der Heimat nicht überlassen."¹⁰ Die kaum verhüllte Absicht, das Landesverteidigungskomitee dem Ministerpräsidenten beizuordnen, scheiterte erneut, denn die Zeit der Verbindung des Landesverteidigungskomitees und der Exekutive war noch nicht da. Der Ministerpräsident protestierte entschlossen. "Wenn das Abgeordnetenhaus das entsandte Komitee mit der Ermächtigung ausstatten würde, an der Maßnahmenfindung und an der Umsetzung deren entscheidend teilzunehmen, würde er sich gezwungen fühlen, das aus Vertrauen des Hauses bekleidete Regierungsamt in seine Hände zurückzugeben."¹¹ Die von Kossuth verlangte Erweiterung der Kompetenz des Landesverteidigungskomitees hätte also den Rücktritt von Batthyány bedeutet. An der scharfen politischen Diskussion nahm auch Ferenc Deák teil. Indem er das Verhältnis zwischen dem Landesverteidigungskomitee und der Regierung bewertete, das in den Reden von Kossuth sich abzeichnete und vom Vorsitzenden des Ausschusses als eine Hilfe für die Regierung seitens des Komitees dargestellt wurde, sagte er: "Wenn das Haus die zu leistende Hilfe so versteht, dass es allerlei Kommissare auf Orte entsenden will, die vom Vorsitzenden zur Rettung der Heimat für wichtig erachtet werden, dann halte ich es für sinnvoll. Aber wenn er so schnell wie möglich acht Minister bei sich sehen will, verstehe ich dessen Nutzen gerade unter diesen gefährlichen Umständen nicht, denn ich

⁴ *Ember*, Gy. a.a.O. S. 180

⁵ RLV S. 233 Protokoll 415. F. Kiss, E.: *Die ungarischen Ministerien von 1848-1849*, Budapest 1987, S. 73

⁶ *Mitteilungsblatt*, 17. September 1848, S. 510

⁷ RLV S. 233, Protokoll 415-416

⁸ RLV S. 246, Protokoll 462

⁹ *Madarász*, J.: *Meine Memoiren*, Budapest, 1883, S. 167-168

¹⁰ *Mitteilungsblatt* 1848, S. 549

¹¹ RLV S. 248, Protokoll 472

war selber in diesem Kreis drinn und weiß, dass es unter gefährlichen Umständen nichts schwerer, lästiger und lähmend sein kann, als wenn man mit acht Männern umgeben ist, die sich häufig nicht einig sind. Wenn wir die Entschlossenheit des Ministerpräsidenten lahm legen wollen, bietet sich die Möglichkeit an, ihm einen Rat beizuordnen, dem er nicht übergeordnet ist, sondern dessen Mehrheit seine Möglichkeiten einschränkt.”¹²

Das Hindernis für die Bestrebungen von Kossuth wurde am 27. September geräumt. Das Abgeordnetenhaus erfuhr über die Ernennung von György Majláth zum Statthalter und über die Vertagung der Sitzung der Landesversammlung auf eine dramatische Art und Weise. Der Ministerpräsident verlangte die Aussetzung der Verhandlungen und die sofortige Einberufung des Landesverteidigungskomitees, um die königlichen Erlasse auszulegen.¹³ In der nachtsüber verlaufenden Beratung wurde der Beschluss verkündet, der die Gesetzwidrigkeit der königlichen Verordnungen feststelle. Die Abgeordneten machten die Umsetzung des Beschlusses zur Pflicht ”des Ministerpräsidenten und des ihm beigeordneten Landesverteidigungskomitees”.¹⁴ Diese Entscheidung fiel in Abwesenheit des Ministerpräsidenten, und es ist kaum zu bestreiten, dass zu diesem Zeitpunkt das Landesverteidigungskomitee entstand, das im Staatsleben bereits als Organ der Exekutive tätig war. Kossuth nutzte die Abwesenheit des Ministerpräsidenten mit einem hervorragenden Gefühl aus. Er ließ in der Sitzung am nächsten Tag die Abgeordneten beschließen, dass das Landesverteidigungskomitee bis zur Rückkehr des Ministerpräsidenten in Sachen Landesverteidigung und Aufrechterhaltung des Friedens und der Ordnung Maßnahmen ergreifen soll. Das Komitee wurde eigentlich durch diese Entscheidung zu einer Regierung.

2. Die konstitutionelle Formel

Durch die Erweiterung der Kompetenz des Landesverteidigungskomitees wollten die Politiker ein Verfassungsdilemma lösen. Einerseits war im Sinne der Absicht der liberalen Mehrheit erwünscht, den Anschein des offenen Bruchs mit der Dynastie (Entthronung) zu vermeiden, andererseits musste man das ungestörte staatliche Leben und den Erfolg des Unabhängigkeitskampfes sicher stellen. Es hieß also, das Organ (die Organe) aufzustellen und Lösungen zu erarbeiten, die im Stande sind, im Sinne der Aprilverfassung die Organe zu ersetzen, die in der entstandenen Krisensituation nicht funktionierten oder nicht existierten. (Also die Regierung und den König, der nicht bereit war, seine Rechte als Staatsoberhaupt wahrzunehmen). Die Lösung musste also legitim und verfassungskonform sein, aber in der Notlage konnte der Konflikt nur durch von den Traditionen fern stehenden (provisorischen) Mitteln gelöst werden.

Verfassungsmäßige Lösungen boten sich im Rahmen der Landesversammlung an, die Trägerin der ungarischen Souveränität und die allein funktionierende nationale Institution war. Es schien auf der Hand zu liegen, dass zur Wahrnehmung der Aufgaben der Exekutive, zur Ersetzung der Tätigkeiten eines Staatsoberhauptes nur eine durch die

¹² Deák a.a.O. S. 122

¹³ RLV S. 254, Protokoll 501

¹⁴ RLV S. 255, Protokoll 503

Landesversammlung gewählte oder entsandte Person oder Kommission geeignet sein kann. Und da zum Zeitpunkt der Regierungskrise das Landesverteidigungskomitee, das mit seiner Dynamik, ehrgeizigem Politisieren und Kompetenzappetit unter den Ausschüssen herausragte und die Kossuthsche Politik entschlossen vertrat, bot sich seine Inanspruchnahme zur Lösung der Krise eindeutig an. Das Haus hätte mittels dieses Ausschusses gewisse Handlungen des Staatsoberhauptes ohne Verletzung des konstitutionellen Verhältnisses zwischen König und Landesversammlung übernehmen können. Dies wäre zugleich eine in jener Zeit beliebte revolutionäre Lösung gewesen, die von den politischen Kräften europaweit angewandt wurde: die kollegial-repräsentative Regierungsform. "In dieser Regierungsform hat ein gewähltes Gremium die Kompetenz des Staatsoberhauptes inne. Zur Zeit des Landesverteidigungskomitees nahm das Komitee selbst neben den Regierungsfunktionen auch die Aufgaben des Staatsoberhauptes wahr. Das Landesverteidigungskomitee wurde von der Landesversammlung gewählt, und es oblag ihm die Rechenschaftspflicht ihr gegenüber. Es konnte also als ein kollegiales Staatsoberhaupt angesehen werden."¹⁵ Von den ihm obliegenden Aufgaben des Staatsoberhauptes konnten die Ernennung von militärischen Leitern, die Bestellung von Staatsbeamten, das Einsetzen von Landeskommissaren, Verhandlungen zur Regierungsbildung, Anordnung des Volksaufstands, Umsetzen von Finanzmaßnahmen und die Wahrnehmung der Hauptaufsichtsrechte nicht aufgeschoben werden, irgend jemand musste diese Aufgaben erfüllen. Das Komitee enthielt sich natürlich der Wahrnehmung von persönlichen Hoheitsrechten, die allein dem König zustanden, wie zum Beispiel der Sanktionierung. Nach dem 2. Dezember 1848 erlangte diese Tätigkeit eine besondere Bedeutung, als nämlich Ferdinand V. den Thron an seinen Cousin, Franz Josef abtrat. Der nach der ungarischen Verfassung zwar ungültige Thronwechsel warf um die Wahrnehmung der Kompetenzen des Staatsoberhauptes ernsthafte Probleme auf, aber die ungarische Landesversammlung hielt sich konsequent an ihrer Auffassung über das öffentliche Recht fest, und sie stellte die Gesetze über die Thronfolge innerhalb der Dynastie bis zum 14. April 1849 nicht in Frage.

Die Tätigkeit des Landesverteidigungskomitees als ein Regierungsorgan der Exekutive war eindeutiger. Da die Bestrebungen von Lajos Kossuth vom Anfang an auf die Umwandlung des Landesverteidigungskomitees in eine revolutionäre Regierung ausgerichtet waren, und da er vor allem an die Erweiterung des Tätigkeitsfeldes des oberen Ministeriums und an Abbau der Garantien dachte, erschien das Landesverteidigungskomitee während der Regierungskrise als eine natürliche Nachfolgerin. Während des Landesverteidigungskriegs nahmen ohnehin die Fragen der Organisierung der Streitkräfte die meiste Aufmerksamkeit und Energie der Regierung in Anspruch, deshalb lagen ihre wichtigsten Aufgaben im Bereich der Kriegsverwaltung. Da der König nicht bereit war, das Staatsoberhaupt den parlamentarischen Regeln entsprechend mit Zustimmung der repräsentativen Landesversammlung zu ernennen und die Regierung zu bestellen, war die Bestrebung der Landesversammlung, das mit den Regierungsaufgaben betraute Ministerium zu ersetzen, selbstverständlich. "Da es in Ungarn keine andere konstitutionelle Macht existiert als das Haus, regiert dieses Haus

¹⁵ Kovács, K.: Staat und Recht der Zeit der bürgerlichen Revolution und des nationalen Freiheitskampfes, In: Ungarische Staats- und Rechtsgeschichte, Hrsg. Csizmadia, A., Budapest, 1975, S. 356

durch seine Abgeordneten“, erklärte in der Debatte Pál Nyáry¹⁶. Es war schwer, diese Entscheidung des Hüters der Volkssouveränität, der Landesversammlung, zu bestreiten.

Dabei schuf die Ausstattung des Landesverteidigungskomitees mit Regierungs- (und Staatsoberhaupt-) rechten eine Machteinheit, die in der ungarischen Verfassungsgeschichte bis dahin unbekannt war. Es galt weder die Formel der im Ständestaat gewöhnten und akzeptierten Gewaltenteilung (verkörpert in rex und regnum, König und Landesversammlung), noch die Theorie des bürgerlichen Staates über die Trennung von Legislative und Exekutive. Statt dessen vereinigte der aus der Mitte der Landesversammlung entstandene Ausschuss die Gewaltenzweige auf sich. Noch mehr: Die Regierungsmacht übergriff dank des Standgesetzes sogar auf das Terrain der Gesetzgebung. Am 29. Juli, bei der Debatte über das Standgesetz war zwar vom Landesverteidigungskomitee noch nicht einmal die Rede, aber Deák machte das Haus damals schon auf eine erhebliche Gefahr aufmerksam. „Schweren Herzens tue ich diesen Schritt, denn so ein Gesetz verleiht diktatorische Macht, und diese ist in einem verfassungsmäßigen Land eine gefährliche Macht; ... Das Haus hat aber geboten: geruhen Sie den Gegenstand zu überlegen, ich binde mich an keinem Punkt des Vorschlags fest; aber ich erinnere das Haus erneut, dass wir diese große Macht nicht verlangten; aber ich glaube, solange diese Macht in unseren Händen ruht, wird das Haus seine Tat nicht bereuen; und Gott erlaube, dass die Nation nie einen Grund hat, dies zu bereuen!“¹⁷

Die im Komitee erscheinende, im einheimischen öffentlichen Recht unbekannte konstitutionelle Lösung versuchte Kossuth den Abgeordneten durch Betonung gewisser Elemente der Rechtskontinuität akzeptabel zu machen. Am 29. September „wünscht er in einem Beschluss erklären zu lassen, dass sich alle ministeriellen Bestandssekretäre als ohnehin gesetzliche Autoritäten dem Komitee anschließen“.¹⁸ Die Staatssekretäre, deren Teilnahme an der Arbeit des Landesverteidigungskomitees vom Haus angeordnet wurde, verkörperten als Vertreter der mit königlicher Sanktionierung entstandenen Aprilgesetze die Gesetzmäßigkeit und die Rechtskontinuität.¹⁹

3. Tätigkeit des Landesverteidigungskomitees

Das Landesverteidigungskomitee wurde zum wichtigsten Organ des Unabhängigkeitskriegs. Die Vorstellung von Kossuth, die Exekutive in die Hand einer Regierung zu geben, die frei von den konstitutionellen Bindungen der parlamentarischen Regierung ist, wurde erfüllt. Lajos Kossuth, der den Erfolg der Revolution und des Freiheitskampfes über alles vor den Augen hielt, gelangte logischerweise zu diesem Standpunkt. Seine politischen Vorstellungen gingen in Richtung Machtkonzentration, denn er war davon überzeugt, dass der Erfolg der Landesverteidigung und des Freiheitskampfes nur im Besitze der zentral vereinigten

¹⁶ Mitteilungsblatt, 10. Oktober 1848

¹⁷ Deák a.a.O. S. 99

¹⁸ RLV S. 256, Protokoll 510

¹⁹ F. Kiss a.a.O. S. 81

Kräfte möglich ist, und im Interesse des Erfolgs sogar auf die Verfassungsgarantien verzichtet werden könne. Das Landesverteidigungskomitee schien zur Umsetzung dieses Programms geeignet. Die ständige Erweiterung der Kompetenzen des Ausschusses, der anfangs ohne Kompetenzen später aber unter einem starken radikalen Einfluss da stand, machte ihn dazu geeignet, die revolutionäre Denkweise ohne Zweifel in die Tagespolitik umzusetzen. Am 27. September stand schon im Beschluss der Abgeordneten, dass "alle Mitglieder des Hauses verpflichtet sind, den Durchführungsauftrag des Ministerpräsidenten und des Landesverteidigungskomitees anzunehmen und zu erfüllen". Das Haus hält also das Komitee für einen Faktor der Exekutive. Bereits nach dem 28. September erließ das Komitee Verordnungen im eigenen Namen als ein selbständiges Regierungsorgan²⁰, aber seine Kompetenz wurde erst nach dem Rücktritt von Lajos Batthyány vollständig. Am 28. beschlossen sogar die Abgeordneten auf Vorschlag von Kossuth, dass zur Beschlussfassung des Komitees die Anwesenheit von drei Mitgliedern genügt. Im Leben des als ein kollegiales Gremium funktionierenden Ausschusses führte das zur eindeutigen Majorisierung der Entscheidungen.²¹

Das Verhältnis zwischen dem Landesverteidigungskomitee und dem ministeriellen Apparat gestaltete sich seltsam. Es wurden keine Minister bestellt, der Ausschuss nahm die fachlichen Leiter der früheren Regierung (ohne Anwendung der ministeriellen Verantwortung) in Anspruch. Gemäß Beschluss vom 29. September wurden zu den Sitzungen des Landesverteidigungskomitees auch die Staatssekretäre geladen, die an der Regierungsarbeit als Leiter der ihnen unterstellten Abteilungen teilnahmen. Formal wurden auch sie zu Mitgliedern des Komitees, in der Wirklichkeit waren sie jedoch eher als Referenten tätig. Gemäß der sich bald gefestigten Praxis wurden sie nur mehr zu den Sitzungen gerufen, in denen Sachen ihres Kompetenzbereichs behandelt wurden.

Demgegenüber stockte das Haus die Anzahl der Komiteemitglieder spektakulär auf. Am 1. Oktober wählte das Abgeordnetenhaus Bertalan Szemere in die Reihe der Ausschussmitglieder, und auch der einzige Minister, der ursprünglich auf sein Mandat nicht verzichtete, Lázár Mészáros, zählte zu den Mitgliedern. Das Oberhaus delegierte den Baron Zsigmond Perényi, den Grafen Mihály Esterházy, den Baron Miklós Jósika und Dénes Pázmándy sen. ins Komitee. Dadurch wurde die kollegiale Regierungsform komplett. Wie es im Beschluss des Abgeordnetenhauses hieß: Das Komitee bildet den Ausfluss der Mehrheit beider Häuser der gesamten Gesetzgebung²². Die neuen Mitglieder brachten auch neue Verhältnisse in den Ausschuss. Das Landesverteidigungskomitee war nunmehr nicht das Mittel der radikalen Partei, sondern es wurde auch zum Schauplatz der Kämpfe zwischen den zwei Richtungen im Parlament. Es kann nicht als Zufall übersehen werden, dass Kossuth gerade von diesem Zeitpunkt an versuchte, seinen Einfluss entschlossen zur Geltung zu bringen.

Lajos Kossuth erlangte als gewählter Vorsitzender des Landesverteidigungskomitees einen entscheidenden Einfluss in der Regierung. "Das entscheidende Wort im Landesverteidigungskomitee ist immer bei Kossuth. Das Landesverteidigungskomitee war eigentlich eins mit der Tätigkeit von Kossuth, in der Praxis wurden die Arbeit als ein Gremium und die kollegiale Leitung in den Hintergrund gedrängt und sie

²⁰ Ember, Gy. a.a.O. S. 190

²¹ RLV S. 255, Protokoll 505

²² RLV S. 262, Protokoll 531

erblassten.“²³ Eine Regelung, welche die Grundsätze der Aufgaben und der Tätigkeit des Komitees enthalten sollte und auf die das Haus drängte, ist in einer zufriedenstellenden Form nie entstanden. Kossuth achtete darauf, dass der revolutionären Regierung keine Schranken gesetzt werden. Deshalb wurden im Haus immer öfter Stimmen der Besorgnis laut, und man verlangte einen Rahmen für die Sachbearbeitung und die Administration.

Die endgültige Kompetenz erhielt der Ausschuss am 8. Oktober, als die Landesversammlung in einem Beschluss festhielt, dass das Komitee "zu einer Macht geworden ist, die das Ministerium ersetzt". Und sein Vorsitzender erhielt das Recht, "das zur Regierung des Landes aufgestellte Landesverteidigungskomitee nach eigenem Ermessen zu organisieren und die Aufgaben der einzelnen Mitglieder zu bestimmen."²⁴ Diese freie Hand wurde auch später nicht gebunden, und so stand die Tätigkeit des Komitees "näher zur Führung der Angelegenheiten des Landes gemäß den Regeln einer revolutionären Diktatur als zur ministeriellen Regierungsform."²⁵

Die Form aber, welche die Zentralisierung der Macht ermöglichte, bedeutete zugleich Schranken. Es gibt dafür kein besseres Beispiel als die beeindruckende Rede von Kossuth am 25. März 1849 im Abgeordnetenhaus. Der Vorsitzende des Landesverteidigungskomitees empfand die Notwendigkeit, sich der Unterstützung des Hauses zu seiner Politik zu vergewissern, bevor er zum General Görgey fuhr. Zu dieser Zeit sah er schon klar die Gefahren, die der Auslieferung des Komitees entsprangen. Die immer stärkeren Parteikämpfe machten eine einheitliche Unterstützung durch das Parlament ungewiss, was auch die Tätigkeit des Landesverteidigungskomitees labil machte. "Anderswo", sagte Kossuth, "wenn die Regierung sieht, dass die Gesetzgebung einen politischen Weg einschlägt, für dessen Durchführung sie die Verantwortung nicht übernehmen will, hat sie das Recht, beim Volk durch neue Wahlen zu appellieren. Wir haben dieses Recht nicht, wir sind Mittel der Politik des Abgeordnetenhauses. ... dass ich in meiner Abwesenheit dem ausgesetzt sein soll, auf eine Stelle zu gesetzt werden, wo ich nicht stehen möchte, dieser Krise würde ich weder mich selbst, noch die Nation, noch die Armee aussetzen." Der Vorsitzende des Landesverteidigungskomitees hielt eindeutig fest: "...dass ich Teilnehmer einer Regierung, die nicht außerhalb des Abgeordnetenhauses steht, aber einen Ausschuss des Hauses bildet: ich gestehe dem Abgeordnetenhaus ehrlich, dass nur dann bereit bin, dieses Amt weiter zu bekleiden und darin zu verfahren, wenn ich bezüglich der Politik, deren Durchführungsmittel ich bin, in Richtung des Hauses sicher sein kann, dass diese die Politik des Abgeordnetenhauses ist."²⁶

²³ Beér, J. – Csizmadia, A.: Der Platz der repräsentativen Landesversammlung im ungarischen Staatssystem 1848-49. In: Die repräsentative Landesversammlung von 1848/49. Hrsg. Beér, J., Budapest 1954, S. 105

²⁴ RLV S. 654, Protokoll 555

²⁵ Beér – Csizmadia: a.a.O. S. 105

²⁶ Horváth, M.: Interne Verhältnisse in Debrecen, In: Bürgerliche Entwicklung, Liberalismus, Unabhängigkeitskampf, Budapest, 1986, S. 293

4. Verantwortung und Kollegialität

Eines der Verfassungsprobleme war in der obigen Konstruktion der Widerspruch zwischen der durch die Aprilgesetze eingeführten ministeriellen Verantwortung bzw. dem parlamentarischen Regierungssystem und der im Landesverteidigungskomitee verkörperten Formel des kollegialen Parlamentarismus. In der Tätigkeit des Landesverteidigungskomitees fehlte die parlamentarische Verantwortung. Darauf machte der Abgeordnete Boldizsár Halász im Februar 1849 nachdrücklich aufmerksam. Er formulierte brutal offen: "Wegen der Natur der collegialen Regierung ist die Verantwortung so sehr aufgeteilt und letztendlich beinahe zu nichts reduziert, dass in der Verantwortung des einen für den anderen keiner verantwortlich ist, und die in der collegialen Regierung versteckte Verantwortung versteckt sich unter dem Mantel des Abgeordnetenhauses."²⁷

Das Ansprechen des Themas war alleine schon deshalb aktuell, weil am 24. September 1848, also zu Beginn der Regierungskrise, der Beschluss im Abgeordnetenhaus verabschiedet wurde, der das Ministerium verpflichtet, "sich von den 1848-er Gesetzen, auf die das Abgeordnetenhaus jederzeit und in allem besteht, kein Haar zu entfernen, ihren Sinn streng zu bewahren und aufrecht zu erhalten."²⁸ Der von Deák eingebrachte Beschluss, wie György Szabad daran erinnerte, "vereinte die Durchsetzung der Regierungsverantwortung neben der Berichterstattung über Vergangenes mit einer verbindlichen Richtungsweisung für die Zukunft"²⁹ Er deklarierte also erneut den Anspruch auf Aufrechterhaltung der Verfassungsmäßigkeit, auf die Einhaltung der Bestimmungen der Aprilgesetze und der Befolgung des parlamentarischen Regierungsmodells. Die Verantwortung der Regierung und ihrer Mitglieder bildet zweifellos das zentrale Element des achtundvierziger Anforderungssystems, denn "das Institut der ministeriellen Verantwortung ist beinahe gleich mit der modernen Verfassungsmäßigkeit."³⁰

Das Landesverteidigungskomitee wurde aber den an eine parlamentarische, verantwortliche Regierung gestellten Anforderungen nicht gerecht. Das Landesverteidigungskomitee war nämlich ein Ausschuss des Abgeordnetenhauses und funktionierte auch so, unabhängig davon, in welchem Maße es mit einer vollständigen exekutiven Macht ausgestattet war. Es geht also nicht darum, dass das Komitee dem Parlament nicht verantwortlich gewesen wäre, das es aus seiner Mitte entsandt hat. Seine Verantwortung war aber keine parlamentarische Regierungsverantwortung, sondern die Verantwortung für den Auftrag des eigenen Komitees des Hauses. Und diese Verantwortung zog keine Trennlinie zwischen der Regierungs- und der Gesetzgebungstätigkeit, sie trennte die Gesetzgebung von der Durchführung nicht, um sie dann durch die Konstruktion der ministeriellen Verantwortung wieder zu verbinden, sondern sie schuf eine Art Einheit der Legislative und der Exekutive. Diese Verantwortung bedeutete nicht die persönliche Verantwortung der Regierungsmänner

²⁷ 8. Februar 1849

²⁸ Protokoll 1848/49, S. 250

²⁹ Szabad, Gy.: Die Frage der parlamentarischen Verantwortung der Regierung, In: Die Landesversammlung in 1848/49, Budapest, 1998, S. 105

³⁰ Sári, J.: Die Gewaltenteilung, Budapest 1955, S. 83

gegenüber der Gesetzgebung, sondern sie verhalf der persönlichen Verantwortung zum Untergang in der Konstruktion der Komiteeverantwortung. Bei der Übertragung der Regierungskompetenz bedingte zwar das Haus aus, dass das Komitee seine Tätigkeit "unter Last der Verantwortung" auszuüben habe, aber weder früher noch später fielen Worte darüber, worin nun diese Verantwortung bestehen soll. Es wird auf die in den Aprilgesetzen verankerte Verantwortung bzw. auf ihre Realisierung durch Rechtsprechung nicht einmal hingewiesen.³¹

Einige versuchten zwar, für die Regierungsverantwortung des Komitees zu argumentieren, aber mit wenig Erfolg. Wie das László Madarász bzw. János Pálffy taten, indem sie behaupteten, dass das Komitee "nirgendwo aus eigener Kraft tätig sein will, solange es keine Anweisung seitens der Nationalversammlung hat", oder anders ausgedrückt "ist das Landesverteidigungskomitee zur Huldigung verpflichtet. Wenn das Landesverteidigungskomitee etwas beschließt, dann wird das von der Landesversammlung entweder gebilligt oder nicht." Die hier genannte Beziehung ist aber nicht die Verantwortung der verantwortlichen Regierung der parlamentarischen Systeme, sondern die natürliche und unmittelbare Unterstellung eines vom Haus bestellten Komitees dem Willen des Hauses.

Selbst Lajos Kossuth, Vorsitzender des Komitees, der Politiker, der seit September die Regierungsmacht in der Hand hatte, gab eine schneidige Antwort denjenigen, die die Verantwortung des Landesverteidigungskomitees nachweisen wollten. Bei Vorlage der Unabhängigkeitserklärung hielt er fest: *"Ich sage, dass die zukünftigen Regierungsformen dieser Nation von niemandem als nur von den Vertretern der Nation bestimmt werden können... Aber so lange bis die Vertreter der Nation unter Erwägung der Umstände das zukünftige Regierungssystem in allen Einzelheiten ausarbeiten, muss es im Land eine Regierung geben; und je größer und schwieriger die Spannungen sind, um so notwendiger ist es, dass die Mitglieder dieser Regierung mit den ihnen anzuvertrauenden Sachen der Nation in eigener Verantwortung wirtschaften sollen... Die Zeit ist gekommen, in der das kollegiale Regierungssystem den großartigen Ansprüchen der jetzigen Zeit nicht mehr gerecht werden kann; die Zeit ist gekommen, wo wir keine Regierung brauchen, die nur ein Ausschuss des Hauses ist, sondern wir brauchen eine andere, die mit allen Mitteln einer Regierung ausgestattet ist und die Regierungsangelegenheiten der Nation in einem größeren Kreis und mit größerer Macht erledigen kann; gleichzeitig soll sie von der Landesversammlung und dadurch von der ganzen Nation persönlich in Verantwortung genommen werden, und sie soll sich nicht unter dem Mantel des Ausschusses verstecken können... und deshalb, weil diese Art der Verantwortung notwendig ist, schlage ich vor, meine Herren, dass solange die Nation auf Grund der obigen Vorschläge alle Einzelheiten des Regierungssystems im Lande festlegt, geruhen Sie, sich um eine provisorische Regierung zu kümmern, die auf der persönlichen Verantwortung beruht, und deren Mitglieder über genügend Macht verfügen, das Wohl der Nation zu bewirken."*³² Das Ziel des Leiters des Landesverteidigungskomitees, des Schöpfers dieser besonderen Regierungsform, war zu dieser Zeit schon die Wiederherstellung des konstitutionellen Regierungsmodells von April.

³¹ Vgl. F. Kiss, E.: a.a.O. S. 81

³² RLV S. 720

Feministische und Antifeministische Traditionen in Ungarn. Der Kampf um das Wahlrecht der Frauen in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts

Auf seine unser Thema betreffenden Ausführungen eingehend: das Gesetz 5 des Jahres 1848, das Gesetz 34 des Jahres 1874 und das Gesetz 14 des Jahres 1913 beschränkten das Wahlrecht in Ungarn ausschliesslich auf die Männer. Alle drei Gesetze jedoch waren in immer erstärkenderem Masse von der Kritik derer begleitet, die das Frauenwahlrecht forderten und nach dem Ausgleich von 1867 taucht das Frauenwahlrecht als ständig wiederkehrender Vorschlag auf.¹

Die Forderung des Frauenwahlrechtes wurde unter den Richtungen der Frauenbewegung zu Anfang des Jahrhunderts besonders in der Bewegung der Feministen zur zentralen Aufgabe. Der Nótisztviselő Országos Egyesülete (Landesverein der weiblichen Beamten) sowie der Verein der Feministen (organisiert 1904) wandten sich am 8. Mai 1907 mit einem Gesuch an das Abgeordnetenhaus, damit bei der in Vorbereitung befindlichen Ausdehnung des Wahlrechts auch die Frauen in Betracht gezogen werden sollen. Trotz dessen beschränkt der von Graf Gyula Andrássy am 11. November 1908 eingebrachte Vorschlag das Wahlrecht noch immer auf die Männer: „praktische Zweckmässigkeitsgründe haben die überwiegende Mehrheit der Legislativen bisher zum Ausschluss der Frauen aus den politischen Rechten bewegt.“ Die ministerielle Begründung unterstützt dies damit, dass mit der Ausweitung des Wahlrechts ein neues Wahlpublikum in die Praxis der Ausübung der politischen Rechte eintritt und es daher „nicht zeitgemäss wäre, die Erschütterungen des Überganges dadurch zu steigern, gerade jetzt auch die Frauen in den politischen Kampf einzubeziehen“. Es sei bemerkt, dass anlässlich der Debatte des Andrássy-Gesetzesvorschlages im Abgeordnetenhaus György Lukács mit der Unterstützung durch 17 Abgeordnete einen Antrag vorbrachte, der zum Inhalt hatte, dass bei der Festlegung der allgemeinen Erfordernisse zum Wahlrecht die Bedingung der „Zugehörigkeit zum männlichen Geschlecht“ gestrichen werden sollte.²

¹ Es sei nur auf die wesentlichsten historischen Momente verwiesen: von dem zur Függetlenségi Párt (Unabhängigkeits-Partei) gehörenden István Majoros wurde am 20. November 1871 das Parlamentswahlrecht der Frauen im Zeichen der völligen Emanzipation gefordert. Auf der Sitzung des Parlaments vom 23. Februar 1872 fordert Ödön Kállay - ohne eine entschiedene Eingabe vorzubringen - unter Berufung auf alte ungarische Traditionen das Parlamentswahlrecht der Frauen. Es sei bemerkt, dass während der gesamten Periode des Ausgleiches die feudale Berechtigung (Berufung auf die verwitwete adlige Frau) auftaucht. Im Juli 1874 wirft István Majoros erneut die Ungerechtigkeit der Rechtslosigkeit der Frauen bei den Wahlen auf. Er ist der erste, der sich auf den Anspruch der weiblichen Intelligenz beruft: „Diejenigen, die in irgendeiner Wissenschaft auf Grund einer Öffentlichen Prüfung ein Diplom erworben haben“, sollen das Wahlrecht erhalten.

² Vázsonyi, Vilmos: Miért kell és milyen lesz a választójog reformja (A választójogi javaslat általános indoklása) [Warum ist die Reform des Wahlrechts erforderlich und wie wird sie aussehen (Allgemeine Begründung zum Wahlrechtsentwurf)]. Budapest, 1918. 111.

Teils die ungarischen Frauenemanzipationskämpfe, teils die ausländischen Beispiele gaben der Forderung nach dem Frauenwahlrecht im ersten Jahrzehnt des 20. Jahrhunderts Elan.³

Zur Zeit des ersten Weltkrieges wurde die gesetzliche Regelung des Frauenwahlrechts durch den erhöhten Anteil der Frauen an der Arbeit am öffentlichen Leben auf der ganzen Welt zu einer unaufschiebbaren Aufgabe. In der ungarischen Gesetzgebung forderte Sándor Giesswein - ein christlichsozialistische, pazifistische Anschauungen vertretender Politiker - als Anhänger des gemässigten Feminismus in seiner am 9. Dezember 1915 vor dem Parlament gehaltenen Rede die Abschaffung des Geschlechtszensus bei der Schaffung eines neueren Wahlrechtsgesetzers. Die Forderung des Frauenwahlrechts wurde zum Teil des Kampfes um das allgemeine und geheime Wahlrecht.

Die von Graf Mihály Károlyi geführte Vereinigte Unabhängigkeits- und 48-er Partei und die Bürgerlich-Radikale Partei, d.h. die Parteien, die die progressiven Elemente der Aristokrate, der bürgerlichen Mittelschichten und der Intelligenz in sich vereinten, drängten vom dritten Jahr des Weltkrieges an ausser der wichtigsten Frage - der Frage des Friedens - immer mehr auch auf innenpolitischen Reformen. Beide Parteien näherten sich bereits in der ersten Hälfte des Jahres 1917 der Sozialdemokratischen Partei, mit der gemeinsam die Mitglieder des am 6. Juni 1917 einstandenen Wahlrechtsblock wurden. Der Block vereinte ausser den erwähnten Parteien auch gesellschaftliche Organisationen. Unter gesellschaftlichen Organisationen spielt vom Gesichtspunkt unseres Themas aus der Verein der Feministen die bedeutendste Rolle, der in sein Programm die radikalen bürgerlichen Forderungen übernahm, dessen Massenbasis vor dem Weltkrieg eng umgrenzt war, der jedoch in den Jahren des Weltkrieges zum Teil infolge seines konsequenten Friedenskampfes sowie seiner Verbindungen zur Károlyi-Gruppe zu einer bedeutenden Organisation wurde. Die Sozialdemokratische Partei beschuldigte die bürgerlichen Parteien des Verrats des Programms zum allgemeinen, geheimen Wahlrecht und löste auf der am 10. Februar 1918 gehaltenen ausserordentlichen Parteiversammlung ihre zu den bürgerlichen Parteien geknüpften Beziehungen. Zur Aufnahme neuerer Beziehungen gelangte es erst in den Wochen vor der bürgerlichdemokratischen Revolution.

Die Vorbereitung zum Gesetz 17 des Jahres 1918 kann bis zum Januar 1918 zurückgeführt werden, als die Wahlrechtskonzeption des Esterházy-Kabinetts - des sog. Wahlrechtskabinetts - auf die Tagesordnung gerät, und zwar als Gesetzesvorschlag von Vilmos Vázsonyi. Mit diesem Gesetzesvorschlag waren nicht einmal die bürgerlichen Progressiven in vollem Masse zufrieden, um so weniger die Sozialdemokraten. Das seit 1910 in unveränderter Zusammensetzung funktionierende Parlament, in dem die Partei der Arbeit (eine konservative Partei) in der Mehrheit war, befand ihn dagegen für zu radikal. Die führende Gestalt der konservativen Opposition und

³ Zur Zeit der Andrassy-Reform des Wahlrechts verfügten die Frauen nur in vier Staaten der Nordamerikanischen Vereinigten Staaten, im Australischen Staatenbund und in Finnland über das allgemeine Wahlrecht. In Norwegen stand ihnen das den Männern gewährte Parlamentswahlrecht in beschränkterem Masse zur Verfügung. Seit 1908 jedoch gewährten neuere 14 Staaten der Vereinigten Staaten, 6 Provinzen Kanadas sowie Dänmark und Island den Frauen das Wahlrecht. - Vázsonyi, op. cit., 111.

Vorsitzender der Partei der Arbeit war Graf István Tisza.⁴ Es sei bemerkt, dass die am zielstrebigsten um das Wahlrecht kämpfenden Parteien - die Sozialdemokratische Partei und die Bürgerlich-Radikale Partei - vom Gesichtspunkt unseres Themas, dem Frauenwahlrecht aus gesehen, keinen identischen Standpunkt vertraten. Die Sozialdemokratien interpretierten im ersten Jahrzehnt des Jahrhunderts - wie sich das aus dem Programm des Jahres 1903 ergibt - das allgemeine Wahlrecht so, dass dies sich auch auf die Frauen erstreckt, und verschlossen sich vor jeder solchen Lösung, die einem engeren Kreis der Frauen - unter engerer oder weiterer Behandlung des Vermögens - oder Intelligenzzensus - das Wahlrecht zugesprochen hätte. Die Wahlrechtsforderungen der feministischen Richtung, die den Bürgerlich-Radikalen nahestand, wurde durch die auf den internationalen Foren des Kampfes um das Frauenwahlrecht angenommenen Prinzipien bestimmt. Und das bedeutete, dass sie das Ausmass des Frauenwahlrechtes in jedem Land in gleichem Masse wie das den Männern gewährleistete Wahlrecht festlegen wollte.⁵ Die Feministenführer akzeptierten das im Vázsonyi-Gesetzesvorschlag gewährleistete Wahlrecht geringeren Ausmasses als einen ersten Schritt in Richtung auf das den Männern gleiche Wahlrecht, besonders, als sich im Laufe der Vorbereitung des Gesetzes 17 des Jahres 1918 herausstellte, dass auch dem im Vázsonyi-Entwurf enthaltenen Frauenwahlrecht Gefahr droht.

Im Gesetzesvorschlag von Vázsonyi (1918) werden die allgemeinen Bedingungen für die Wahlberechtigung der Frauen genauso festgelegt, wie für die Männer: erfülltes 24. Lebensjahr, ungarische Staatsbürgerschaft, Kenntins von Lesen und Schreiben. In der Reihe der besonderen Bedingungen sind bei der Festlegung der Wahlberechtigung von Männern und Frauen bereits (beträchtliche Abweichungen zu erfahren. Bei der Festlegung der Wahlberechtigung der Frauen wurde der Intelligenzzensus zugrunde gelegt. Der Hauptberechtigungsgrund war der Abschluss der Bürgerschule oder einer dieser gleichwertigen Schule. Bemerkt sei, dass der Gesetzesvorschlag hinsichtlich der Frauen als Intelligenzzensus den erfolgreichen Abschluss von vier Klassen der Elementarschule festlegte, wenn sie dem zweiten besonderen Wahlrechtszensus entsprechen. Der zweite besondere Wahlrechtszensus der Frauen bestand in der Zugehörigkeit zur Kategorie der familienunterhaltenden Kriegswitve in dem Fall, wenn sie ein gesetzliches oder gesetzlich anerkanntes Kind von ihrem Manne hatten.

Die Gesamtzahl der weiblichen Wähler auf Grund der zwei Hauptberechtigungen hätte unter Beachtung der statistischen Angaben der Volkszählung des Jahres 1910 insgesamt 260 033 betragen. Da sich aber in der seit dem vergangenen Zeit die Anzahl der die Bürgerschule absolvierten Frauen rapide erhöht hatte, hätte sich die Wahlberechtigung auf insgesamt 300 000 Frauen erstreckt.⁶ Die Begründung des Gesetzesentwurfes führte den höheren Intelligenzzensus für die Frauen auf die Mängel der statistischen Register zurück: „Die Volkszählung des Jahres 1910 enthält hinsichtlich der Frauen vom Gesichtspunkt des Wahlrechtes keine verlässlichen Angaben.“ – die Verhältniszahl derjenigen, die lesen und schreiben können, bei den Frauen viel ungünstiger liegt, als bei den Männern, was eine Folge des Zurückbleibens der Schulbildung der Frauen ist. Unter den Frauen über 24 Jahre konnten 1910 nur 66 %

⁴ István Tisza war vor der bürgerlich-demokratischen Revolution konsequenter Gegner des allgemeinen Wahlrechts und auch Gegner des Frauenwahlrechts.

⁵ International woman Suffrage Alliance. - Constitution and Resolution of Policy. Manchester.

⁶ Vázsonyi, Vilmos: op.cit, 116-117.

lesen und schreiben. Dagegen verfügen wir über keine Angaben darüber, wie viele Frauen über 24 Jahre die 4. oder 6. Klasse der Volksschule absolviert haben.“ - Die Anzahl der die 8 Klassen der Mittelschule absolvierten Frauen betrug 1910 insgesamt 28 731. Mit Recht kommt daher die Begründung zu der Schlussfolgerung: „Wir können uns nicht damit zufrieden geben das Wahlrecht auf die Frauen zu beschränken, die die 8 Klassen der Mittelschule absolviert haben.“ Hinsichtlich der Frauen, die die 4. oder 6. Klasse der Elementarschule absolviert hatten, enthielten die statistischen Verzeichnisse auch in Hinsicht darauf keine Angaben, wie viele unter ihnen und in welchem Masse zur Zahlung direkter Steuern verpflichtet waren.

Das Abgeordnetenhaus stellte auf seiner Sitzung vom 17. Januar 1918 zur Umarbeitung des Vázsonyi-Gesetzesvorschlages die sog. 48er Kommission auf.⁷ Ein Bild über den Standpunkt der Mitglieder der Kommission hinsichtlich des Frauenwahlrechtes können wir in erster Linie im Laufe der Untersuchung der Agitationstätigkeit der Feministen erhalten - ein vermutlich in günstige Richtung verzerrtes Bild. Das Protokoll des Vereins der Feministen, in dem die Mitglieder der Kommission in drei Gruppen eingereiht werden - die Gruppe derer, die für das Frauenwahlrecht sind, diejenigen, die dagegen bzw. diejenigen, deren Meinung unbekannt ist - gibt an, dass achtundzwanzig Abgeordnete für das Frauenwahlrecht waren. Neun sprachen sich dagegen aus, unter ihnen finden wir Graf Kuno Klebelsberg (der später - 1922 - der Innenminister war) und Graf István Tisza (früher der Ministerpräsident). Unter denen, die sich für das Frauenwahlrecht aussprachen, können wir Graf Gyula Andrássy deshalb der Aufmerksamkeit würdigen, weil er sich im Laufe der Vorarbeiten zum Wahlrechtsgesetz des Jahres 1913 konsequent als Gegner der Frauenemanzipation zeigte, im Jahre 1918 dagegen Anhänger des gemäßigten Frauenwahlrechtes wurde. Konsequenter Anhänger des Frauenwahlrechtes ist Graf Mihály Károlyi. Seine das Frauenwahlrecht unterstützende Tätigkeit wird durch die im Archiv der Feministen auffindbaren Dokumente nachgewiesen. Ein bedeutendes Dokument unter diesen ist der am 8. März 1918 von Róza Schwimmer (die Führerin der Feministen) an Károlyi adressierte Brief, in dem sie darauf verweist, dass sie Károlyi die von ihm erbetenen Angaben über das Frauenwahlrecht abgesandt hat und zugleich darauf verweist, dass über die Parlamentsdiskussion zum Wahlrecht der englischen Frauen Berichterstattungen der Times Kunde geben.⁸

Die Feministen planen auf ihrer am 11. März 1918 abgehaltenen Versammlung eine grossangelegte Propagandaaktion, als deren Teil sie beschliessen, in der Frage des Frauenwahlrechtes zu den als wichtig betrachteten Politikern eine Delegation zu entsenden.⁹ Aus der über die Versammlung herausgegebenen Presseveröffentlichung geht hervor, dass daran Feministendelegiert aus 16 Provinzstädten teilgenommen haben. Scharf reagiert der Verein der Feministen auf die Nachricht, dass die Wekerle-Regierung die Einschränkung der Wahlberechtigung plant und vermutlich auch dem Frauenwahlrecht Gefahr droht. Die Feministen rufen ihre Mitglieder zu einer

⁷ Az 1910. évi június hó 21-ére hírdetett országgyűlés képviselőházának naplója [Tagebuch des Abgeordnetenhauses des für den 21. Juni 1910 einberufenen Parlaments] 39. k. (im weiteren Napló)

⁸ Schwimmer-Lloyd Collection. N.Y.P.L. Die Feministen-Dokumente entstammen der freundlichen Mitteilung von Edith Wynner.

⁹ Zu Vázsonyi, Wekerle, Andrássy, Károlyi, Ákos Bizony, István Tisza und Sándor Giesswein.

Landesprotestversammlung auf, deren Zeitpunkt der 8. Mai 1918 ist. Der Beschluss der Versammlung kennzeichnet die rechtsbeschränkende Absicht der Wekerle-Regierung als ein „mit schweren gesellschaftlichen Folgen eingehendes Attentat.“ Die am 11. Mai 1918 im Abgeordnetenhaus gehaltene Rede von István Tisza lässt keinen Zweifel darüber, dass der Vorsitzende der Munkapárt erneut im Zeichen des viel betonten nationalen Interesses auf die Beschränkung der im Vázsonyi-Entwurf enthaltenen Berechtigung drängt und dies sowohl auf dem Gebiet des Männer- als auch des Frauenwahlrechtes im Laufe der Arbeiten der 48er Kommission erreicht: „der Vorschlag, der entstehen wird, ist nicht unser Vorschlag, diejenigen Veränderungen, die wir durchgeführt haben, werden ihn um seinen katastrophalen Charakter bringen“.¹⁰ Wie es sich bei der Vorlage des Gesetzesentwurfs herausstellte, verstand er unter „katastrophalen Charakter“ das Frauenwahlrecht und den sich auf die Männer beziehenden niedrigen Intelligenzzensus. Unter den sich auf der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 11. Mai zur Frage des Frauenwahlrechtes äussernden Abgeordneten können wir zwei bedeutende Persönlichkeiten hervorheben, die in der Geschichte des Frauenwahlrechtes auch im weiteren eine Rolle spielten - István Szabó (Nagyatádi), der einer der führenden Politiker der Bauernpartei (seit 1908) ist: „die Kleinwirte an sich sind im Grunde genommen keine Anhänger des weiter ausgedehnten Wahlrechtes“, - damit grenzt er seine Partei vom Vázsonyi-Entwurf ab. Der andere Parteiführer ist Mihály Károlyi, der den Vorschlag von Wekerle wegen dessen antidemokratischen Charakters brandmarkt: „Der Abhang, auf dem der Herr Ministerpräsident in Fragen des Wahlrechtes allmählich immer weiter hinuntergerutscht ist, ist gleichbedeutend mit dem Verrat des Wahlrechtes“.

In Bezug auf das Frauenwahlrecht meldete Wekerle - auch unter Hinsicht auf die öffentliche Meinung - die Unterbreitung eines besonderen Regierungsvorschlages an.

Die Feministen organisierten im Interesse des Frauenwahlrechtes ihre letzte landesweite Aktion. Das herausgegebene Rundschreiben verweist darauf, dass in den 63 Komitaten des Landes Versammlungen abgehalten werden, „in Budapest und in der Provinz werden hunderttausende von Flugblättern verteilt, wir bringen Plakate und Aufschriften in den Schaufenstern an... Wir haben die gesonderten Aktionen der Ärztinnen, der Lehrerschaft, der Eigentümer von Handels- und Industrieunternehmen, der Schriftstellerinnen, Journalistinnen und in anderen Berufen arbeitenden Frauen organisiert.“¹¹

Der Gesetzesvorschlag der Kommission des Abgeordnetenhauses wird auf der Sitzung vom 25. Juni 1918 von Endre Csizmazia dem Haus unterbreitet. Das Mass der Rechtseingung des neuen Vorschlages wird besonders gut durch die Tatsache bewiesen, dass dem Vázsonyi-Entwurf zufolge die Anzahl der Wähler insgesamt 3.152.000 betragen hätte, im neuen Vorschlag sind es 437.000 weniger. Es fällt sofort auf, dass die Verringerung in erster Linie durch die Streichung des Frauenwahlrechtes entstanden ist (300.000).

Die die grösste Entrüstung in der öffentlichen Meinung auslösende Feststellung ist die im Laufe der Entrechtung der Frauen zitierte Stellungnahme: „Die Kommission steht auf dem Standpunkt, dass der grosse Teil der Frauen selbst das Wahlrecht nicht beansprucht... Zweitens wünscht sie (die Kommission, K.Sz.) es nicht, weil die Frau ihre Berufung in der

¹⁰ Die Diskussion zum Gesetzesvorschlag im ganzen Umfang Napló 40.k.

¹¹ Schwimmer-Lloyd Collection. N.Y.P.L.

ihre kleine Seelenwelt befriedigenden Familie findet, in der sie in erster Linie Ehefrau und in zweiter Linie Mutter ist“.

Auf der Sitzung des Abgeordnete György Lukács - die führende Gestalt des Wahlrechtsblockes, ein alter Freund der Bestrebungen der Feministen - in seinem Beitrag das Verfahren der 48er Kommission: „Sie Frage des Frauenwahlrechtes stellt heute bereits eine viel grössere, mächtigere und bedeutendere Forderung dar, als dass diese weltweit grosse Frage durch eine einfache Abstimmung entschieden werden könnte“. Die Frauen müssen unbedingt in die soziale Gesetzgebung des Nachkrieges eingeschaltet werden, die ausländischen Beispiele sind ermunternd.

Das Frauenwahlrecht wurde vom Abgeordnetenhaus von Ende Juni bis Mitte Juli 1918 auf jeder Sitzung erneut behandelt.

Vilmos Vázsonyi sprach sich für die Beibehaltung des ursprünglichen Gesetzesentwurfs aus und drückte die Notwendigkeit des Frauenwahlrechtes im Zusammenhang mit der oben zitierten Begründung des Gesetzesentwurfes aus. Als neues Element äussert er sich gegen den „weiblichen Virilismus“ bzw. reflektiert auf den Teil des Wekerle-Vorschlages, der den verheirateten Frauen auf Grund des Intelligenzzensus ihrer Ehemänner das Wahlrecht gewährleisten würde und dadurch die Intelligenzschichten der Mittelklasse zu einem ihr gesellschaftliches Gewicht bei weitem übersteigenden Ehifluss gelangen würden. Auf die Anklagen gegen den Intelligenzzensus der Absolvierung der vier Klassen der Bürgerschule, nämlich dass dies ein „Aristokratenzensus“ sei, teilt er beachtenswerte Angaben mit. „Der Statistik einer Mädchenschule eines Aussenviertels in meinem Wahlbezirk zufolge gehören mehr als 50 % der Schüler der Bürgerschulen Arbeiterfamilien an“. Vázsonyi kommt noch zu einer Gelegenheit, in seiner Rede vom 17. Juli 1918 auf diesen Intelligenzzensus zurück, als er dem Abgeordneten Zoltán Meskó antwortet. Meskó verleiht dem zu Ende des Krieges stärker werdenden politischen Antisemitismus Ausdruck. Die feministischen Bestrebungen eignet er den „hauptstädtischen Apostolinnen des Wahlrechtes“ zu und vergisst dabei, dass die Frauenemanzipation damals bereits landesweit über ein grosses Lager verfügte. Er zitiert die sich auf die Religionsverteilung der Schüler der Budapester Bürgerschulen beziehenden Angaben aus dem Jahre 1911/12, womit er beweisen will, dass Vázsonyi den Interessen der jüdischen Bürgerschichten dient.¹² Vázsonyi verwies in seiner Antwort mit Recht darauf, dass sowohl Katholiken als auch Reformierte ebenfalls in einem höheren Prozentsatz als der Landesdurchschnitt ihre Töchter in mittlere Bildungsinstitutionen schicken. Das Budapester höhere Verhältnis der Juden dagegen steht damit im Zusammenhang, dass das Zentrum von Industrie und Handel in Budapest sind und der Anteil des Judentums in Budapest hoher ist als der Landesdurchschnitt.

Zahlreiche Abgeordnete, die zum Kreis der höheren Aristokratie gehörten, die zum Teil ihrer aussenpolitischen Informiertheit wegen das Frauenwahlrecht für ein „Kulturerfordernis“ und zum Teil des starken Zensus-Wahlrechtes wegen nicht um die Stabilität des politischen Systems besorgt waren ebenfalls Angänger des beschränkten Frauenwahlrechtes. So der sich eines grossen Ansehens erfreuende und zur nationalkonservativen Richtung gehörende Albert Apponyi sowie Gyula Andrássy. Apponyi wollte neben den vier Klassen der Bürgerschule als Intelligenzzensus „für die

¹² Demzufolge besuchten in Budapest 11750 Mädchen die Bürgerschule, davon waren 4586 Juden, das sind 39 Prozent die höhere Mädchenschule besuchten 1826, davon waren 669 Juden, also 36,7 Prozent, das Mädchengymnasium 785, davon 392 Juden, das sind 49,9 Prozent.

eine selbständige Existenz darstellenden arbeitenden Frauen das Wahlrecht, und zwar so, dass die Frauen auf dem Land gegenüber den städtischen Frauen nicht benachteiligt werden“. Er hält die Teilnahme der Frauen an der sozialen Rechtsschaffung besonders in Hinsicht der Institutionen zum Mutter- und Säuglingsschutz für unentbehrlich. Die Entscheidung der 48er Kommission wird von ihm gebrandmarkt: „*ein* etwas frivoles Verfahren, mit dem die Wahlrechtskommission - ohne diese Frage, die sich die Völker der gebildeten Welt bereits erobert haben, auch nur einer Diskussion zu würdigen - einfach den Stab über ihr bricht“. ¹³

Graf Mihály Károlyi, drängt den Ministerpräsidenten (Wekerle) auf weitere Schritte seitens der Regierung: „wenn das Frauenwahlrecht verworfen wird, geht es nicht darum, ob Sie daraus eine Kabinettsfrage machen werden, sondern ob Sie dann die Konsequenzen ziehen werden, die von Ihnen selbst aufgestellt wurden, indem Sie an die Nation appellieren werden. Die Frage des Frauenwahlrechts kann wahrlich nicht als eine unwesentliche Frage betrachtet werden“. ¹⁴ Graf Gyula Andrássy ist Anhänger des aktiven und passiven Wahlrechtes der Frauen und spricht sich etwas rechtfertigend über den von ihm ausgearbeiteten Gesetzesentwurf von 1908, aus dem gerade er das Wahlrecht der Frauen gestrichen hatte. ¹⁵

Unter den sich gegen das Frauenwahlrecht Äussernden verdienen die Beiträge von Graf István Bethlen und Graf István Tisza Beachtung.

Tisza verkörpert die konservative Auffassung, er betont die Familienrolle der Frau und missbilligt die rechtliche Regelung für die über eine selbständige Existenz verfügenden Frauen. Seiner Meinung nach kann die Tatsache, dass die Frauen in immer grösserer Zahl zu selbständigem Verdienst gezwungen sind „auf keinen Fall dazu anregen, gerade denjenigen politische Rechte zukommen zu lassen, die nicht in der Familie sind“. Die tatsächliche politische Absicht wird noch besser enthüllt, als er den Feminismus als „turbulente“ Richtung kennzeichnet. „Ich halte es für keinen glücklichen Gedanken, den Ehefrauen und Müttern keine politischen Rechte zu geben, aber denjenigen, die in vieler Hinsicht vielleicht auch ihr Bildungsgrad, vor allen Dingen aber ihre Lebensverhältnisse... in die Arme der unzufriedenen, turbulenten Elemente führt“. Und als praktischen Grund bringt er vor, den ersten Schritt auf dem Gebiet des Frauenwahlrechts deswegen nicht zu unternehmen, weil „wir uns in dieser Frage in der nahen Zukunft keine Reform von einer sehr ungewissen Ausdehnung und Aussicht auf den Hals ziehen wollen“. ¹⁶

Bethlen geht nicht auf das Frauenwahlrecht ein, doch seine bündige Verurteilung der radikalen Richtungen lässt keinen Zweifel bezüglich seiner Ansichten: „Wenn die Regierung nicht zum Ausgleich gekommen wäre (er verweist auf den Wekerle-Tisza-Pakt, der auch dem soliden Demokratismus des Vázsonyi-Entwurfes entbehrt, - K.Sz.), dann hätte sie das Land radikalen Richtungen ohne Verantwortungsgefühl ausgeliefert“. In seinen folgenden Feststellungen spüren wir bereits das Bethlensche Konsolidationsprogramm: „Der Kampf um das Wahlrecht ergibt sich nicht nur aus der Emanzipation der proletarischen Klasse... der Kampf geht auch um die politische Macht zwischen den zwei in der Intelligenz vertretenen Richtungen. Auf

¹³ Sitzung vom 28. Juni 1918

¹⁴ Sitzung vom 2. Juli 1918

¹⁵ Sitzung vom 9. Juli 1918

¹⁶ Sitzung vom 12. Juli 1918

der einen Seite stehen die historischen Klassen und die Mehrzahl der ungarischen Mittelklasse. Mit Bereitschaft und sofort erkenne ich an, dass auf dieser Seite auch die überwiegende Mehrzahl der eingewanderten Intelligenz steht. Doch hat die Intelligenz auch noch eine andere Schicht, die sich nicht identifizieren kann mit den historischen Grundlagen des ungarischen Staates... die ungedingt der radikalen Flagge folgt“.¹⁷

Der Ministerpräsident Sándor Wekerle reichte seine Vorlage am 12. Juli 1918 ein. Die Vorlage bezeichnet unter den besonderen Voraussetzungen des Frauenwahlrechts drei Alternativforderungen. Die eine ist der im Vázsonyi-Vorschlag enthaltene Abschluss von vier Klassen der Bürgerschule oder einer damit gleichwertigen Schule. Die zweite, dass die Frau Ehefrau oder Witwe eines solchen Mannes ist, der die höchste Klasse der Mittelschule oder mit deren Lehrwert gleichrangigen anderen bürgerlichen oder militärischen Lehrinstitut erfolgreich absolviert hat. Die dritte besteht darin, dass sie der ledigen oder geschiedenen Frau das Wahlrecht zukommen lässt, sie einen Beruf in der Landwirtschaft, Industrie oder im Handel ausübt und entweder mit einer Steuer oder mit mehreren Steuern - entweder in einer oder mehreren Gemeinden -, aber mit mindestens 100 Kronen Direktsteuer belastet ist. Der Vorschlag von Wekerle, besonders aber die zweite Voraussetzung, löste berechtigte Missbilligung aus. Die Radikalen griffen die zweite Bedingung deswegen an, weil dies zu einem verborgenen Pluralismus geführt hätte. Von Seiten der Kiszgadzapárt äusserte sich István Szabó, indem er Wekerle und Vázsonyi gleichermassen beschuldigt, dass sie „ihrer eigenen Umgebung“ das Wahlrecht verleihen. „... wir geben den gnädigen Frauen das Wahlrecht und nicht denen, die mit zwei Händen arbeiten ... mit Empörung weise ich diesen Vorschlag im Namen des Volkes der Dörfer Ungarns zurück“. Am 17. Juli 1918 kommt es zur Abstimmung im Gegenstand des Frauenwahlrechtes. Es muss über insgesamt 11 Vorschläge entschieden werden. Beachtenswert ist, dass Gyula Andrássy noch vor der Abstimmung die Vorlage unterbreitete, das Frauenwahlrecht in einem gesonderten Gesetz zu regeln und dass diesbezüglich der Ministerpräsident noch 1918 einen Vorschlag vorbringen möge. Der im politischen Leben über riesige Erfahrungen verfügende Graf sah nämlich gut voraus, dass der auf der Tagesordnung befindliche Wekerle-Vorschlag vom Haus nicht abgestimmt werden wird, und wollte das Frauenwahlrecht vor dem Fall retten. Seine Vorlage wurde vom Abgeordnetenhaus nicht angenommen.

Über die drei Bedingungen des Wekerle-Vorschlages stimmte das Abgeordnetenhaus gesondert ab. Die Bedingung der vier Klassen Bürgerschule wurde im Verhältnis von 96 zu 161 Stimmen verworfen, die Wahlberechtigung nach dem Recht des Ehemannes und die Berechtigung der selbständigenerdienenden erhielten so wenige Stimmen, dass sie nicht einmal gezählt wurden.

Das Schicksal des Frauenwahlrechtes war mit der Abstimmung im Parlament besiegelt, das es nämlich im Magnatenhaus wenig Anhänger hatte. Die Feministen warfen auch die Möglichkeit auf, in einer an den König gerichteten Adresse die Verweigerung der guteisung des Gesetzesvorschlages, der nun das Frauenwahlrecht entbehrte, durch den König zu bitten. Der an Róza Schwimmer gerichtete Brief von Mihály Károlyi lässt keinen Zweifel darüber, dass die Feministen den Erfolg ihrer Sache nur von einer bürgerlich-demokratischen Umwälzung zu erwarten hatten. Der am 29. Juli 1918 gezeichnete Brief verweist auch darauf was die Chancen der Abstimmung im

¹⁷ Sitzung vom 5. Juli 1918

Magnatenhaus anbetrifft, werden sie von Károlyi als völlig hoffnungslos beurteilt: „was die Abstimmung im Magnatenhaus betrifft, so bin auch ich der Ansicht, dass die Lage dort völlig hoffnungslos ist (die Unterstreichung stammt von Károlyi) ... Was die an den König zu richtende Adresse betrifft, so bin ich der Ansicht, dass - obwohl seine Hoheit das Recht hat, ein Gesetz nicht gutzuheissen - dies nicht klug wäre, wenn die Feministen die Ausübung dieses Rechtes von ihm fordern würden. Erstens, weil es ausgeschlossen ist, dass dies zu einem Ergebnis führt, doch hauptsächlich deswegen, weil es nicht würdig ist, dass diejenigen, die die Demokratie um so weiter entwickeln und die Geltendmachung des Willen des Volkes verstärken wollen, sich dieser Methode bedienen“.

Über die Sitzung des Magnatenhauses berichtet Eugénia Miskolczy Meiler - eine der führenden Gestalten der Feministen - in ihrem an Róza Schwimmer gerichteten Brief. Unter den sieben Mitgliedern des Magnatenhauses, die sich zu dem Frauenwahlrecht äusserten, sprachen sich vier dafür aus. Die Feministen fürchteten sich am ehesten vor dem Beitrag des Bischofs Ottokár Prohászka. Bischof „sagte jedoch nur Gutes“. „Wekerle war ziemlich ehrenhaft, ihm tut es leid, dass das Abgeordnetenhaus den vorschlag nicht angenommen hat, er hält ihn für erforderlich, ist sein Anhänger usw., doch neben all dem unternahm er keinen neuen Versuch.“¹⁸

Die ersten Schritte zum verfassungsmässigen Ausbau des Horthy-Regimes nach dem Sturz der Räterepublik, in erster Linie in bezug auf die Regelung des Wahlrechts, erfolgten bereits Ende August 1919. Vom Gesichtspunkt der Wahlen aus enthält das Telegramm des englischen Aussenministers Balfour für die Budapester Entente-Kommission beachtenswerte Bedingungen: „Eine auf Grund eines unmittelbaren und allgemeinen Wahlrechts gewählte Nationalversammlung, die in geheimer Wahl gewählt wird, stellt, so erscheint es, für uns eine notwendige Garantie dar...“.¹⁹

Gegenüber der neuen Wahlrechtsverordnung (die am 17. November 1919 erlassene Verordnung Nr. 5985/1919 ME) die sog. Friedrich-Verordnung drängten die Legitimisten darauf, das sich am 16. November 1918 selbst für aufgelöst erklärte Abgeordnetenhaus sowie das aufgehobene Magnatenhaus einzuberufen; dieser Auffassung nach wäre automatisch das vom Parlament bereits angenommene, doch in der Praxis noch nicht geltend gemachte Wahlrecht, das im Gesetz 17 des Jahres 1918 gewährleistet war, in Kraft getreten. Die Bestrebungen der Legitimisten jedoch konnten - sowohl aussen, als auch innenpolitischer Gründe wegen - nicht Wirklichkeit werden. Nach den zwei Revolutionen konnte das neue System nicht zu dem eng beschränkten Wahlrecht des erwähnten Gesetzes zurückkehren. Es kann festgestellt werden, dass die Friedrich-Verordnung bei der Festlegung des Masses der Wahlberechtigung Verwandtschaft mit dem von der bürgerlich-demokratischen Revolution geschaffenen ersten Volksgesetz aufweist. (Das erste Volksgesetz erklärte das allgemeine, auf die Frauen eingehende Wahlrecht, mit Ausnahme der Frauenanalphabeten).

¹⁸ Beide Briefe: Schwimmer-Lloyd Collection, N.Y.P.L.

¹⁹ Papers Relating to the Foreign Relation of United States. The Paris Conference. 1919. Vol. VII. Washington 1946. *Ruszoly József*: Az első nemzetgyűlési választások előzményeihez [Zu den Vorereignissen der ersten Wahlen zur Nationalversammlung]. Jogtörténeti Tanulmányok I. 1966. 91.

Zu Anfang der Konsolidation des konterrevolutionären Systems wurde von Ministerpräsident Graf István Bethlen anlässlich einer am 21. Oktober 1921 in Pécs gehaltenen Rede das Wahlrecht zur Nationalversammlung für zu ausgedehnt gehalten, gleichzeitig äusserte er jedoch auch, dass eine anstehende Regelung des Wahlrechts die Bestimmungen des Gesetzes 17 des Jahres 1918 zu überschreiten hat. Er wollte vor allem die Stimmberechtigung der Frauen einschränken.²⁰ Mit der Beschränkung der Stimmberechtigung der Frauen war auch der eine führende Theoretiker der Bauernpartei, der bedeutenden Partei der ersten Nationalversammlung (1920-1922) einverstanden. Der Äusserung der Regierungspartei zufolge hatte sich am 28. Dezember 1921 bereits diejenige Wahlrechtskonzeption herausgebildet, die in der Weise auf dem zur Zeit des Wekerle-Kabinetts geschaffenen Gesetz 17 des Jahres 1918 sowie der Friedrich-Verordnung aufgebaut ist, dass sie im Vergleich zur Verordnung einen Schritt zurück in Richtung des Gesetzes darstellt, die mit dem Namen des Innenministers Graf Kunó Klebelsberg verbundene Wahlrechtsverordnung (1922) schränkte die Zahl der weiblichen Wähler drastisch ein. Während im Sinne der Friedrich-Verordnung 1765400 Frauen stimmberechtigt waren (tatsächlich waren nur 1433000 Frauen in die Wahllisten eingetragen), verfügten im Sinne der Klebelsberg-Verordnung insgesamt 609000 Frauen über das Stimmrecht. Das Stimmrecht der Frauen war durch allgemeine Bestimmungen (dies sich auch auf die Männer beziehenden 10 Jahre Staatsbürgerschaft und 2 Jahre Wohnung am selben Ort) sowie durch besondere Wahlzensus beschränkt. Innerhalb der letzteren sind das höhere Alter (30 Jahre) oder aber folgende Voraussetzungen beachtenswert, von denen jeweils eine vorhanden sein musste: Mutter von drei Kindern, selbständiger Beruf bzw. Absolvierung der oberen Klassen der Mittelschule bzw. Ehefrau eines eine Hochschule absolvierten Mannes.²¹

Es taucht die Frage auf, welche politische Konzeption die das Frauenwahlrecht beschränkenden Bestimmungen der Klebelsberg-Verordnung widerspiegeln. Die Antwort darauf finden wir in den Vorbereitungsarbeiten zum Gesetz 17 des Jahres 1918, in der Debatte des Parlaments. Es kann eindeutig festgestellt werden, dass, ihr der von Ministerpräsident Sándor Wekerle anlässlich der Diskussion des Gesetzesvorschlages zum Wahlrecht zugrunde liegt. Das Frauenwahlrecht ist nicht die bedeutendste Frage des der bürgerlich-demokratische Revolution vorangehenden halben Jahres, doch können wir sagen, dass es zu den Fragen gehörte, die am ehesten die Aufmerksamkeit der zu den bürgerlichen Parteien gehörenden Politiker teilten und gleichzeitig auch in der öffentlichen Meinung ein angeregtes Interesse hervorriefen.

Die Feministen und die Sozialdemokraten haben mit aller Kraft die Entrechtung der Verordnung des Jahres 1922 angegriffen. Besonders die Tätigkeit der Sozialdemokraten wurde am Anfang der 20er Jahre lebhaft. Im Jahre 1922 hat die sozialdemokratische Partei mehr als 10 Prozent der Stimmen gewonnen und delegierte 25 Abgeordnete in die Gesetzesgebung. Als einzige weibliche Abgeordnete kam Anna Kéthly, die agilste Leiterin der sozialdemokratische Partei zwischen den zwei Weltkriegen, bzw. auch nach dem Krieg, ins Parlament. Im Jahre 1922 trat die Partei

²⁰ *Ruszoly, József*: Alkotmányjogi reformtörekvések az első nemzetgyűlés idején [Verfassungsrechtliche Reformbestrebungen zur Zeit der ersten Nationalversammlung]. Acta Universitatis Szegediensis de Attila József nominata. Acta Juridica et Politica. 1974. 8.

²¹ OL.K.27. Minisztertanácsi Jegyzőkönyvek. 1923. január 24-i ülés. Klebelsberg belügyminiszter előterjesztése [Eingabe des Innenministers Klebelsberg]

das erste Mal in die ungarische Gesetzgebung. Bei den Wahlen des Jahres 1920 kam es nämlich zu Gewalttaten, so dass die Partei gezwungen war, sich zurückzuziehen. Im Jahre 1921 wurde der Pakt Bethlen-Peyer abgeschlossen (Bethlen - 1921-1931 ungarischer Ministerpräsident, Peyer-Vorsitzender der ungarischen sozialdemokratischen Partei). Dieser Pakt ermöglichte die legale Funktion der Partei, die Presse und die Organisierung. Die Bethlen-Regierung, bemüht um die in- und aussenpolitische Konsolidation, hat die internationale Lage in Betracht gezogen, so die sozialdemokratische Führung der Weimarer Republik, die ähnlichen österreichischen Folgen, sowie die in den Nachbarländern entstehenden bürgerlichen Verfassungssysteme.

Die sozialdemokratische Partei schuf 1922 ein neues Programm (das frühere entstand 1903), das in der Perioden zwischen den zwei Weltkriegen gültig blieb. Man kann erwähnen, dass es auch heute noch zu folgende Zielsetzungen enthält. Dieses Programm umfasst in sehr breiten Kreisen die wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Reformen. Unter den politischen Forderungen formulierte es vor allem die gesetzliche Regelung des auch für die Frauen geltenden gleichen und geheimen Wahlrechts.

Zur gesetzlichen Regelung des Wahlrechts kam es in der Zweiten Nationalversammlung (die erste: 1920-1922, die zweite: 1922-1925), danach wurde 1926 die Zweikammergesetzgebung retabliert, damit wurde das Verfassungsinterregnum in der gesetzlichen Regelung die Verordnung des Jahres 1922 als Grundlage an. Gegen die Aufrechterhaltung der beschränkenden Regelung traten die sozialdemokratischen Abgeordneten - unter den aktiven Teilnahme von Anna Kéthly - auf. Es ist zu erwähnen, dass sich konservative Politiker, wie Albert Apponyi und Gyula Andrássy, die in der Periode vor dem I. Weltkrieg in der Entwicklungsgeschichte des Wahlrechts als Bejager der Einschränkung zählen, sowohl für die Sicherung des allgemeinen Wahlrechts der Männer als auch für die bedeutende Erweiterung des Wahlrechts der Frauen einsetzten. Die Regierungspartei (Christliche Nationale Einheitspartei) und die Koalitionsmehrheit der Kleinbauern gab dem Regierungsvorschlag Gesetzeskraft. Die Entrechtung der ungarischen Frauen wurde auch durch die Faschisierung in den 30er Jahren nicht geheilt. Das Wahlrechtsgesetz des Jahres 1938 hielt die Entrechtung der ungarischen Frauen mit minimalen Änderungen aufrecht.

Erläuterungen zur ungarischen Geschichte der Preßpolizei

Eine der Bedingungen der Teilung der Macht, des Ausgleichs zwischen den österreichischen und ungarischen herrschenden Kreisen des Jahres 1867 war die „Niederpflockung“ des Verfassungssystems. Die Herstellung der bürgerlichen Verfassungsmäßigkeit hatte im wesentlichen die Belebung des Rahmens der Pressefreiheit von 1848 zum Ergebnis. Mit der Wiederherstellung der „verfassungsmäßigen Glückseligkeit“ hatten jedoch die Herren der Macht auch einige bittere Pillen zu schlucken. Die Nationalitätenbewegungen für das Selbstbestimmungsrecht, die von Asztalos geführte Armbauern-Bewegung, die Zunahme der demokratischen Kreise und Militärhilfsvereinigungen und durch diese der wachsende Einfluß der Kossuthschen Idee und der Verneinung des Ausgleichs waren für die Deák-Partei eine unangenehme Überraschung. Und ein bedeutender Teil der freien, zensurlosen Presseorgane kritisierte gleichsam von der ersten Minute der Geburt des neuen Staatsgebildes an sowohl in Pest als auch in der Provinz die offizielle Politik, die Deák-Partei und die Regierung. Die Stichekeien der oppositionellen Nachrichtenblätter verschiedener Schattierungen, die Bisse der Presseangriffe aber konnten vom Staatsapparat nicht zu lange toleriert werden. Und obwohl die führenden Regierungspersönlichkeiten zur Beschränkung des Pressegesetzes vom März tatsächlich weder Lust noch Kraft hatten, entschlossen sich die Regierungsorgane im Interesse der Zurückdrängung des „schädlichen“ Einflusses der Nachrichtenblätter zu konkreten Maßnahmen.

Durch die Restitution des Presserechtes von 1848 waren jedoch der Regierung die Hände gebunden und die gewaltsame Unterdrückung der gegen die Macht auftretenden Presse war in Wirklichkeit unmöglich.¹

So liberal und nachsichtig aber die den inländischen Blättern gegenüber angewandte Politik des ungarischen Staates war, so zweckbewußt und pragmatisch war sein Auftreten gegenüber den Organen, die Einlaß in die Grenzen des Landes erbaten und den Standpunkt der ungarischen Regierung nicht vertraten oder die dualistische Einrichtung angriffen.

In unserer Studie unternehmen wir es, unter Skizzierung dieses Prozesses die Chronik der Maßnahmen der Behörden der Deák-Partei gegen die ausländischen Nachrichtenblätter aufzuzeichnen.

¹ Siehe dazu: Révész T. Mihály: A sajtópolitika egyes kérdései Magyarországon a kiegyezés után [Einzelne Fragen der Pressepolitik in Ungarn nach dem Ausgleich]. Budapest, 1977. Jogtörténeti Értekezések 9. sz. Red. Kálmán Kovács

A) Die Regeln und Praxis des Polizeiwesens der ausländischen Blätter

Der Liberalismus der ungarischen Regierungsorgane gegenüber den inländischen Nachrichtenblättern resultierte aus der Befolgung der freisinnigen Verfügungen des März-Gesetzes. Auf die Kontrolle der nicht auf ungarischem Gebiet erscheinenden und Einlaß ins Land erbetenden Blätter jedoch konnte das Szemerische Pressegesetz keine Einwirkung ausüben und somit auch keine Bremse darstellen.

Die Straf- und Polizeiverordnungen des Gesetzes von 1848 nämlich hatten kein Rezept zur Verstummung der ausländischen Organe. Bei Charakterisierung dieser Eigentümlichkeit des Gesetzes unterstreicht der hauptstädtische Oberstaatsanwalt bedauernd an einer Stelle, daß der Gesetzesartikel XVIII des Jahres 1848 „nicht über die ausländischen Presseerzeugnisse verfügt und insofern sich dessen allgemeine Verfügungen auch auf diese erstrecken würden, so erweist sich deren praktische Verwirklichung fast als unmöglich“.² Das stufenweise Verantwortlichkeitssystem des ungarischen Gesetzes nämlich bedroht - abweichend von der belgischen Lösung - den Vertreiber des das Pressevergehen enthaltenden Blattes nicht mit einem Rechtsnachteil. „Dieser Mangel bringt das öffentliche Anklageverfahren zum Erstarren“, faßt Oberstaatsanwalt Sándor Kozma seinen Standpunkt zusammen, „denn wenn der Autor, Verleger oder Drucker irgendeines Presseerzeugnisses im Ausland wohnt, so besteht keine Möglichkeit dahingehend, das auf dem Wege der Presse verübte Vergehen zu vergelten.“³

Im Laufe der Kontrolle der ausländischen Nachrichtenblätter konnten die Organe des Innenministeriums unter den ihnen gegenüber anwendbaren Maßnahmen auch das „Verbot“ des inkriminierten Organs nicht für verwendbar halten,⁴ worüber wir uns kaum wundern, denn infolge Kompetenzmangels bestand dazu eine sehr kleine Chance. Eine viel gangbarere Lösung wäre die Inanspruchnahme des diplomatischen Weges gewesen, wodurch das gegen die Monarchie oder die Regierung agitierende ausländische Blatt durch die eigenen Behörden hätte verfolgt werden können. Der Weg der Bestrafung des unangenehmen ausländischen Blattes über das Außenministerium war aber ziemlich ungewiß und zu voll mit Pfützen dazu, um von Andrassy und seinem Kabinett als Lösung gewählt zu werden, besonders dann, wenn es über ein viel

² Országos Levéltár (im weiteren OL) K. 148. Bm. eln. 1871/4578. (8154/1872. Kir. Főü.)

³ Ebd. Der öffentliche Ankläger betrachtete auch die Inbeschlagnahme der Drucksachen als nicht erfüllbar, denn dem § 22 des Gesetzes zufolge „kann die Inbeschlagnahme nur vom Strafuntersuchungsrichter angeordnet werden, nach Aufgabe der Anklage. Doch der Beschlagnahme muß ein Prozeßverfahren folgen...“.

⁴ Wir bemerken, daß der Innenminister - obwohl er sich über die Unanwendbarkeit des Verbotes beklagte -, so doch seine diesbezüglichen Zeilen auf ziemliche Uninformiertheit verweisen. Das österreichische Pressegesetz von 1862 kannte nämlich die Sanktion des Verbotes gegenüber den in Österreich erscheinenden Blättern, doch nicht im Falle von Organen, die außerhalb Österreichs gedruckt wurden. Da ist eine im Zusammenhang mit dem Wiener Volkswillen auf Papier geworfene Erörterung des Innenministers überraschend: „diese in der anderen Hälfte der Monarchie verbotenen und überaus gefährlichen Zeitungen, dürfen nicht verbreitet werden ... da in Hinsicht auf in anderen Ländern erscheinende Blätter das Verbot nicht durchgeführt werden kann ..., erscheint der Entzug des Postvertriebsrechtes als erwünscht.“ OL. K. 26. Me. ir. 1871/1738. (3046. Bm. eln./1871.)

einfacheres Mittel - das Instrument des Verbotes der nicht ungarischen Blätter - verfügte.

Und da keine Verfassungsrechtsregel über das Postvertriebsrecht der nicht ungarischen Blätter und die Bedingungen zum Entzug dieses Rechtes verfügte, war nichts einfacher, als die einen unangenehmen oder eben einen feindlichen Ton vorbringenden Organe aus den Räumlichkeiten der ungarischen Post zu verbannen und somit ihre Verbreitung in Ungarn unmöglich zu machen.

Die Unmöglichmachung des Postvertriebes der nicht in Ungarn gedruckten Zeitungen wurde zur beliebten Lösungsmethode der ungarischen Regierung, besonders deshalb, weil das Verbot der fremden Organe nicht mit diplomatischen Komplikationen einherging, keine Entrüstung im Parlament zur Folge hatte und die schnelle und einmalige Entscheidung theoretisch auch die Eliminierung des feindlichen Blattes in Ungarn bedeute.

Die Praxis des Verbotes der nicht erwünschten fremden Presseorgane wurde so zum unausbleiblichen Teil der Pressepolitik der Regierung. Während das Polizeiwesen über die inländischen Presseerzeugnisse auf ein schattiertes und ausgefeinertes Mittelsystem gebaut war, erschöpfte sich das Auftreten gegenüber den ausländischen Blättern auf das Verbot der fremden Nachrichtenblätter in Ungarn. Im weiteren versuchen wir, dies zu beweisen.

Die Vorteile der Ausweisung bzw. des Entzuges des Postvertriebsrechtes waren für das Andrassy-Kabinett - wenigstens im ersten Jahr - dennoch nicht völlig offensichtlich. Die Regierung dachte nämlich im Jahre des Ausgleichs noch nicht an die Ausweisung der unangenehmen ausländischen Gast-Nachrichtenblätter.⁵ Dazu kam es im November 1868 zum ersten Mal, als das Kabinett auf Vorlage des Ministerpräsidenten den Leiter des Handelsministeriums anwies, dem Blatt mit dem Titel *Perseverenza* das Postvertriebsrecht zu entziehen und zugleich, daß dieser „zur Durchführung“ der gleichen Maßnahme den „transleithanischen Herrn Handelsminister zu ersuchen habe.“⁶

Der Kabinettschef legte in seiner die Entscheidung begründenden Erklärung dar, daß dieses „italienische Blatt seit längerer Zeit in größtem Maße feindlich gerichtete Artikel gegen die ungarische Regierung“ enthält.⁷

Nach Ersuchen durch die ungarische Regierung antwortete das Wiener Kabinett nach ein paar Tagen mit einer ähnlichen Bitte. Graf György Festetics, der in der österreichischen Hauptstadt amtierende ungarische Minister informiert in seinem im Dezember 1868 an Andrassy gerichteten Brief den Chef der ungarischen Regierung davon, daß das kaiserliche und königliche Innenministerium das in Venedig gedruckte politische Blatt „*Il Tempo*“, „welches einen immer wachsenden Einfluß auf die aufrührerischen Elemente der Stadt Triest ausübt und das Volk mit der verlockenden Idee der italienischen Einheit aufzuwiegeln versucht, im Sinne des 26. § des Pressegesetzes von 17. Dezember des Jahres 1862 vom Gebiet der im Reichsrat vertretenen Länder verweist, bzw. diesem Blatt das Postvertriebsrecht entzogen hat.“

⁵ 1867 reagierte lediglich das Innenministerium empfindlicher auf die nicht inländischen und sich über das neue Staatsgebilde nicht schmeichlerisch äußernden Blätter. So wurde die 62. Nummer der Volkszeitung beschlagnahmt, das amerikanische Blatt mit dem Titel *New Orleans Journal* sowie die 13. Nummer des *Kladderadatsch*. OL. K. 148. Bm. eln. Mtk. 1867. 1410. 267., 586., 646/1867.

⁶ OL. K. 27. MT. Jkv. 1868. XI. 12. 50/MT. 1. pont

⁷ Ebd.

Der Minister der Person des Königs betonte in seinem Schreiben besonders, daß gegen dieses Blatt mit unangenehmen Einfluß auch in den anderen Ländern der Monarchie dieselben Maßnahmen erforderlich seien, und zwar: „der k. und k. Innenminister... legt großen Wert darauf, daß ähnliche Maßnahmen auch auf dem Gebiet der ungarischen Krone zur Geltung gebracht werden.“⁸

Auf Wirkung der nachdrücklichen Aufforderung entschied Andrassy in schnellem Tempo und unter Umgehung des kollegialen Entscheidungsforums des Ministerrates wandte er sich unmittelbar an den Leiter des Handelsministeriums im Interesse der Erfüllung der gewünschten Maßnahme. Das die Aufsicht über die Postämter versehende Ministerium führte die erbetene Polizeimaßnahme ohne Nachzudenken durch und lieferte damit einen Präzedenzfall zur Begründung der Kompetenz des Handelsministeriums beim Entzug des Postvertriebsrechtes.

Und daß der Regierungschef im Fall von „Il Tempo“ die Kollegiumsentscheidung nicht instinktiv sondern sehr bewußt umging, das wird durch die spätere Praxis plastisch bewiesen. Die Praxis der Staatsverwaltung bei der Ausweisung der ausländischen Presseorgane verrät uns, daß der Kompetenzbereich, den der Entzug des Postvertriebsrechtes der ausländischen Nachrichtenblätter bedeutete, vom Kabinett zu Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre nicht zu sehr vermißt wurde, und es ohne Sorge von diesem schwierigen und für es nicht begründeten Verfassungsspiel absieht.

Zur Ausschaltung des Forums der Ministersitzung kam es dann auch *expressis verbis* im Frühling 1869, als Minister Bedekovich die Bitte des kroatischen Bans vermittelnd bemüht war, das kroatische Blatt „Pozor“ als für nicht erwünscht zu erklären, und zwar auf einer Sitzung des Kabinetts. Das Kabinett legte im Laufe der Diskussion des Vorschlages des vorbreitenden kroatischen Ministers mit prinzipieller Schärfe dar: „der Antrag wird für begründet befunden und Herr Minister Bedekovich wird beauftragt, den Vorschlag des Ban offiziell dem Herrn Handelsminister zwecks Entzug des Postvertriebsrechtes zuzuleiten und zugleich ist die Presseabteilung anzuweisen, diejenigen Angaben aus dem Pozor, die die Anwendung dieser Verordnung erforderlich machten, in einem Auszug zusammenzustellen und dem Handelsministerium zuzusenden, damit im Falle eventueller Interpellationen die Angaben dem Herrn Minister zur sofortigen Verfügung stehen. Ein ähnliches Verfahren ist in der Zukunft in jedem solchen Fall zu befolgen, wo es um das Verbot des Postvertriebes irgendeines Blattes geht.“⁹

Das damals noch in Wien erscheinende Blatt „Albina“ fiel bereits diesem vereinfachten Verfahren zum Opfer. Die Presseabteilung stellte in dem an das Handelsministerium gerichteten Schreiben mit lakonischer Knappheit fest, daß dieses Blatt seit guter Zeit „die Achtung vor den ungarischen Gesetzen in den rumänischen Bewohnern des Landes „untergräbt, und damit „nicht nur die Zwietracht zwischen den Nationalitäten des Landes verschärft, sondern auch gegen die Integrität des Landes aufwiegelt.“¹⁰ Diese kurze Darlegung der Gefährlichkeit des Nationalitäten-blattes genügte dem Handelsminister, um die Wiener Stimme der rumänischen Bevölkerung aus den ungarischen Postämter zu verbannen. Im Falle offizieller, aus Wien kommender

⁸ OL. K. 26. Me. ir. 1491/1868.

⁹ OL. K. 27. MT. Jkv. 1869. V. 2. 29/MT. 7. pont

¹⁰ OL. K. 26. Me. ir. 1869. III. 562.

Bitten zwecks Entzug des Postvertriebs sahen jedoch die ungarischen Regierungsorgane im allgemeinen auch noch von einer solch kurzen Begründung ab und ohne Untersuchung der Rechtsgrundlage der Bitte wurde dem Wunsch des kaiserlichen Innenministeriums automatisch stattgegeben.¹¹ So gerieten die Berliner Correspondence Tchèque und auch Felleisen im Frühjahr 1869 auf die schwarze Liste.¹²

Das gewaltsamere Auftreten gegenüber den ausländischen Blättern aber löste schnell das Mißfallen einiger Nationalitätenpolitiker aus. Zsigmond Borlea brachte sein Mißfallen zur Regierungspolitik gegenüber den ausländischen Blättern auch vor dem Plenum des Abgeordnetenhauses zum Ausdruck. Der wegen der Ausweisung von „Pozor und Albina“ erregte Abgeordnete stellte fest: „Wenn irgendein Blatt auf solch eine Weise verboten wird, dann gleicht dies meiner Meinung nach einem absoluten System, nicht aber Verfassungsmäßigkeit und Liberalismus...“. Borlea brachte in seiner, an das entsprechende Portefeuille der Regierung gerichteten Interpellation eine rhetorische Wendung vor: „was hat den Handelsminister zu diesem legel- und verfassungswidrigen Verfahren bewegt und wie kann er dies mit den inländischen Gesetzen bestätigen und mit den Grundsätzen der Freiheit und der Verfassungsmäßigkeit vereinbaren.“¹³

Die Aktion des Abgeordneten rumänischer Nationalität löste jedoch keinen Sturm im ungarischen Abgeordnetenhaus aus. Die Vertreter der mittleren Linken und auch die der äußeren Linken hielten es nicht für erforderlich, die vom Kabinett auf diesem Gebiet verfolgte Politik zu kritisieren und deren Rechtsgrundlagen zu erforschen. Nicht einmal der befragte Minister, István Gorove, hielt eine wesentliche Beantwortung für begründet und erhob lediglich Einspruch gegen den Ausdruck „verfassungswidrig“, ohne die Intentionen der den Entzug des Postvertriebsrechtes ausübenden Politik in ihren Einzelheiten zu erklären.

Die kühle Aufnahme der Interpellation von Borlea im Parlament bestärkte aber vermutlich die Regierung in ihrer Politik der Ausweisung der den Dualismus angreifenden ausländischen Blätter, Ein gutes Beispiel dafür ist auch der Fall des Pariser Le Reveil, dem der Handelsminister nach wenigen Monaten auf Wiener Verlangen die Tür wies. Dieses Blatt verdiente übrigens wegen seines Tones und nicht zuletzt wegen seiner politischen Richtung das Verbot. Mit der Nummer 112 des zweiten Jahrganges von Le Reveil war das Maß endgültig voll. Das auf der ersten Seite des Blattes Platz erhaltende Material mit dem Titel „Le Cholera Monarchique“ bemerkte nämlich ohne Umschweife, daß „der Kaiser von Österreich eine solche Null ist, die mit nichts verglichen werden kann, und wenn er nicht auf dem Thron säße, würde er beim ersten Schritt sterben und schließlich ist sein Charakter durch Erbarmungslosigkeit, Schwäche und Unentschiedenheit gekennzeichnet.“¹⁴

¹¹ Eine Ausnahme darunter konnte nur der Wiener Volksstaat darstellen, vor dessen Ausweisung die Pester Ministerpräsidenz weitere Informationen erbat. Die Presseabteilung konnte nach der von der Wiener Regierung nachträglich erhaltenen Information feststellen, daß dieses Organ „beharrlich aufwiegelnden gesellschaftlicher Einstellung“ ist. OL. K. 26. Me. ir. 1654. 4. 12. 1869 bzw. 81/1870.

¹² OL. K. 26. Me. ir. 2321/1869. bzw. 400/1896. (keresk. min. 6495/69)

¹³ Az 1869-edik évi ápril 10-dikára hirdetett országgyűlés nyomtatványai. Képviselőházi Napló. I. k. 452 o. 1869. jun. 14. 28. orsz. ülés.

¹⁴ OL. K. 26. Me. ir. 7035/1869.

Es ist kaum verwunderlich, daß sich die offiziellen Kreise weder in Wien noch in Pest über diese Zeilen freuten. Der Entzug des Postvertriebsrechtes stellt in diesem Fall unserer Meinung nach keinen Bruch mit der verfassungsmäßigen Freiheit dar, sondern dokumentiert die Ungeduld der Führer der Monarchie gegenüber der sich nicht gerade in erhabener literarischer Form meldenden Kritik, und zwar - fügen wir es hinzu - begründeterweise.

Die Ungeduld aber nahm nicht zu, das beweist auch die Tatsache, daß das Auftreten gegenüber den Nachrichtenblättern, die außerhalb des Gebietes der heiligen Krone gedruckt wurden, zu Ende des Jahres 1868 und nach den im Jahre 1869 feststellbaren Schwankungen in den darauffolgenden Jahren sichtbar zur Ruhe kam. Innerhalb von zwei Jahren nämlich entzog die Regierung insgesamt in einem einzigen Fall das Postvertriebsrecht einem ausländischen Blatt, und namentlich der in Paris gedruckten, halbmonatlich erscheinende polnischen Zeitschrift mit dem Titel, ZMOWA, von der in der Begründung der Entscheidung festgestellt wird daß sie „zur tätlichen Revolution gegenüber der bestehenden Regierung und dem gesellschaftlichen System“ aufwiegelt.¹⁵

Die Ebbe der Maßnahmen gegen die ausländischen Blätter wird im Jahre 1872 von einer bis dahin nicht erfahrenen Flut gefolgt. Innerhalb eines Jahres gerieten fast so viele fremde Presseorgane auf die schwarze Liste der ungarischen Regierung, wie in den ersten fünf Jahren des dualistischen Staates insgesamt.

Zuerst geriet die Chemnitzer Freie Presse auf die schwarze Liste, der das Handelsministerium auf Ersuchen des Wiener Innenministeriums das Postvertriebsrecht entzog.¹⁶ Unter den aus den Postämtern verbannten Blättern war das zweite in der Reihe der in Pest erscheinende Morgenstern, dessen Programm und Ton als erster das Mißfallen des gemeinsamen Außenministers der Monarchie erregte, der den Chef der ungarischen Regierung in einem Privatbrief auf die „gefährlichen Aufwiegelungen gegenüber dem katholischen Glauben und der Geistlichkeit“ aufmerksam machte.¹⁷

Ein paar Tage danach informierte der Wiener Innenminister geradewegs den Chef der ungarischen Regierung davon, daß die religiöse Intoleranz kritisierende Zeitung bereits aus den österreichischen Postämtern verbannt sei.¹⁸ Nach den Wiener Maßnahmen wird verständlich, daß der Morgenstern auch hier in Ungnade fiel und die Presseabteilung sowie das Innenministerium forderten - sich einander überbietend - den Entzug des Postvertriebsrechtes von dem Blatt.¹⁹ Der Handelsminister versäumte es damals noch nicht, der Aufforderung Genüge zu tun und entzog dem in Pest gedruckten Nachrichtenblatt auf außergewöhnliche Weisen nicht nur den Vertrieb in den an der Grenze befindlichen, sondern auch in den hauptstädtischen Postämtern.²⁰ Das gleiche Schicksal erlitt später das Sprachrohr der Wiener Sozialdemokraten, der Volkswille, dessen Ausweisung natürlich aus Wien betrieben wurde,²¹ doch mit dessen Verurteilung

¹⁵ OL. K. 27. MT. Jkv. 1870. IX. 7. 65/MT.

¹⁶ Auf die Richtung des Blattes ergibt sich leider nichts aus dem Schreiben der Ministerpräsidenz, der Brief des Wiener Innenministeriums, auf den sich berufen wurde, fand sich leider nicht an. OL. K. 26. Me. ir. 1872/117.

¹⁷ OL. K. 26. Me. ir. 1872/206.

¹⁸ Ebd. 1872/248.

¹⁹ Ebd. 1872/789. (347. eln. sz. FIK.)

²⁰ Ebd.

²¹ Ebd. 1872/28.

auch das Pester Innenministerium einverstanden war. Der Innenminister stellte unter Charakterisierung des Wiener Arbeiterblattes fest, daß „es eine solche Richtung verfolgt und solche Veröffentlichungen ethält, die den Umsturz der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung zum Ziele haben und geeignet sind, die Arbeiterklasse aufzuwiegeln, wodurch es sehr erforderlich ist, daß dieses in der anderen Hälfte der Monarchie verbotene und dazu noch gefährliche Nachrichtenblatt ... auch in Ungarn nicht verbreitet wird.“²²

Das folgende Opfer der Offensive gegen die ausländischen Blätter war das serbischsprachige Wochenblatt mit dem Titel *Mlada Serbadija*, dem gegenüber das bereits bewährte polizeiliche Auftreten von hauptstädtischen Oberstaatsanwalt eingeleitet wurde, unter Hervorhebung dessen, daß „es die in Ungarn, Siebenbürgen, Kroatien und Slawonien lebende nichtungarischsprachige Bevölkerung auf bitterste Weise zur Revolution aufruft.“²³ Der Ministerpräsident nahm sich die Zeilen des öffentlichen Anklägers der Presse so sehr zu Herzen, daß in diesem Fall der Ministerrat den Entschluß zur Ausweisung des Blattes faßte.²⁴ Noch auf derselben Sitzung entschied das Kabinett über die für Nichterwünscht-Erklärung des Flugblattes „Wildes und Mildes“, das aus der Feder von Lajos Richard Zimmermann stammte.²⁵ Gleichzeitig damit, daß diese kleine Schrift Zimmermanns auf die schwarze Liste gesetzt wurde, blieb eine andere Arbeit des Autors auf Bitte der Presseabteilung der Ministerpräsidenten infolge einer einfachen und diskreten Maßnahme des Handelsministeriums an den Grenzen des Landes stecken.²⁶

Doch brachten die Ausweisungsentscheidungen nicht immer das von der Regierung erwartete Ergebnis. Der Leiter der Presseabteilung selbst verwies den Ministerpräsidenten auf das zweischneidige Wesen der Entscheidungen zwecks Verweigerung des Postvertriebs der ausländischen Organe, die einen wesentliche Einfluß auf die „Leitung der öffentlichen Meinung“ innerhalb des Landes ausüben. Bei der Darlegung der möglichen Art und Weise des Auftretens gegenüber dem halboffiziellen serbischen Nachrichtenblatt „*Jedinstvo*“ stellt Ministerialrat Halász im März 1872 fest: „Die Verweigerung des Postvertriebs würde beim *Jedinstvo* kaum den erwarteten Erfolg zum Ergebnis haben, denn wie die Erfahrung zeigt, wird jede Drucksache, die die südslawische revolutionäre Partei in Kroatien und den Grenzländern verbreiten will, dort tatsächlich auch verbreitet.“²⁷ Der Ministerialrat fügte seiner, den Erfolg des

²² OL. K. 26. ME. ir. 1871/1738. (3046/1871. Bm. eln.)

²³ OL. K. 26. ME ir. 1872/546. (1185/1872. kir. Föü.) OL. K. 27. MT. Jkv. 1872. III. 15. 23/MT. 2. pont. Minister Szlávy informierte in seiner Meldung 346/el. 1872. sz. den Chef der Regierung über die Durchführung des Entzugs des Postvertriebsrechtes.

²⁴ Ebd. 23/MT 4 pont

²⁵ Die Angelegenheit des Entzuges des Postvertriebsrechtes von Wildes und Mildes anvertraute die Regierung dem Justizminister, der in seinem Meinungsbericht betonte, daß das Flugblatt „sträfliche Anschläge gegen die Staatshoheit und die Heiligkeit der Gesetze sowie gegen die Unverletzlichkeit der Religion enthält, nachdem die fragliche Drucksache ... über den Schleichbuchhandel nach Ungarn eingeschmuggelt wurde und so im Sinne des 43. § des Gesetzes 18. vom Jahre 1848 unter Polizeiaufsicht fällt ... somit wäre auch hinsichtlich des Gebietes der ungarischen Krone das Postvertriebsrecht zu entziehen“. Übrigens wurde mit der Maßnahme 552. eln. 1872. sz. der Standpunkt des Justizministeriums akzeptiert.

²⁶ OL. K. 26. Me. ir. 1872/553, bzw. FIK 344. eln. sz. (1872. MT. 25.)

²⁷ OL. K. Me. ir. 1872/991. 1157. Aufzeichnung von Imre Halász vom 13. Mai 1872 an den Chef der Regierung. Der Ministerialrat fügte in seinen Erläuterungen hinzu: „Da das halboffizielle Organ der

Entzugs des Postvertreibsrechtes in Zweifel ziehenden Argumentation hinzu, daß eine solche Entscheidung lediglich die Beliebtheit dieses Blattes in Ungarn erhöhen würde und „es als verbotenes Obst umso beliebter wird“, ²⁸ und bei der liberalen Pressepolitik „kann selbst bei noch so großer Strenge nicht verhindert werden“, betonte der berufene Kenner der Presseverhältnisse, „daß die ungarischen und kroatischen Blätter der südslawischen Revolution nicht einzelne Artikel aus dem Jedinstvo reproduzieren.“ ²⁹

Anstelle des Postverbotes bringt der Leiter der Presseabteilung einen neuen und bisher nicht angewandten Lösungsvorschlag vor, indem er dem Regierungschef die Einschaltung der diplomatischen Medien der Monarchie vorschlug. Halász-Ziel ist nicht weniger, als daß das serbische Kabinett seine halboffizielle Richtung ändern möge und dabei „einen solchen Stil und Ton heimisch macht ... der den Gepflogenheiten der gebildeten Völker und den Ansprüchen der internationalen Höflichkeit entspricht.“ ³⁰

Ministerpräsident Lónyai honorierte auch die neuartige und im Inhalt begründete Proposition und wandt sich an den Außenminister der Monarchie, um die Zügelung der serbischen Presse ersuchend. Aus der aus Wien alsbald ankommenden Antwort war jedoch ersichtlich, daß die Pester Vorstellung von den Außenamtsorganen nicht mit lauten Ovationen empfangen wurde. Im Gegenteil, der zum Außenminister avancierte Andrassy anerkannte offen, daß die diplomatische Vermittlung „kaum zu einem Ergebnis führen würde“. Das Schreiben des ersten Mannes der Außenpolitik verwies darauf, daß Kállay, der in Belgrad akkreditierte österreichisch-ungarische Diplomat bereits einmal protestiert habe „bei der fürstlichen Regierung wegen der Vergehen der serbischen Presse, doch von dieser Seite die Erklärung erhielt, daß die Regierung das dortige offizielle Blatt als ihr eigenes Organ anerkennen kann und nur für dessen Verhalten verantwortlich sein kann.“ ³¹ Andrassy verschieß sich also vor der Erfüllung der Pester „Bitte und unterstrich in seinen abweisenden Zeilen, daß „nur die Aberkennung des Post-Debit die einzige Möglichkeit darstelle, mit deren Hilfe die Wirkung der feindlich eingestellten Nachbarpresse bei den slawischen Volksstämmen des Landes unterbrochen oder wenigstens verringert werden könnte.“ ³²

Regierung eines Nachbarstaates sich mit ganzer Konsequenz in solch eine Richtung bewegt, ist es unmöglich, daß dieses Wirken nicht auch einen schlechten Einfluß auf den bezüglichen Gebieten der ungarischen Krone hervorruft. Die Übertreiber schreiben die Artikel des halboffiziellen Blattes der serbischen Regierung zu und werden durch diese zur Fortsetzung ihrer staatsgefährlichen Geschäfte ermuntert bzw. hoffen auf den Erfolg ihrer Bemühungen.“

²⁸ Ebd.

²⁹ Ebd.

³⁰ Ebd. Aus dem inhaltsreichen und gut durchdachten Vorschlag ist jedoch ersichtlich, daß selbst der Vortragende nicht wirklich vom Erfolg der diplomatischen Schritte überzeugt war: „Daß eine solche Änderung infolge einer vertraulichen diplomatischen Note - vorausgesetzt, daß die notorische Verbindung mit dem Jedinstvo nicht einfach geleugnet wird - nicht sofort eintreten wird, steht außer Zweifel. Und daß das Versprechen nicht eingehalten werden wird, ist auch wahrscheinlich, solange die jetzigen Bestrebungen der serbischen Regierung nicht einer richtungsweisenden, nüchterneren, rechtlicheren und rationelleren Auffassung Platz machen.“

³¹ OL. K. 26. Me. ir. 991/1872. Andrassy war mit der serbischen Erklärung auch tatsächlich zufrieden und äußerte sachlich: „die Diskussion der Angelegenheiten anderer Staaten durch die öffentliche Presse ist auch bei uns ganz frei erlaubt und auch in unseren Blättern erschienen Artikel, die geradewegs gegen Serbien gerichtet sind.“

³² Ebd.

Der feste Standpunkt des Außenministers zwang die ungarische Regierung, zum früheren eintönigen Umgang mit der ausländischen Blättern zurückzukehren. So wurde Jedinstvo anstelle von Notenwechsel oder diplomatischen Komplikationen einfach mir davon verständigt (im Juli 1872), daß seine Exemplare in den Postämtern der Länder der ungarischen Krone als nicht erwünscht erklärt wurden und ihr Vertrieb in Ungarn verboten wurde.³³ Das gleiche geschah Ende des Jahres mit den Nationalitätenforderungen enthaltenden Blättern Ujedinyenye und Crnogorác, deren Ausweisung erneut vom Ministerrat beschlossen wurde.³⁴

Das in Cleveland in tschechischer Sprache gedruckte Blatt „Pokrok“ erhöhte weiter die Zahl der verbotenen ausländischen Blätter. Die „staatsfeindliche Richtung“ des Blattes bewog zuerst die österreichische Regierung zum Entzug des Postvertriebsrechtes, die es auch diesmal nicht versäumte, das ungarische Innenministerium zu einer ähnlichen Maßnahme aufzufordern. Der Innenminister identifizierte sich mit dem Standpunkt der österreichischen Regierung und stellt in seinen an den Handelsminister gerichteten Zeilen fest: „... infolge der panslawischen Richtung dieser Zeitschrift bin ich der Meinung, daß diese im ungarischen Staat ebenfalls zu verbieten ist.“³⁵

Der neuernannte Chef der ungarischen Postämter machte seinen Kollegen vom Innenministerium unter gleichzeitiger Erfüllung der inhaltlich begründeten Bitte vorsichtig auf die Vereinheitlichung des Ausweisungsverfahrens aufmerksam, „der Entzug des Postdebit konnte bisher, da es sich hierbei wie überall, so auch bei uns um eine wichtige verwaltungsrechtliche Verordnung handelt, nur auf Grund eines Ministerratsbeschlusses verfügt werden, und die Einhaltung dieses Verfahrens erweist sich aus politischen Gründen vielleicht auch zukünftig als wünschenswert.“³⁶

Der Tatbestandsirrtum in der Stellungnahme von József Zichy, der dieses Amt nicht vor allzulanger Zeit übernahm schmälert nicht die Bestrebung, womit er die Entscheidung des Entzugs des Postvertriebsrechtes aus dem praktisch bisher nicht bestrittenen Kompetenzbereich der zwei Ministerien zum Forum des Ministerrates leiten wollte. Und die Initiative des Handelsministers zur Einführung einer verfassungsmäßigeren Praxis gegenüber den ausländischen Blättern erreichte ihre Wirkung. So entschied im Mai 1873 bereits das Plenum der Regierung über die Ausweisung des Bukarester Romanul, unter Beachtung dessen „gegen Ungarn und die ungarische Nation gerichtete aufwiegelnde Richtung.“³⁷ Im August ließ auch der Innenminister erkennen, daß er die von Zichy erhaltene Lektion verstanden hat, und auf die Ausweisung des Schweizer Felleisen nicht mehr beim Handelsminister, sondern vor dem Ministerrat drängte.

Das Kabinett entschied ohne Diskussion, daß von dem Zürcher „Arbeiterblatt wegen aufwiegelnder und die Mitglieder des hochwohlgeboren Herrscherhauses beleidigender Artikel hinsichtlich des Gebietes der ungarischen Krone das Postvertriebsrecht zu entziehen ist.“³⁸

³³ OL. K. 26. Me. ir. 1872/1157. 1211. V. 991.

³⁴ OL. K. 27. MT. Jkv. 1872. nov. 12. 88/MT. 1. pont

³⁵ OL. K. 148. Bm. Eln. 1872/5369. XIV. B.

³⁶ Ebd. (18. eln. 1873. I. 9. FIK.)

³⁷ OL. K. 27. MT. Jkv. 1873. V. 11. 25/MT. 6. pont bzw. K. 26. Me. ir. 1873/1170.

³⁸ OL. K. 26. Me. ir. 1873/2135. bzw. K. 27. MT Jkv. 1873. VIII. 19. 42/MT. 3. pont

Die routinemäßige Erledigung der Angelegenheiten des Romanul und des Felleisen verrät jedoch, daß die Verweisung des Entzuges des Post-Debit in den Kompetenzbereich der Regierung tatsächlich nichts an der Praxis des Entzugs des Postvertriebsrechtes der „gefährlichen und schädlichen“ ausländischen Organe änderte.

Nach Zeugnis der Protokolle des Ministerrates bestand kein einziges Mal irgendein Meinungsunterschied zwischen den Mitgliedern des Kabinetts in diesen Fragen, und die einen herausfordernden Ton anschlagenden ausländischen Blätter wurden den Vorschlägen der Vortragenden entsprechend ohne irgendeinen Einwand auf die schwarze Liste gesetzt.

Eben deshalb können wir der Tatsache keine besondere Bedeutung beimessen, daß 1874 - auf österreichische Anregung - das italienische Blatt „Il Diritto giornale de la Democratia italiana wegen seiner staatsfeindlichen Richtung“ ohne Anhörung durch den Ministerrat vom Gebiet der ungarischen Krone verwiesen wurde.³⁹

Neben der im Jahre 1874 auf Ministeriumsebene getroffenen Entscheidung gegen das römische Blatt lieferte auch der Ministerrat mehrere Entscheidungen im Kampf gegen die die Regierungspolitik angreifenden ausländischen Blätter. So geriet die Berliner Zeitung Tribune auf die Liste der nicht erwünschten Zeitschriften, in der „solche Mitteilungen aus dem Leben seiner apost. königl. Hoheit enthalten sind, die die loyalen Gefühle der treuen Untergebenen der Monarchie verletzen“,⁴⁰ sowie die Wiener Warrena Wochenschrift, in deren 20. Nummer „ein die ungarische Regierung und Nation beleidigender und feindseliger Artikel“ erschienen war, der „kaum ohne Vergeltung gelassen werden kann“,⁴¹ Und mit dieser „Vergeltung“ erhöhte sich die Zahl der Blätter auf einundzwanzig, die in ausländischen Druckereien gedruckt wurden und denen die Deák-Partei-Regierung der Monarchie das Post Vertriebsrecht entzog.

B) Die Bilanz der Aufsicht über die ausländischen Zeitungen

Der österreichisch-ungarische Ausgleich bewegte zugleich mit der Presseoffensive der inneren Opposition der verfassungsmäßigen Reform der Monarchie auch die offiziellen Organe der inländischen Nationalitäten und der umliegenden Länder zum Angriff. Die neue Regierung hatte somit außer der scharfen Pressekritik durch Böszörményi, Károly Mészáros, Táncsics und Jókai auch mit dem Einfluß der immer öfters auf ungarisches Gebiet gelangenden monarchiefeindlichen fremdsprachigen Zeitungen zurechnen. Doch während die zuständigen Foren der Macht zur Beeinflussung der inländischen Presseliteratur im Recht und in der organisatorischen Tätigkeit der Behörden annehmbare Mittel fanden, gewährte - wie wir bereits darauf verwiesen haben - das Märzgesetz abweichend von dem österreichischen Pressegesetz des Jahres 1862 keinen

³⁹ OL. K. 26. Me. ir. 1874/1210. VII. Es sei bemerkt, daß sobald „die gegen die Monarchie gerichtete feindliche Einstellung aufhörte“, sich vor dem Blatt die österreichischen Grenzen erneut öffneten und die Wiederherstellung des Postvertriebsrechtes war erneut innere Angelegenheit der zwei Minister.

⁴⁰ OL. K. 27. MT. Jkv. 1874. VII. 31. 32/MT. 2. pont

⁴¹ OL. K. 27. MT. Jkv. 1874. IX. 28. 41/MT. 4. pont

Schutz gegen die allgemein gefährlichen Agitationen der ausländischen Presseerzeugnisse.⁴²

So mußten nach Ergreifung der Macht fast zwei Jahre verstreichen, damit Andrassy und sein Kabinett auch gegenüber den Zeitungen auftreten konnten, die außerhalb der Länder der Monarchie gedruckt wurden und die die Politik der Regierung angriffen oder gegen die staatliche und gesellschaftliche Einrichtung loszogen.

Die Verfolgung der ausländischen Zeitungen nahm jedoch kein großes Ausmaß an. Zum Beweis dessen genügt es darauf zu verweisen, daß die ungarischen Regierungsorgane während der Herrschaft der Deák-Partei kaum öfter als ein Dutzend Mal die Retorsion gegenüber den unfreundlichen oder feindseligen Inhalt enthaltenen ausländischen Blättern und Flugblättern anwandten. In weiteren acht Fällen kam es auf direkte Bitte der österreichischen Regierung zur Verweisung eines Presseerzeugnisses von ungarischem Gebiet, das bereits von österreichischem Gebiet verbannt wurde.

Beachtenswert ist übrigens, daß zwischen den zwei Teilen der Monarchie in der Formulierung und praktischen Verwirklichung der Kontrolle über die ausländischen Blätter von Anfang an keine neuralgischen oder auch nur kleinere Reibungspunkte bestanden. Die Verringerung der Wirkung der unerwünschten Blätter bzw. ihre völlige Eliminierung war der gemeinsame Wunsch der herrschenden Kreise des Staates mit zwei Zentren und auf diesem Gebiet wurde höchstens durch die strukturmäßige Kompliziertheit des dualistischen Staates das Verfahren bei der Erledigung der Angelegenheiten verlängert. Das Schriftenmaterial der Ausweisungsangelegenheiten beweist auch, daß in der Beurteilung der Gefährlichkeit der ausländischen Blätter zwischen den Regierungen der Monarchie immer die volligste Meinungsgleichheit herrschte und im Interesse der Erhöhung des Wirkungsgrades der getroffenen Maßnahmen beide Seiten mit peinlicher Höflichkeit und außerordentlicher Schnelligkeit bemüht waren, die von der Partner-Regierung erwünschten Maßnahmen zu erfüllen.

Die Gleichheit der Ansichten entsprang natürlich der Gleichheit der Interessen. Die Abwendung der Wirkung der Angriffe auf das gemeinsame Staatsoberhaupt in den Zeitungen,⁴³ die Polizeimaßnahmen gegen die „panslawische Aufwiegelungen“ enthaltenden und die staatliche Einheit, verletzenden Organe,⁴⁴ die Verstumung der Zeitungen und Flugblätter die die religiöse Intoleranz kritisierten⁴⁵ und die Verbannung der Zeitschriften, die sich zu „sozial-demokratischen“ Anschauungen bekannten⁴⁶ von österreichisch-ungarischem Gebiet war das Interesse beider Regierungen.

Über den Schutz des gesamten Reiches hinaus sah sich jedoch das Pester Ministerium in einigen Fällen selbst gezwungen, die Verbreitung der die „gebietliche Einheit der Staaten der heiligen Krone“ angreifenden fremdsprachigen Blätter in Ungarn zu verhindern. So wurde die Tür folgenden Zeitschriften gewiesen:

⁴² Siehe den letzten Satz des 26. § des österreichischen Pressegesetzes vom 17. Dezember 1862: „Ausländischen Drucksachen kann das Postvertriebsrecht nur durch das Staatsministerium entzogen werden“. Igazságügyi Javaslatok Tára XIV. 3. sz. S. 332.

⁴³ Unter den ausgewiesenen Blättern brachten „Le Reveil“, „Felleisen“ und die „Tribune“ Artikel, die das Herrscherhaus oder das Staatsoberhaupt beleidigten.

⁴⁴ Siehe die Ausweisung der Blätter „Il Tempo“, „Pokrok“ und „Il Diritto ...“

⁴⁵ „Morgenstern“ und „Wildes und Mildes“ kamen deswegen auf die schwarze Liste.

⁴⁶ In die Reihe dieser Blätter gehörte „Zmowa“, „Volkswille“ sowie eine Drucksache Zimmermanns, die die Pariser Kommune analysierte.

Perseverenza, Albina, Mlada Szerbadija, Jedinstvo, Romanul und Warrens Wochenschrift.⁴⁷

Jedoch erreichten die Pester Regierung bzw. ihre Handelsminister mit der Ausweisung der gegen die ungarischen Gesetze und den ungarischen Staat agitierenden ausländischen Blätter nicht immer ihr Ziel. Die Praxis des Entzugs des Post-Debit stellte nämlich nicht zugleich die Verhinderung der Verbreitung irgendeiner gefährlichen Drucksache in Ungarn dar. Besonders in den ersten Jahren stand der zentrale und lokale Verwaltungsapparat unbewaffnet den die Grenzen legal überschreitenden Postpaketen mit Zeitungen und Drucksachen gefährlichen Inhalts gegenüber. Denn obwohl nach Eindringen des Genfer Vorbothe der Finanzminister zur Verhinderung ähnlicher Fälle in einem Rundschreiben sämtliche ungarische Zollämter anwies, „bei Kontrolle der vom Ausland ankommenden Drucksachen vorzügliche Aufmerksamkeit auf die Schriften zu verwenden, die die öffentliche Ordnung gefährden und diese ... unverzüglich den nächstgelegenen politischen bzw. Polizeibehörden zuzusenden“,⁴⁸ bedeutete die den verbotenen ausländischen Presseerzeugnissen gegenüber geforderte Strenge durch den Zoll im Falle von Paketen, die leichter als 15 Lot waren, kein Mittel mehr, da dies gewöhnliche Postsendungen waren. Die Nachrichtenpakete von geringerem Gewicht umgingen so die Räumlichkeiten des Zollamtes und kamen ohne Hindernis ans Ziel. Und zur Kontrolle dieser Pakete konnte der Handelsminister kaum Anweisung geben. József Szlávy, der Leiter des Handelsministeriums stellte auch offen fest, daß die Überprüfung des Inhaltes gewöhnlicher Postsendungen einerseits „gegen die Bedingungen der als internationale Vereinbarungen zu betrachtenden Postverträge verstoßen würde“ und andererseits „auch mit der Unverletzlichkeit des Briefgeheimnisses unvereinbar ... und gesetzwidrig wäre“.⁴⁹

⁴⁷ Die das Ansehen der ungarischen Regierung untergrabenden Bestrebungen kamen nicht selten auch in der anderen Hälfte der Monarchie, in Österreich selbst in den Spalten der Presse ans Tageslicht. Darauf verwies auch 1869 der Justizminister, der feststellte: „In Österreich haben sich besonders in neuerer Zeit einige Blätter zur Aufgabe gestellt, die Bewohner Ungarns und Kroatiens sowie der Grenzgebiete hinsichtlich der Nationalität und des Staatenbundes gegen das ungarische Element und die Grundgesetze des Landes unverhüllt aufzuwiegeln.“ OL. K. 26. Me. ir. 1869/1979. Die Ausweisung des Wiener Blattes im Jahre 1874 zeigt an, daß die Worte von Boldizsár Horvát auch später nichts von ihrer Aktualität verloren.

⁴⁸ Auf die Existenz des Schweizer Arbeiterblattes und dessen Verbreitung auf ungarischem Gebiet rief der Minister um die Person des Königs die Aufmerksamkeit der ungarischen Regierung auf. Festetich informierte am 26. März 1870 auf Grund einer vom k. und k. Innenministerium erhaltenen Information den Ministerpräsidenten davon, daß aus Genf nach Graz über Pest ein Paket mit fünf Exemplaren des bereits früher verbotenen „Vorbothe“ angekommen sei. Die Wiener Sicherheitsorgane, deren Agenten den Adressaten Sándor Macher, Vorsitzender des Grazer Arbeiterbildungsvereins, streng beobachteten, riefen unter Beanstandung der Oberflächlichkeit der ungarischen Post- und Zollbehörden die ungarische Regierung auf eine wirksamere Geltendmachung der Post- und Zollvorschriften auf. OL. K. 26. Me. ir. 1870/333. (84. eln./870. Ksz. m./ bzw. S. Vincze, Edit: A hűtlenségi per 1871-72. Budapest, 1971. S. 76-77.

⁴⁹ OL. K. 26. Me. ir. 1870/737. (585. ein. ker. min. Festen 1870. jun. 29-én)

Der Entzug des Postvertriebsrechtes stellte also nur eine Waffe gegen die in großer Exemplarzahl ins Land gelangenden feindseligen Organe dar,⁵⁰ und blieb gegenüber den beweglicheren und in ihrem Einfluß nicht zu vernachlässigend gefährlichen Flugblättern völlig unwirksam.

⁵⁰ Über den Erfolg des Verbotes des Postvertriebes stellte auch Andrassy fest: „Was die gegen diese Verordnung vorgebrachte Bemerkung betrifft, daß die Einschmuggelung der ausländischen Drucksachen trotz des Postverbotes nicht verhindert werden kann, so will ich dies nicht leugnen, und die fragliche behördliche Verordnung kann vielleicht auch ergebnisreich bei solchen Drucksachen umgangen werden, bei denen es gleichgültig ist, ob sie einige Tage früher oder später in die Hände des Publikums gelangen. Die Sache ist jedoch eine andere bei den Tagesblättern, weil auf diese die Abonnenten auf Grund der Natur der Sache nur dann rechnen können, wenn sie zur Zeit in die Hände des Publikums gelangen. Das Verbot des Postvertriebes und die im Zusammenhang damit ausübbarer strenge Aufsicht machen es möglich, daß die Nummern der betreffenden Drucksachen nicht oder erst verspätet an ihren Bestimmungsort gelangen. OL. K. 26. Me. ir. 1872/991.

Verfassung und Volksvertretung

Lajos Kossuth über die öffentlich-rechtlichen Reformen auf den
Kolumnen der Pesti Hírlap
(1841–1843)

1. In Ungarn und in Siebenbürgen — in “beiden ungarischen Vaterländern” — im Reformzeitalter, genauso wie in anderen mitteleuropäischen Ländern — insbesondere im Gros der Mitgliedsländer des zeitgenössischen Deutschen Bundes: im “dritten Deutschland” —, wurden bedeutsame Debatten über konstitutionelle (öffentlich-rechtliche, -staatsrechtliche) Fragen geführt. Zentraler Austragungsort des Kampfes um bürgerliche Reformen bei uns waren der seit 1825 regelmäßig, dreijährlich einberufene Landtag, sowie das dahinter stehende eigenartige munizipale System, dessen Grundlage die jahrhundertealte Institution des adeligen Komitats bildete. Über seinen Stellenwert für seine Epoche waren zwar die Meinungen geteilt, seine Bedeutung konnte man jedoch wohl kaum anzweifeln. Die Vorstellungen über seine zukünftige Funktion waren unter Konservativen und Reformern, sogar innerhalb diesen Letzteren — unter Munizipalisten und Zentralisten — verschieden. Neben dem Komitat war die Regelung der Stellung der freien königlichen Städte — deren Stimmrecht im Landtag, sowie die Sache der Reformierung ihrer inneren Struktur — immer wieder zurückkehrende Frage in den Reform-Landtagen und in den publizistischen Diskussionen. Im Zusammenhang mit den beiden wurde immer mehr auch die Einführung einer Volksvertretung zur Sprache gebracht, die gesamte staatliche Organisation insbesondere den Landtag und die Regierung betreffende umfassende Vorstellungen jedoch konnten bis zum letzten Reform-Landtag der Jahre 1847–1848 als unmittelbare politische Aufgaben nicht auf die Tagesordnung gesetzt werden. Von 1844 an skizzierten zwar die Zentralisten in Pesti Hírlap [Pester Nachrichtenblatt] die nach ihrer Auffassung mögliche, auf westliche bürgerliche Modelle bauende Vorstellungen, von diesen wurde jedoch nicht einmal in der Oppositionellen Erklärung (*Ellenzéki nyilatkozat*) vom Jahr 1847 kaum etwas aufgenommen. Teils, weil bei der Abfassung dieses Programms die Hauptrolle neben dem Munizipalisten Lajos Kossuth dem Mittelwegler Deák Ferenc zufiel, teils, weil eine Möglichkeit zur Schaffung bürgerlicher Institutionen — wie Volksvertretung und verantwortliche Regierung — vor der Revolution sich nicht abzeichnete. Bei der Abfassung dieses Programmes, sowie der Ablegatenweisungen musste man den tatsächlichen Verhältnissen Rechnung tragen.

Wer könnte leugnen, dass Lajos Kossuth als Redakteur und Publizist, später als einer der Anführer der reformerischen Opposition bei der Formulierung der Grundsätze der Verfassungsreformen, bei der Verbreitung deren Ideengutes eine wichtige Rolle spielte, dennoch kann man auch ihm die Ausschließlichkeit hierbei nicht zuschreiben. Immer wieder fanden sich Kampfgefährte und Gegner, im Lauf der politischen und öffentlich-rechtlichen Diskussionen mit diesen zeichneten sich die mögliche Lösungsvarianten ab.

In der Aufrüttelung des Landes spielte die von ihm redigierte und etwa als Kanzel verwendete Zeitung *Pesti Hírlap*¹ eine besondere Rolle. Während seiner Redakteurzeit (1841–1844) erschienen Serien von Artikeln über aktuelle Fragen — wenn auch ohne systematische Ausführlichkeit der Schilderung — aus der Feder von ihm und seiner Gesinnungsgenossen, aber zu einem bindend zu realisierenden Programm verwandelt werden konnten diese ausschließlich erst in den Sitzungen der Komitats- und Stadt-Komitees, und der Komitatskongregate, die zur Erarbeitung von Legatenweisungen delegiert wurden, und als Ergebnis der gesetzgeberischen Tätigkeit des Landtags konkrete Gestalt nehmen konnten. In diesen Werkstätten für Politik und Recht konnte seine persönliche Rolle aus der Natur der Dinge heraus nicht wetteifern mit der des Redakteurs und Publizisten, immerhin muß man ihm persönlich eine große Bedeutung zumessen bei der Ausarbeitung von Legateninstruktionen des führenden Komitates, des Komitates Pest-Pilis-Solt (kurz: Pest) (1843, 1847), sowie seiner Rolle im letzten Stände Reichstag (1847/48), der sich als solcher von entscheidender Bedeutung erwies.

2. Für Ende des 20. Jhs. tätige Analytiker ist der Begriff *Verfassung* — wenn kein Attribut vorangestellt steht — sinngemäß gleichbedeutend mit einem geschriebenen, chartalen Grundgesetz. Dies lässt sich in erster Linie damit erklären, dass seit Ende des 18. Jhs., seit den Anfängen der amerikanischen und französischen Verfassungsgebung in den meisten bürgerlichen Staaten das einzige umfassende, besonders bedeutsame Gesetz die Verfassung war, das Fragen von Gesellschaft und Staate auf hoher Ebene regelte. Mit anderen Worten: die Verfassung ist die einzige Rechtsquelle, nämlich das Grundgesetz für Gesellschaft und Staat schlechthin. Obwohl es auch Ausnahmen gibt (die Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika von 1787, die allerdings seither zahlreiche Nachträge erfuhr), sind diese geschriebenen Verfassungen mit historischem Massstab gemessen in der Regel kurzlebig. Ich darf hier etwa auf die französische Verfassungsentwicklung verweisen.

Von einem ab ovo anders gearteten Typ der Verfassung, von der *historischen Constitution* wird heutzutage nicht viel geredet, man verweist mitunter höchstens aufs Beispiel der englisch-britischen Verfassung etwa als eine Besonderheit. Was jedoch unsere ungarische historische Verfassung anbelangt, auf sie hat die historisierende Wissenschaft des öffentlichen Rechts der bürgerlichen Epoche das Attribut "tausendjährig" angehängt, und deren Idee — insbesondere in der Ära Horthy — in den Dienst retrograder politischer Ziele gestellt, und sie somit auch diffamiert. Dabei wurde diese historische Verfassung hinsichtlich ihrer grundlegenden Rechtsinstitute sogar zum Ende der Koalitionsperiode 1944–1949 hin gerade erst hundertjährig.² Das nationale Dasein während konservativer Rolle der Konstitution blieb sogar in den 1940-er Jahren

¹ Magyarország története. [Geschichte Ungarns] Red. Gyula Mérei und Károly Vörös. 5:860–923. (von Vörös Károly); *Kökay György: A magyar sajtó története. [Geschichte des ungarischen Pressewesens] I. 1750–1848.* Budapest, 1979. 665–693. (von Kosáry Domokos); *Varga János: Keresztútzbén a Pesti Hírlap (Az ellenzéki és a középúti liberalizmus elválása 1841–1842-ben).* [P.H. im Kreuzfeuer (Wie oppositioneller und Mittelwegs-Liberalismus auseinandergehen)] Budapest, 1983. — Neuerlich siehe noch bei: *Bató Szilvia: Büntetőjogi eszmék a Pesti Hírlap első évfolyamában (1841).* Publ. doct. jur. Szeged Tom. I. Szeged, 2001. 7–48.; als Sonderabdruck: Fasc. 1.; Zusammenfassung: Strafrechtliche Prinzipien im ersten Jahr[gang] von Pesti Hírlap (1841) (48.).

² *Csekey István: Magyarország alkotmánya. [Die Verfassung Ungarns]* Budapest, 1943.; Stefan von *Csekey: Die Verfassung Ungarns.* Budapest – Leipzig, 1944.; *Ruszoly József: Ungarn im Übergang zur Republik. 1944–1946.* Der Staat Bd. 29. (1990) 274–290.

weiterhin unumstritten, denn nahezu bis zum letzten Moment war sie imstande, den "Ideen des Zeitgeistes", der Einführung von faschistischen oder faschistoiden Instituten zu widerstehen. Ihr allerletzter Bestandteil, der die Möglichkeit einer Fortentwicklung auch in sich trug, war der Gesetzesartikel I von 1946 (1946:1. tc.), welcher die republikanische Staatsform einführt,³ eine gewisse Rückkehr zu diesem bedeutete die umfassende Reform von Ges. XX von 1949 (1949. évi XX. tv.) im Jahre 1989, welcher übrigens mit seiner Tradition grundsätzlich brach: diese Verfassungsnovelle gilt jetzt als unsere heutige chartale Konstitution.

Dass unser Land — nach mehreren vorherigen Versuchen — vom Weg der organischen historischen Verfassungsentwicklung abgekehrt war, gilt heute schon als historisches Faktum; ob dies richtig war, oder nicht, es ist nicht meine Aufgabe zu beurteilen. Zur damaligen Zeit — ob 1949 oder 1989 — eine andere Möglichkeit bot sich wohl kaum. Durch die Entwicklungen der vergangenen vier-fünf Jahrzehnte wurde sogar das vage, worin eigentlich das Wesen der ungarischen historischen Verfassungsordnung über die historischen Zeiten hindurch bestanden habe. Als so „gründlich“ erwiesen sich die gesellschaftlich-institutionellen Veränderungen von vier Jahrzehnte Sozialismus, dass mit einer Rückkehr zu ihr, mit der auch nur theoretischen Wiederherstellung der institutionellen Rahmen der ersten Ungarischen Republik im Jahr 1989 kaum jemand rechnen konnte.⁴ Einen gab es dennoch, namentlich József Szabó (1909–1992), Professor für öffentliches Recht und Rechtsphilosophie, der von der Universität Szeged zweimal entfernt wurde, (Zeitgenosse und Arbeitskollege von István Bibó, dem Politikwissenschaftler, der größere Bekanntheit als Szabó erlangte), der jedoch noch 1989 und auch danach nicht publizieren durfte und wen, obwohl nur noch vor einem Jahrzehnt verstorben, nur wenige in Erinnerung haben könnten.

3. Die ungarische Constitutio der Kossuthschen Zeit war eine historische Verfassung, auf welche er sich immer mit Stolz und tiefster Verehrung berief. Allerdings war er auch dessen bewußt, dass sie nicht vollkommen also reformbedürftig ist, dennoch agierte Kossuth gerade in dieser Hinsicht besonders vorsichtig vor; zum einen, weil er noch dem bestehenden Ständewesen Rechnung tragen musste, zum anderen, weil er diese Verfassung vor dem Wiener Kabinett auch schützen wollte, denn eine jegliche öffentlich-rechtliche Reform trage auch die Gefahr in sich, dass ihr Ausgang für das Land ungünstig ausfallen könnte. Es scheint so, als wäre er der Auffassung gewesen, diese ließe sich erst nach der Durchführung sozialer und ökonomischer Reformen, etwa als Vollendung des Reformprozesses, unter allenfalls günstigeren politischen Verhältnissen realisieren. Bis dahin regte er lediglich öffentlich-rechtliche Teilreformen an. Wie beispielsweise die Regelung des Stimmrechtes der freien königlichen Städte im Landtag.

„Wir zweifeln nicht einen Moment daran, uns dahingehend zu erklären — schrieb er 1843 —, dass dem constitutionellen Ungarn jetzt, zu Beginn der Reformen kaum jemals ein größeres Unglück zustoßen könnte, wie so eines war [wäre], sich in die Sache einer

³ Ruszoly József: A „Magyarország államformájáról” szóló 1946:1. tc. előzményei és létrejötté. [Vor- und Entstehungsgeschichte des I. GesArt. von 1946 „Über die Staatsform Ungarns”] in Jogtörténeti Szemle [Revue für Rechtsgeschichte] 1992/2: 16–18.

⁴ István Bibó nahm noch auch am 6. November 1956 in einer „verfassungsrechtlichen Lösung” den GA III vom Jahre 1848 und den GA I vom Jahre 1946 betrachte. Vgl. Bibó István: [Levél, exposé és tervezet. Brief, Exposé und Entwurf.] = Válogatott tanulmányok [Ausgewählte Studien] 4:175. Budapest, 1990.

coordinatio durch den Reichstag einzulassen; aus deren unendlichen Verwicklungen sich auf die am wenigsten (aber dennoch auf sehr) schädliche Weise zu befreien und nach verdrossenen, viel Nachschmerzen bewirkenden Reibereien aus dem Ganzen nichts werden würde. — Wir kennen zwar das Gegenargument, es gebe keine größere Anomalie, wie wenn durch eine unregelmäßige Körperschaft etwas zu regeln: jedoch ist dies das viel kleinere Übel, wie welches die juristische Gefahr darstellen würde, inmitten im Mechanismus der Regelungen zu erstarren; was unbedingt eintreten müsste, wenn wir mit der allgemeinen Regulierung unseres Reichstages beginnen würden, ehe die noch fehlenden Elemente im Prozesse unserer Umgestaltung herangediehen und die erforderlichen Prämissen in Erfüllung gegangen seien; ohnedies steht kaum eine größere Aufgabe auf dem Gebiete der Reformierung vor uns als die Regulierung des Legislativ-Körpers: wenn also diese Regulierung durch einen nicht regulierten Reichstag zu bewerkstelligen nicht als eine Anomalie gilt, so könnte das Übrige noch viel weniger als Anomalie gelten.“⁵

Von den geschriebenen Verfassungen — insbesondere der zeitgenössischen französischen und deutschen Charta — hielt er nicht sonderlich viel; an einer Stelle bezeichnete er diese beispielsweise als *octroyierte Fabrikate*,⁶ genauso betrachtete er als Verhöhnung des repräsentativen Systems das damalige französische Wahlrecht. Die ungarische historische Verfassung schätzte er in erster Linie im Hinblick auf das municipale System, die herausragende Rolle der Komitate ausserordentlich hoch, riskierte hierbei sogar die Wertung, dass diese in Betracht dieses Umstandes sogar die Verfassung des Inellandes übertreffe.

„[...] den hohen Wert dieser vortrefflichen Institution, unserer Komitate-Struktur — schrieb er 1842 — beginnt sogar das Ausland zu würdigen. Das stolze Albion, »die wertvollste Blüte auf Erden, die teuerste Perle der Meere« ist zu Recht stolz auf seine Freiheit, und trotzdem erweckt diese Struktur sogar bei ihm Aufmerksamkeit, und unter seinen Söhnen gibt es welche, die bereits bemerkt haben, dass die ungarischen bürgerlichen Institutionen nicht nur ähnlich, aber in einiger Hinsicht gar besser, rühmlicher sind, als die solchen in England.“⁷

Zur Würdigung der Vorteile der als einzigartig ungarisch und in Europa beispiellos angesehenen Komitate hob er insbesondere hervor, dass diese die Funktion der gesetzlichen Organe der Exekutive und die der Hüter der Gesetze gleichzeitig erfüllen würden.

„Dieses System — meinte er 1842 — weist schon wesentliche Abweichungen von den Lehrsätzen des europäischen Statusrechts auf; hier ist der den unmittelbaren Vollzug ausführende Beamtenkörper von der beratenden Körperschaft nicht getrennt — soll auch nicht so sein; hier gilt die Doktrin der Trennung der Gewalten nicht als Maxime — und sollte auch nicht gelten, viel mehr gilt hierzulande als Grundsatz

⁵ Kossuth Lajos: Királyi városi szavazatarány. [Stimmenproporz der königlichen Städte] PH 1843. febr. 26., 225; KLI 13:42–47., zitiert von Seite 44. — Quelle: Kossuth Lajos hírlapi cikkei. [Kossuths Artikel in P.H.] unter der Redaktion von Kossuth Ferenc. 1–2. k. Budapest, 1906., 1911. /Kossuth Lajos iratai, Schriften von L. K. 12–13. k = KLI./ Die fett gedruckten Ziffern bezeichnen die Hefte von Pesti Hírlap; die genauen Datumsangaben entnahm ich aus dem Blatt.

⁶ Kossuth Lajos: Szabad kir. városok. [Freie königliche Städte] PH 1841. júl. 19., 23., 27., 84, 85, 86; KLI 12:180–189.; zit.:188.

⁷ Kossuth Lajos: Megyei hatóságokr. [Kompetenzen der Komitate] PH 1842. jan. 6., 106; KLI 12:234–237., zit.:235.

»nichts (entscheiden) über uns ohne uns«. Und dennoch geht hier einhellig hervor, wie in vielen anderen Sachen auch, die Priorität der Grundsätze unserer Constitution. Einerseits deshalb, weil man keine Doctrin kennt, welche den Grundsatz der Einzelherrschaft (Monarchie) mit dem Grundsatz der Verfassungsmäßigkeit so glücklich vereinen könnte; andererseits deshalb, weil unsere Struktur neben dieser glücklichen Eigentümlichkeit auch über eine so assimilationale Empfangsbereitschaft verfügt, dass sich die Postulate der nüchternen Theorie in ihre Verkettung mit recht großer Leichtigkeit einfügen lassen, ohne dass dies an ihrer Originalität und ihren Grundsätzen etwas mindern würde. Namentlich die Theorie von der Gewaltentrennung, soweit diese gut ist, nämlich für die Beamten, so können wir Ungarn sie in unsere Komitate-Struktur mittels Gesetzgebung auf die leichteste Weise einfügen; so, dass die Vereinigung von öffentlicher Verwaltung und Gerichtsbarkeit in der Person eines Amtsträgers aufgehoben werden könnte, ohne dass innerhalb der universellen Körperschaft des Komitats-Publikums jenes Prinzip auch nur im geringsten geändert wäre, welches das gesamtungarische Komitee vom Jahr 1827 wie folgt zum Ausdruck brachte: »in die Zuständigkeit der Komitate gehört all das, was das ganze Land generell, oder die öffentlichen Zustände des Komitates oder aber die Rechte der Privatpersonen berühre, soweit kein Gesetz diesbezüglich als Rechtsweg (*ad viam juris*) vorschreibe, in Versammlungen hierüber zu beraten und zu befinden (*pertracare*)«. Aber solange die ungarische Constitution über solch eine assimilationale Suszeptibilität verfügt, können sich die allgemein bekannten Statustheorien mit Ähnlichem nicht rühmen; weil sie unter Beibehaltung ihrer gewaltentrennenden Doktrin den Grundsatz unserer Komitate-Struktur »*nil nobis sine nobis*« zu akzeptieren nicht imstande wären, es sei denn man legt ihr ganzes Gebäude vom Fundament auf neu.«⁸

Anderenorts wiederum appelliert er auf den *echten Statusmann*, der „die Weisheit bezüglich der zu thuenden Schritte, nicht allein bei Rotteck, auch nicht allein bei Haller, Bonald oder aus den Hobbesschen Excerpten schöpft“, sondern von den vaterländischen reellen Verhältnissen ausgeht, und für wen daher es gelte, bestrebt zu sein „neben dem Adel auch andere Faktoren zum Handeln zu bewegen, mit deren Hilfe eine radikale Regelung, das heißt die Umwandlung in ein repräsentatives System ermöglicht werden soll; gleichzeitig jedoch mit hemmenden und polizeilichen Maßnahmen die Institution des Komitats zu restaurieren, damit diese nicht auseinanderfällt, bis durch Inslebenrufen von jenen Behelfsfaktoren die constitutionelle Regulierung vonstatten gehen kann“.⁹

4. In Kossuths Formulierung ist das repräsentative System: die Volksvertretung, deren Bedürfnis — wenn auch vorsichtig formuliert — im Gedankengut der fortschrittlichen ungarischen Reformpolitiker seit dem Auftreten der ungarischen Jakobiner aufspürbar war. Wie István Barta in seiner Monographie *A fiatal Kossuth (Der junge Kossuth)* vermerkt, war die Idee präsent auch in den Vorstellungen der Anfang der 1830-er Jahre von Gábor Lónyai geführten Opposition aus dem Komitat Zemplén, zu welcher wir wohl auch unseren Held hinzurechnen könnten. Auch in den Werken von István Széchenyi *Hitel* (Kredit) und *Stádium* (Stadium) ist ein Vorschlag da, auch vier bäuerliche Abgeordnete/Gesandte in den Reichstag zu delegieren.¹⁰

⁸ Kossuth Lajos: Megyei szerkezet. [Struktur der Komitate] PH 1842. jan. 9., 107; KLI 12:238–242., zit.: 239–240.

⁹ Kossuth Lajos: A megyék. [Die Komitate] PH 1843. nov. 9., 298; KLI 13:227–235.; zit.: 229.

¹⁰ Barta István: A fiatal Kossuth. [Der junge Kossuth] Budapest, 1966. 104., 108., 136., 146.

Legaten mehrerer Komitate — so aus Szatmár, Békés, Temes, Zala — brachten diesbezüglich Vorschläge in den Reichstag der Jahre 1832/36 ein,¹¹ und 1841 wurde ein solcher aufgenommen auch in die berühmten 12 Reformpunkte von Szatmár.¹² Die Sache der Volksvertretung könnte von Kossuth zuerst in einer 1833 abgefassten, nur fragmentarisch erhalten gebliebenen Manuskript angesprochen sein.¹³

Die Sache der (Volks)Vertretung/Repräsentation konnte unter den Reformvorhaben der 1840-er Jahre noch nicht auf Priorität zählen; ihr (hätten) vorausgehen müssen andere soziale und rechtliche Reformen, vor allem die Ablösung der urbarialen Lasten, Abschaffung der Unterthanigkeit (Urbarialabhängigkeit), denn ansonsten hätte der nicht nur wegen seines Grundstücks (dinglich), sondern auch wegen dem Herrenstuhl (Patrimonialgericht) auch in seiner Person vom Grundherrn abhängige/untettanige Grundstückswirt/Gütler weder als Wähler, noch als wählbare Person auftreten können. Auch Kossuth selber war also vorsichtig in dieser Frage, er hatte eher die Teillösungen befürwortet — insbesondere die innerstrukturelle Reform der freien königlichen Städte, die Vertretung der freien Städte im Komitat und das Stimmrecht der Honoratioren —, jedoch verlor er das Endziel, das repräsentative System niemals vor Augen.

Auf das Aufgreifen der Idee einer virilen Vertretung der meistzahlenden Steuerbürger mit Wut reagierend — in Übereinstimmung hierin auch mit Graf István Széchenyi — schrieb er bereits 1841: „*wir gedenken die Wohltaten der ungarischen (wohl gemerkt meine Herren! der ungarischen) Verfassung auf alle Einwohner unseres Vaterlandes auszuweiten*“.¹⁴

Nicht viel später zitiert er aus Széchenyi's *A Kelet népe (Volk des Ostens)* auch: »Unser Vaterland muß von einem verschlissenen, halbwegs feudalen, halbwegs constitutionellen Geflecht zu einem menschenwürdigen, von allem unwahren Glanz abgeklärten repräsentativen System ohne zu zögern umzaubert werden«.¹⁵ auch persönlich war er der Meinung: „unsere Verfassung, wenn ihre friedliche Entwicklung durch den im letzten Todeskampf ringenden Feudalismus nicht gestört wird, früher oder später wird sie mit aller Gewissheit zu einem repräsentativen System hinüberschmelzen“.¹⁶

Im Zusammenhang mit dem Cirkular der in Sachen Stadtrechte als Initiator auftretenden Stadt Szabadka stellte er 1842 fest: „Es ist günstig, zweifellos günstig für die Theorie über das System der Repräsentation, aber für die Theorie über Korporationen und Stände wohl kaum begünstigend; wobei der Unterschied zwischen den beiden unendlich groß ist, wie der Unterschied zwischen Stärke und moralischem und finanziellem Gewicht einer Nation ist, welche als ihr Mitglied (rechtswissenschaftlich gesagt) zu ihrem Volk von den Millionen nur ein paar Hundertausende rechnet und einer Nation, deren Millionen einen Nationskörper bilden“. Dennoch warnte er die Städte: auch wenn sie das Ziel nicht sofort erreichen, sollten sie

¹¹ Ebenda 165., 166.

¹² Rácz István: A szatmári tizenkét pont. [Die zwölf Punkte von Szatmár] Debrecen, 1955.

¹³ Barta István, 233.

¹⁴ Kossuth Lajos: Szavazat és költségvetés. [Stimme und Budget] PH 1841. okt. 2., 6., 79, 80; KLI 12:164–171. zit.:164.

¹⁵ Kossuth Lajos: Városi belszerkezet. [Innere Struktur der Städte] PH 1841. nov. 10., KLI 90, 205–209.; zit.:208. Quelle dieses etwas umformulierten Einschub-Zitates im Kossuthschen Text ist: [Széchenyi István:] *A Kelet népe*. [Volk des Ostens] Pozsony, 1841. 44.

¹⁶ Ebenda 207.

das Kampffeld nicht räumen; der „vierte Stand“ solle nicht freiwillig aus dem Reichstag herausziehen, denn, obwohl er mit Széchenyi einverstanden sei, dass die Bürger dieser Städte irgendwann mal über ihre Vertreter erneut dorthin zurückkehren könnten, es ist äusserst zweifelhaft, wann dies der Fall sein könnte.¹⁷

Damals als 1843 Baron Miklós Wesselényi wegen der Wahlexzesse und als Protest gegen diese vornehmlich auf Strafsanktionen drängte, bekannte sich Kossuth erneut zur Institution des Komitats. Bei der Festsetzung der *Richtlinien* stellte er fest, dass sich zur Hinüberrettung der Komitate-Struktur „ein einziger Weg bietet: die Einführung *des repräsentativen Systems*“.

„Schon vielfach haben wir aber darauf hingewiesen — fährt er fort —, dass das repräsentative System nur auf der Basis der Volksvertretung möglich ist; aber ausser diesem, nämlich eingeengt auf einen rein aristokratischen Kreis gälte es, entweder als rechtsvermindernder Oligarchismus, oder aber als unsinnigster Unsinn. Weil aber die Einführung der Volksvertretung in vollem Sinne eine Vorgeschichte erfordert, welche noch nicht entstanden ist, und welche nach der Richtungweisung, die teils durch die Weisheit unseres Königs abgezeichnet, teils in der Antwortadresse der RR [Stände] des Landes mit bislang vielleicht noch niemals erfahrenem Gemein-Willen angenommen wurde, — erwarten und erhoffen die Freunde der Freiheit grossteils von der gegenwärtigen Reichstagssitzung; natürlich folgt, dass in diesem Moment die Einführung der Volksvertretung in vollem Umfange noch gelegentlich nichts anderes ist, als frommer Wunsch; — woraus dann automatisch der vierte Grundsatz folgt: nämlich dass wie sehr auch immer drängen sollte auch die Gefahr der verhallen und in jedem Moment sich erneuernden Exzesse/Ausschreitungen, dennoch ist nun der größte Fehler, sich in die *coordinatio* des Komitate-Systems einzulassen, das wäre das größte Unglück; weil das auf die Basis eines Systems der Volksrepräsentation zu legen zur Zeit nicht möglich sei, wegen jener versteinernen Macht, welche die Eigenart eines jeden Systems ist, die systematische *coordinatio* würde die Umwandlung zu einem repräsentativen System hindern; und hiedurch eben zu jenem Unglücke führen, dass die Komitate-Struktur an der Ordnungs- und Freiheitsdefizit verbluten würde.“¹⁸

Auch heute wirken seine Zeilen voller Dramatik, mit denen er aufgerufen hatte, die dringlichsten Schritte zu tun:

„Unser teuerster Schatz, unsere Komitate-Struktur wird hier in Frage gestellt, es durch schiere Strafregele zu retten ist nicht möglich. — das repräsentative System ist eine unausweichliche Aufgabe für die Zukunft; entweder wir werden demgemäß handeln, oder wir werden nie zu einer constitutionellen Nation werden. — Jetzt ist die Zeit gekommen, die Gelegenheit ist da, durch die Repräsentation der freien Gemeinden die Grundlagen für eine große Arbeit zu schaffen. Nur diese ist imstande, die Komitate-Struktur mit der Volksvertretung zusammenzupassen; ohne sie wird die

¹⁷ Kossuth Lajos: Szabadka körlevele. [Circular der Stadt Szabadka] PH 1842. júl. 14., 160; KLI 12:333–339.

¹⁸ Kossuth Lajos: A kérdések leglényegesebbike. [Die wesentlichste Frage] I. PH 1843. júl. 20., 266; KLI 13:136–142.; [Kossuth Lajos:] II. Irányelvek. [Leitende Grundsätze] PH 1843. júl. 23., 267; KLI 13:142–148. [Kossuth Lajos:] III. A teendő. [Die aktuellen Aufgaben] 1843. júl. 23., 267; KLI 13:148–154.; zit: 147–148.

Volksvertretung das Komitate-System aufzehren. Dabei ist diese Repräsentanz — wir möchten dies besonders unterstreichen — unausweichlich.“¹⁹

Auch später hat er bekräftigt: "nur durch Einführung des Systems der Repräsentation wird es ermöglicht das Komitate-System im Interesse verfassungsmäßiger Freiheiten weiterentwickelt zu conservieren".²⁰

5. Die Reform der freien königlichen Städte bedeutete für Kossuth die Schaffung einer Selbstverwaltung ähnlich wie das Komitats-Adel bereits eine hatte auch für das Bürgertum, „die vierte Säule im Gewölbe der Verfassung“, auf der anderen Seite bedeutete es die *assimilatio*, das heisst die Anpassung dieser Städte als „fremder Gewächse“ an die uralte Institution des Komitates.

Auch für ihn durfte die Anhebrung des Stimmenanteiles der Städte im Reichstag erst dann in Frage kommen, wenn deren interne Organisation durch Gesetz reformiert sein wird. Die vom städtischen Bürgertum und von den Einwohnern ohne Bürgerrecht entfremdeten, unter Aufsicht des königlichen Regierungsstuhls (*dicasterium*) stehenden städtischen Behörden wünschte er durch ein von der Versammlung der Bürgerschaft gewähltes Organ, die Vertreterkörperschaft, sowie durch ebenfalls gewählte Beamte zu ersetzen, wobei er unterstrich: diese Gruppe der Letzteren darf — dies ist schließlich der Magistrat, aus den eigenen Reihen aufgestellt — nicht über ihre Wähler herrschen, sondern gerade umgekehrt: als vollziehende Institution soll sie in den Diest der selbigen gestellt sein. Demgemäß soll ihr Verhältnis entsprechen der Beziehung zwischen Komitatskongregatio (Generalversammlung) und der durch diese gewählte Körperschaft der Amtsträger.

Vorbild und Beispiel ist also das Komitat, die Stadt gilt also diesem anzugleichen, aber — wie wir sehen — auch das Komitat ist reformbedürftig, seine Generalversammlung gilt umzugestalten nach dem Grundsatz der Volksvertretung. Die städtische Reform ist also gewissermaßen auch die Vorbereitung der Umgestaltung der Komitate.

„Unsere Grundidee im Hinblick auf die Regelung der königlichen Städte — schrieb er 1843 — ist die: dass wir die Bürger der königl. Städte (die die Mitglieder des Rats und einen geschlossenen Kreis der sogenannten gewählten Bürgerschaft ausgenommen bislang keinerlei *positive* verfassungsmäßige Rechte ausübten) nicht nur auf Papier sondern auch in Wirklichkeit zu constitutionellen Bürgern zu thun gedenken, — zu Bürgern, die Trägern von verfassungsmäßigen Rechten werden sollen, und diese mit tätigem Einfluss auch ausüben werden. — Hierfür ist die zweckdienlichste Methode, nach unserer Auffassung, die städtische Struktur dahingehend zu regulieren, dass diese an die uralte ungarische *institutio*, nämlich die Komitate-Struktur assimiliert werden sollte; aber basieren soll sie auf das repräsentative System; und auf diese Weise soll einerseits mit der Annahme des Prinzips der Selbstverwaltung der Komitatsverfassung das fremde Gewächs Stadt im Garten der ungarischen Verfassung sozusagen acclimatisiert werden; andererseits das repräsentative System — zu welchem unsere

¹⁹ Kossuth Lajos: Adalék a teendők többi részeihez. [Beiträge zu den weiteren aktuellen Aufgaben] PH 1843. júl. 27., 268; KLI 13:154–165.; zit.:155.

²⁰ Kossuth Lajos: A megyék. [Die Komitate] PH 1843. nov. 9., KLI 298; 13:227–235.; zit.:228.

Verfassung früher oder später fortentwickelt werden muss — auch bezüglich der Komitate vorbereitet werden soll.”²¹

6. Kossuth dachte im Endeffekt — auch wenn er einstweilen bei der tatsächlichen Institution der kommunalen Vertretung verbleiben musste — an eine Vertretung der Bürgerschaft, sogar *der einzelnen Bürger*, durch die Erarbeitung der Voraussetzungen des Bürgerwerdens wiederum hatte die Erfordernisse hinsichtlich des aktiven und passiven Wahlrechtes (Zensus) festgelegt. Von den ausländischen Beispielen stützte er sich zum einen auf die städtischen Gesetze — vor allem auf die preussische Städteordnung von 1808 —, zum anderen hatte er die Gesetze zur Wahl in die Legislativkörperschaften — vorwiegend die französischen und englischen Regelungen — berücksichtigt.

Zum ersten Mal sprach Kossuth über den Zensus im Zusammenhang mit der komitatlichen Haussteuer (d.h. Steuer für die *cassa domestica* des Komitats), als Antwort auf den Denkanstoß eines gewissen „adeligen Grafes“ (Graf Albert Sztáray), dass in Steuersachen — in Veranlagung, Verwendung gleichermaßen — „das bestimmende Wort [...] jene haben besitzen, die mehr, sogar die meisten Steuer zahlen“. Die Privilegisierung *der die meiste Steuer zahlenden* in dem französischen Gesetz von 1831 und in etlichen späteren deutschen Gemeinde-Gesetzen — genauso wie ihre virile Vertretung auch in den einheimischen Selbstverwaltungs-Körperschaften, eingeführt nach den Vorschriften in den Jahren 1870/71 — anstelle der ständischen Trennmauern hat unter den Vaterlandsbürgern neue hochgezogen, weshalb auch der Redakteur von Pesti Hírlap gegen diese Lösung war, als er betonte: „der Grundsatz unserer politischen Religion heißt zusammenschmelzen und nicht trennen“.

Unter der Bedingung im Komitate zu wohnen, oder dort einen Besitz zu haben, muß ein jeder zu der Komitats-Haussteuer Beiträge leisten, und über seinen Vertreter kann er sich auch an der Entscheidung darüber beteiligen worauf sie aufgewendet werden soll, „wer nicht unter väterlicher Gewalt steht, oder nicht ständig verpflichteter Lohnknecht ist“. Diese letzteren Negativ-Bedingungen waren europaweit Kriterien für die bürgerliche Selbständigkeit, und werden etwa wiederholt später in unseren Gesetzen von 1848 (1848:5. tc., 1848:23. tc.) auch. Für Kossuth ist die Besteuerung eine besitzproportionelle, die Teilnahme an einer Vertretung jedoch nach dem Gleichheitsgrundsatz, da das Hauptwort *der die meiste Steuer zahlenden* ein „Aristocraten-Vorrecht“ bedeuten würde, welches den Grundsatz „nichts über uns ohne uns“ einschränken würde. Immerhin sei — *die Statuskörperschaft keine Gesellschaft der Aktionäre*, in welcher die Abstimmung auf Grund von Antheilscheinen erfolgen solle. Innerhalb der Gesellschaft besitzt der Reiche „sowieso ein besonderes Gewicht“, warum sollte *diese Übergewichtigkeit* noch durch Gesetze gar gepflegt werden?

Kossuth hatte sowohl aus historischer Sicht, wie auch für die eigene Epoche die Idee *über den Zensus* akzeptiert, wünschte diese jedoch — wenn auch sehr vorsichtig — aufs Minimum zu beschränken; bevorzugte eher die besser tolerierbaren englischen Vermögens(Einkommens)rechtlichen Bedingungen im Gegensatz zum hohen französischen Steuerzensus.

²¹ Kossuth Lajos: Két ellenvélemény. [Zwei Gegenmeinungen] PH 1843. ápr. 6., 236, KLI 13:82–90.; zit.:83.

„Das Wahl-Recht — schrieb er — ist zwar noch im Mutterland des repräsentativen Systems, in England, auch an gewissen Werth gebunden, was in Frankreich kraft der Höhe des census dermaßen weit geht, wonach in diesem Lande, welches man das Heimatland von Freiheit und Gleichheit nennt, von 36 Millionen Menschen politische Rechte nur 180 Tausend reiche Menschen und eine erhebliche Anzahl von Regierungsdienern ausüben; wofür den Folgen wir mit Entsetzen entgegensehen betrachten als fürchterliche Krankheitszeichen eines pathologischen Volkszustandes, aber ein Beispiel dafür können wir nirgends auf der Welt sehen, dass sogar unter denjenigen, die den für die Ausübung politischer Rechte erforderlichen Wert besitzen, ein Gradunterschied gemacht werden würde, aber trotzdem sind wir getäuscht, es gibt doch Beispiel für ein Stimmenduplicatum, und ausgerechnet in Frankreich liegt es vor, wo unter Louis XVIII ein reactionäres Gesetz die Reichsten mit doppelter Stimme ausgestattet hatte. Dies geschah im Jahre 1820, und es bedurfte lediglich 10 Jahre, damit das eintrete, was 1830 geschehenen ist.“

Für die Harmonisierung von Zensus und Adeligen-Wahlrecht wähte er die Zeit erst als gekommen, wenn später *auch das Volk hinein gezogen wird in die Schutzwalle der Verfassung*, wenn auch unsere „municipale Struktur ihre uralte Volksversammlungstyp nicht mehr behalten wird, sondern zu einem repräsentativen System sich entwickelt hat“. Auch bis dahin, solange bis dies eintrete, erachtete er „die freien Grundbesitzer-Gemeinden durch ihre Delegierte, und den anderen zumindestens in Steuerfragen, je nach Gemeinde durch mit Volksstimmenmehrheit frei zu wählende Anwälte in Sachen der Allgemeinheit Einfluss zu gewähren als gerecht und zeitgemäß“. Diese „freien Grundbesitzer-Gemeinden“, die sich als ehemalige Leibeigengemeinden vermittels der Ablösung der Urbariallasten sich freigelöst hatten, (Landstädte/Marktflecken, Städte mit geregelter Rat), wie etwa Nagyörös und Kecskemét, welche im Komitate Pest „seit Menschengedenken“ in der Komitatsversammlung eine Vertretung hatten.²² Im übrigen ist es auch zu beobachten, dass das liberale Adel in den 1840-er Jahren *nicht* gewillt war, das befreite Bauerntum *als gesonderten Stand* zu behandeln, es wollte, dass diese einbezogen wird in die traditionellen komitatlichen Rahmen, wie man damals auszudrücken pflegte: in die Schanzen der Verfassung.²³

7. Die Frage des Bürgerrechts in den freien königlichen Städten unter die Lupe nehmend, auf die Frage, wer wohl ein Bürger sei, wünschte er in Anlehnung auf die preussische Städteordnung von 1808 folgende generelle Voraussetzungen aufzustellen: die Person ist (1) Familienvater oder eine nicht unter väterlicher Gewalt stehende Person; (2) volljährig; (3) wohnhaft in der Stadt; (4) hat einen Verdienst, nach welchem

²² Kossuth Lajos: Szavazat és költésévetés. [Stimme und Budget] PH 1841. okt. 2., 6., 79, 80; KLI 12:164–171. — Die Abgeordneten von Kecskemét und Nagyörös seit den 1810-er Jahren waren in den Komitatskongregationen Pest beteiligt, wo sie auch stimmberechtigt waren. L. László Révész: Die Anfänge des ungarischen Parlamentarismus. München, 1968. 81.

²³ Ruszoly József: A rendi képviselő és a népképviselő között. [Zwischen Ständischer Repräsentation und Volksvertretung] (1989) = Ruszoly József: Alkotmánytörténeti tanulmányok 1. Rendiség és népképviselő. Szeged, 1991. 33. — auf Deutsch: Zwischen ständischer Repräsentation und Volksvertretung. Zur Entstehung des parlamentarischen Wahlrechts in den Staaten des Deutschen Bundes und in Ungarn im Vormärz. Zeitschrift der Savigny-Stiftung. Germanistische Abteilung. Bd. 107. (1990) 408–432. Diese Äusserungen von Kossuth wurden u.a. im Vortrag von János Varga: Társadalmi út és törvényhozás Kossuth politikájában [Wege für die Gesellschaft und Gesetzgebung in Kossuths Politik] an der Tagung der Akademie (Magyar Tudomány 1994/9: 1039–1044.).

er regelmäßig Steuern zahlt; (5) ist ein Aborigen — anderswo: ein *Patriot* (*honpolgár*) —, dass heißt seit bestimmter Anzahl von Jahren in dem Lande wohnhaft. Er würde eine enger gefasste, komprimierte Kodifikation auch nicht ablehnen, würde jedoch nur eine moderate akzeptieren, da der allzu hohe Zensus zu einem *Mockliberalismus* [Pseudoliberalismus] führen würde. Für besonders wichtig hielt er, dass diese Bedingungen durch Gesetz geregelt seien, und dürfe deren Festlegung von niemandes Willkür abhängig sein.

Der stadtbürgerliche Zensus würde drei Kategorien enthalten: 1. Besitz einer städtischen Liegenschaft, was erfüllt wird durch den Mindestmaß an Hausgrund oder einen im Stadtfur liegenden Grundbesitz, dessen Größe zu bestimmen sein wird; 2. neben einem niedrigen Zensus stellt er die Anforderung, dass „die städtische gewerbetreibende Klasse, Kaufleute, Hersteller, Handwerker, wenn diese ein Warengeschäft oder eine Lagerstätte oder ordentliche Werkstatt besitzen, das Bürgerrecht erlangen sollen“; 3. die in der Stadt wohnhaften Diplomierten (*diplomat[ic]us*) — Rechtsanwälte, Landvermesser, Ärzte, Wundärzte —, sowie solche die über anderweitige intellektuelle Kapazitäten verfügen — z. B. Mitglieder der Gelehrten-Gesellschaft —, „wenn man so will über bestimmte Einkommensqualifikation verfügen“.²⁴

8. Damals als Debrecen 1843 die Hausbesitzer, die „selbständigen Adligen“ und die Honoratioren dem Bürgerrecht — hierdurch auch im Reichstagswahlrecht — zuführen wollte, hatte Kossuth die vorhin erwähnten daran erinnert an die von ihm aufgestellten Bürgerkategorien. Im ackermännischen und wie in einem Dorf schilf- und strohbedachten Debrecen erachtete er an sich allein als zu wenig das Bürgerrecht auf den Hausbesitz zu beschränken; im Gegensatz zu den urbanisierteren Städten, in denen „die Kunstindustrie und das rege Handeltreiben“ modisch sind, wo der Hausbesitz allein jemanden wirklich zum Bürger qualifizieren kann. Von den Adligen mit Wohnsitz in einer Stadt hätte er fürs Stadtbürgerrecht die Steuerzahlung an die Stadt auch erfordert.

„Unserer Ansicht nach — bekannte er sich — eine Stadt hört auf eine Stadt zu sein, sobald dort die Geburt, als *qualificatio* für die Zuteilung des Rechts gestellt wird, sobald sich eine Trennmauer erhebt zwischen Bürger und Bürger, hinsichtlich ihres Zustandes und persönlicher Verhältnisse. Das Bürgerrecht wird an eine Qualifikation gebunden, diese zu erreichen nicht für jedermann offen steht; welche nur schierer Zufall oder pure Gunst einem gewähren kann; — und die Stadt hört auf als Stadt zu gelten, wenn auf deren Angelegenheiten auch solche Einfluss haben können, und hier und da vielleicht einen bestimmenden Einfluss, welche nicht helfen die Lasten der Stadt zu tragen, welche an die Stadt durch keinerlei Interesse, keinerlei Bindung verhaftet sind. — Diese letztere Hinsicht ist aber um so wichtiger, als die Städte in unserem Vaterlande über Güter, Vieh, Vermögen verfügen, auf die Verfügung über welche also Einfluss zu gewähren für solche, die an die Stadt durch keinerlei Interesse gebunden sind, an sich mit Status auszustatten Unsinn ist, und ein recht gefährlicher Unsinn.“

Die Honoratioren betreffend versetzt „das schiere Diplom noch nicht jeden *diplomaticus* in die Lage, wonach er entweder einige männliche Selbständigkeit besitzen soll, oder Steuer (wenn nicht Kopfsteuer) zahlen kann, oder aber hinsichtlich der Angelegenheiten der Stadt sich als interessiert fühlen könne“. Und auch sonst:

²⁴ Kossuth Lajos: Városi polgárjog. [Städtisches Bürgerrecht] PH 1841. nov. 20., 93, KLI 12:209–213.

„[...] eine bestimmte Volksklasse *auszeichnenderweise* als von redlichem Stand seiend zu nennen, kommt bezogen auf die anderen einer Herabwürdigung gleich, und in den Städten unter den Bürgern so eine Klassifikations-Differenz bildet, welche nicht nur der Idee der Interesseneinheit und der stadtbürgerlichen Gleichheit widerspricht, sondern mit der Idee der Städterschaft zwar die Interessen der gleichgestellten Industrie und Handel ebenfalls zu verletzen scheint; weil wir gern wissen möchten, welche Rekomendationen für die Aufstellung einer solchen Trennmauer sprechen könnten, die den redlichen Broterwerb auf einem redlichen und einem nicht redlichen Stand zugehörig klassifizieren würde? und was würde einen berechtigten zu deklarieren, dass die Kunstindustrie, dass das Handeltreiben keine *redlichen* Berufe sind?“

Als Grundlagen für die bürgerrechtliche Qualifikation hat er vier allgemeine Bedingungen formuliert: 1. das Bürgerrecht solle bei Erfüllung der Anforderungen von der Willkür anderer nicht abhängig sein; 2. Kasten, Klassen je nach Geburt solle es nicht geben; 3. ein Bürger dürfe nur als städtischer Steuerzahler gelten; 4. „kraft seiner bürgerlichen Qualifikation solle er an die Interessen der Stadt gebunden sein“.²⁵

9. Angeregt durch die Kritik an den Debrecener Vorstellungen skizzierte Kossuth auf Grund des diesbezüglichen Punktes der unter seiner Mitwirkung abgefassten Ablegatenweisungen des Komitats Pest in einem gesonderten Artikel jene *Bürger-Kategorien*, welche von ihm bereits 1841 umrissen worden waren. Demgemäß können städtische Bürger ausschließlich nur die in Grenzen des Staates Ungarn geborene oder nach dem Gesetz naturalisierte Landesbewohner werden.

1. Gemäß Vermögens-Zensus gelten als Bürger diejenigen Stadtbewohner, die „seit mindestens einem Jahr Haus, Grundstück oder in der Gemarkung der Stadt unbewegliches Vermögen besitzen“. Diese Kategorie hatte also die Geburts- und Klassenunterschiede nicht berücksichtigt, war auch nicht abhängig von der Steuerzahlung an die Stadt. Darin meinte Kossuth zu das Stabilitäts-Element entdecken, welches als „unentbehrlicher Teil des Gleichgewichts innerhalb der Statusstruktur“, in den Städten mit dem nötigen Nachdruck vertreten sein wird. Auf den Vorwurf, wonach jeder Grundbesitz von geringem Wert zum Bürger qualifizieren könnte, verwies Kossuth auf das Gesetz von 1836, in dem der Gesetzgeber den dörfischen „Grundbesitzern“ schon erlaubte, ihre Vorsteher unmittelbar zu wählen. Warum sollten den Stadtbewohnern weniger Rechte zustehen als dies? Damit hätte er sich noch zufrieden geben wollen, dass die minimale Größe „Grundbesitzes in der Gemarkung“ welche zum Bürgerrecht erforderlich ist, festgesetzt werden soll, damit aber nicht, dass auch unter den Hausbesitzern weitere Unterschiede gemacht werden.

2. Kaufleuten, Handwerkern und Fabrikanten wollte er nur dann das Bürgerrecht zusprechen, wenn *diese auf die eigene Hand arbeiten*, und mindestens drei Jahre schon in der Stadt sesshaft sind. Den Ausdruck „auf die eigene Hand arbeiten“ — obwohl er ihn für recht zutreffend hielt — erachtete er als durch den Besitz eines Warenladens, einer Lagerstätte und einer ordentlichen Werkstatt ebenfalls ersetzbar. Er war der Meinung, dass *die Kunstindustrie (műipar)* in der Stadt auf jeden Fall eine Vertretung haben muß, ohne sie wären die Städte nicht in der Lage im Landtag an Einfluss zu gewinnen.

²⁵ Kossuth Lajos: Városi polgárjog és honoratiorok. [Städtisches Bürgerrecht und Honoratioren] PH 1843. márc. 26. 233, KLI 13:61–66., Zitaten: 63., 65–66.

3. Die in der Stadt wohnhaften Leute von „redlicherem Stande“ [anderenorts: *Schreibenskundige: irástudók*], das heißt die Honoratioren — Geistliche, Rechtsanwälte, öffentlich bestellte Lehrer, Beamte, Wissenschaftler, Literaten und Künstler — können ebenfalls auf Grund der nach bestimmter Einkommensgröße zu zahlenden *städtischen Steuern* als Bürger gelten. Sie vertreten unter den in vielen Fällen auch nichtungarischstämmigen Stadt-Bürgern *den politischen Bildungsstand*, wodurch sie „der ungarischen Nationalität als Sammelkern dienen“. Sie würden sich selbst ihr Einkommen für Besteuerung anmelden, um das Bürgerrecht ausüben zu können.

Kossuth konnte die Steuer als *census* nur im Bereich der Verdienststeuer der Honoratioren berücksichtigen, da dies anderweitig ohne eine umfassende Reform des Steuersystems sowieso nicht ausführbar war. Insbesondere rügte er den Standpunkt, wonach städtische Gesandten/Abgeordneten-Körperschaft nicht von den Bürgern gewählt werden sollte, sondern diese sollten diejenigen bilden, die die meiste Steuer zahlen. Dieser Entwurf würde ausserhalb der Schranken der Verfassung ausgrenzen das Gros des ansonsten als Landstand geltenden städtischen Bürgertums. „Es wäre für Satyra vielleicht gut geeignet, aber als Verfassungsmäßigkeit wirkt es noch trauriger als eine *mistificatio*, weil es Hohn ist.“ Es wäre ein Schritt nach zurück auch im Vergleich zu dem damaligen gewählten Bürgertum, denn die meistzahlenden Steuerbürger nur sich selbst „vertreten würden“. Er fände diese Hervorhebung der *Geldaristokratie* beispiellos, was gar noch auf die Komitatsreform auch schädlich auswirkte.²⁶

10. Kossuth hatte — richtig — den Standpunkt eingenommen, dass das auf die meiste Steuer zahlenden eingeschränkte Bürgerrecht nichts gemeinsames mit dem *census*system habe, denn darin sei nicht bestimmt, wieviele unter die Bürger (Wähler) aufgenommen werden können, sondern jeder wird aufgenommen, der das rechte Mass erreicht habe.

„Das europäische Statusrecht — schrieb er — nimmt eine solche Richtung, wonach es erforderlich wäre das Wahlrecht (das heißt eigentlich das Bürgerrecht, denn derjenige, der nicht einmal als Wähler angesehen ist, wird sicherlich nicht als Bürger gelten können) mit dem gesamten Volk gemeinsam nicht tun, sondern an gewisse Qualität knüpfen, welche einige Garantie gewähren sollte, dass das Wahlrecht nur solche Individuen werden ausüben können, die dennoch soviel Bildung, soviel Einsicht nun mal besitzen, wieviel bei der Ausübung dieses Rechts erwünscht ist, und denen mit einiger Wahrscheinlichkeit zumutbar ist, dass sie dieses Recht nicht absichtlich zu Schaden der öffentlichen Bestände anwenden werden.“

Das „europäische Statusrecht“ — insbesondere in England — legt als Grundlage für den Zensus einen bestimmten Grad der Vermögendheit; während anderenorts diese Basis die (an den Staat direkt zu zahlende) *Steuer* ist. Die „Gesetzgebung bestimmt, wieviel Steuer der einzelne zu entrichten hat, um wahlberechtigt, das heißt zum Bürger werden zu können (etwa in Frankreich 200 Francs und dieses nennt man ein constitutionelles Land), und wer eine solche Steuermenge bezahlt, der wird zum Wähler“, unabhängig davon, ob andere genausoviel oder mehr Steuer zahlen.²⁷

„Nach unserem Glauben — beteuerte er — muß der bürgerliche Staat darauf hinaus sein, für die öffentliche Bildung dahingehend zu sorgen, wonach gar der ärmste Bürger auch Gelegenheit hat, sich selber einigermaßen eine Bildung anzueignen; und in dem

²⁶ Kossuth Lajos: Polgárcategóriák. [Bürgerkategorien] PH 1843. márc. 30. 234, KLI 13:66–74.

²⁷ Kossuth Lajos: Két ellenvélemény. [Zwei Gegenmeinungen] PH 1843. ápr. 6. KLI 13:82–90.; zit.: 83.

Menschen den Menschen und den Bürger derartig zu achten, die Hindernisse auf dem Wege zum Besitz- und Broterwerb dermaßen wegzuschaffen, wonach der allgemeine Wohlstand sich so verbreitet haben möge, dass in der Aufrechterhaltung der öffentlichen Bestände das ganze Volk als interessierten angesehen werden könne, zumindest die betroffenen/interessierten so eine überwiegende Anzahl ausmachen sollen, wonach das Wahlrecht Gefahr auf das ganze Volk ausgeweitet werden könne. — Dies ist nach unserer Ansicht das Ziel, nach welchem die Staaten zu streben haben. Da dies jedoch kein Staat in Europa von sich zur Zeit noch behaupten könne, die Idee des *census* im europäischen Statusrecht gänzlich eingebürgert ist; und gegen die Idee — wie ich bereits gesagt hatte — *in thesi* niemand etwas dagegen zu werfen hat, wer nicht vergißt, dass die Politik die praktischste Wissenschaft sei; weil sie die bestehenden Umstände so nehmen, wie sie sind, die öffentlichen Zustände darf sie nicht als *tabula rasa* betrachten.²⁸

Sich selber hatte er zwar erneut „zu den Freunden einer möglichst *qualificatio*“ zugezählt, zögerte er sich dennoch nicht den *census* anzuerkennen; „er möge nur nicht so beschaffen sein, wodurch das erste Kettenglied des repräsentativen Systems nämlich die reformierte städtische Struktur [...] in die Nixkraut der Geldaristokratie hingeschleudert würde“. Der *census*, also das Mass dafür, nach dem jemand über ausreichendem Vermögen oder Einkommen (Verdienst) verfügt, um als Wahlbürger gelten zu können, „in den verfassungsmäßigen Ländern Europas zwei verschiedene Maße existieren: mancherorts bereits die *Steuer*, anderenorts das *Einkommen*“. Für den Steuerzensus ist Frankreich das Beispiel mit den 200 Franc Directsteuer, für den anderen England mit 10 (in gewissen Fällen 50) Pfund jährlichem Einkommenszensus. Von den 30 Millionen Einwohnern Frankreichs gelten nur 200 Tausend als Wahlbürger, während von den 26 Millionen Einwohnern Großbritanniens und Irlands nahezu 1 Million. Kossuths Schlussfolgerung: „die französische Gesetzgebung ist nichts anderes, als oligarchische Personifizierung einer die Nation beherrschenden Geldaristokratie; und noch gelte Frankreich als Land der Revolutionen“; „England ohne *concussio* [Erschütterung] ist beständig sogar gegenüber den größten Krisen“. Dies an sich liefert zwar noch keinen Beweis gegen einen Steuermaßzensus, denn man könnte ihn auch herabsetzen, genauso wie den englischen Einkommenszensus auch. Warum er für unser Land dennoch das englische System für besser geeignet hielte, begründete er damit, dass — wie er hierzu sich auf öffentlichen Beratungen äusserte — „ein Steuermaß halte er [...] solange, bis unser Steuersystem nicht radical verändert wird, für vollkommen impracticabel“. Er war der Meinung, dass jene Konservativen, die die Einführung des Steuerzensus als eine Institution englischer Herkunft befürworten, und ihn „der Franzosenhaftigkeit“ bezichtigen — ähnlich wie Gusztáv Szontágh auf den Seiten der Zeitschrift Jelenkor (Gegenwart) — diese Systeme nicht kennen, und auch „die kleinen Ausführungen von mir in der P. [Pesti] Hirnap“ nicht aufmerksam gelesen haben.

„Denn derjenige, der ein treuer Freund der municipalen Selbstverwaltung und unversöhnlicher Feind der französischen *centralisatio* ist, der über die französische Constitution hundert Mal ausgesagt hatte, dass er diese nicht für eine Verfassung hält, sondern geradewegs für einen *Mockliberalismus* [Pseudoliberalismus], der hatte von den französischen Institutionen noch nie eines entlehnt, denjenigen darf der Franzosenhaftigkeit in Wirklichkeit nur besichtigen, wer sich niemals Zeit genommen

²⁸ Kossuth Lajos: *Census*. [Zensus] PH 1843. ápr. 9. 237; KLI 13:90–98., id. 91.

und Mühe gegeben hatte zu studieren, was eigentlich die französische Verfassung und das französische System seien. — Wir bitten dies jedoch nicht dahingehend zu deuten, als hielten wir die französische Denkweise für etwas unehrliches; oder als würden wir das ungarische Publikum für kindisch genug halten, dass es sich vor dem französischen Wort zurückschrecken würde, gar vor der glänzendsten Idee, wie ein Kind vor dem Kaminkehrer; nein, nein! wir achten die französische Nation als eine ruhmreiche große Nation, und wissen, dass ihr die Menschheit, die Freiheit und die bürgerliche Entwicklung so sehr dankes verpflichtet sind, wie an niemanden mehr; aber wir waren immer und sind weiterhin überzeugt, dass die Franzosen vielleicht alles andere besser können, als frei zu sein und einen Staat friedlich zu reformieren, und dass man bei ihnen alles besser lernen kann, nur nicht eine Verfassung und ein Verwaltungssystem.“²⁹

Kossuths Ansicht, wonach das englische System vor dem französischen „Priorität besitzt“, hatte er noch mit weiteren drei Momenten untermauert. 1. Die Steuer kann nur insofern als Grundlage einer Bürgerrechtsfähigkeit dienen, als sie selber auch ein gewisses Einkommen vertritt; das englische System sei aber auch deshalb besser, weil es auf dem Einkommen selbst beruhe. 2. Nach dem englischen System ergeben sich Besitz oder Einkommen aus den Privatbeziehungen eines Menschen; diese „erleiden durch die Maßnahmen des Staates um die Steuern herum keinerlei Änderungen“, während der Steuerzensus vom Wirtschaften des Staates abhängt, auch von dessen Steuerpolitik; auf diese Weise könne die Zahl der Wahlbürger durch eine eventuelle Steuersenkung ebenfalls vermindert werden. (Dies ist freilich eine forcierte Erklärung!) 3. Das Einkommen habe viele solche Arten, welche Gegenstand von direkten Steuern nicht sein können, „es sei denn das Einkommen wird freiwillig deklariert“. Die nicht steuerveranlagten Bürger im Falle eines Steuerzensus fallen deshalb aus dem Wahlrecht.³⁰

Kossuth hätte zwar im Prinzip die Anwendung des Steuerzensus auch noch so nicht ausgeschlossen, aber unter den damaligen städtischen Besteuerungsbedingungen hielt er ihn keinesfalls für anwendbar. Die richtige Lösung sah er schließlich auch in dem Entwurf des Komitats Pest.³¹ Diese Vorschläge hat im übrigen auch die Vorlage zum städtischen Gesetz der Untertafel des Reichstages von 1843/44 auf Grund des Projekts des Gesandten des Komitats Pest Móric Szentkirályi — mit einigen Änderungen — enthalten, jedoch machte die Magnatentafel ihn — unter Auflage viel höherer Bedingungen — nicht für ihr eigen.³²

11. Kossuth erachtete vor dem Reichstag der Jahre 1843/44 auch die Stellung der bereits erwähnten „freien (aber nicht königlichen) Städte“ in logischer Verbindung mit der Regelung der freien königlichen Städte, denn während man über die Vertretung dieser vorwiegend von Weinbau lebenden, Gewerbe und Handel nicht treibenden, ein paar Tausend Seelen zählenden und freien königlichen Städte, der ungarischen *rotten boroughs* — in treffender Übersetzung von Kossuth: *korhadat községek* (*verrottete Gemeinden*) — im Reichstag und ihr Stimmrecht dort debattiert, stellt sich das Problem

²⁹ Ebenda 93–94.

³⁰ Ebenda 94–98.

³¹ Kossuth Lajos: Pest város körlevele. [Cirkular der Stadt Pest] PH 1843. okt. 12. 290, KLI 13:208–212.; zit.: 93–94.

³² Kajár István: Magyar városi önkormányzatok (1848–1918) [Städtische Selbstverwaltungen in Ungarn 1848–1918] Budapest, 1992. 36–44.

zu Recht: „wenn dem und solchem eine Stimme zugesprochen wird, warum bleibt dann diese verwehrt den prosperierenden Städten Miskolc, Eger, Várad, [Nagy]Kőrös, Kecskemét usw.?” An dieser Stelle warf er selber der „*institutio* Komitat” vor, in welcher „das Adel alles ist; dagegen ist das Volk in bürgerrechtlicher Beziehung ausserhalb der Schanzen der Verfassung”. Auch als historisch verfehlt wertete er, dass wenn irgendwann irgendeine Gemeinde an Bedeutung gewachsen war, die schied sie aus dem Komitatsverbande aus, was anstelle der „nationstärkenden Assimilation (*assimilatio*)” die Separation zum Ergebnis hatte, und dies wiederum schädlich auf die Gesellschaft auswirkte. Da er wusste: die Regulierung der Stellung der königlichen Städte „können wir jetzt aus dem Begriffe der Landesständlichkeit, der Munizipalität nicht herausnehmen”, dennoch hielt er für verständlich, dass während z. B. Libetbánya oder Ruszt Ablegaten in den Reichstag entsenden, werden NagyKőrös oder Kecskemét vorerst dieses Recht nicht besitzen. Dies war nach seiner Beurteilung nicht so eine Anomalie, wie eine in England vor dem Jahre 1832 vorlag, wonach z. B. das bedeutungslose Old Sarum Abgeordnete ins Parlament entsandte, aber Manchester nicht. In England geschah nämlich die Gesandtenentsendung zu jener Zeit nicht mehr auf ständischem Grunde, und mit der Munizipalität war sie auch nicht verbunden. Bei uns hingegen waren Landesständlichkeit und Vertretung im Reichstag gekoppelt; wenn Erstgenanntes eine Kleinstadt verloren hätte, wäre das Letztere auch damit einhergegangen.

Was soll also mit den bis dahin als Stiefkinder des Vaterlandes behandelten, sich von der Urbariallasten durch Ablösung freigelösten *freien Gemeinden* geschehen? Ihre selbständige Ablegatenentsendung würde das Komitat schwächen. Gegen ihre Lostrennung mit Gewalt protestierte Kossuth auch diesmal: „wir sind der Meinung — schrieb er —, dass wir die freiheitlichen Gemeinden in die Schanzen der Constitution einschließen müssen, aber nicht durch Lostrennung von dem Komitate, sondern vermittels Repräsentation in den Komitaten”. Die Umstände waren schon reif dazu; es hätte früher auch eine Vorgeschichte in der Legislative gegeben, „und nur dieser Weg ist der, auf dem wir unsere Komitate-Struktur in ein repräsentatives System umgestalten können; dies erfordern Gerechtigkeit und Billigkeit, dies rät uns eine nüchterne Politik”. Vermittels der Ablösung der Urbariallasten für die Ewigkeit sei bei diesen der *freie Grundbesitz* hierzu bereits vorhanden; auch die Menschen, die durch Freilösung frei geworden sind, können nicht weiter in Unrecht gehalten werden. Für diese Gemeinden (Marktflecken) trifft die sich als Illusion erwiesene patriarchale Idee auch nicht mehr zu, ihr Grundherr sollte sie vertreten.

„Die Zeit ist gekommen — fasste er zusammen —, die Theilhabenden unserer Constitution zu mehrern, ansonsten hat unsere Nation keine Zukunft. — Hierfür stehen derzeit für den vor der Eröffnung befindlichen Reichstag drei Stufen der aktuellen Aufgaben: 1. Wer bereits innen sind in der Verfassung, oder durch ihre Struktur und Alter berechtigt sind, darinnen zu sein, für jene die geschriebene Gnade in faktischen Segen umzuwandeln — hierzu gehören die königl. Städte — 2. Jene, die bereits freie Menschen sind, über die Komitate in die Verfassung hineinzubringen; hierzu gehören die freigelösten Gemeinden und die Honoratioren. 3. Jene, die noch nicht frei sind, zur Freiheit zu führen. Hierzu gehört die obligate Freilösung von den Urbariallasten, oder wenn hierfür die Zeit noch nicht gekommen wäre, zumindest die erlaubte Freilösung zu erleichtern. — Unserer Ansicht nach ist für alle drei die Zeit bereits da, und die logische

»Aufeinanderfolge« alle drei benötigt schon; aber alle drei stehen voneinander gesondert unabhängig. Immerhin ist das erste am notwendigsten.»³³

12. Wie ich vorhin zitierte, betrachtete Kossuth die von ihm eben erst flüchtig angesprochene *coordinatio* im Reichstag etwa als Vollendung der Reformen, und betonte mehrmals, dass die Regelung des Stimmenanteiles der freien königlichen Städte im Landtag ausschließlich durch die Landesständlichkeit und hierdurch vermittels der kommunalen Vertretung, die sowohl die Städte als auch die Komitate berührt, zu lösen sei. Wie er auch 1843 bemerkte: „diese *partielle parlamentarische Reform* ist zur Zeit aus dem Begriffsbereich der landesrechtlichen Begriffe nicht zu entnehmen, in diesem Bereich ist aber von der Idee der Munizipalität nicht zu trennen“. Freilich war er auch davon überzeugt, dass „genauso wie Besitzer von Recht nur eine Person sein kann, so kann das repräsentative System auch keinen anderen kausalen Grund, kein anderes Maß haben, als die „Anzahl der Personen“ (*személyszám*). Als Beispiel führte er die amerikanische Verfassung an, nach der alle 40 000 Seelen einen Delegierten in den Kongress entsenden. Wo die Angleichung der Stimmenproporz nicht auf diesem Grunde geschieht, sondern „an gewissen Ort gebunden wird“, genauso wie in England, „dort ist die Idee der Repräsentation auch gründlich vermengt mit der Idee der örtlichen Repräsentation“. Solange aber, bis die Volksvertretung eingeführt ist, kann keines von diesen Anwendung erfahren. Wenn dies erfolgt sein wird, dann fällt „die Gränzmauer zwischen Städten und Komitaten in sich“; nicht Szabadka oder Komitat Bács[-Bodrog], „sondern zum Beispiel 50 000 Menschen werden jeweils einen Ablegaten entsenden“.

Kossuth war angesichts der auf Grund der Ständezugehörigkeit beruhenden kommunalen Vertretung auch bis dahin der Ansicht: „die Personenzahl soll man als einen Faktor der Stimmenproporz zwischen bürgerlichem und adeligem Stand aufnehmen“, nicht dass wir den anderen Hauptfehler des englischen Wahl-Gesetzes von 1832, des „reformbill“ eingehen, welchem gemäß Manchester und Liverpool mit ihren 8000 bzw. 12 000 Einwohnern ebenso je einen Ablegaten wählen, wie Thetford oder Chippenham mit ihren 160 und 207 Seelen. Er schlägt also vor, dass „auf die relative Bevölkerung(szahl), bezogen auf die Komitate soviel Betracht fallen möge, wie nur die übrigen, ebenso nicht negligierbaren Aspekte und unter diesen könnte auch die topographische Lage zulässig sein“. Er wollte eine eigenartige „politische Arithmetik“ anwenden, indem er vorschlug 1. die Proportion der Bevölkerung der Städte zu der der Komitate und Distrikte, 2. die Proportion der Bürger zu den wahlberechtigten Adeligen, sowie 3. die Anzahl der steuerzahlenden Höfe zu berücksichtigen. Den Faktor Proportion der Flächen von Grundbesitz der ohnehin schon in der Anzahl der Steuerhöfe eingeschlossen war, wollte er nicht gesondert ausweisen lassen; „ansonsten zwar gibt es in unserem Lande einzelne Städte, deren Gemarkungen von riesiger Ausdehnung sind (die von Szabadka ist größer, als die Fläche des ganzen Komitates Esztergom), dennoch sagt generell genommen der Begriff der Urbanisiertheit gerade das aus, dass in einem winzigen Ort enorme Masse des Volkes und enorme Werte angehäuft sind“.³⁴

³³ Kossuth Lajos: Viszonyok kapcsolata. [Verbindung von Beziehungen] PH 1843. márc. 9. 228, KLI 13:47–53., zit.: 53.

³⁴ Kossuth Lajos: Királyi városi szavazatarány. [Stimmenproporz der königlichen Städte] PH 1843. febr. 26. 225, KLI 13:42–47.

13. Das städtische Wahlsystem betreffend nahm er bereits 1841 Stellung für das Territorialitätsprinzip, die *geographisch (geographice)* zu bestimmenden städtischen Wahlbezirke. „Die Zahl der zu wählenden Einzelpersonen — schrieb er — wird unter diesen Bezirken aufgeteilt, und die Wahlen sollen nach Bezirken erfolgen, und nicht nach Zünften, Ständen oder Körperschaften, und ohne Ansehen auf Zustand und Privatverhältnisse votieren die Wähler einzig als Mitglieder der städtischen Bürgerschaft.“ Er bemängelte an der preussischen Städteordnung von 1831, nach der — als ein Rückschritt von der von 1808 — „die Aufteilung der Bürgerschaft nach Zünften und Klassenments (Klassen)“ und „seine Zergliederung nach Beschäftigung und Lebensweise gestattet ist“.

„Wir müssen vor Augen halten — bekannte er sich —, dass wenn eine Nation, so mit aller Gewissheit wir Ungarn auch, auf dem Pfade des ständig korrigierenden Fortschreitens jeden einzelnen Schritt auf die Weise zu richten hat, dass die Klassen der zerrissenen Nation ineinandergeschmolzen werden, und engbrüstige Interessen der Privatkörperschaften gegen das Gemeininteresse nicht dagegengestellt werden können, sondern viel eher Zustand, Geburt, Religion und persönliche Verhältnisse in der erhabenen Bezeichnung *Patriot* verschmolzen sein sollen, — so begehren wir im Interesse der als Leitgrundsatz gesteckten Assimilatio und des Ineinanderschmelzens zu einem Körper, dass die Auseinandersonderung nach Lebensart sowie Zünften und Körperschaften streng zu unterlassen sei, und die Wahlen in den kleineren Städten universell, in den größeren aber nach Stadtbezirken stattfinden mögen.“

Hinsichtlich der Wahlhandlungen legte er grundsätzlich zwei wichtige prozessuale Momente fest: 1. „jede Wahl soll das Ergebnis absoluter Mehrheit der Wähler sein, weil die Gesamtheit der Wähler nur die Mehrheit verkörpern kann, und die Minderheitswahl — genauso wie dies die armen Hannoveraner erfahren konnten — im großen und im kleinen bei der Wahl von Landtagsabgeordneten oder Stadtdeputierten, nur eher als Ironie auf die Realität da steht, für Recht ist es eine Satyra“; 2. Bei der Stichwahl zwischen den beiden bestplatzierten Kandidaten mit relativer Stimmenmehrheit soll ebenfalls die Abstimmung durch absolute Mehrheit entscheiden.³⁵

14. Im Mittelpunkt der verfassungsbezogenen Vorstellungen von Kossuth stand die Selbstverwaltung der Komitate, welche er selber für reformierbar, und demokratisierungsbedürftig hielt. Mittlerweile wollte er die Städte durch deren innerstrukturelle Reformen an diese anpassen, die Reform der städtischen Repräsentation betrachtete er auch als Erprobung der allmählich — mit den freien Gemeinden und den Honoratioren — zu erweiternden Vertretung auf Komitatsebene. Er befasste sich seit seiner Jugend fortwährend mit der Stellung der Komitate. In seinem Essay unter dem Titel *A magyar fő rendek 1833-ban (Die ungarischen Oberstände im Jahre 1833)* als solche Institutionen erwähnte er „die Komitate und andere Munizipalversammlungen“, „wo jeder einsame Bürger in der Ausübung des Souveränitätsrecht der Nation unmittelbar vereint ist, und in welchen sich der Kern für die künftige Schaffung einer von den Nationen herumtappend gesuchten Garantie verbirgt“.³⁶

³⁵ Kossuth Lajos: Választási rendszer a városokban. [Wahlsystem in den Städten] PH 1841. nov. 24. 94, KLI 12:214–218.; zit.: 215.

³⁶ Szabad György: Kossuth politikai pályája ismert és ismeretlen megnyilatkozásai tükrében. [Kossuth's Politische Laufbahn im Spiegel seiner bekannten und unbekannten Äusserungen] Budapest, 1987. 74.

15. Der „Seelenkauf“ in den Komitaten, die mit immer härteren Mitteln geführten Wahlkampagnen (Stimmenfang) waren immer wiederkehrende Fragen in den 1840-er Jahren in der öffentlichen Publizistik, in den Komitaten und in den Sitzungen des Reichstages. Diese ruchlosen Mittel konnte niemand offen befürworten, jedoch mußten gezwungenermaßen manchmal sogar die Reformer von ihnen Gebrauch machen, und ihre Abschaffung stimmte — da sie eine zunehmende Einflussnahme durch die Regierung bewirken konnte — auch viele unter ihnen vorsichtig. Kossuth gehörte auch zu den Letzteren, er meinte, dass der bei den Komitatswahlen — bei Amtswechseln und Ablegatenwahlen — praktizierte Seelenkauf nicht so sehr mit Vergeltungsmitteln, repressiven Methoden, viel mehr durch „früher gewohnte Mittel“, durch präventive gesetzgeberische Maßnahmen zu beseitigen gelte, denn „auch unsere Verfassung ist noch nicht soweit entwickelt“, und es ist zu befürchten, dass wegen der Vergeltung „auf diesen schönsten Teil der Constitution anstatt des Gedeihens eine Repression wartet“. Und auch ohnehin: „auf der Welt hat jedes Gesetz, jede Institution, jede Verfassung Schatten - wie Lichtseiten“. „Die Volkswahl — bekannte er sich — nimmer wird so ruhig, so ungestört ablaufen, bei jeder Schwierigkeit, wie wenn der Minister an seinen Dienstherrn ein Blatt Papier zur Unterschrift darreicht, auf dem eine Ernennung abgefasst steht; aber diese Ernennung wird selten zu solcher *emanatio* des Volkes werden, wie jene.“ Die Parteienbildung — die Entstehung der „F[r]aktionen“ — als notwendige Folge der Wahlfreiheit akzeptierend, sah er darin nichts Verwerfliches, lediglich empfohlene Mittel und Lösungen gegen die Exzesse und führte aus wie folgt:

1. Die Parteien sollen nur moralische Waffen verwenden. Die Seelenkäufe müssen streng bestraft werden. 3. Die Volkswahl soll durch ein „anderes Element“ nicht beeinflusst werden. Auch unausgesprochen will er damit den Einfluss der Obergespanne eliminieren. 4. Als prozessuale Erfordernis führt er auf, was in Wirklichkeit einer Einschränkung des Stimmrechtes gleichkommt, dass man von den Wählern *eine Verstandesqualifikation* erfordern soll, welche das Lesen-und-Schreiben-Können, eventuell den Elementarschulabschluss bedeuten könne. 5. Im Hinblick auf die Förderung der späteren Entwicklung des Wahlrechtes ist seine Feststellung von besonderer Bedeutung, wonach: „niemanden, wem die Verfassung dieses Recht bereits gewähren würde, darin [daraus] auszugrenzen, hingegen mit nüchternen Überlegungen solche daran zuteil werden zu lassen, für wen ihre bürgerliche Position eine Befähigung gibt, dass sie ausreichenden geistigen Entwicklungsstand erreicht haben, hinsichtlich einer solchen Rechtsausübung“. 6. Er wollte solche Verfahrensarten einführen, welche die freie, unbeeinflusste Ausübung dieses „schönsten bürgerlichen Rechtes“ ermöglichten. 7. Wer aber dies missbräuchlich ausübt, soll bei ihm ein im gerichtlichen Verfahren erlassenes Urteil das Verwirken seines Rechtes erzwingen.³⁷

16. Damals als 1843 das Echo der Skandale bei der Ablegatenwahl in ganz Ungarn widerhallte, verurteilte Kossuth die Wahlmissbräuche und betonte die Eigentümlichkeiten der Ablegatenentsendungen und -Wahlen auf Komitatsebene und setzte sich für den Erhalt dieser einzigartig ungarischen Institution ein. Er verwies darauf, dass unser Vaterland unter den constitutionellen Ländern Europas das einzige sei, wo die Munizipien Delegierte entsenden und auch mit Weisungen ausstatten; „Ablegaten werden im Ausland durch solche Körperschaften gewählt, die nichts anderes sind, als augenblickliche Aggregaten bestimmter in bestimmtem Ort wohnender

³⁷ Kossuth Lajos: Tisztválasztás. [Erneuerung der Wählämter] PH 1841. júl. 31. 61; KLI 12:112–116.

Einzelpersonen in bestimmter Anzahl, welche nach den Wahlen auseinandergehen, zu existieren aufhören, und erst dann wieder mit politischer Wirksamkeit in Erscheinung treten werden, wenn ihre Bestandteile durch die entsprechende Behörde erneut zur Wahl zusammengerufen werden". Diese geographisch basierten, an Wahlbezirke gebundenen *Wähler-Körperschaften* können ihre Adegaten nicht abberufen, „auch das Unrecht, welches vielleicht die Mehrheit auf irgendeine Weise erlitten hatte, können sie eigenmächtig nicht verarzten“, daher ist es selbstverständlich, dass die Beschwerden betreffend die Gesetzmäßigkeit der Adegatenwahlen ausschließlich „der zuständigen Abteilung der Gesetzgebung“ vorgetragen werden dürfen. Dagegen ist die Komitatsversammlung, welche auch nach den Wahlen tätig bleibt, zuständig, die Wahlbeschwerden, die rechtmäßigen Einwände generell selbst zu beurteilen, eine Bestätigung durch den Reichstag (*verificatio*) wird aber erst dann möglich, wenn „die Struktur der Komitats-Körperschaft selbst in den Grundlagen verletzt wurde“. Der Reichstag ist in diesem Falle auch verpflichtet, „aus seiner Eigenschaft heraus als rechtserhaltende und Rechtsmittel-Behörde über die Komitate und den Munizipalzustand zu wachen“. Er hat durch strenge Gesetze die Verstöße im Komitat zu verhindern, und diese auf einen möglichst engen Kreis zu pressen. Er meinte also, dass neben der von der „europäischen Statuslehre“ abweichenden ungarischen Munizipalorganisation die *verificatio durchs Parlament* — Wahlprüfung, Wahl-Bestätigung — in unserem Vaterlande auf diese Weise auch nicht einführbar sei. Und in den Städten, wo zwei Körperschaften (der Rat und die gewählte Gemeinde) an der Legatenentsendung beteiligt sind, die eigene, munizipale *verificatio* (Bestätigung durch die Munizipalbehörde) nicht anwendbar sei, die Bürgerschaft könne sich mit ihrer Wahl- (verificationalen) Beschwerde nur an den Reichstag wenden, „auf sie sind diesbezüglich die Grundsätze des europäischen constitutionellen öffentlichen Rechtes anzuwenden“. (Bezüglich der Legatenentsendung in den kroatischen *Sabor* hat er dasselbe festgestellt.)

„Seitens dieser also können die Fragen der Verification nach unserer Ansicht nicht nur zur Verarztung der Verletzungen von Formerfordernissen, wie die komitatlichen auch sind, sondern auch hinsichtlich der internen Gültigkeit der Wahlen ebenfalls unter die Beurteilung durch den Reichstag fallen. Niemals sollten wir vergessen solche Unterschiedlichkeiten unserer Institutionen teils untereinander teils von der europäischen Statusrechtslehre vergessen, weil die Politik unter allen praktisch orientierten Wissenschaften vielleicht die praktischste ist, die sich keine numerischen Faktoren schafft, sondern mit vorhandenen Zahlen funktioniert.“³⁸

17. Graf Károly Andrássy, der für die traurige Erscheinung der Komitats-Wahlexzesse sogar einen Namen fand, „«diese neue Art» der landregierenden Maniere“ als *bunkócrátia* [„Flegelokratie“ (Demokratie der Ungeschliffenen)] bezeichnend, mockierte darüber, dass man „in der Weisung des Komitats Pest über diesen im übrigen recht schön ausgearbeiteten Gegenstand nicht hätte vergessen sollen“.³⁹ Der Redakteur Kossuth Lajos war freilich mit dieser an sich alleinstehenden Betrachtung der Frage

³⁸ Kossuth Lajos: Közjogi különbségek. [Öffentliche-rechtliche Differenzen] PH 1843. máj. 21. 249; KLI 13:121–127., zit.: 126–127.

³⁹ Graf. Andrássy Károly: Az „országglási modor“ egy új neme. [Eine neue Art des Landregierens] PH 1843. ápr. 27.

nicht einverstanden, und hatte er ihm die Demokratie, den Gedanken einer nicht nur auf das Adel ausgeweiteten Repräsentation entgegengestellt.⁴⁰

Graf Lajos Széchenyi legte in seinem in Világ (Welt) erschienenen Artikel das Gewicht auf die Erarbeitung eines Wahlstatuts sowie auf die mittelbare Stimme der Adeligen-Gemeinden,⁴¹ der unbekannte Autor eines Artikels in der reaktionären Nemzeti Újság (National-Zeitung) warnte seinerseits vor jeglicher Änderung zum Schutze des Komitate-Systems, obwohl er selber auch „das auf die Prinzipien der Stabilität bauende repräsentative System“ als ein gutes akzeptierte, und sich bereit zeigte, „wegen der ruhmreichen Resultate, die in England entstanden sind, auf die in jenem erhabenen Vaterlande bestehenden aristokratischen Prinzipien gesetzt, heute zu akzeptieren“.⁴²

Eine in sieben Folgen veröffentlichte Artikelserie, von Br. Miklós Wesselényi noch vor der Eröffnung der Dieta geschrieben, über die Einführung der offenen oder geheimen Stimme anstelle des Votierens per Akklamation, über die Vertretung und die Qualifikation hinaus „die polizeilichen Regeln“, die die Munizipien zu erlassen haben und die Mandatsbriefe betreffend brachte hier etwas Neues. Er drängte darauf, in der Wahlversammlung eine Komitee ins Leben zu rufen, die verpflichtet sein solle „nicht nur das Erscheinen in Gruppen und nach Parteien und Scharen, das Beisammensein im Lager zum Zwecke der Parteibildung, das Unterentischtrinken und Bewirtung des Mitteladels durch wen auch immer es geschehe, mit Strenge zu verhindern, sondern auch zu untersuchen habe, ob geheime Trinkgelagen und Anstifterei, eventuell doch stattgefunden haben“. Dieser nicht viel später durch den Gesetzgeber eingepflanzte Ausschuss, der an ein Überwachungsgericht (*őrszék*) erinnert, hätte die Missbräuche an die Generalversammlung zu melden gehabt. Daraufhin hätten die einer Korruptionshandlung begründeterweise Verdächtigten — wenn auch unter Vorbehalt von Rechtsmittelanwendung — das Gremium verlassen müssen. Wesselényi sah die Möglichkeit in einem Gesetz zu deklarieren, dass im Reichstag die „mit roher Kraft, mit Gewaltmitteln gewählten und auf diesem Wege mit Anweisungen ausgestatteten Adegaten nicht akzeptabel sind“. In dem Adegatenschein wünschte er als eine Art Garantie einzutragen, „dass weder die Wahlen, noch die Weisungserteilung durch rohe Kraft und unter Ausschluss der Intelligenz erfolgten“. Dessen Gültigkeit ausgesetzt hätte wenigstens zum Teil von zwei Dritteln von Komitats-Tafelrichtern stammende mit Unterschrift versehene protestierende Gegenmeinung, welche über den Obergsan hätte eingereicht werden müssen, „woraufhin eilends eine landesweite Untersuchung anzuordnen wäre“. Dieser letztere, die sich festigende Praxis der sporadischen Petitionen verallgemeinernde Anspruch kann gewertet werden als das erste zwar noch vage formulierte undeutliche Erscheinen der Gerichtsbarkeit über Parlamentswahlen in der ungarischen öffentlich-rechtlichen Publizistik.⁴³

Lajos Kossuth selber fasste in drei Leitartikeln von Pesti Hírlap auch die Ergebnisse der zweijährigen Debatte über die Missbräuche bei den Komitatswahlen zusammen, diese etwa als Lehre den zur gesetzlichen Regelung dieser Frage durch den Reichstag

⁴⁰ Kossuth Lajos: Pótlék. [Ersatz/Zuschlag] PH 1843. ápr.30.

⁴¹ Graf. Széchenyi Lajos: Korteskedés. [Stimmenfang a la cortes] Világ [Welt] 1843: 37–39. sz.

⁴² K. U.: Cortesek és képviselő. [Stimmefänger und Vertretung] Nemzeti Újság [National-Zeitung] 1843. máj. 27.

⁴³ Br. Wesselényi Miklós: Nemzeti kórállapot. [Nationale Pathologie] PH 1843. jún. 15., 18., 22., 25., 29., júl. 2., 16.

delegierten Kommission vor Augen geführt. Erneut bestätigte er die Maxime der Volksvertretung, hievon hielt er wahrlich vorerst nur die Vertretung der freien Gemeinden für ausführbar. Er wiederholte die Anhebung der Amtszeit von drei auf sechs Jahre, die Dezentralisierung der Abstimmung, die geheime Stimmabgabe, den Zensus des Schreiben-Lesen-Könnens usw. Wiederholt als wichtige Aufgaben betrachtete er die strenge Bestrafung von „Seelenkauf“, „so auch mit dem tatsächlichen Verlust der Amtsfähigkeit, wie auch der persönlichen Wahlberechtigung“. Beinahe wortgetreu wiederholte er damit das in diesem Zusammenhang zwei Jahre zuvor Geschriebene. Er bekräftigte, dass „straff definiert werden soll, was im Gesetz als Seelenkauf beschrieben wird, nicht dass vollkommen freiheitlichen und harmlosen Sachen der Stempel eines Vergehens aufgesetzt werde, ansonsten [...] wollen wir das ausröten, was in der Natur der Volkswahlen liegt, nämlich die Bildung von Parteien und dass die Parteichefs, deren Existenz wiederum unausweichlich ist, ihren eigenen Ansichten und Kandidaten auf ehrliche Art und Weise, mit sittlichen Mitteln die Mehrheit zu erringen bestrebt seien“. So meinte er, dass die Beurteilung dieser Verstöße nicht überlassen werden dürfe weder der Regierung, noch den Komitaten, sondern lediglich „einem Gericht, welches durch die ansehnliche Minderheit der in Sachen des Strafrechts tätigen landesweiten Komitee unter Anführung von Ferenc Deák bezüglich politischer Vergehen als *separatum votum* geschaffen worden ist“.⁴⁴ Mit diesem Auftritt verpflichtete sich Kossuth definitiv für die Sache der Volksvertretung. „Das Vertretungs-System ist eine unausweichliche Aufgabe für die Zukunft — bekannte er sich —, entweder bringen wir es soweit, oder wir werden nicht zu einer Nation mit Constitution.“⁴⁵

18. Die durch die Distriktsversammlung der Untertafel delegierte Komitee war bis Dezember 1843 mit ihrem Gesetzentwurf fertig, der zur Verhinderung von Wahlverstößen zu dienen, in Wirklichkeit jedoch auch Vertretungsfragen der Komitate und Zuständigkeitsfragen in Tiefe detailliert und im Geiste der Reformen zu regulieren galt. Nicht einmal eingereicht war er, da hatte Kossuth bereits zu Feder gegriffen gegen dieses von ihm als *conservativ radical* qualifizierte Werk. Nach wie vor hielt er die Zeit immer noch nicht für gekommen für eine umfassende Reform des Komitatesystems, für dessen Koordinierung. Er war der Meinung, diese werde erst mit der Einführung einer Volksvertretung ermöglicht sein. Der Vorschlag gedachte im übrigen bestimmte nichtadelige Elemente — wie Honoratioren, Fabrik- und Bergwerksbesitzer, Pächter und Pfandbesitzer von adeligem Grundbesitz, sowie auch Vertreter *der freien Gemeinden* — in die Wählerlisten der Komitate neu aufzunehmen, von einem Teil derer sich Kossuth selbst auch zuvor so erklärte, dass man gerade bei diesen mit der Volksvertretung beginnen sollte. Deshalb kritisierte er auch den Entwurf, da dieser, wie er meinte, dazu — sozusagen — bestimmt wäre, das „als *cortes*/Stimmenfänger bezeichneten

⁴⁴ Kossuth Lajos: A kérdések leglényegesebbike + Adalék a teendők további részéhez. [Die wichtigste Frage + Weitere Aufgaben] PH 1843. júl. 20., 23., 27. Kovács Kálmán: Az esküdtsek és az „articularis bíráskodás” ügye az 1843–44. évi büntetőeljárás törvényjavaslatok előkészítésének vitáiban. [1974] = Kovács Kálmán: A magyar állam és jog fejlődése (Válogatott tanulmányok). Budapest, 1981. 213–228. Deutsche Fassung: Das Schwurgericht sowie Parlamentsgerichtsbarkeit in der Diskussion zur Vorbereitung der Gesetzentwürfe über das Strafverfahren vom Jahre 1843–44. Annales Univ. Sci. Bp. Sect. Jurid. Tom. XV. (1973).

⁴⁵ Kossuth Lajos: Adalékok a teendők többi részéhez. [Weitere Aufgaben] PH 1843. júl. 27. 268; 13:154–165., zit.: 155.

Mitteladel“ auszuschließen. In dieser seiner Behauptung übertreibt er erheblich, denn diese Strafe könnte ausschließlich die strengen Strafbeschränkungen des Gesetzes erheblich übertretende Personen anvisiert haben, auf Grund eines gegen sie ergangenen Urteils. Fürwahr hatte er dem Vorschlag seine Anerkennung nicht völlig entzogen. Wie er schrieb:

„[...] wir würden uns freuen, den Gemeinden mit geordnetem Rat, privilegierten oder abgelösten der Grundsatz der Volksvertretung bereits zugesprochen sehen zu können; aber bedauern würden wir es, wenn diesem Grundsatz keine Gestalt gegeben wäre, weil jeweils ein Abgeordneter aus Tausenden von persönlich Abstimmenden zwar als Prinzip schön sein kann, aber lediglich nur den Schatten der Wirklichkeit präsentieren würde usw. Wir würden es schließlich bedauern, wenn die Idee der *verificatio* der Ablegatenwahlen durch den Reichstag zur Gänze abgelehnt werden würde.“

Das Novum in diesem seinen Artikel ist die eindeutige Parteinahme für die von Amts wegen angeordnete allgemeine *verificatio* durch die Untertafel nach französischem Vorbild. Dies ist zweifelsfrei ein Fortschritt im Gegensatz zum früheren gemischten System der Ablegaten-Bestätigung durchs Komitat.⁴⁶

19. Kossuth fasste am 27. August 1844 — als die Pesti Hírlap bereits in der Hand des Zentralisten László Szalay war — in seiner vor der Versammlung des Komitats Pest gehaltenen Rede wiederholt in der vor der Aufhebung stehenden Reichstagsitzung seine Ansichten zu den aktuellen Aufgaben, die dringend zu lösenden Probleme der Verfassungsreformen zusammen. Er bekannte sich zu einer konstitutionellen Monarchie, in welcher „das Volk Teilhaber an der Verfassung sein soll“. Als Dokument des hierzu führenden friedlichen Überganges betrachtete er auch die Weisungen an die Komitats-Ablegaten vom Jahr 1843 mit dem Ziel, dass

„[...] sie bestrebt sein sollen die verfassungsmäßigen Rechte Wirklichkeit werden zu lassen im Hinblick auf diejenigen, die auf dem Papier von diesen bereits teilhaben (königliche Städte und freie Distrikte), wer noch ausserhalb steht aber bereits befreit ist, soll hinter die Schanzen der Verfassung eingeholt werden (Vertretung der freigelösten

⁴⁶ Kossuth Lajos: A megyék. [Die Komitate] PH 1843. nov. 9. 298; KLI 13:227–235. Vö. Ruszoly József: A választási bíráskodás szabályozásának története hazánkban a reformkortól az 1945. évi VIII. tv. megalkotásáig Acta Jur. et Pol. Szeged, Tom. XXVI. Fasc. 7. Szeged, 1979. 5–36. Zusammenfassung: Die Geschichte der Regelung der Wahlprüfung in Ungarn vom Reformzeitalter bis zur Schöpfung des G. A. VIII. v. J. 1945. (103–110.); Stipta István: Vármegyei reform a törvényhozás előtt (1844–1848). = In memoriam dr. Kovács István. Acta Jur. et Pol. Szeged, Tom. XL. Szeged, 1991. 315–331. insbesondere: 319. Zusammenfassung: Komitatsreform vor der Gesetzgebung (1844–1848) (330–331.); Stipta István: Törökvesek a vármegyék polgári átalakítására. Tervezetek, javaslatok, törvények. [Bestrebungen zur bürgerlichen Umgestaltung der Komitate. Entwürfe, Vorschläge, Gesetze] Budapest, 1995. 16–17. — Von einer weiteren Darlegung des Themas — so insbesondere von einer Analyse der Studie von Zsigmond Kemény Korteskedés és ellenszerei [Stimmenfang und seine Gegenmittel] (Kolozsvár, 1843–1844) — sehe ich diesmal ab. Siehe auch diesbez. noch Ruszoly József: A választási bíráskodás: alkotmánybíráskodás [Wahlprüfung — Verfassungsgerichtsbarkeit 1990]. = Alkotmánytörténeti tanulmányok. 2. k. [Studien zur Verfassungsgeschichte Bd. 2] A választási bíráskodás: közjogi bíráskodás. [Wahlprüfung — öff.-rechtliche Gerichtsbarkeit] Szeged, 1992. 337–351. — Veröffentlicht auch in meinem Sammelband unter dem Titel Újabb magyar alkotmánytörténet 1848–1949. Válogatott tanulmányok [Neuere ung. Verfassungsgeschichte 1848–1949] (Budapest, 2002) (394–408.). — Unabhängig von mir befasste sich mit dem Thema auch Elemér Balogh in der Festschrift István Szentpéteri unter dem Titel Kemény Zsigmond választójogi nézetei a reformkorban (Acta Jur. et Pol. Szeged, Tom. XLIX. Fasc. 5. Szeged, 1986); Zusammenfassung: Reformideen zum Wahlrecht im Vormärz von Zsigmond Kemény (91.).

Gemeinden in den Komitaten), und sollen bemüht sein Wege zur Freiheit für diejenigen zu eröffnen, die noch unfrei sind, dass diese als freie Menschen später in die Verfassung aufgenommen werden können (Freilösung der Urbariallasten). — Dies gaben sie [...], angespornt auch durch den Beitrag meines geringen Wirkens, ihren Legaten als Weisung mit, und wirklich unmöglich zu leugnen, dass wenn der stufenweise Fortschritt, die friedliche Transformation nicht eine *chimaera* [Hirngespinnst] ist, so ist sie nur auf diesem Wege und über diese Gradstufen hindurch möglich.”

Neben der Deklaration seines festen Standpunktes zur Unterstützung der Sache der Volksvertretung sprach er zum erstenmal hier über das Fehlen einer parlamentarisch gestützten Regierung, welche durch einen zum „Postbureau“ des Wiener Kabinetts degradierten Statthalterrat nicht ersetzt werden kann, und deshalb war für ihn auch das durch die Regierung beanspruchte System einer Oberaufsicht der Städte unakzeptabel.⁴⁷ (1994/2002)

⁴⁷ Szabad György, 79–83. zit.: 81. — Beim Schreiben dieser Studie fand ich viel Nützliches u.a. im Buch von: Kosáry Domokos Kossuth Lajos a reformkorban [L. K. im Reformzeitalter] (Budapest, 1946). — Diese Studie als Vortrag zum 100. Todestag des großen ungarischen Staatsmannes wurde verlesen in der Ungarischen Akademie der Wissenschaften am 10. Mai 1994, und unter dem Titel Alkotmány és képviselet. Kossuth Lajos a közzégi reformokról (1841–1843) zum erstenmal Kossuth Lajos az újabb kutatások tükrében unter dem Titel Zusammenstellung im September-Heft 1994 von Magyar Tudomány verkürzt erschienen (1994/9: 1024–1038.); eine vollständigere Version wurde veröffentlicht u.a. in meinem Sammelband Alkotmány és hagyomány. Újabb jog- és alkotmánytörténeti tanulmányok [Verfassung und Tradition. Neuere Studien zur Rechts- und Verfassungsgeschichte] (Szeged, 1997) (7–23.). Diese Veröffentlichung erfolgt nun in deutscher Übersetzung zum 200. Geburtstag des ungarischen Freiheitshelden. — Zu den Geschehnissen im späteren Verlauf einschl. der richtungweisenden Rolle von Lajos Kossuth siehe bei mir: „Eine neue Verfassung für Ungarn“. Zur Einfügung der Institutionen Parlamentarismus und Volksrepräsentation in Ungarn und in dem mit ihm wiedervereinigten Siebenbürgen im Jahr 1848. = Die Elemente der ungarischen Verfassungsentwicklung. Studien zum Millennium. Hrsg. Gábor Máthé und Barna Mezey, Budapest, 2000. 51–62.

Der Kampf von Lajos Kossuth für das Selbstverwaltungssystem im Jahre 1848

I. Die Vormärzkämpfer für die Umgestaltung der Komitate

Unter den Vorstellungen der Parlamentsdebatte war die Vorlage „über die Komitatsübertretungen“, die durch die Deputiertentafel am 13. März 1844 formuliert wurde, besonders wichtig. Der Titel enthält nicht genau den Inhalt der Vorlage, hier steckt sich ja einer der wichtigsten Versuche der bisherigen Reformepoche für das Zurückdrängen der Komitatsmissbräuche, für die Rechtfertigung des Verhältnisses der Regierung und der Lokalverwaltung und für die bedeutende Erweiterung des Ortswahlrechtes. Das Projektum bekam bisher nur wenig Aufmerksamkeit, doch seine mehreren Paragraphen wurden in die Aprilgesetze eingebaut, die über ähnlichen Inhalt verfügen, noch ein Teil der Detailregeln wird von den Gesetzgebern des Dualismus angerufen.¹

Der erwähnte Reformplan widersetzte sich kämpferisch der Obergespannmacht, von der die Komitate gelähmt wurden. Alle Zeilen der geplanten Eidesform des Obergespanns betonten die Befolgung der Heimatsgesetze und die Berücksichtigung der Interesse des gelenkten Komitats. In einem Extrakapitel ging es um die Verhinderung der Missbräuche durch die Obergespane. Es wurde harte Sanktionen gegen die Behinderung der selbstverwaltungsfälle, gegen die rechtswidrige Verwendung der bewaffneten Macht, wegen der Teilnahme an Wahlbestechungen. Die Vorlage versuchte die Missbräuche aus Nachlässigkeit oder bewusstem Versäumnis des Komitatsverwalters zu verhindern. Im Falle des Unterbleibens der Obergespanregeln, die die wichtigen Interessen des Komitats betreffen, hätten die Komitatsforums entschieden. Die Vorstellungen über die Rechtstellung des Landesverwesers und über die Komitatsbeziehung sind die Hauptlinie der Gesetze 1848 und ihre Detailsregeln vorausgeworfen. Die einflussreichen Politiker des Hofes hatten aber noch andere Vorstellungen im Jahre 1844 über die Rechtstellung des Obergespanns. In den Tagen der Erörterung des liberalen Vorschlags wurde Metternichs Plan über das Verwaltungssystem formuliert, das die Oppositionsgeist in den Hintergrund drängte.

¹ István, *Kajtár*: Magyar városi önkormányzatok [Ungarische städtische Selbstverwaltungen] (1848-1918) Budapest, 1992. S. 36-44.; Andor, *Csizmadia*: A magyar közigazgatás fejlődése a XVIII. századtól a tanácsrendszer létrejöttéig [Entwicklung der ungarischen Verwaltung vom 18. Jahrhundert bis zum Entstehen des Rátesystems], Budapest, 1976. (im weiteren *Csizmadia*), S. 79-81; Sándor, *Zayzon*: A centralisták és a megyerendszer reformja [Die Zentralisten und die Reform der Komitatsverfassung], Budapest, 1917. (im weiteren *Zayzon*) S. 6-7; István *Barta*: Kossuth Lajos az utolsó rendi országgyűlésen 1847-48. [Lajos Kossuth auf dem letzten Ständetag 1847-48.] Budapest, 1951. S. 601.

Der in einer bürgerlichen Mentalität konstruierte Vorschlag, der nach dem damaligen Stande des Landes radikaler war, teilte das Schicksal der übrigen fortschrittlichen Reformgedanken im ständischen Parlament des Jahres 1843-44. In diesem Fall brauchte man keine Intervention sowohl des Hofes als auch der zentralen Regierungsorgane; das Magnatenhaus wies die geplante Reform der Komitate als eine Vorstellung „über die Verfassungsumsturzthätigkeit“ mit ungewöhnlicher Einheitlichkeit zurück.

Die ersten Versuche des öffentlichen Rechts auf die Komitatsreform wurden vereitelt: sie haben aber das Verdienst, der erste Waffenstillstand unter den Anhängern des Munizipalismus und den Verfechtern der Zentralisation zustande gekommen zu sein. Die Mehrheit der Opposition sah ein, dass ihre fortschrittlichen Vorstellungen das ständische Parlamentssystem und die jahrhundertelange Regeln seiner Tätigkeit, den informalen und öffentlich-rechtlichen Einfluss des Hofes und der Obertafel unmöglich machen, die durch Gesetzgebung angenommen wären. Man brauchte politische Organe neuen Typus und oppositionelle Organisationen. Die Presse bekam wieder eine wichtige Rolle, gingen die Vereinbewegungen los, bekam die Politisierung ausser der traditionellen Verfassungsrahmen einen bestimmten Aufschwung. Wieder flammte der zentralistische-munizipale Gegensatz auf.

Die bestimmende Persönlichkeit der verfassungsrechtlichen Diskussionen im Vormärz, Lajos Kossuth sprach sich ebenfalls für die Erhaltung des nationalen Charakters der Komitate aus. Die sich um ihn gruppierenden Munizipalisten standen jeder Form von Zentralgewalt mit Mißtrauten gegenüber. Sie zitierten oft das französische Beispiel als Beweis dafür, daß das System von verantwortlichen Ministerien an sich Zentralisierungsbestrebungen der Zentralregierung nicht ausschließt. Der von ihnen angestrebte Staat setzte, über die Volksvertretung und die Überwachung der Vollziehungsgewalt durch das Parlament hinausgehend, das lokale Gleichgewicht der die Übermacht der Ministerien einschränkenden Selbstverwaltungen voraus. Sie gaben zu, daß das System der Komitate in seinem damaligen Zustand unhaltbar und sein ständischer Charakter anakronistisch war, vertraten aber die Ansicht, daß ihre politischen Rechte, ihre Autonomie in der Gesetzgebung und in der Vollziehung aus Garantiegründen Schutz verdienten.

Sie beriefen sich auf die jahrhundertelangen Kämpfe der Komitate im Interesse der Erhaltung der Nation, wobei sie ihr Widerstandsrecht, ihre Rolle als Bastionen der Verfassung oft überschätzten. Die wohlmeinenden Munizipalisten waren auch von der Hoffnung erfüllt, daß die Komitatsorganisation zur Erneuerung fähig ist und sogar ein Werkzeug der Initiative und der Durchführung wichtiger gesellschaftlicher Reformen sein kann. Kossuth führte als Beispiel den Fall des Komitates Pest an, das in eigener Verantwortung die Verwaltung von der Jurisdiktion trennte, die richterliche Unabhängigkeit anerkannte und die Öffentlichkeit in der Rechtssprechung sicherte.²

Auch fortschrittliche Vertreter der munizipalistischen Richtung gaben zu, daß das Komitat der ständischen Epoche nicht in seinem alten Zustand verbleiben konnte. Doch stellten sie sich die Reform auf geschichtlicher Grundlage, unter Schonung der

² György, Szabad: Kossuth politikai pályája ismert és ismeretlen megnyilatkozásai tükrében [Die politische Laufbahn Kossuths im Spiegel seiner bekannten und unbekannten Äußerungen], Budapest, 1977. S. 123; Csizmadia S. 80; György, Spira: Jottányit se a negyvennyolcból [Nicht ein Jota von Achtundvierzig], Budapest, 1989. S. 19; Zsolt, Trócsányi: Wesselényi Miklós [Miklós Wesselényi], Budapest, 1965. S. 134-135.

traditionellen Rechte der Selbstverwaltungen vor. Bei der Umgestaltung des konstitutionellen Lebens wollten sie keinen ausländischen Mustern folgen. Nach Kossuths berühmt gewordenen Zeilen kann „die Institution des Komitats, wird es auf der Basis der Volksvertretung mit der Freiheit des Volkes in Einklang gebracht und in der Ausübung ihrer Aufgaben den Anforderungen der Zeit angepaßt, das wirksamste Organ des Genusses der individuellen Rechte, der um keine europäische Institution, um keine europäischen regelhaften Papiergedanken einzutauschende wertvolle, teure Schatz unserer Nation sein“.³

Die andere Auffassung über die konstitutionelle Umgestaltung wurde im Reformzeitalter von den Zentralisten vertreten. Sie waren alle am Anfang ihrer Laufbahn stehende junge Intellektuelle mit europäischem Ausblick, die über eine zukünftige Revolution des Rechtswesens Pläne schmiedeten. Sie vertraten die Ansicht, daß die Entwicklung Ungarns von der Entwicklung Europas nicht zu trennen ist und die Umgestaltung des Landes nur gemäß allgemeiner Gesetzmäßigkeiten erfolgen kann. Sie kämpften gegen die trügerische Illusion eines „ungarischen Genius“, leidenschaftlich und mutig wiederholten sie: „die altherwürdigen Institutionen“ sind für das Weiterleben ungeeignet. Kühl und sachlich untersuchten sie die ungarische Geschichte und legten der nationalen Entwicklung statt eigenen Maßstäben westeuropäische Maßstäbe an. Gegenüber der ständischen Vertretung betonten sie das Prinzip der Volksvertretung, in den Mittelpunkt des politischen Lebens gedachten sie die gesetzgebende Körperschaft zu stellen. Sie wünschten eine selbständige, dem Parlament verantwortliche Regierung, garantierte persönliche Freiheitsrechte, ein kodifiziertes Rechtssystem.⁴

II. Die letzte Ständeversammlung und die municipale Reform

In der Sitzung der Untertafel am 18. Februar 1848, als es eben um die Fragen der Stadtreform ging, ergab sich unerwartet, aber mit ausserordentlicher Betonung die Sache der Komitatsregelung. Das war die erste Gelegenheit, als der Meinungsunterschied unter den Anhängern des Munizipalismus und den Verfechtern der Zentralisation mit grundsätzlichem Profil noch vor der Gesetzgebung zum Vorschein gebracht wurde.

Die Umgestaltung der Stadtvertretung war eine unaufschiebbare Frage. Die Mehrheit der Komitatsgesandten waren damit einverstanden, dass das Gesetzgebungsrecht der Städte gerecht geregelt werden muss. Es entstand aber eine mehrtägige Debatte um den

³ Zayzon S. 24.

⁴ József, Eötvös: Reform és hazafiság [Reform und Patriotismus], Budapest, 1978. Bd. I. S. 367; István, Stipta: Eötvös József önkormányzatvédő centralizmusa [Der die Selbstverwaltungen schützende Zentralismus von József Eötvös], Napjaink XXVII/1988. No. 9, S. 4-5; Gusztáv, Beksics: A magyar doktrinairek [Die ungarischen Doktrinäre], Budapest, 1882. S. 85; Csizmadia S. 79; Zoltán, Ferenczy: Bárá Eötvös József 1813-1871 [Baron József Eötvös 1813-1871], Budapest, 1902. S. 104; Deák Ferencz beszédei. Összegyűjtötte Kónyi Manó [Reden von Ferencz Deák. Gesammelt von Manó Kónyi] (im weiteren Reden von Deák), Budapest, 1903. Bd. I., S. 163; Gyözö, Concha: Bárá Eötvös József állambölcsölete és a külföldi kritika [Staatphilosophie von Baron József Eötvös und die ausländische Kritik], Budapest, 1908. S. 75.

Massstab der Vertretung, besonders um den Umfang des Stimmrechtes. Lajos Kossuth nahm Stellung zum ersten Mal in dieser Debatte für die Gemeinde-, Stadt- und Komitatsselbstverwaltung, er stellte fest: er kann ein zentrales parlamentarisches System ohne Ortsautonomie nicht vorstellen. Einen gegensätzlichen Standpunkt gegen Kossuth vertrat auch in diesem Falle Bertalan Szemere mit aller Bestimmtheit.

Nach seinem Diskussionsbeitrag soll das Representativesystem – mit ortsbehördlicher Rechtsverletzung, wenn es nötig ist – auch zentraler parlamentarischer Ebene verwirklicht werden. Der begeisterte Vertreter aus dem Komitat Borsod vermittelte eine zentralistische Auffassung: nach seiner Meinung ist die gleichzeitige Verwirklichung der zentralen und Ortsautonomie, die einander schwächen, unvorstellbar. Kossuth stellte dagegen aber fest: „Ich bin in meiner Seele darüber nicht nur überzeugt, auch in meinem Kopf ist der Plan bearbeitet, klar schwebt mir hin, dass diese zwei Ideen übereinzustimmen sind...“ Es sei eine parlamentarische Landesversammlung in unserem Lande, aber sie solle auf ein gründlich ausarbeitetes Gemeindesystem fundamentiert werden – schlug er vor.

Der Entwurf für die Reform der örtlichen Autonomie konnte also in diesen Tagen in die letzte Form von dem Oberhaupt der Munizipalisten gesetzt werden. Es lohnt sich aber zu bemerken: von nun an spricht er von der Vereinbarkeit der bürgerlichen zentralistischen Verfassungsinstitute und der auf festem Boden stehenden Munizipien. Er liess im weiteren auch keinen Zweifel darüber, dass er die Umgestaltung (in neuem Geist) der alten örtlichen Organe für wichtig hält. Im Umformen nach deren Gedanken wirkt der Streit der Untertafel vom 22. März 1848 sehr auf ihn – wie er sich ebenso daran erinnerte.

III. Der Komitatsreformvorschlag von Lajos Kossuth

Der Vorschlag von Kossuth, der in unserer historischen Geschichtschreibung unverdient behandelt wurde, wurde in diesen Tagen geboren und er bekam seine letzte Form „über die Aufstellung der Komitatsversammlungen auf volksvertreterlicher Grundlage“. Das Dokument, das aus sieben Abschnitten besteht, wurde mit dem Vorschrittentwurf über die Amtswahl der Komitate ergänzt.⁵

Der Reformplan richtete sich auf die Umgestaltung der Vertretungssysteme der Komitate. Kossuth hielt für eine der wichtigsten Aufgaben der Gesetzgebung, „die Verteidigungsbasteien der Verfassung“ auf volksvertreterlicher Grundlage zu reorganisieren und das örtliche Regierungsmonopol des Adels zu liquidieren. Diese gezielte Gesetzregelung bestimmte es für provisorischen Charakter; diese Bedingung wurde im Titel der Vorlage nicht, nur in der letzten Satzwendung der Einleitung formuliert. Am Ende des Vorschlages kam es als eine ministeriale Aufgabe vor, ein

⁵ Ungarisches Landesarchiv [Magyar Országos Levéltár] Regnicolares Archiv IV. 69. Diaeta Anni 1847-48. Lad. N. XX. 21. Fasc. C. 56.; *Csizmadia* S. 82.; József, *Ruszo*ly: Újabb magyar alkotmánytörténet [Neuere ungarische Verfassungsgeschichte] 1848-1949. Válogatott tanulmányok [Ausgewählte Aufsätze] Püski, Budapest, 2001. S. 101- 110.

Gesetz „über das System der Komitatskonstruktion in allen Zweigen“ vorzulegen. Im Vorschlag für die Amtswahl der Komitate kommt das Wort „provisorisch“ zweimal vor. Nach dem Paragraphen 1. werden die Komitatsversammlungen „auf eine volksvertreterliche Basis“ gestellt, an denen nur die gewählten Vertreter und Komitatsbeamten mit beratender Stimme und Wahlrecht teilnehmen können. Kossuth wollte also dem Wahlrecht von ständischer Herkunft ein Ende machen, dessen Ausserkraftsetzen er durch das Gesetz und mit sofortiger Wirkung plante. Die Vorstellung, die die Fachmäßigkeit und Kontinuität der Verwaltung erzielte, war darüber, zum Teil für die Körperschaft der Honorator-Beamten mit vollem Recht erklärt zu werden.

Die Reihe wäre an die Komitatsvertreter jedes dritte Jahr gekommen, dieses Projekt hat nur unter dem aktiven und passiven Wahlrecht auf dem Gebiet der offiziellen Sprachverwendung einen Unterschied gemacht. Da „die öffentliche Beratungssprache in Ungarn Ungarisch ist“, so nach Kossuth's Meinung können nur die Vertreter sein, die diese Sprache verstehen. Die Mitglieder der obersten Komitatskörperschaft würden „von der Gesamtvölkerung, die zum Komitatsmunicipium gehörte, gesetzmäßig ohne Religions- und Geburtsunterschied gewählt. Alle Männer mit 24 Jahren sind selbst Wähler und können auch gewählt werden, die eine ungarische Staatsbürgerschaft besitzen und selbstständig sind, stehen also unter keiner Vaters-, Vormunds- und Wirtschaftsmacht, wohnen in dem bestimmten Komitat oder dort auf der Namensliste des Besitzers oder des Wählers stehen, sie dorthin registriert ließen. Was die finanziellen und rechtlichen Bedingungen des Gesetzartikels 1848:5., - der das Landeswahlrecht bestimmt, - betrifft, kann festgestellt werden, dass das Projekt von Lajos Kossuth im ganzen fortschrittlicher war. Er hätte den Mitgliedern des Adelsstandes kein automatisches Wahlrecht gegeben, und hatte keinen Zensus und keine besonderen Bedingungen vor.

Die gewählte Körperschaft hätte aus 50-400 Mitgliedern nach der Bevölkerungszahl der Komitate bestanden. Er plante die Wahlbezirkeinteilung „wie es möglich war“ als Gemeinden, ein Komitatsvertreter sollte sich auf 800 Einwohnern befinden (4-5. §§). Das Gesetz würde vom Ministerium „beim Anhören der Komitate“ mit provisorischer Regelung vollführen.

Die Vorstellung von Kossuth über die Beamtenwahl der Komitate unterschieden sich kaum von den Rechtsnormen des Gesetzartikels 1848:17. Auch er wollte die Amtswahl außer Kraft setzen, mit Ausnahme von den Fällen, wenn „die Verhältnisse der einzelnen Komitate es unaufschiebbar machen würde“. Das provisorische „Einsetzen“ hätte er der gemeinsamen Entscheidung des Obergespanns und der Komitatskörperschaft anheimgestellt. In dem Falle aber, wenn die Beamtenwahl von der Beamtenwahl der Komitate nötig würde, hätte Kossuth eine Kommission pro Gemeinden für die provisorische Bestimmung der neuen hohen Komitatsbeamten aufgestellt.

Die Vorstellung der Sitzung vom 28. März 1848 der Untertafel hat schon in seinem Titel einen Übergangscharakter bekommen: es ging „um die provisorische Regelung des volksvertreterlichen Komitatssystems“. Der Verfasser hat sich später

folgenderweise darauf erinnert⁶ dass auch er selbst den provisorischen Zustand der gewünschten Regelung nicht mißbilligte, er hat dessen Inhalt, die Umgestaltung der Komitate und derer Körperschaft dem Zeitgeist entsprechen für wichtiger gehalten.

Dieser Vorschlag vor der Legislative war der erste Versuch auf die Vereinbarkeit der Komitatskompetenz, die die alte Autonomie vertrat, und die Regierung, die für das Parlament verantwortlich war. Es war ein Antrag mit grundsätzlicher Erwägung, der auf diese Lage Antwort gab. Zu dieser Zeit nahm schon die Gesetzgebung der Vorschlag über die verantwortliche Regierung an und legte die Prinzipien der Volksvertretung nieder. Die Komitate sollten „vom Boden der Adelsvorrechte“ nach dem Umstellen der zentralen Organe in die Vertretersstruktur eingepasst werden. Das Parlament und das Komitat konnten auf zweierlei Basis nicht gegründet werden, wie es Kossuth erörterte: „Volksvertretung im Parlament, die Adel in den Komitaten können einander nicht ertragen“.

Nicht nur die prinzipielle und verfassungsrechtliche Notwendigkeit der Komitatumgestaltung, sondern auch die Ereignisse im Februar und März 1848 begründeten die schnelle Reorganisierung der Gebiets- und Ortsverwaltung. Kurz vor der Durchführung der Reformgesetze waren die Komitate desorganisiert, im grossen Teil waren sie in einem unmöglichen Zustand für eine öffentliche Aufgabe. Die Beamten legten begeistert oder erschrocken die erledigenden Sachen beiseite, die Körperschaft verhandelte überwiegend die Überschriften und Gesandtenberichte vom Parlament. Auch die Gerichtsbarkeit ruhte und ging die spontane Umorganisation der Lokalbehörde los. Das Komitat Pest berief „eine uralte Volkssammlung“ ein, wo alle Bewohner mit Rats- und Wahlrecht verfügte. Der Wirkungskreis der Versammlung des Komitats Hont wurde von einem Ausschuss übernommen, solange Komárom das persönliche Wahlrecht der Adel unberührbar ließ und den Dorfrichter und den Amtmann aller Dörfer in die Hauptkörperschaft hineinzog. Die gerechtlche Regelung der Komitate wurde auch durch den Grundbedarf der Verwaltung gedrungen.

Die Reform der Komitate war nicht zu vermeiden, das war ein erzwungener Schritt durch die Grundbedürfnisse und praktischen Bedarf. Der Hauptbetriebe war trotzdem ein dritter Grund dafür, er wollte aber schnell derer Ausnahme wegen der glücklichen Durchführung der gezielten Aufhebung der Leibeigenschaft. Kossuth – es scheint mir so – sah von allen klarer, dass die Sache der grössten Gesellschaftsreform untrennbar von der Modernisation der Komitate ist. Auf das Komitat nach der Urbarialregelung und auf den einzigen Verwaltungsapparat des Landes warteten zahlreiche Aufgaben. Auf die Selbstständigkeit der Gemeinden konnte es noch nicht gestürzt werden, der Ausbau der zentralen – unabhängig vom Komitat- Staatsorgane hätte lange gedauert.

Die Übergabe in Besitz der ehemaligen Leibeigenenfelder war in den Augen von Kossuth eine dringende Aufgabe. Das war eine Verpflichtung, die - in Ermangelung anderer Apparate - durch das Komitat (eben durch das Organ de Interesse verletzten Adel) durchgeführt werden sollte. Diejenigen, die die Aufhebung der Leibeigenschaft im März 1848 ernstgenommen wollte, die auch an die Umgestaltung der Komitate denken sollte. Von der einzigen Ebene der Durchführung sollte man den Adelstand, der die Reform nicht wollte, ausdrängen, sonst wird der Wille der volksvertreterlichen

⁶ In.: Egyetértés 29. März 1891; *Viszota* Gyula: Gróf Széchenyi István írói és híralapírói vitája Kossuth Lajossal. Budapest, 1930. Band II. S. 1069.; János, *Szita*: A magyar alkotmány történetének vázlata 1848-1945. [Abriß der Geschichte der ungarischen Verfassung], Bd. II, Pécs, 1993. S. 37.

Gesetzgebung zunichte. Diese Erwägung führte Kossuth zu der berühmten Komitatsfreundschaft, trotz seines Munizipalismus wollte er wesentliche Veränderungen. Es ist merkwürdig, dass er in der letzten Ständeversammlung einen grösseren Kampf für die Umgestaltung der Komitate kämpfen sollte, nicht so für ein wichtigeres Grundgesetz. Es ist wahr, dass unter seinen Gegnern jetzt nicht mehr die Gegner der Verbürgerlichung sind, sondern die Anhänger der vergangenen Institute, die die Traditionen verehren und Verfassungsverteidiger des alten Komitates in der Mehrheit waren.

Die Gegensätze um die Komitatsfrage kamen in der Bezirksversammlung am 2. April 1848 wieder vor. In der Vormittagsversammlung schlug Samu Bónis (auf die Initiative von Kossuth) vor: das Prinzip der Ablösbarkeit der öffentlichen Beamten inartikulierte werden sollte. Der Antrag selbst war logisch, der früher angenommene Satz über die Verantwortlichmachung der Minister hätte zur Geltung nicht kommen können, wenn die Regierung die Exekutivorgane würde nicht auswählen können. Das ist aber eine andere Frage, ob dieses Prinzip aus dem Gesetzartikel 1848:3. selbst folgte, nach Vorschlag ist aber der GA 1848:29. geboren, der rechtlich eine Doppelregelung ergab. Die Kontur der Vorstellung richtete sich – noch fühlbar – gegen die konservative Obergespanne „aus dem Jahre 1847“, die noch immer tätig waren.

Der Antrag mit Zustimmung wies auf die Unabhängigkeit der Richter hin, zum ersten Mal wurde das bürgerliche Prinzip festgestellt, demnach sie nur durch ein Gesetz von ihrer Funktion getrennt werden können. László Madarász erwähnte nun zu dieser Zeit die besondere Lage der gewählten Komitatsrichter. Sie seien nicht abzulösen – meinte er – sie seien ja keine Beamten von der Ernennung der Regierung abhängig, wenn sie aber doch abhängig wären, würde die Komitatsselbstverwaltung zunichte kommen. Die politischen Wirren, die nur kurze Zeit dauerten, versuchte Ferenc Deák es aufzulösen: nach seiner Meinung soll der einheitliche Standpunkt mit Zentralhilfe und nicht mit Ortshilfe in der Auswahl der Richter zur Geltung kommen. Nach seinem Standpunkt ist die Idee eines verantwortlichen Ministeriums und Komitatsautonomie unvereinbar, woraus entweder die moderne Zentralisation oder das historische Munizipium gerettet werden soll. Kossuth stellte dagegen fest: die verantwortliche Regierung und die Komitate seien versöhnt zu sein, wenn ihre Regelung zweckmäßig geschieht. Der Wortwechsel zweier Politiker, die sich um den Ministerposten bewarben, deuteten an, dass es kein Einverständnis unter den Politikern der verfassungsmäßigen Märzrevolution gibt. In der Sitzung der Bezirktafel am Nachmittag wurde klar: die Standpunkte über das zukünftige Komitatsschicksal sind extrem unterschiedlich voneinander.

IV. Umgestaltung des Komitates: der Art. XVI:1848

Bezüglich des verfassungsrechtlichen Charakters der Neuregelung der Komitatsverfassung im Jahr 1848 hat sich in der ungarischen geschichtlichen Fachliteratur kein einheitlicher Standpunkt durchgesetzt. Ein großer Teil der Historiker hat in dieser Frage keine Stellung bezogen. Mehrere von ihnen sehen die bürgerliche Ausrichtung der Veränderungen als evident an, andere vertreten die Ansicht, daß der Landtag in dieser Frage die eigentliche Entscheidung nur hinausgeschoben hat. Jene, die eine gründliche verfassungsrechtliche Analyse unternommen haben, verteilen sich auf zwei Lager: nach den Vertretern der einen Richtung „fügte sich“ die 1848 reformierte Komitatsverfassung „als feudaler Überrest in die Staatsordnung des bürgerlichen Staates ein“ (György Szabad). Demgegenüber schreiben andere die Schaffung des bürgerlichen Komitats den Aprilgesetzen zu und meinen, wie Béla Sarlós es formulierte: „das adelige Komitat, wie es vor 1848 war, brach schon im Jahr 1848 zusammen“.⁷

Bei einer rechtsgeschichtlichen Untersuchung der Frage ist die gründliche Untersuchung des Wortlautes der Beschlüsse unumgänglich. Im vorliegenden Fall aber wird die Aufgabe auch dadurch erschwert, daß Art. 16:1848 „Über die Verfahrensweise der provisorischen Komitatsbehörde“ alle Eigentümlichkeiten der gesetzgeberischen Tätigkeit des letzten ständischen Landtags, zahlreiche sich aus der schnellen und kompromiß-suchenden Textabfassung ergebende Mängel an sich trägt. Die grammatische Analyse des Gesetzestextes und die logische Interpretation seines Inhalts kann schon deshalb zu keinen zufriedenstellenden Ergebnissen führen. Die auf die umgehende Umgestaltung der Komitate gerichteten Vorstellungen und Absichten des Gesetzgebers können nur durch die gemeinsame, systemhafte Interpretation der Aprilgesetze erschlossen werden. Jene Autoren, die das Komitatsgesetz für sich allein, von den das Verfassungsrecht betreffenden anderen Normen des Jahres 1848 unabhängig untersuchten, betonten, zusammen mit den zeitgenössischen Publizisten, den im wesentlichen unveränderten Fortbestand des alten Komitatswesens und seiner Kompetenzen. Die Mehrzahl derer aber, die auch den Geist der verfassungsrechtlichen Umgestaltung von 1848, die Komitate berührenden anderen Gesetze in Betracht ziehen, vertritt demgegenüber die Ansicht, daß das alte System der Komitate und ihr Wirkungskreis schon damals eine endgültige Veränderung erfuhr.

Das Lager der - Kossuth föhrenden - Munizipalisten, das an den alten Kompetenzen der Komitate festhielt, berief sich zur Zeit der Reorganisation der Komitate in den Jahren 1860-61 oft auf den Umstand, daß der einleitende Satz des Gesetzes 16:1848 die Komitate als die „Bastionen der Verfassung“ bezeichnete. Diese Formulierung spiegelte

⁷ Béla, Sarlós: Közigazgatás és hatalompolitika a dualizmus rendszereiben [Verwaltung und Machtpolitik im System des Dualismus], Budapest, 1976. S. 76-77; Béla, Sarlós: A közigazgatás polgári jellegéről. In.: Polgári államrendszerek [Über den bürgerlichen Charakter der Verwaltung. In: Bürgerliche Staatsordnungen] Budapest, 1981. S. 276-279; György, Szabad: Kossuth politikai pályája ismert és ismeretlen megnyilatkozásai tükrében [Die politische Laufbahn Kossuths im Spiegel seiner bekannten und unbekannten Äußerungen], Budapest, 1977. S. 123; István, Stipta: Az első polgári kori vármegyeyetörvény (1848:16. tc) [Das erste Komitatsgesetz in der bürgerlichen Periode], Acta Juridica et Politica Tomus XLII, Fasc. 5., Szeged, 1992. S. 29-30.

die Auffassung der Reformpolitiker wider, die die politische Rolle der Munizipalitäten zu erhalten wünschten, diente aber auch für jene als Argument, die die Komitatsverfassung aus geschichtlicher Ehrfurcht oder wegen der Festhaltung an Vorrechten in ihrer Form von 1847 wiederherstellen wollten.

Unter den 31 Aprilgesetzen ist das Gesetz über die Komitate das einzige, das schon in seinem Titel einen Hinweis auf den provisorischen Charakter der Regelung enthielt. Diese Überschrift enthält übrigens statt dem von Lajos *Kossuth* vorgeschlagenen, eine radikale Änderung ins Auge fassenden, umfassenderen Ausdruck „Komitatsverfassung“ (ungarisch „megyei szerkezet“) den Ausdruck „Komitatszuständigkeit“ (ungarisch „megyei hatóság“). Weiterhin ist bemerkenswert, daß im einleitenden Text des Gesetzes, im Gegensatz zu allen früheren im Landtag eingebrachten Vorlagen, der Ausdruck „Volksvertretung“ (ungarisch „népképviselőt“) nicht mehr vorkommt. An seine Stelle kam auf Vorschlag von *Deák* in der dramatischen Debatte vom 3. April 1848 die etwas verschwommene Forderung der „Allgemeinfreiheit“ (ungarisch „közszaabadság“), als mit der das Komitatswesen „in Einklang“ zu bringen sei. Die Präambel bezeichnete als eines der Ziele des Gesetzes die Aufrechterhaltung der Kontinuität der Verwaltung, auch dadurch den Standpunkt derer stärkend, die z.B. in den Jahren 1860-61 die Regelung von 1848 als eine durch die Zweckmäßigkeit gebotene einmalige Verfügung auffaßten.

Unter die provisorischen Verfügungen wurde auf Vorschlag von *Széchenyi* die Bestimmung aufgenommen, daß auf der einzuberufenden Komitatsversammlung alle jene ein Stimmrecht haben sollen, denen dieses schon früher zustand. Dieser Gesetzestext kann gemäß seiner ursprünglichen Absicht so ausgelegt werden, daß der Landtag ein schon erworbenes Recht nicht entziehen, die in früherer Zeit erhaltene politische Freiheit nicht einengen wollte, er wurde aber auch so interpretiert, daß er das Recht des Adels auf persönliche Erscheinung nicht aufhob. Die Wendung 'die Gemeinden „ordern“ Deputierte“ (ungarisch „képviselőket utasítanak“) zur Komitatsversammlung' spiegelte ebenfalls prinzipielle Unsicherheit wider und bereitete dann auch viele Schwierigkeiten bei der Anwendung. Das Wort „Order“ (ungarisch „utasítás“) wurde mancherorts so ausgelegt, daß die Gemeinden ein bindendes Programm, ein imperatives Mandat ihren zur Versammlung delegierten Vertretern geben könnten. Die Regelung der Befugnisse des von der Komitatsversammlung gebildeten Ausschusses schien ebenfalls die Kontinuität zu bestätigen, denn er konnte in jeder Frage entscheiden, die „nach Gesetz und Verfassung“ früher in die Kompetenz der Komitate gehörte.

Außer Art. 16:1848 enthielten auch einige andere wichtige verfassungsrechtliche Gesetze Bestimmungen, aus denen ein Teil der Zeitgenossen auf die Unversehrtheit der alten verfassungsrechtlichen Befugnisse der Komitate schloß. Von den späteren Munizipalisten wurde am häufigsten der § 26 von Art. 3:1848 zitiert, wonach „die gesetzlichen behördlichen Rechte“ aller Munizipalitäten des Landes „in vollständiger Unversehrtheit auch weiterhin aufrechtzuerhalten sind“. Nach *Kossuth* war das der wichtigste Beweis dafür, daß die Gesetzgeber die Komitate und ihren Wirkungskreis in ihrem alten Glanz erhalten wollten.

In § 5 von Art 5:1848, der die Wahl der Landtagsabgeordneten behandelt, ist mehrmals von Deputierten der Komitate die Rede. Um diese offensichtliche Ungenauigkeit der Formulierung gab es auch noch im Jahr 1874 eine rege publizistische

Debatte. *Kossuth* behauptete unter Berufung auf diesen Paragraphen, daß der Landtag im Jahre 1848 das Recht der Komitate auf Vertretung nicht abgeschafft hätte. Seinem Standpunkt nach bestand die Veränderung nur darin, daß fortan nicht nur die Adeligen und nicht am Sitz der Munizipalität, sondern in den innerhalb der Komitate gebildeten Kreisen wählen konnten. Art. V. bestimmte auch, daß die Aufteilung in Wahlkreise „hinsichtlich des Gebietes und der Eigenständigkeit der Komitate keinerlei Veränderung herbeiführt“. Die Abwicklung, die „Leitung“ der Wahlen verblieb ebenfalls im Wirkungskreis der Komitate.⁸

Die Gesetze von 1848 haben das Recht der Munizipalitäten, den Deputierten Weisungen zu geben, nicht *expressis verbis* aufgehoben. Dieser Umstand hat bei der Anwendung des Gesetzes im Jahr 1848 und besonders in den Jahren 1860-61 zu ernststen prinzipiellen und praktischen Schwierigkeiten geführt.⁹

In der ständischen Periode war eine der wichtigsten, den öffentlich-rechtlichen Charakter der Komitate berührenden Befugnisse die durch Gewohnheitsrecht gesicherte Möglichkeit der *vis inertiae*. Über das Recht, die als gesetzwidrig angesehenen Verordnungen beiseite zu schieben, sagen die Gesetze des Jahres 1848 nichts. Die schärfste Debatte drehte sich im Jahr 1860 gerade um die Interpretation dieses Schweigens. Sogar ein Teil der Reformpolitiker gab zu, daß die zweckmäßige und unter Verantwortung der Mitwirkenden in den Komitatsbehörden erfolgende Anwendung dieses Rechts die praktisch undurchführbaren oder aus welchem Grund auch immer gesetzwidrigen ministerialen Verordnungen herausfiltern kann. Untersucht man unter Berücksichtigung der prinzipiellen Anforderungen des Parlamentarismus und der Volksvertretung die Umgestaltung der Komitate im Jahre 1848 als einheitliches Ganzes, als System von Regelungen d.h. unter Zugrundelegung aller 12 die Komitate berührenden Gesetze, erweist sich der größte Teil dieser Zweifel als gegenstandslos.¹⁰

Mit der Regelung der Volksvertretung in Art. 5:1848 wurden wesentliche Elemente der Befugnisse der Komitate in der *Gesetzgebung* automatisch aufgehoben.

Früher entschied die Komitatsversammlung darüber, wer außer den Adeligen ein Wahlrecht haben, wie hoch das Wahlalter sein und nach welchem Wahlverfahren die Deputierten gewählt werden sollen. Von nun an bestimmte über diese Elemente des Wahlsystems ein Gesetz, das keine Ausnahmen zuließ. Die Deputierten wurden nach 1848 von den Wählern der Wahlkreise und nicht von der Komitatskongregation

⁸ Árpád, Károlyi: A 1848-diki törvénycikkek az udvar előtt. [Der Gesetzesartikel von 1848 vor dem Hofe] Budapest, 1936.; *Kossuth* Lajos Iratai [Lajos *Kossuths* Schriften] Bd. VIII. (Ed.: Ferenc *Kossuth*), Budapest, 1900. S. 525, 532.

⁹ Gábor, Máthé: Problems of codification during the Austro-Hungarian dual monarchy. In.: Von den Ständerversammlungen bis zum parlamentarischen Regierungssystem in Ungarn. (Studien zur Parlamentarismusgeschichte) Herausgeber: Gábor, Máthé, Barna, Mezey. Budapest/Graz, 2001. S. 26-27.; István Rajkai-Friebsz: Megyei alkotmányos mozgalmak 1860. október 20-tól 1861. ápril 2-ig, mint a nemzetgyűlés megnyitása napjái [Verfassungsrechtliche Bestrebungen vom 20. Oktober 1860 bis zum 2. April 1861, dem Eröffnungstag der Landtags], Pest, 1861. S. 61, 68, 92, 112.

¹⁰ Die die Komitatsverfassung berührenden Aprilgesetze sind folgende: 17:1848, die Artikel 23-26:1848, § 5 des Siebenbürgen behandelnden VII:1848, dann zum Teil Art. § 26 III:1848, § 7 V:1848, § 4 IX:1848, § 2-3 10:1848, § 1-5 11:1848, §§ 2, 3, 6, 7 und 15 22:1848, § 3 29 und Art. 31:1848. Eine (unvollständige) Aufzählung der Gesetze gibt Ernő, Lakatos: Az első megyebizottmány 1848-1849 [Der erste Komitatsausschuß], Levéltári Közlemények 1958, S. 108. Bei der Analyse des Gesetzes hielt ich mich an den Text in Magyar Törvénytár 1836-1868. évi Törvénycikkek [Ungarische Gesetzessammlung, Gesetzesartikel aus den Jahren 1838-1868] (ed.: Dr. Dezső, Márkus) Budapest, 1896. S. 237-238.

gewählt. Das Weisungs- und Abberufungsrecht können die Wähler vielleicht noch ausüben, dem Komitat stand es aber nicht zu, denn die Deputierten wurden ja nicht von ihm gewählt. Das früher bestehende Recht der Komitatsversammlung der Beglaubigung der Deputierten ging durch § 47 Art. V:1848 an die Deputiertentafel über. Die Verkündung der Gesetze erfolgte immer mehr im amtlichen Gesetzblatt, die „lokale Gesetzgebung“, die Erlassung von Statuten rückte durch die Rechtsnormen schaffende Tätigkeit der Ministerien in den Hintergrund.

Oft wird gesagt, daß die Gesetzgebung von 1848 nur die Rechte der Komitate in der Legislative aufhob. Demgegenüber muß betont werden, daß die Aprilgesetze auch auf dem Gebiet der *Vollziehungsrechte* prinzipielle Veränderungen mit sich brachten. Während das Komitat am Ende der ständischen Periode im eigenen Komitatsgebiet das einzige verfassungsmäßige Organ des Gesetzesvollzugs war, hielt § 6 Art. 3:1848 mit prinzipieller Schärfe fest: der König wird fortan die vollziehende Gewalt „ausschließlich über das ungarische Ministerium ausüben“. Auch die Vollziehung der Verordnungen der königlichen und ungarischen Zentralregierungsorgane gehörte in die Kompetenz der Komitate, diese Organe wurden jedoch durch Art. 3:1848 abgeschafft. Das Recht der *vis inertiae* war mit § 32/c dieses Gesetzes unvereinbar. Das Gesetz stellt unmißverständlich fest, daß der Minister für Versäumnisse in der Vollziehung der Gesetze zur Verantwortung gezogen werden kann und mit dieser Bestimmung war das Recht der Nichtbeachtung der Verordnungen nicht mehr zu vereinbaren. Art. 8:1848 über die gleichmäßige Verteilung der öffentlichen Lasten übertrug alle, bis dahin den Komitatsversammlungen zustehenden Steuerkompetenzen, das Recht der Bestimmung der Steuerarten und der Erhebung von Steuern, den Ministerien.

Art. 11:1848 hob die grundherrliche Gerichtsbarkeit auf, die Komitate verloren ihren Wirkungsbereich in der Leibeigenenverwaltung. Der Reformversuch (Art. 22) in der Landesverteidigung verzichtete auf die früher ausschließliche Mitwirkung der Komitate und stellte die Streitkräfte des Landes unter die Leitung des Ministeriums.

Im Bereich der *Jurisdiktion* stand den Komitaten das Recht der Richterwahl und der Aufsicht der Patrimonialgerichte nicht mehr zu. Ihre *politischen Berechtigungen* (Erörterung landesweiter und internationaler Fragen in der Kongregation, Petitions- und Korrespondenzrecht) behielten die Komitate und machten von ihnen auch Gebrauch. Diese Wirkungsbereiche spielen in der Beurteilung des verfassungsrechtlichen Charakters der Komitate keine entscheidende Rolle.

Aus dem Gesagten geht hervor, daß die Reformgesetze von 1848 - obwohl sie mehrere prinzipielle Fragen offen ließen - den in verfassungsrechtlicher Hinsicht wichtigen Wirkungsbereich der ständischen Komitate in der Gesetzgebung und Verwaltung wesentlich geändert haben. Die Reform konnte wegen der bekannten Ursachen nicht vollständig sein. Der Zuständigkeitsbereich der Komitate wurde nicht genau beschrieben, ihr Platz in der Struktur des Staates wurde nicht festgesetzt. Die Gesetzgebung blieb mit der Regelung des Verhältnisses zu den untergeordneten Einheiten (Gemeinden) und der Verbindung mit dem Ministerium schuldig. Der Gedanke der Vereinheitlichung tauchte nicht auf, es kam weder zur Beseitigung der Disproportionen in der Größe der Komitatsgebiete, noch zur gesetzlichen Festlegung der Komitatssitze, noch zu einer den neuen Verhältnissen entsprechenden Neubestimmung der Bezirksgrenzen innerhalb der Komitate. Es kam kein Gesetz über

die Finanzen der Komitate zustande, in der Aktenbearbeitung blieb alles beim Alten, die Anforderungen der Beamtenqualifikation blieben partikular bestimmt.

*

Der erste verfassungsrechtliche Versuch zum Umbau der ungarischen ständischen Komitate im Jahre 1848 brachte eine Kompromißlösung. Als Ergebnis der nicht zu Ende geführten verfassungsrechtlichen Reform entstand eine in Europa einzigartige verfassungsrechtliche Konstruktion. Das nach französischem und belgischem Muster geschaffene, dem Parlament verantwortliche Ministerium verfügte einstweilen über keinen modernen Vollziehungsapparat auf Regionalebene. Das durch die Reform erneuerte Komitat unterschied sich in ihrem Charakter von den englischen Grafschaften, denn ihre mitwirkenden Beamten bekamen ein Entgelt. Auch nach den Einschränkungen verblieb den Komitaten ein größerer Wirkungskreis als der irgendeinem Selbstverwaltungsorgan nach einer der französischen Verfassungen zustand. Abweichend von den belgischen Munizipalitäten waren ihnen ihre politischen Rechte geblieben, und im Gegensatz zu dem preußischen Verwaltungssystem behielten sie den größten Teil der Städte unter ihrer Aufsicht. Das mit den europäischen Entwicklungstendenzen im Einklang stehende Zentralregierungssystem wurde durch eine auf der Tradition beruhende lokale Selbstverwaltung ergänzt. Auf die „Versöhnung“ der beiden Institutionen mußte man zwanzig Jahre warten.

In der theoretischen Festlegung des modernen ungarischen lokalen Selbstverwaltungssystems spielte Lajos *Kossuth* eine entscheidende Rolle.

Die Verfasser

Prof. Dr. BALOGH ELEMÉR

Universität Szeged, Staats- und Rechtswissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Rechtsgeschichte

Prof. Dr. KAJTÁR ISTVÁN

Universität Pécs, Staats- und Rechtswissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Rechtsgeschichte

Prof. Dr. MÁTHÉ GÁBOR

Universität für Wirtschafts- und Verwaltungswissenschaft, Fakultät für Verwaltung

Prof. Dr. MEZEY BARNA

Eötvös-Loránd-Universität Budapest, Juristische Fakultät, Lehrstuhl für Ungarische Rechtsgeschichte

Prof. Dr. NAGY SZEGVÁRI KATALIN

Eötvös-Loránd-Universität Budapest, Juristische Fakultät, Lehrstuhl für Allgemeine Rechtsgeschichte

Prof. Dr. RÉVÉSZ T. MIHÁLY

Széchenyi-István-Universität Győr, Rechts- und Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Rechtsgeschichte

Prof. Dr. RUSZOLY JÓZSEF

Universität Szeged, Staats- und Rechtswissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Rechtsgeschichte

Prof. Dr. STIPTA ISTVÁN

Universität Miskolc, Staats- und Rechtswissenschaftliche Fakultät, Lehrstuhl für Rechtsgeschichte

DIE ELEMENTE DER UNGARISCHEN VERFASSUNGSENTWICKLUNG

Studien zum Millennium

Herausgeber/Gábor Máthé, Barna Mezey

Budapest-Jena 2000.



THE HUNGARIAN STATE 1000-2000 THOUSAND YEARS IN EUROPE

Editors/András Gergely, Gábor Máthé

Budapest 2000.

VON DEN
STÄNDEVERSAMMLUNGEN BIS ZUM
PARLAMENTARISCHEN
REGIERUNGSSYSTEM
IN UNGARN

Studien zur Parlamentarismusgeschichte
Herausgeber/Gábor Máthé, Barna Mezey
Budapest-Graz 2001.



STRAFRECHTSGESCHICHTE AN DER
GRENZE DES NÄCHSTEN
JAHRTAUSENDES

STUDIENBAND

Herausgeber/Barna Mezey
Budapest
(in Vorbereitung)